

134,1

Kommentar

Griechenland, zur Wiedervorlage

Heute gibt die Eurogruppe die letzte Milliarde Euro an Griechenland frei. Aber kein einziges fundamentales Problem des Landes ist auch nur ansatzweise gelöst. 17.12.2015, von **WERNER MUSSLER**, BRÜSSEL



© DPA Hat viele Probleme aus der vorigen Regierung übernommen: Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras

Wie hätte sich Griechenland weiterentwickelt, wenn der damalige Ministerpräsident Antonis Samaras vor einem Jahr nicht auf die Idee gekommen wäre, Neuwahlen auszurufen und so sein eigenes politisches Ende einzuläuten? Gelegentlich heißt es, das Land sei unter Samaras bis Ende 2014 auf gutem Wege gewesen und speziell der Staatshaushalt habe sich angesichts eines absehbaren Primärüberschusses bestens entwickelt. Diese Behauptung lässt sich noch weiter treiben: Hätten die Gläubiger vor einem Jahr weniger strikt auf die Verwirklichung der damals noch ausstehenden Reformen gedrungen, hätte das damals auslaufende Hilfsprogramm ordnungsgemäß beendet werden können. Den Gläubigern wären die Regierung [Tsipras](#), die dramatische Zuspitzung der Krise zur Jahresmitte und nicht zuletzt die vielen Milliarden Euro des neuen Hilfsprogramms erspart geblieben.



Autor: Werner Mussler, Wirtschaftskorrespondent in Brüssel. Folgen:

Diese Argumentation ist nicht nur müßig, sie führt inhaltlich auch in die Irre. Denn sie erweckt den Eindruck, dass der Reformstau, den es in Griechenland jetzt abzarbeiten gilt, nur der jetzt amtierenden Links-rechts-Regierung anzulasten sei. Diese hat zwar durch ihre ideologiegetriebene Politik im ersten Halbjahr dieses Jahres dem Land schweren Schaden zugefügt und in großem Ausmaß Vertrauen verspielt. Die riesigen Reformbaustellen etwa in der Rentenpolitik, auf dem Arbeitsmarkt und im öffentlichen Sektor, die zwischen den Gläubigern und der Regierung nun wieder umstritten sind, bestehen aber schon viel länger – und sind auch von Samaras nicht konsequent beackert worden.

Abermals nur Zeit gekauft

Die griechische Wirtschaft war und ist seit langem nicht wettbewerbsfähig. Und der griechische Staat funktioniert allenfalls eingeschränkt. Keine Regierung, und sei sie noch so reformwillig, kann daran kurz- oder mittelfristig etwas ändern. Dieser Befund muss die Genugtuung der Gläubiger darüber relativieren, dass sie es jetzt nicht mehr mit dem unberechenbaren früheren Finanzminister [Giannis Varoufakis](#), sondern mit dessen pragmatischem Nachfolger Euklid Tsakalotos zu tun haben. **Mag sich das Arbeitsklima zwischen der Eurogruppe und der griechischen Regierung verbessert haben, so ist doch kein einziges fundamentales Problem des Landes auch nur ansatzweise gelöst.**

Das Parlament in Athen hat jetzt jene Reformen auf den Weg gebracht, die die Voraussetzung für die Freigabe der letzten von für 2015 insgesamt eingeplanten 26 Milliarden Euro aus dem Hilfsprogramm des Euro-Krisenfonds ESM bildeten. Die Eurogruppe wird diese letzte Milliarde Euro voraussichtlich an diesem

Donnerstag freigeben. **Damit schaffen die Europäer für einige weitere Wochen Ruhe an der griechischen Front. Aber sie wissen, dass sie abermals nur Zeit gekauft haben.**

Kurzfristig müssen sich die Gläubiger im Rahmen der sogenannten ersten Programmüberprüfung mit Athen auf den Inhalt jener Reformen einigen, die im Grundsatz zwar längst vereinbart, aber noch keineswegs auf den Weg gebracht sind. Unverändert unklar ist, wie der Privatisierungsfonds gefüllt werden soll, der auf Berliner Druck beschlossen wurde. Noch größeres Konfliktpotential birgt die Rentenreform, deren Eckpunkte eine Erhöhung des derzeit deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegenden Renteneintrittsalters und eine Senkung der bei rund 80 Prozent liegenden Lohnersatzquote für Rentner sind. Es ist kein Zufall, dass Gläubiger und Regierung dieses Vorhaben ins neue Jahr geschoben haben.

Die Hauptprobleme werden vorerst bleiben

Von der Ausgestaltung der Rentenreform hängt ab, wie sich der griechische Staatshaushalt mittelfristig entwickelt. **Schon heute ist zweifelhaft, ob der beschlossene Etatentwurf für 2016 realistisch ist und Athen den vereinbarten Primärüberschuss (also einen positiven Haushaltssaldo ohne Zinszahlungen) von 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung erreichen kann.** Sollten sich schon 2016 neue Haushaltslöcher auftun, wäre jeder Weg zu einer dauerhaften Senkung der überbordenden Staatsverschuldung aufs Neue versperrt.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist indes für den Internationalen Währungsfonds (IWF) die entscheidende Voraussetzung dafür, dass er ein neues Hilfsprogramm für Athen auflegt und damit den Erwartungen der Bundesregierung gerecht wird. Zwar hat sich der Fonds von seiner ursprünglichen Forderung nach einem klassischen Schuldenschnitt wohl verabschiedet, strikte Sparpolitik wird er dennoch verlangen. Es ist kein Zufall, dass Tsipras schon einmal angedeutet hat, sein Land könne auf IWF-Hilfe eigentlich verzichten. Auch im Fonds selbst ist die Bereitschaft zu einer weiteren Beteiligung überschaubar.

All diese Fragen und noch einige mehr werden mindestens das erste Halbjahr 2016 hin und her diskutiert werden. Die Diskussionen werden nicht mehr so lautlos vonstattengehen wie in den vergangenen Monaten. Die griechische Regierung wird sicher nicht mehr so (relativ) freundlich agieren wie bisher. **Und selbst wenn sich die absehbaren Konflikte am Ende lösen lassen, werden die Hauptprobleme bleiben: ein kaum funktionierender, überschuldeter Staat und eine weitgehend nicht wettbewerbsfähige Wirtschaft.**

Gipfel in Brüssel

Flüchtlingsfrage wird für EU zum Offenbarungseid

Die EU scheitert an der Verteilungsfrage der Flüchtlinge. Doch so wie jetzt kann es im folgenden Jahr nicht weitergehen. Ein Kommentar.

18.12.2015, von NIKOLAS BUSSE

In welcher tiefer Krise die Europäische Union steckt, lässt sich daran ablesen, dass sie nach ihrem Brüsseler Gipfeltreffen eine Schlusserklärung veröffentlichen musste, die in weiten Teilen eine Selbstanklage ist. Nichts funktioniert richtig: die Sicherheitskontrollen an der Außengrenze nicht, die Einrichtung von Registrierzentren für Flüchtlinge nicht, die Prüfung ihrer Identität nicht, ihre Umsiedlung in Europa nicht, auch nicht ihre Abschiebung und die Bekämpfung des Schleusertums.

Eher Jahre als Monate



Autor: Nikolas Busse, Stellvertretender verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik. Folgen:

Die Erklärung ist ein bedrückendes Dokument des Scheiterns, ein Offenbarungseid eines ganzen Kontinents, der nicht den politischen Willen aufbringt, eine eigentlich lösbare Aufgabe zu meistern: seine Grenzen zu sichern und einen beispiellosen, aber im Prinzip immer noch steuerbaren Flüchtlingsstrom in Bahnen zu lenken, die für alle Beteiligten verkraftbar sind.

Die Bundeskanzlerin, deren Flüchtlingspläne damit in Brüssel festhängen, führt zur Rechtfertigung an, dass das Problem erst seit dem Sommer so drängend sei. In der Tat braucht die EU zur Problemlösung normalerweise eher Jahre als Monate. Aber ein gewisser Fortschritt auf den Zwischentappen sollte schon erkennbar sein. Den muss man auch nach diesem Europäischen Rat wieder mit der Lupe suchen. Die Gruppe der Länder, die an einer „freiwilligen“ Umverteilung interessiert sind, ist von acht auf elf gewachsen.

Desto länger, desto schwieriger

Immerhin ist nun auch Frankreich dabei. Eine Verständigung über Zahlen oder Quoten gibt es aber weiterhin nicht. **Und Präsident Hollande erweckte nicht den Eindruck, dass er über die bisherige Beschlusslage hinausgehen will. Die sieht bekanntlich nur die Verteilung von 160000 Flüchtlingen vor – was bis heute nicht klappt und mittlerweile auch viel zu wenig wäre.**

So kann es im kommenden Jahr nicht weitergehen. Ohne europäische Einigung wird die geplante Zusammenarbeit mit der Türkei nicht funktionieren, der Zustrom nach Deutschland und in die zwei, drei anderen Zielländer bliebe hoch. Der Aufbau einer europäischen Grenzpolizei, über den jetzt schnell beraten werden soll, würde allenfalls mittelfristig Wirkung entfalten. Je länger die EU das Problem verschleppt, desto schwieriger wird die Lösung. **Denn die Migranten lesen den Brüsseler Streit als Aufforderung, sich schnell noch auf den Weg zu machen, ehe es zu spät sein könnte.**

Gefahr für die schwarze Null

Finanziell steht Deutschland gut da. Gleichzeitig haben sich die Risiken stark erhöht. Das liegt nicht nur an den ungewissen Kosten der Zuwanderung und der Euro-Krise. Die eigentliche Gefahr ist hausgemacht.

19.12.2015, von LARS P. FELD, DÉSIRÉE I. CHRISTOFZIK UND UWE SCHEURING

Ökonomen warnen: Der Staat könnte bald wieder Schulden machen

Zuweilen entsteht durch die Klagen von Interessengruppen in der öffentlichen Berichterstattung ein verzerrter Eindruck. Daher lohnt es sich, immer wieder darauf hinzuweisen: **Deutschland geht es gut, zumindest hinsichtlich der wesentlichen Kennzahlen wie Beschäftigungslage, Preisstabilität und Wirtschaftswachstum.** Diese günstigen Rahmenbedingungen sorgen dafür, dass der gesamtstaatliche Haushalt von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen in diesem Jahr abermals gut abschneiden wird. **Der gesamtstaatliche Überschuss dürfte bei 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, liegen und damit im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte ansteigen. Die Staatsschuldenquote**, also der Bruttoschuldenstand in Prozent der Wirtschaftsleistung, wird sogar stärker sinken, als es diese Zahlen andeuten: nämlich **von 74,9 Prozent auf 70,8 Prozent.** Je nachdem, wie hoch die zusätzlichen Ausgaben aufgrund der Flüchtlingsmigration ausfallen werden, **könnte 2016 sogar weiterhin ein Finanzierungsüberschuss** erreicht werden. Die Staatsschuldenquote dürfte dann erstmals seit der Finanzkrise wieder **unter 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts** sinken.

Korrigiert um die konjunkturellen Einflüsse, trübt sich die Einschätzung allerdings etwas ein. Der Sachverständigenrat und die Bundesbank erwarten, dass **sich die deutsche Wirtschaft schon 2015 in der konjunkturellen „Normallage“ befindet. Das bedeutet, dass die Produktionskapazitäten gerade ausgelastet sind.** Wenn die Wirtschaft, wie vom Sachverständigenrat geschätzt 2016 voraussichtlich um 1,6 Prozent wächst, übertrifft sie ihr Potentialwachstum von 1,2 Prozent – die Kapazitäten wären damit überausgelastet.

Expansive deutsche Finanzpolitik

Bundesbank und Sachverständigenrat unterscheiden sich hier merklich von der Europäischen Kommission. Sie rechnet die Flüchtlinge in viel größerem Maße dem Arbeitskräftepotential zu als der Sachverständigenrat und die Bundesbank, die zunächst von einer niedrigen Erwerbsbeteiligung der anerkannten Flüchtlinge ausgehen. Aus Sicht der Kommission ist dies bequem, denn so kann sie bei ihren **Aufforderungen bleiben, Deutschland müsse eine expansivere Fiskalpolitik verfolgen.** Im Klartext: mehr Geld ausgeben, um die Wirtschaft zu stimulieren.

Die in diesem und im kommenden Jahr erzielbaren strukturellen Überschüsse des Gesamthaushalts von 0,3 Prozent und 0,1 Prozent täuschen darüber hinweg, dass die deutsche Finanzpolitik bei einer Überauslastung der Kapazitäten schon expansiv wirkt. Der öffentliche Konsum, die staatlichen Investitionen und die sozialen Transferzahlungen werden 2015 und 2016 Fiskalimpulse von 0,4 Prozent bis 0,5 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts setzen. **Als Fiskalimpulse werden gezielte Maßnahmen der Finanzpolitik verstanden, die zu einer Veränderung des öffentlichen Finanzierungssaldos führen.** Die daraus resultierende zusätzliche Wachstum beläuft sich angesichts eines niedrigen Multiplikatoreffekts aber nur auf 0,18 beziehungsweise 0,23 Prozentpunkte.

Dies dürfte nicht zuletzt an der Art der Impulse liegen: **Vor allem die Sozialleistungen zeigen nach oben.** Und während 2014 die auch inflationsbedingt höheren Steuereinnahmen (kalte Progression) noch dazu beigetragen haben, den Haushalt auf der Einnahmenseite zu stabilisieren, **findet die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte jetzt fast nur noch über die Zinsausgaben statt, die durch die extrem lockere Geldpolitik sinken.** Durch die Anhebung der Kinderfreibeträge und des Grundfreibetrags 2015 sowie die teilweise Rückgabe der rein inflationsbedingten Steuermehreinnahmen **2016 kommt es insgesamt zu einer Einkommensteuerentlastung um 3,3 Milliarden Euro**, die auf die Wirtschaft nun ebenfalls expansiv wirken dürfte. Jedenfalls verdeutlichen diese Zahlen, **dass eine weitere fiskalpolitische Expansion aus konjunkturpolitischen Gründen nicht angezeigt ist.**

Flüchtlinge kosten 11 Milliarden nächstes Jahr

Zugleich haben sich **nämlich die Risiken für die deutsche Fiskalpolitik erhöht. Die Finanzierung der Flüchtlingsmigration bleibt ungewiss.** Auf die öffentlichen Haushalte könnten dadurch höhere Belastungen zukommen

als erwartet. Zudem ist **die Lage in der Eurozone weiterhin fragil**. Und leider stellen die fiskalpolitischen Impulse der Vergangenheit im Wesentlichen dauerhafte Mehrausgaben dar. Dies wird sich bei einem ungünstigeren konjunkturellen Verlauf rächen.

Der Sachverständigenrat hat in seinem Jahresgutachten Berechnungen zu den haushaltspolitischen Folgen der Migration in verschiedenen Szenarien vorgelegt. **In seinem günstigsten Szenario rechnet der Rat mit einer Million Flüchtlingen in diesem Jahr und nimmt an, dass diese Anzahl über zusätzlich 750.000 Personen im Jahr 2016 und 500.000 weitere Flüchtlinge im Jahr 2017 bis auf 200.000 Menschen bis 2020 merklich zurückgeht**. Zur Berechnung der direkten Ausgaben für die Asylsuchenden unterstellt der Sachverständigenrat 800 Euro monatlich für Asylbewerberleistungen, 550 Euro monatlich als Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (Hartz IV) und 2000 Euro pauschal für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen jeweils für 75 Prozent der anerkannten Flüchtlinge sowie 500 Euro als einmalige Pauschale bei einer Ablehnung. Zugleich ist eine geringe Duldungsquote von fünf Prozent der abgelehnten Asylanträge bei einem Anstieg der Schutzquote auf 60 Prozent im Jahr 2016 vorausgesetzt. Hinzu kommen Annahmen zu den Partizipations- und Erwerbslosenquoten der Flüchtlinge sowie zur Dauer der Asylverfahren.

Unter diesen Annahmen lassen sich die zuvor erwähnten Finanzierungsüberschüsse in den Jahren 2015 und 2016 tatsächlich erzielen. **Die direkten Ausgaben für die Flüchtlinge würden sich auf rund 6 Milliarden Euro in diesem und 11 Milliarden Euro im nächsten Jahr belaufen. 2014 waren es hingegen erst 2 Milliarden Euro. Sogar die „schwarze Null“ im Bundeshaushalt könnte sich dann halten lassen.**

Schwarze Null ist kein Selbstzweck

Dieses Szenario könnte sich gleichwohl als zu optimistisch herausstellen. In weiteren Berechnungen unterstellt der Sachverständigenrat daher höhere Ausgaben je Flüchtling, beispielsweise 1000 Euro an Asylbewerberleistungen, 20 Prozent mehr Asylsuchende pro Jahr oder längere Asylverfahren. Die direkten Ausgaben für Flüchtlinge belaufen sich dann auf bis zu 14,3 Milliarden Euro im Jahr 2016. Darin sind noch keine Anpassungen der Duldungsquoten nach oben enthalten. Gegenwärtig ist die Rückführungspraxis der Länder relativ zurückhaltend und löst daher höhere Ausgaben aus als notwendig.

Im ungünstigsten Fall lässt sich der ausgeglichene Bundeshaushalt kaum halten. Natürlich ist die schwarze Null kein Selbstzweck. Allerdings kann sich unter ungünstigen Bedingungen die dauerhafte Finanzierungslücke schnell an die durch die Schuldenbremse gesetzte Grenze von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bewegen. Konjunkturell bedingt höhere Schulden kann der Bund in der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht beanspruchen. **Zudem ist die Flüchtlingsproblematik keine von der Regierung unbeeinflussbare Entwicklung, die mit Naturkatastrophen gleichgesetzt werden kann und dann eine höhere Staatsverschuldung erlaubt.** (??? cf F) Es liegt vielmehr im Ermessen der **Bundesregierung**, wie sie auf diese Herausforderung antwortet.

Ausgabenkürzung scheint zwingend erforderlich

Diese Überlegungen verdeutlichen zweierlei: Erstens sind die Mehrausgaben aufgrund des Flüchtlingszustroms in diesem und im kommenden Jahr verkraftbar, voraussichtlich ohne neue Schulden und ohne Steuererhöhungen, vielmehr mit der versprochenen Steuersenkung zur Korrektur der steuerlichen Inflationsgewinne. **Wir werden also nicht alle ärmer.** Aber die Bäume wachsen auch nicht in den Himmel, wie die Szenarien des Sachverständigenrats zeigen. **Die Flüchtlinge werden eine längere Phase der Qualifizierung benötigen und erst deutlich später als qualifizierte Zuwanderer Arbeit finden.** Die Bundesregierung tut daher gut daran, mit weiteren Mehrausgaben in den Jahren nach 2016 zu rechnen. Zwar gibt es keine verlässlichen Projektionen, aber vieles deutet darauf hin, dass ausgeglichene Haushalte in Deutschland schwieriger zu schaffen sein werden. Zudem zeigen die verschiedenen Szenarien, dass Bund, Länder und Gemeinden einiges unternehmen müssen, um zu einer geringeren Anzahl an Flüchtlingen zu kommen, die Ausgaben aufgrund zu hoher Duldungsquoten zu reduzieren und die Asylverfahren zu beschleunigen. Die Verantwortlichen arbeiten zwar derzeit mit großer Intensität daran, dies zu erreichen. **Da einfache Lösungen, wie die Einführung einer „Obergrenze“, nicht zur Verfügung stehen, bleibt der Erfolg dieser Anstrengungen jedoch ungewiss.**

Die Diskussion, wie Bund und Länder in Zeiten der Schuldenbremse und des Fiskalpakts auf die daraus folgenden finanzpolitischen Erfahrungen reagieren werden, hat im Grunde schon begonnen. In der Tat ist die Flüchtlingsmigration eine humanitäre Aufgabe, die zusätzliche Ausgaben eigentlich rechtfertigt. Dies bedeutet aber weder, dass nach 2016 höhere Schulden hingenommen werden sollten, noch, dass Steuererhöhungen zwingend erforderlich wären. Vielmehr

zeigen die vergangenen Jahre, dass Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen in die Vollen gegangen sind. **Die Transferausgaben steigen vor allem wegen des Rentenpakets der Bundesregierung und weniger wegen der Migranten weiter an. Die Konsumausgaben des Staates haben sich erhöht, weil die Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst üppig waren, der Personalabbau der öffentlichen Hand zum Stillstand gekommen ist und sich mittlerweile in einen Personalaufbau verwandelt hat und viele Programme in der Familienpolitik sowie der Forschungs- und Bildungspolitik hinzugekommen sind.** Zudem legt die Bundesregierung in Zeiten der Hochkonjunktur ein Investitionspaket auf. Die Liste ließe sich problemlos verlängern. Manches davon mag für sich genommen richtig gewesen sein. In Zeiten neuer Herausforderungen darf aber keiner dieser Ausgabenbereiche sakrosankt sein. **Ausgabenkürzungen müssen dann Vorrang vor Steuererhöhungen haben.**

Driftet Spanien in die fiskalpolitische Sorglosigkeit ab?

Neben die finanzpolitischen Auswirkungen der Flüchtlingsmigration treten **die europäischen Herausforderungen**. Diese sind entgegen der öffentlichen Wahrnehmung nicht geringer geworden. **Die Mitgliedstaaten der Eurowährungsunion haben ihre Bemühungen, die Staatsfinanzen zu sanieren, nahezu eingestellt. Die Fiskalpolitik ist in Europa neutral und nicht mehr restriktiv.** Dies gilt schon längere Zeit für **Italien und Frankreich**. In diesem Jahr kommt **Griechenland** hinzu, das sich weiterhin als sehr zäh in der Umsetzung der vereinbarten Anpassungsprogramme zeigt. Hinzutreten wird **Portugal**, dessen neue Regierung ein Ende der Konsolidierung angekündigt hat.

Wie dies mit den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts in Einklang zu bringen ist, bleibt ein Rätsel, das die Europäische Kommission wohl wieder mit Nachlässigkeit auflöst. Nach den Wahlen könnte Spanien, das zurzeit noch zu den Mitgliedstaaten gehört, die ihre Haushaltsdefizite reduzieren, ebenfalls ins Lager der haushaltspolitischen Verantwortungslosigkeit abdriften. Die Bundesregierung wird dagegen wenig unternehmen können. Der Schlüssel für den Konsolidierungserfolg liegt vielmehr bei der **Kommission, die sich bislang aber nicht als ehrgeizig erwiesen hat, wenn es um die Durchsetzung der europäischen Fiskalregeln geht. Eine Konsolidierung des französischen Haushalts ist jedenfalls in weite Ferne gerückt.**

Untergang der Eurozone ist unwahrscheinlich

Welche Risiken erwachsen daraus der deutschen Haushaltspolitik? Mit großem Engagement wurde in den vergangenen Jahren über die Haftungsrisiken diskutiert, die Deutschland mit seinem Engagement in der Euro-Krise eingeht. Gemäß dem **Haftungspegel des Ifo-Instituts dürfte der deutsche Fiskus mit mehr als 500 Milliarden Euro exponiert sein.** Wenngleich das Ifo-Institut darauf hinweist, dass es sich nicht um tatsächlich zu erwartende Verluste handelt, bereitet dieses Haftungspotential vielen Bürgern große Sorgen.

Betrachtet man die Lage genauer, **so kommt dieses Haftungspotential wohl nur im ungünstigen Fall des Zusammenbruchs der Währungsunion zum Tragen.** In diesem Fall ist die Verkürzung auf haushaltspolitische Risiken wohl noch optimistisch. **Nach allem, was die Europäische Zentralbank und die Mitgliedstaaten bisher unternommen haben, dürfte der Zusammenbruch der Eurozone aber unwahrscheinlich sein.** Vielmehr lässt sich feststellen, dass die Euro-Rettung kaum Auswirkungen auf den deutschen Bundeshaushalt hatte. **Bislang zahlen die Programmländer plus Spanien die ihnen gewährten Kredite mit den vereinbarten Zinsen an die europäischen Rettungsschirme fristgerecht zurück. Als Belastungen schlagen sich lediglich die Kapitalausstattung des dauerhaften Rettungsfonds ESM und die Umschuldung Griechenlands vom November 2012 nieder.**

Wirtschaftswachstum kann in Griechenland stabile Verhältnisse schaffen

Im Zuge der Verabschiedung des dritten Hilfspakets für Griechenland wurde immer wieder eine **weitere Umschuldung** der von den europäischen Partnern gewährten Kredite ins Spiel gebracht. Dies würde zu weiteren Belastungen des Bundeshaushalts führen. **Allerdings kann der Bundesregierung nur abgeraten werden, auf solche Forderungen einzugehen. Die Umschuldung der Forderungen öffentlicher Gläubiger im November 2012 war schon generös und verschaffte Griechenland sehr günstige Zinskonditionen sowie erheblich verlängerte Laufzeiten.**

Nach Berechnungen des Sachverständigenrates wird die griechische Staatsverschuldung trotz eines weiteren kurzfristigen Anstiegs zumindest stabilisiert werden können oder sogar zurückgehen, wenn ein reales Wirtschaftswachstum von 1,75 Prozent erreicht wird und die Primärüberschüsse (Überschüsse ohne Berücksichtigung des Zinsdienstes) bei mindestens

1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Je höher das Wirtschaftswachstum, umso eher lassen sich tragfähige öffentliche Finanzen in Griechenland erreichen. Dann dürfen die Primärüberschüsse niedriger ausfallen. **Allerdings führt eine lockere Fiskalpolitik nicht zu mehr Wachstum. Vielmehr kommt es auf die Strukturreformen in den Produkt- und Arbeitsmärkten an. Einen Schuldenschnitt braucht Griechenland nicht.**

Griechenland lenkt von den wirklichen Problemen ab

Die Besessenheit, mit der sich die deutsche Debatte um Griechenland gedreht hat, verschleiert die wahren finanzpolitischen Risiken des Bundes. Sie liegen im Inland in Gestalt der Länder und Gemeinden. Schon in den Koalitionsverhandlungen der Bundesregierung war deutlich geworden, **mit welcher Macht die Länder auf zusätzliches Geld des Bundes drangen**. Nicht zuletzt die Diskussion um eine vermeintliche Investitionsschwäche, die durch mehr staatliche Investitionen behoben werden sollte, war Ausdruck dieser Politik. Letztlich sind es die finanzpolitischen Schieflogen zwischen bestimmten Ländern und ihren Kommunen, die dort zu einer Vernachlässigung der Infrastruktur geführt haben. Lösen ließe sich dies nur über mehr Eigenverantwortung der Länder und der Gemeinden, etwa indem sie Zuschlagsrechte auf die Lohn- und Einkommensteuer erhalten.

Der Bund hat in dieser Legislaturperiode in enormem Umfang finanzpolitische Verantwortung für die Länder und Gemeinden gezeigt, indem er Aufgaben übernommen und so zu ihrer Entlastung beigetragen hat. Dazu gehören die Übernahme der Kosten für Bafög-Leistungen der Studenten, die Übernahme der laufenden Nettoausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, eine stärkere Beteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende und Entlastungen bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Hinzu kommen der Ausbau der Kindertagesbetreuung, ein kommunaler Investitionsfonds und Entlastungen im Zuge der Flüchtlingskrise, etwa im Rahmen des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes. Insgesamt belaufen sich diese Entlastungen und Programme auf rund 50 Milliarden Euro in den Jahren 2015 bis 2020. Neben diesen dauerhaften strukturellen Mehrausgaben erhöht der Bund seine Investitionsausgaben in den Jahren 2017 und 2018 um mehr als eine Milliarde Euro.

Gierige Länder und Kommunen

Im Unterschied zu den europäischen Haftungssummen handelt es sich hier um tatsächliche Mehrausgaben des Bundes. Dieses Geld steht ihm für andere Zwecke nicht zur Verfügung. **Bei den sich dynamisch entwickelnden Sozialausgaben handelt es sich um erhebliche Haushaltsrisiken des Bundes**. Damit aber nicht genug. Im Zuge der Verhandlungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen hat der Bund ein Volumen von 8,5 Milliarden Euro zugesagt, wenn die Länder sich auf eine sinnvolle Reform des Finanzausgleichssystems einigen. Der Vorschlag der Länder sieht nun eine Forderung gegenüber dem Bund in Höhe von rund 10 Milliarden Euro vor. Diese Beträge können im Zeitablauf sogar steigen und bergen ebenfalls ein enormes haushaltspolitisches Risiko für den Bund. Die Reform, welche die Länder im Gegenzug anbieten, ist jedoch kein Durchbruch. Von mehr Eigenverantwortung der Länder ist weit und breit nichts zu sehen. Sollten sich bei ihnen in der Zukunft aufgrund finanzpolitischer Fehlverhaltens abermals finanzielle Engpässe einstellen, werden sie wieder versuchen, sich beim Bund schadlos zu halten.

Das größte finanzpolitische Risiko für den Bund stellen weder die Flüchtlingskrise noch die Probleme der Europäischen Währungsunion dar. Das größte Haushaltsrisiko des Bundes sind die gierigen Länder und Gemeinden. Die Chance einer Reform, welche die finanzpolitischen Schieflogen im deutschen Bundesstaat beseitigt, droht ungenutzt zu bleiben, wenn Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble dem Drängen der Länder auf noch mehr Geld nachgibt.

Die Autoren

Lars P. Feld ist eine eher leise, aber einflussreiche wirtschaftspolitische Stimme im Land. Auf der F.A.Z.-Ökonomen-Rangliste stand der liberale Professor für Wirtschafts- und Ordnungspolitik an der Universität Freiburg vor zwei Jahren ganz oben. Gerade hat die Regierung seinen Platz unter den „Wirtschaftsweisen“ im Sachverständigenrat bis 2021 verlängert. Feld wird ihn nutzen, um vor allem die Finanzpolitik auf allen staatlichen Ebenen weiter sehr kritisch zu begleiten.

Désirée I. Christofzik arbeitet mit Feld als Volkswirtin im wissenschaftlichen Stab des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Im Anschluss an einen Forschungsaufenthalt an der University of Exeter war sie Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft der Universität Siegen. Derzeit promoviert Christofzik in Siegen im Rahmen eines interuniversitären Doktorandenprogramms mehrerer deutscher Universitäten.

Uwe Scheuering ist seit April 2014 Referent für öffentliche Finanzen im wissenschaftlichen Stab des Sachverständigenrates. Er hat in Würzburg Wirtschaftsmathematik studiert mit den Schwerpunkten Finanzwissenschaft und Ökonometrie. In diesen Tagen schließt Scheuering seine Promotion an der Albert-Ludwigs- Universität Freiburg ab. Sein Thema sind die Steuerwirkungen auf unternehmerische Entscheidungen. hig.

Deutschland konsumiert wie wild und investiert wenig

Wie Deutschland seinen Wohlstand verschleudert

Von Daniel Stelter, beyond the obvious

Als der Ökonom Thomas Piketty im Herbst letzten Jahres seine Forderung nach radikaler Umverteilung im Bundeswirtschaftsministerium vortrug, war der Hausherr Sigmar Gabriel (SPD) sichtlich begeistert. Es spiele keine Rolle, ob die Thesen des Franzosen richtig oder falsch seien. [Politisch relevant seien sie allemal.](#)

Auch eine Idee für die Mittelverwendung hatte Gabriel parat: Liebend gern würde er vier Milliarden mehr für Bildung ausgeben. Was ihn daran hinderte, blieb völlig unklar, hatte die Bundesregierung doch kurz zuvor Rentengeschenke in Höhe von rund 200 Milliarden verteilt. Dagegen sind vier Milliarden für Bildung doch ein Klacks.

Diese kleine Anekdote zeigt gut, woran Deutschland krankt. Wir konsumieren statt in die Zukunft zu investieren. Wir geben uns einer Wohlstandsillusion hin und denken, wir könnten "alles schaffen". Die Flüchtlingskrise, die Energiewende, die Rettung des Euros, die Umstellung unsere Wirtschaft auf neue Technologien und letztlich den Übergang zu einer schrumpfenden Gesellschaft mit immer mehr Alten.

Das Problem ist: Jede einzelne dieser Herausforderungen kostet Billionen. In Summe zu viel - selbst für eine noch starke Volkswirtschaft wie die unsere. Nicht nur die Kosten sind enorm. Wir müssten jeweils investieren, statt zu konsumieren. Doch wir tun das Gegenteil. Investitionen legen die Grundlage für künftigen Wohlstand, Konsum verbraucht vorhandenen Wohlstand.

Energiewende: Vernichtung von Milliardenvermögen

Die Energiewende kann man wollen. Ich will jetzt gar nicht in die Diskussion einsteigen, wie sinnvoll es ist, bei uns - fernab von jedem Erdbeben- und Tsunami-Gebiet - Atomkraftwerke abzuschalten, wenn in Japan ein Unglück passiert. Ich will auch nicht groß hinterfragen, ob wir wirklich sicherer sind, wenn andere Länder um uns herum dafür mehr auf Atomkraft setzen. Problematisch sind aber Umsetzung und Folgekosten. Der Kurswechsel über Nacht hat volkswirtschaftliches Vermögen in Milliardenhöhe vernichtet. Nun mag dies nur für die Aktionäre der Energiefirmen unmittelbar relevant erscheinen.

In Wirklichkeit schwächt diese Vermögensvernichtung eine ganze Branche und erschwert den Übergang zu wirklich neuen Technologien mehr, als dass sie ihn erleichtert. Die gleichzeitige Förderung der alternativen Energien war nichts anderes als ein gigantisches Subventionsprogramm von dem vor allem die chinesischen Solaranbieter profitiert haben. Für den Standort Deutschland bedeutet sie dauerhaft deutlich höhere Energiekosten. Die Belastung für Unternehmen und Verbraucher wird auf eine Billion geschätzt. Diese Billion ist Konsum und fehlt an anderer Stelle. Wie weit Industrien für erneuerbare Energien davon wirklich profitieren, vor allem am Standort Deutschland, bleibt abzuwarten.

Flüchtlinge: die Milliardenkosten einer verschenkten Chance

Mindestens eine Million zumeist junger Flüchtlinge nehmen wir in diesem Jahr auf. Ein Ende der Völkerwanderung ist nicht abzusehen. Inklusive Familiennachzug werden schon jetzt Zahlen von bis zu 10 Millionen Flüchtlingen bis 2020 gehandelt. Vor einigen Wochen habe ich an dieser Stelle vorgerechnet, was passieren müsste, damit die Zuwanderung zu einem Gewinn für beide Seiten wird. [Für die Flüchtlinge und auch für uns.](#)

Der entscheidende Hebel ist dabei, den Anteil der produktiven Flüchtlinge möglichst hoch zu bekommen. Bei einem Anteil von 50 Prozent Flüchtlingen, die wir in Arbeit bekommen, wäre die Bilanz schon neutral. Die Mehrkosten würden durch einen Mehrertrag kompensiert. Schaffen wir es hingegen nicht, haben wir es mit jahrzehntelangen finanziellen und sozialen Belastungen zu tun.

Wie vorgerechnet, erreichen diese Belastungen mit über einer Billion Euro leicht die Kosten der deutschen Einheit. Um diese zukünftigen Kosten zu vermeiden, müssten wir heute massiv investieren. In Deutschkurse, die Vermittlung der Werte des Grundgesetzes und in Berufsausbildung. Nichts davon passiert und schon gar nicht im erforderlichen Umfang. Heinz Buschkowsky, der ehemalige Bezirksbürgermeister von Berlin Neukölln rechnet vor, dass es alleine an 20 000 Deutschlehrern fehlt.

Derweil weigern wir uns den Mindestlohn aufzuweichen. Mit 8,50 Euro schon für uns zu hoch, ist er nun völlig illusorisch. Kein Unternehmer kann es sich leisten, zu diesen Kosten Mitarbeiter ohne Deutsch-Kennntnis und mit unklarer Qualifikation zu beschäftigen. So sehr es den Gewerkschaften gefällt, dass die Regierung am Mindestlohn festhält, so klar sind die finanziellen Konsequenzen für uns alle. Eine Billion Euro und mehr, die an anderer Stelle fehlen werden, weil wir den Flüchtlingen die Chance für eine rasche und echte Integration verwehren.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute freuen sich über die positive Wirkung der Flüchtlingskrise auf das BIP 2016. Verpflegung, Kleidung und Unterkunft führen zunächst zu Mehrnachfrage und damit mehr Wirtschaftsleistung. Doch auch dies ist nur Konsum. Wahre Investitionen wären deutlich höher - und eben nicht ohne drastische Einschnitte an anderer Stelle und Steuererhöhungen zu finanzieren. Doch davor schreckt die Politik zurück. Ein weiteres Beispiel für kurzfristige Optimierung zu Lasten künftiger Generationen.

Ungelöste Eurokrise

Die Flüchtlingsthematik beherrscht die Medien und verdrängt die anderen ungelösten Probleme Europas. Henrik Müller betont zu Recht [den Zusammenhang zwischen Eurokrise und Fluchtwelle](#). In den letzten Jahren ist nicht zuletzt wegen der völlig verfehlten deutschen Euro-Politik in Europa viel politischer Goodwill verloren gegangen. Zielsicher haben wir uns nach "unten links" manövriert, also [den politischen und finanziellen Schaden für uns maximiert](#). Alles immer begleitet von der völlig irrigen Annahme, wir seien die Nutznießer des Euro. Dass dem nicht so ist, kann man [hier nachlesen](#).

Nun haben sich die Gewichte verschoben. Nicht wir können den anderen sagen wie es geht, sondern wir brauchen die anderen. Griechenland wird den Schuldenschnitt bekommen, im Gegenzug für Auffanglager auf den Inseln. Europa wird die Schuldenunion bekommen, [die teuerste für uns denkbare Variante](#), als Gegenleistung für eine etwas solidarischere Verteilung der Flüchtlinge. Gemeinsam werden wir die Politik des Sparens endgültig beerdigen für ein weiteres Leben auf Pump. Kombiniert mit der Bankenunion wird das für uns ein teurer Spaß. Bei einer Billion Euro, wie von mir noch vor kurzem geschätzt, wird es nicht bleiben. Auch diese Billion ist letztlich Konsum, egal wie sie uns von der Politik verkauft wird. Damit sind wir schon bei mehr als drei Billionen Euro die wir in den kommenden Jahrzehnten verbrauchen.

Wer zahlt unsere Renten?

Weitere Billionen wird die Versorgung einer immer älteren Gesellschaft verschlingen. Nirgendwo wurde für diese Kosten vorgesorgt. Studien rechnen vor, dass es enormer Kraftanstrengungen bedarf, um die Staatsfinanzen unter Kontrolle zu halten. Noch stehen wir in Deutschland relativ zu anderen Ländern recht gut da. Wenn wir unsere Ausgaben für Renten, Pensionen und Gesundheitsleistungen für Alte auf dem derzeitigen Niveau der BIP einfrieren, können wir eine Explosion der Staatsschulden vermeiden. So [die Berechnung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich \(BIZ\)](#), angestellt vor der Rentenreform der großen Koalition.

Pro Kopf gerechnet sind das angesichts explodierender Rentnerzahlen natürlich schlechte Nachrichten. In der Praxis wird es auf Rentenkürzungen, Steuererhöhungen und mehr Schulden hinauslaufen. Auch dies ist wiederum Konsum und ein Anspruch auf das Volkseinkommen, welches wir erarbeiten, in Billionenhöhe. Finanzieren wir alles mit Schulden, so erwartet die BIZ für 2040 einen Schuldenstand von über 300 Prozent des BIP. Überschlägig also ein Anstieg um sechs Billionen. Auch dies für Konsum, nicht für die Sicherung künftigen Wohlstands.

Diese Zahlen unterstreichen nochmals die vergebene Chance einer ungesteuerten Zuwanderung, die nicht nach Qualifikation unterscheidet und die erforderlichen Integrationsinvestitionen nicht tätigt. Statt die Last der alternden Gesellschaft zu mindern, droht eine Verstärkung der Verteilungskonflikte.

Deutschland vor gefährlichen Verteilungskämpfen

Der VW-Skandal sollte es dem letzten Skeptiker vor Augen führen. Die deutsche Wirtschaft ist dominiert von der Automobilindustrie, die vor erheblichen Herausforderungen steht. Technologischer Wandel, neue Wettbewerber und verändertes Konsumentenverhalten sind Herausforderungen, [die wir bewältigen können](#). Sicher ist dies allerdings nicht. Die Tatsache, dass ein weltweit führendes Unternehmen wie Volkswagen zur Manipulation gegriffen hat, zeigt, wie groß die technologische Herausforderung ist. Selbstfahrende Autos und der Verlust der Rolle als Statussymbol bei künftigen Generationen können die Industrie mehr als erschüttern. Zeit, neue Branchen zu entwickeln. Doch damit tun wir uns schwer.

Was wir bräuchten wäre eine Investitionsoffensive von privater und öffentlicher Seite. Stattdessen fallen die Ausgaben für Investitionen seit Jahren kontinuierlich. Unternehmen investieren lieber in den Märkten der Zukunft, der Staat konzentriert sich auf Konsum statt Investition. Der Verfall des Bildungswesens tut ein weiteres.

Wir können vieles - aber nicht alles gleichzeitig

Jede einzelne der beschriebenen Herausforderungen können wir meistern, vielleicht auch zwei. Alle schaffen selbst wir nicht. Wir verteilen unseren vorhandenen Wohlstand freimütig und versäumen es, die Grundlagen für den zukünftigen Wohlstand zu legen. Damit ist aber auch klar, dass wir die heute gemachten Versprechen unmöglich erfüllen können. Alle Teile der Gesellschaft werden verlieren. Ohne Friktionen wird das nicht gehen. Im Gegenteil: Die kommenden Jahre werden geprägt sein von Verteilungskämpfen, wie wir sie uns heute nicht vorstellen können.

Diesen Text veröffentlichen wir mit freundlicher Genehmigung von Daniel Stelter, [beyond the obvious](#).

Mehr zum Thema:

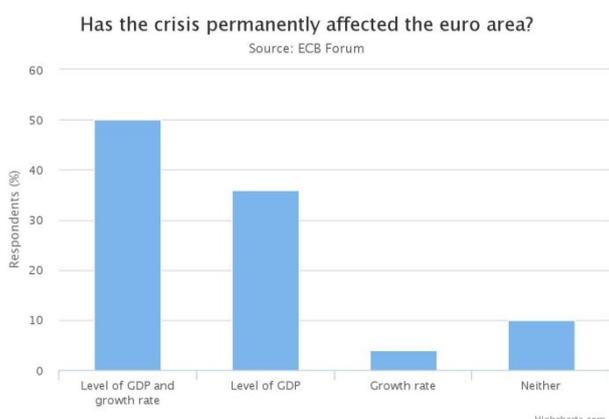
- Zukunft Europas: Warum jetzt ständig Krise herrscht (manager magazin)
<http://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/muellers-memo-warum-jetzt-staendig-krise-herrscht-a-1057295.html>
- Neues Hilfsprogramm für Hellas: Die deutsche Euro-Politik ist krachend gescheitert (manager magazin)
<http://www.manager-magazin.de/politik/konjunktur/griechenland-unten-links-deutsche-europolitik-vor-dem-scherbenhaufen-a-1043415.html>
- Schuldenschnitt und Blankoscheck für die Zukunft: Varoufakis und Piketty - die linke Lösung für Europa (manager magazin)
<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-1041977.html>
- Deutschland und die Eurokrise: Zehn Gründe, warum wir die Verlierer des Euro sind (manager magazin)
<http://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/deutschland-hat-durch-den-euro-nachteile-a-1021698.html>
- Thomas Piketty bei Sigmar Gabriel: Besuch des Umverteilers (manager magazin)
<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/piketlys-theorie-der-umverteilung-nutzt-sigmar-gabriel-a-1001710.html>

Eurozone: die schlechtest denkbare Währungsunion

Während wir uns in Deutschland mit anderen Themen beschäftigen, geht die Krise des Euro weiter. Nur kurz war das Thema anlässlich der EZB-Entscheidung wieder mehr in den Medien.

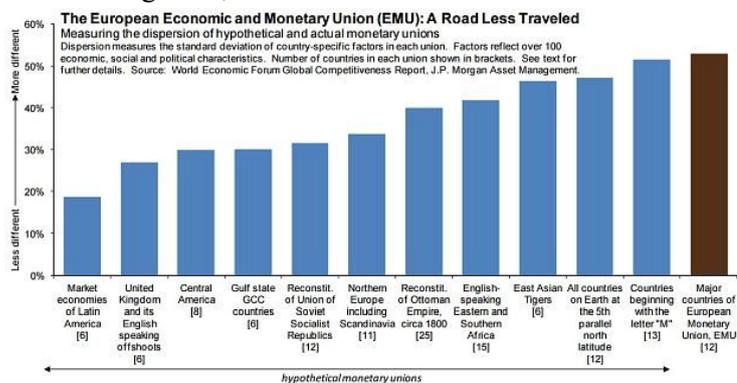
Gut also, dass der Telegraph daran erinnert, dass die EZB ohnehin nur Zeit kaufen kann und diese Zeit von den Politikern, wie der ehemalige Bundesbankpräsident Axel Weber schon im Januar feststellte, nicht genutzt wurde. Sie hätten die leichte konjunkturelle Erholung nutzen müssen, um die Sanierung der Eurozone durchzuziehen, namentlich eine Lösung für die Schulden finden. Diese Chancen haben sie nun verpasst und wir stehen vor der nächsten Rezession, die sicherlich zu erneuten Spannungen innerhalb der Eurozone führen wird.

Entsprechend skeptisch zeigten sich die Teilnehmer an einem EZB-Forum zu den Folgen der verfehlten Europolitik:



50 Prozent der Teilnehmer sehen einen Schaden nicht nur für das Niveau der Wirtschaftsleistung, sondern auch für das zu erwartende Wachstum. Das ist sicherlich eine richtige Einschätzung, bedeutet aber im Umkehrschluss, dass der Euro den Wohlstand nicht mehrt, sondern mindert und die Spannungen in Zukunft weiter zunehmen werden. Gerettet ist der Euro also keineswegs.

Schon im Jahr 2012 hat Michael Cembalest, Chefinvestmentstrategie von JP Morgan ausgerechnet, dass die Eurozone, die denkbar schlechteste Währungsunion darstellt, die man sich vorstellen kann. Selbst eine Union von jenen Staaten, die mit einem M beginnen, wäre effizienter.



Erstaunlich bleibt, dass bis jetzt selbst die Länder, die am meisten unter dem Euro leiden, wie Griechenland, daran festhalten. Immer wenn es eng wird, gibt es kleinere Erleichterungen und Zugeständnisse und die Wähler trauen ihren nationalen Regierungen (noch) nicht zu, sorgsam mit Geld umzugehen. Also bleiben sie dabei. – *bto*: Ich würde im Falle Griechenlands sagen, dass es ja weiterhin einen überhöhten Lebensstil durch das Ausland finanziert bekommt. Ohne Euro wäre das hinfällig.

Kann es noch zehn Jahre weitergehen?

Euro-Exit löst Frankreichs Probleme nicht, verschafft aber Linderung

Viel wird in diesen Tagen über den Aufstieg des Front National und der anderen rechten und eurokritischen Parteien geschrieben. Zwar gelang es in Frankreich, durch ein Bündnis der anderen Parteien einen Sieg des FN zu verhindern. Doch dies dürfte perspektivisch den FN eher stärken als schwächen.

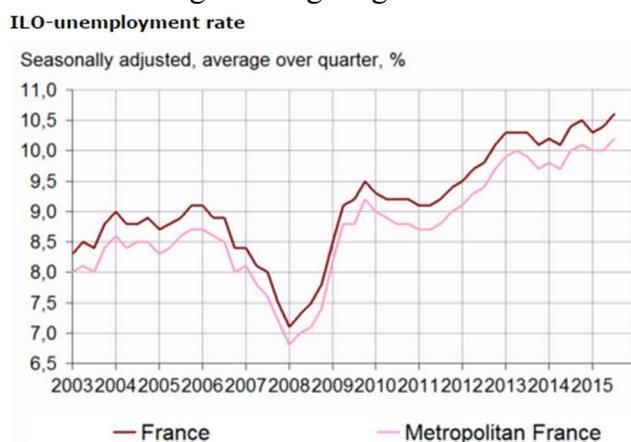
Ich bleibe bei meiner Auffassung, dass es sich hierbei vor allem um eine Folge einer objektiv falschen Politik der etablierten Parteien handelt, die sich in Brüssel einbunkern und nicht bereit sind, von ursprünglichen Positionen abzuweichen, weil sie dann zugeben müssten, dass der Euro eben ein falsches Projekt war, das Wohlstand vermindert, statt ihn zu schaffen. Siehe: [„Volksfront gegen den Euro“](#).

Ambroise Evans-Pritchard nutzt diesen Anlass erneut, um die Folgen des Euro grundsätzlich zu betrachten – zwar durchaus wieder mit einem einseitigen, vor allem deutschlandkritischen Blickwinkel, dennoch im Kern zutreffend. Zunächst erinnert er daran, dass die Politik seit Jahren in Frankreich unfähig ist, Reformen durchzuführen. Das Rentenalter ist zu tief, die Renten sind zu hoch, der Staatsdienst ist überdimensioniert, der Staatsanteil auf dem Niveau der skandinavischen Staaten, ohne deren liberalen Arbeitsmarkt zu haben etc. – *bto*: alles faktisch wie in Italien, hausgemachte Probleme, die es auch ohne EU und Euro und Deutschland gäbe.

Der Euro verschlimmert die Lage jedoch und bietet – auch wie in Italien, würde ich ergänzen – eine willkommene Möglichkeit für die politische Klasse, vom eigenen Versagen abzulenken und dem Euro, Brüssel und vor allem Deutschland die Schuld zu geben.

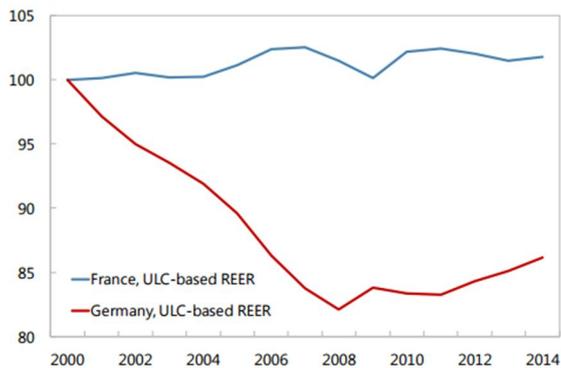
Dabei sind die Fakten für Frankreich wirklich ernüchternd:

Die Arbeitslosigkeit steigt ungebremst und erreicht gerade einen 18-Jahres-Höchststand:



Neben den angesprochenen hausgemachten Problemen haben sich die effektiven Lohnstückkosten seit Einführung des Euro deutlich anders entwickelt als in Deutschland. Wie ich oftmals dargelegt habe, hat Deutschland, nachdem wir mit einem überhöhten Wechselkurs in den Euro eingetreten waren, eine tiefe Krise erlebt, die zu Reformen und letztlich sinkenden Lohnstückkosten geführt hat. Auch uns wäre es ohne den Euro besser gegangen, zwar hätten wir dann weniger Exporte, dafür aber eine stärkere Binnenkonjunktur und eine bessere Infrastruktur: → [„Zehn Gründe, warum wir die Verlierer des Euro sind“](#)

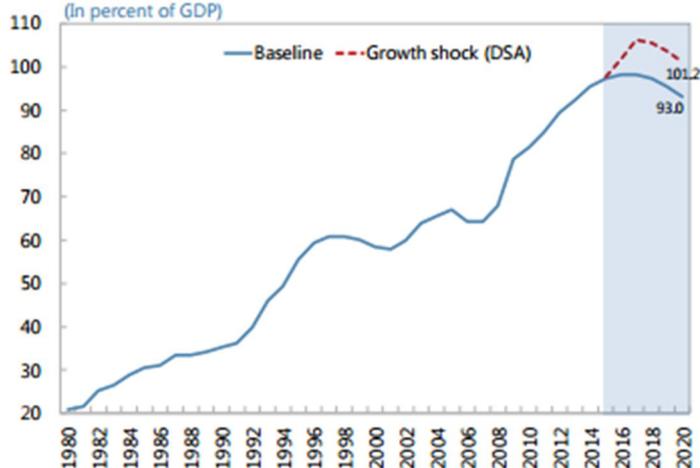
France and Germany: Real Effective Exchange Rates
(In index number, 2005=100)



Da kann man natürlich nicht mit Deutschland in den Wettbewerb treten. Kein Wunder, dass der Handelsüberschuss von Frankreich sich in ein Defizit verwandelt hat. „Frankreich blutet aus“, so Ambroise Evans-Pritchard.

In diesem Umfeld kann natürlich auch von Sparen keine Rede sein. Es gibt kein realistisches Szenario, in dem Frankreich seine Schulden unter Kontrolle bringt. „Willkommen im Club!“, kann man da nur sagen. Noch schauen die Prognosen so aus.

Debt-to-GDP Ratio
(In percent of GDP)



Wir wissen aber, wie unrealistisch die sind. Die Schulden haben den Point of no Return schon lange hinter sich gelassen.

Die Antwort kann nur in der Notenpresse liegen. Le Pen kündigt die Nutzung schon an – und als erstes den Euro zu verlassen, wenn sie Präsidentin würde.

http://www.telegraph.co.uk/finance/economics/12038100/Euro-regime-is-working-like-a-charm-for-Frances-Marine-Le-Pen.html?WT.mc_id=e_DM69141&WT.tsrc=email&etype=Edi_Cit_New_Tue_9Sections&utm_source=email&utm_medium=Edi_Cit_New_Tue_9Sections_2015_12_08&utm_campaign=DM69141

134,14

Euro regime is working like a charm for France's Marine Le Pen

Marine Le Pen swept 55pc of the working class vote, stealing the Socialist base from under their noses with radical Left policies



By [Ambrose Evans-Pritchard](#) 8:30PM GMT 07 Dec 2015

351 Comments

France is trapped in an economic slump that is hauntingly reminiscent of the inter-war years from 1929 to 1936 under the Gold Standard. Each tentative rebound proves to be a false dawn.

The unemployment rate has continued to climb since the Lehman crisis, in stark contrast to Germany, Britain and the US. It jumped by 42,000 in October to an 18-year high of 10.6pc.

The delayed political fuse has finally detonated. [Marine Le Pen](#)'s Front National – these days a blend of nationalist-Right and welfare-Left – [swept half the communes of France](#) in the first round of regional elections over the weekend.

The Front won 55pc of voters classified as workers (ouvriers). The Socialist Party was reduced to 15pc of what was once its core constituency, and can no longer make any plausible claim to be the voice of the French working class.

“Nothing has been done about unemployment despite all the promises. Nobody has been listening to the distress,” said Professor Brigitte Granville, from Queen Mary University of London.

ILO-unemployment rate

Seasonally adjusted, average over quarter, %



Mrs Le Pen has filled the vacuum. She has abandoned the free-market views of her father, party founder Jean-Marie Le Pen, who once espoused "Reaganomics" and vowed to shrink the state.

She is eating into the Socialist base from the Left, vowing to defend the French welfare model against the “neoliberals” and to defeat the “dictatorship of the markets”. She calls globalisation the “law of the jungle” that allows multinationals to play off cheap labour in China against French labour

Her plans include a national industrial strategy that swats aside EU competition law, as well as a cut in the retirement age to 60, and a “realignment of taxation against capital and in favour of workers”.

Pierre Gattaz, head of the employers federation MEDEF, calls it a radical agenda stolen from the Left that would destroy France. Yet it clearly makes a heady brew for voters when mixed with nationalist identity politics.

Mrs Le Pen [once told The Telegraph](#) that her first act in the Elysee Palace would be to order the treasury to draw up plans for a restoration of the French franc. “The euro ceases to exist the moment that France leaves. What are they going to do about it, send in tanks?” she said.



Professor Jacques Sapir, from l'École des hautes études (EHESS) in Paris, says the Front National made its biggest strides in regions that have suffered the full force of de-industrialisation and the “globalisation shock”.

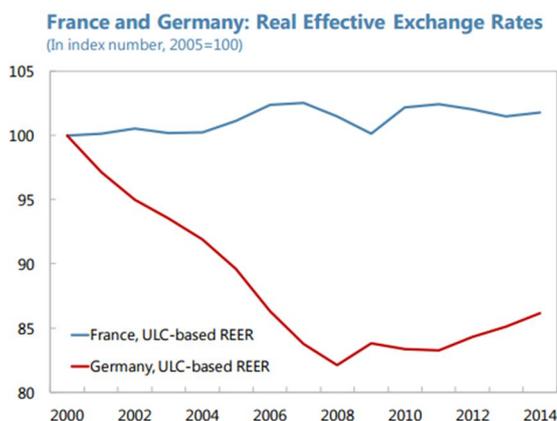
Many of these areas are in the centre of the country, or in Burgundy and Lorraine, or parts of Normandy and Picardy, that are not key battlegrounds of France’s immigration and culture wars.

Prof Sapir said French industry is slowly being hollowed out. It is a drip-drip effect of closures - typically hitting 150 or 200 workers at a time – that slips below the radar screen of the national press. “These are the regions of rural misery,” he said.

Prof Granville said there is no doubt that France’s problems are home-grown. It is entangled in a thicket of unworkable laws. There are 383 taxes, of which 50 cost more to enforce than they yield. The labour code is more than 3,000 pages, acting as a gale-force headwind against job creation.

Yet monetary union has played its part, too. The eurozone’s twin policies of fiscal and monetary contraction from 2011 to 2014 aborted the recovery and led to a deep recession that went on long enough to cause lasting economic damage through labour "hysteresis".

Prof Granville said there is another twist. France and Germany moved in radically different directions after the launch of the euro. While Paris introduced the 35-hour working week, Berlin pushed through the Hartz IV wage squeeze and an internal devaluation within EMU - a beggar-thy-neighbour strategy.



The result is that France has lost 20pc in labour cost competitiveness. It had a current account surplus of 2.5pc of GDP at the start of the last decade. It is now bleeding national wealth slowly - as is Britain, for different reasons - with a cyclically-adjusted deficit of 1.5pc.

She compared it to the slow torture France endured in the early 1930s under the Gold Standard, stoically accepting the "500 deflation decrees" of premier Pierre Laval. The dam broke in 1936 with the election of spurned outsiders, then the Front Populaire.

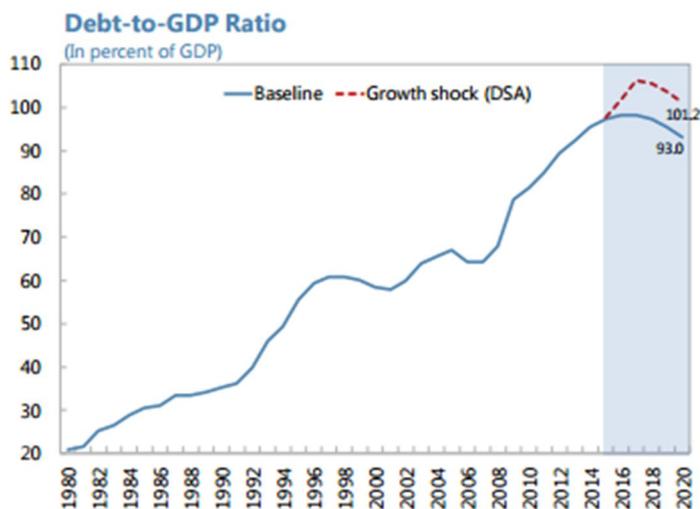
France cannot easily pursue an internal devaluation of its own in the current zero-inflation climate because this would cause the debt ratio – already 97.3pc of GDP - to spiral higher. It would, in any case, perpetuate the slump.

Even in the current benign conditions of cheap oil and easy money, the Bank of France says growth will be just 1.2pc this year and 1.4pc next year, and the global cycle is ageing. "It is very hard to see how the country can restore competitiveness within the strait-jacket of the euro," she said.

Simon Tilford, from the Centre for European Reform, said President Francois Hollande is almost certain to ditch EU fiscal targets after the weekend shock. "There is not going to any fiscal tightening before the elections," he said.

"The Germans are not going to press for it either. They are terrified of doing anything that would further bolster Le Pen. They know she poses an existential threat to the Franco-German axis," he said.

France's Leviathan state has ballooned to 57pc of GDP, a Nordic level without Nordic labour flexibility and free markets. This bloated public sector acted as stabilizing force during the Lehman crisis but is now holding back recovery.



Little is being done about the underlying pathologies. The OECD says a quarter of French aged 60-64 are in work – compared with 40pc for the OECD average – chiefly because of early retirement incentives. They can expect to live for 25 years after retiring, compared to 20 in the UK. Public pensions gobble up 14pc of GDP.

Professor Charles Wyplosz, from the Graduate Institute, Geneva, said France is still not ready to face the truth. "Hollande is a vintage 1970s socialist, and the 2012 election was an exercise in day-dreaming," he said.

"He never told voters there was a crisis on the way, and now has no mandate to deal with that crisis. He is doing a little labour market reform, [but] it's a tiny fraction of what is needed.

"Everybody knows what has to be done. There have been hundreds of reports written. But no politician has the stomach to do anything. The political establishment has simply failed to rise to the occasion."

11. Dezember 2015/4

[Kommentare/in Euro](#), [Europa](#), [Finanzsystem](#), [Frankreich](#), [Geldpolitik](#), [Italien](#), [Ponzi](#), [Regionen](#), [Schulden](#), [Stichworte,Themen](#)

Notenbanken drucken Geld – heimlich – unglaublich, dass das jemanden noch überrascht!

Die Mehrzahl der Bürger merkt es nicht, versteht es nicht, denkt, man sei davon nicht betroffen. Die Minderheit, die es versteht, regt sich lauthals auf. Wieder ein Beweis dafür, dass die EZB und die anderen Notenbanken die Schuldner heimlich raushauen. Das kann ich nur naiv nennen. Es ist doch seit Langem üblich, dass Notenbanken und Staaten die Grenzen weit überschreiten.

Zu Erinnerung: Italien bewertete die Vermögenswerte der Banca d'Italia einfach höher, damit die Banken beim Verkauf ihrer Anteile schöne Gewinne verbuchen konnten. In Irland hat die Notenbank dem Staat direkt Geld in Höhe von rund 25 Prozent des BIP geliehen. Und das auf einen Schlag. → [Geld aus dem Nichts – nach Irland auch Italien](#).

Die F.A.Z.:

„Neben dem Billionen-Staatsanleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank gibt es seit der Krise weitere Käufe durch nationale Notenbanken, die bislang im Dunkeln blieben. Das ganze Ausmaß der Käufe ist erst jetzt ans Licht gekommen.“ – bto: ich wusste es auch nicht. Habe aber auch nicht in die Bilanzen geschaut. Offensichtlich war es aber recht offensichtlich, zumindest die Größenordnung an sich. Wundern darf das doch nun wirklich niemanden

„Zwischen dem Jahr 2006, also vor Ausbruch der Finanzkrise, und 2012, dem Höhepunkt der Euro-Krise, hat eine Handvoll Notenbanken für rund **510 Milliarden Euro Wertpapiere aufgekauft und im Gegenzug frisches Geld in die Märkte gepumpt. Bis Ende 2014 stiegen die Wertpapierkäufe sogar auf mehr als 720 Milliarden Euro.**“ – bto: aber natürlich. Es geht um die „Rettung des Systems“. Da bleiben nur noch die Notenbanken.

„Besonders die Banca d'Italia und die Banque de France waren sehr aktiv.“ – bto: was? Ausgerechnet die Banken von großen Ländern, die in großen Schwierigkeiten stecken und die immer mit Notenbankgeld Probleme ‚gelöst haben‘. Nein, wer hätte das gedacht!

„Vergangene Woche wurde EZB-Chef Mario Draghi in der Pressekonferenz von dieser Zeitung direkt auf Anfa und die hohen Wertpapierkäufe angesprochen. **Er reagierte ausgesprochen gereizt.** Die Kaufstrategien der nationalen Notenbanken seien ‚schwer zu verstehen‘, gab er zu.“ – bto: ??? Was ist daran schwer zu verstehen, Zinsen zu senken für Schuldner mit Problemen? Was ist daran kompliziert?

„Doch könne er ‚**ausschließen, dass es sich um monetäre (Staats-)Finanzierung handelt**‘. Weitere Details könne er nicht nennen.“ – bto: Man fasst es nicht. Das ist doch besser als jede Folge der *heute SHOW*.

„Der Makroökonom Ansgar Belke zeigte sich überrascht über Draghis aggressive Reaktion in der Pressekonferenz: ‚Es verfestigt sich leider der Eindruck einer Vernebelungstaktik.‘“ – bto: Ja, scheint wohl so ...

„EZB-Präsident Mario Draghi hat unterdessen am Wochenende bei einer Veranstaltung in New York gesagt, dass die angekündigten Staatsanleihekäufe von 1,5 Billionen Euro der Zentralbanken nicht das oberste Ende der Fahnenstange sind. Um die Inflationsrate wieder in Richtung des gewünschten Zielwertes zu haben, sei prinzipiell noch eine größere Geldflut vorstellbar. Draghi sagte wörtlich: ‚**Es gibt keine Grenze.**‘“ – bto: Zur Erinnerung, als QE gestartet wurde, hat Draghi betont, dass die Risiken bei den nationalen Notenbanken verblieben. Schon damals habe ich geschrieben, dass das reine Augenschwanzerei ist! → [EZB: Der letzte Schuss](#).

Wacht auf, Bürger: Geld wird bald vom Himmel regnen und die Staaten werden direkt finanziert werden. Die 740 Milliarden sind da nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

→ [F.A.Z.: „Heimliches Geld drucken in Rom und Paris“, 7. Dezember 2015](#)

Wie unabhängig ist die EZB noch?

Die EZB will nichts von geheimen Anleihekäufen wissen – war aber dabei. Die Bürger verlieren das Vertrauen in die Politik und den Euro. Eine Zentralbank macht sich zum Diener der Finanzpolitik.

22.12.2015, von **HOLGER STELTZNER**



© DPAAuf die Frage nach heimlichem Gelddrucken reagierte er aggressiv: EZB-Präsident Mario Draghi

Die #EZB macht sich zum Diener der Finanzpolitik, kommentiert Herausgeber Holger Steltzner.

Die Europäische Zentralbank hat geschwindelt – ausgerechnet auf dem Feld der verbotenen und strittigen Staatsfinanzierung. Als EZB-Präsident Mario Draghi nach der Ratssitzung von der F.A.Z. auf das heimliche Gelddrucken in Rom und Paris über das geheime Anfa-Abkommen der Notenbanken angesprochen wurde, reagierte er aggressiv. Diese Wertpapierkäufe der nationalen Notenbanken seien schwer zu verstehen. Die EZB habe damit nichts zu tun. Er schließe aus, dass es sich hierbei um monetäre Staatsfinanzierung handelt, sagte Draghi. Wer mehr wissen wolle, müsse die Notenbanken fragen.



Autor: Holger Steltzner, Herausgeber.

Draghis gereizte Antwort ist ein Skandal, denn „die EZB sollte voll informiert werden über die Aktionen der nationalen Notenbanken, um sicher zu sein, dass es keine Auswirkungen auf die Geldpolitik gibt“, twitterte Francesco Papadia daraufhin, der bis vor drei Jahren die Marktoperationen in der EZB verantwortete. **Wie jetzt bekannt wurde, hat unter Führung der Banca d'Italia und der Banque de France eine Handvoll Notenbanken insgeheim für rund 510 Milliarden Euro Wertpapiere aufgekauft. Bis Ende 2014 haben nationale Notenbanken mehr als 720 Milliarden Euro zusätzliches Geld in die Märkte der Eurozone gepumpt, ohne Politik und Bevölkerung darüber zu informieren.**

„Im eigenen Keller Geld drucken“

Die Notenbanken handelten wie **Eigenhändler in den Banken oder wie Hedgefonds und versteckten die Anfa-Käufe (Agreement on net-financial assets) im Sammelsurium „sonstige Wertpapiere“ in ihrer Bilanz.** Die Anfa-Wertpapierkäufe kommen zu den Target-Salden, den Ela-Nothilfen und den offiziellen Wertpapierkäufen der Zentralbank hinzu, allein Letztere umfassen rund 1,5 Billionen Euro.

„Das Schöne am Euro ist, dass man sich im eigenen Keller Geld drucken kann, das in anderen Ländern als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt ist“, übersetzt Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut mit ironischem Unterton die Geheimoperationen der Notenbanken für Nichtökonomern. Sinn war es auch, der das Gelddrucken über den Target-Zahlungsverkehr öffentlich machte, dessen Finanzierungscharakter die EZB erst leugnete, bevor sie auf dem Höhepunkt der Euro-Krise die Notenbanken über Target Geld im Volumen von mehr als 1000 Milliarden Euro drucken ließ. Die öffentliche Debatte über Target war der EZB ebenso unangenehm wie jetzt die Fragen nach Anfa. **Nicht zufällig veröffentlichen die Banque de France und andere Notenbanken ihre Target-Überziehungssalden nicht mehr. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.**

Da es in Deutschland das „Informationsfreiheitsgesetz“ gibt, muss wohl die Bundesbank schon bald das geheime Anfa-Abkommen veröffentlichen, zum Ärger der EZB. Die will sich auf einmal an die Spitze der Aufklärer setzen. Persönlich habe er kein Problem, transparenter zu sein, teilte EZB-Chefvolkswirt Peter Praet mit. Die EZB wisse ganz genau, welche Wertpapiere die Notenbanken kauften, korrigierte EZB-Direktoriumsmitglied Yves Mersch seinen Präsidenten. Denn die würden monatlich in Listen erfasst. **Kein Land habe jemals die Obergrenzen für Anfa überschritten, versicherte**

Mersch – und musste auf Nachfrage zugeben, dass das in Irland anders gewesen ist. „Nicht mehr seit 2014“, korrigierte er sich dann selbst.

Das Lügengebäude der EZB stürzt ein

Der Fall Irland bringt das Lügengebäude der EZB zum Einsturz. Erstens hat die EZB damit maßgeblich zu tun. Als Irland vor knapp drei Jahren rund 64 Milliarden Euro für seine Bankenrettung ausgeben musste, das irische Rettungspaket und die Ela-Nothilfen der Zentralbank hierfür aber nicht ausreichten, **fädelte der damalige „EZB-Außenminister“ Jörg Asmussen einen mehr als fragwürdigen Deal ein**. Über Nacht führte die Politik die Insolvenz der Anglo Irish Bank herbei, die irische Notenbank übernahm einen Schuldschein des Staates und tauschte ihn gegen Staatsanleihen. Die irische Regierung freute sich über einen Zahlungsaufschub von 25 Jahren. **Der EZB-Direktor habe sich hierbei als „außerordentlich hilfreich“ erwiesen, verriet der irische Finanzminister Michael Noonan danach.**

Zweitens handelt es sich natürlich um monetäre Staatsfinanzierung, wenn bei der Schiefelage einer verstaatlichten Bank nicht der Finanzminister, sondern die Zentralbank einspringt. Wie soll man das denn sonst nennen, wenn die irische Notenbank mehr als ein Fünftel des Sozialprodukts von Irland finanziert? Drittens war Draghi über alles informiert. Damals sagte er, die EZB nehme Irland zur Kenntnis. Wer soll jetzt der Zentralbank noch glauben?

Es mag schwache Finanzminister freuen, wenn gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung verstoßen wird. **Es mag auch sein, dass sich die Bürger kaum noch für die Regelbrüche von Maastricht oder Dublin interessieren, weil man sich daran gewöhnt hat oder weil ihr Vertrauen in die Politik und den Euro ohnehin perdu ist. Das ändert aber nichts am demokratischen Prinzip, dass gewählte Politiker und nicht Beamte mit der Notenpresse für die Finanzierung von Staaten verantwortlich sein müssen. Was sind das für Parlamente, die ihr Königsrecht nicht mehr wahrnehmen?** Und warum ist eine Zentralbank unabhängig, wenn sie sich zum Diener der Finanzpolitik macht?

Quelle: F.A.Z.

Islam im Kindergarten?

Wien streitet über Fragen religiöser Erziehung bei Kindern. Sind islamische Kindergärten zu religiös? Eine neue, umfassende Studie soll bald Klarheit schaffen.

22.12.2015, von **STEPHAN LÖWENSTEIN**, WIEN



© DPA Wie religiös darf es in Kindergärten zugehen? Eine Frage, die in Wien aktuell diskutiert wird

Wie religiös darf es in Kindergärten zugehen? Diese Frage wird in Österreich seit zwei Wochen heiß diskutiert. Die Debatte hat mit einer Studie begonnen, wonach in Wien in vielen islamischen Kindergärten eine konservativ-religiös geprägte Erziehung stattfindet und bei einigen Trägern extremistische Gruppen als Hintergrund zu vermuten seien. Die Sachfrage ist in dieser Auseinandersetzung schnell in den Hintergrund gerückt und einem politischen Schlagabtausch zwischen den Parteien **SPÖ** und **ÖVP** gewichen.



Autor: Stephan Löwenstein, Politischer Korrespondent für Österreich und Ungarn mit Sitz in Wien. Folgen:

In der grundsätzlichen Frage zeigen sich die Österreicher entsprechend uneinig, ja polarisiert. Laut einer Umfrage für die Zeitschrift „Profil“ finden 51 Prozent: „Religionen haben in Kindergärten nichts verloren“; 48 Prozent widersprechen dem. Eine klarere Tendenz gibt es auf die Frage, ob islamische Kindergärten strenger kontrolliert werden müssten. Hier sagen knapp zwei Drittel ja.

Offiziell gibt es keine islamischen Kindergärten

Der politische Streit hat schlichtere Züge. Die christlich-demokratische **ÖVP** regiert im Bund mit der Kanzlerpartei **SPÖ** und stellt den Außenminister, der zugleich für Integration zuständig ist, Sebastian Kurz. Der hatte die Untersuchung in Auftrag gegeben. Kurz forderte Wien zu ein paar Folgerungen auf, beispielsweise das Kindergartengesetz zu ändern, „einen Systemwechsel herbeizuführen und diese Fehlentwicklung in Wien zu stoppen“. Die sozialdemokratische **SPÖ** dominiert die Wiener Politik und fühlte sich durch die Aussagen der Studie deshalb angegriffen.

Ob es in Wien wirklich 150 islamische Kindergärten gibt, wie es in der Studie heißt, wird von Fachleuten angezweifelt. So viele ausgebildete Pädagoginnen, die dafür notwendig wären, hätten die muslimischen Vereine auf die Schnelle schwerlich gewinnen können. Doch hat die Stadt Wien, um das sozialdemokratische Versprechen eines kostenlosen Kindergartens zu verwirklichen, viel Geld an Fördermitteln ausgegeben. Da zugleich zwei Kindergartenjahre verbindlich sind, ist eine große Nachfrage an verfügbaren Plätzen entstanden. Diese Kombination hat einen enormen Aufwuchs befördert. Diese Parallele zur Krippenplatz-Garantie sollte auch in Deutschland den Blick schärfen.

Auf den Gedanken, dass da etwas falsch laufe, ist Kurz dem Vernehmen nach durch Fragen eines Taxifahrers gekommen sowie durch Hinweise eines Lebensmittelhändlers, der islamisch unbedenkliches (halal) Fleisch an Kindergärten liefert. Von Kindergärtnerinnen unter der „Burka“ sei da die Rede gewesen, heißt es in der Umgebung des Ministers, von Kleinkindern, die schon Kopftuch tragen müssten, und vom Heraus- und Herunterbeten von Koransuren. Kurz wollte Näheres wissen und stellte fest, dass über dem ganzen Thema ein Mantel des Schweigens lag. Denn offiziell gibt es überhaupt keine islamischen Kindergärten – so eine Aussage der Wiener Stadträtin Sandra Frauenberger noch im November. Tatsächlich wird behördlich die religiöse Ausrichtung einer Kinderbetreuungseinrichtung nicht erhoben.

Der Bericht bleibt vage, die Aussagen unspezifisch

Eine Kooperation mit den Wiener Behörden wurde nach Angaben des Ministeriums gesucht, doch habe die Stadt nach anfänglicher Zusage abgewunken. Das Integrationsministerium gab die Studie allein in Auftrag. Doch ohne behördlichen Druck zeigten sich die meisten der als Stichprobe ausgewählten 15 Kindergärten mit islamischer Ausrichtung unkooperativ. Tatsächlich konnten nur sechs Einrichtungen besucht werden. Zu den übrigen sammelten die Wissenschaftler Aussagen von Eltern, Informationen aus Publikationen und Websites der Kindergärten und Einträge aus dem Vereinsregister.

Was Mitte Dezember bekannt wurde, war ausdrücklich nicht eine Studie, sondern ein Zwischenbericht. Die Aussagen sind überwiegend unspezifisch. Es wird beispielsweise festgestellt, dass die Eltern „überwiegend sehr konservativ eingestellt“ seien und „ihre Kinder mit entsprechenden Erwartungen in die islamischen Kindergärten“ brächten. Ein Motiv sei der Schutz der Kinder vor „dem moralischen Einfluss der Mehrheitsgesellschaft“. Es gebe fast überall neben dem normalen Curriculum ein muttersprachliches Programm, das dem einer Koranschule gleiche. Es werde ein veraltetes Sündenverständnis vermittelt, das die Entwicklung zur Selbständigkeit hemme. Der Islam werde gegenüber anderen Religionen oder Weltanschauungen aufgewertet.

Besonders vage bleibt der Bericht da, wo es um die Vernetzung mit Salafisten und anderen Protagonisten des politischen Islams geht. Hier seien vertiefende Untersuchungen nötig. Eine Reihe von Trägervereinen wies die Vorwürfe zurück und bezeichnete die Untersuchung als nicht repräsentativ. Auch die katholische Kirche reagierte ausgesprochen distanziert auf die Vorstudie. Immerhin hat sich nun die Stadt Wien zur Zusammenarbeit in einer umfassenden Studie bereitgefunden und will auch einen Leitfaden herausgeben.

[Zur Homepage](#)

Quelle: F.A.Z.

Zwei Grad sind unrealistisch

Was hat der Klimagipfel in Paris gebracht? Kann das dort vereinbarte Abkommen wirklich als historisch bezeichnet werden? Fragen an den Experten Oliver Geden.

21.12.2015



© REUTERS Ein Baum allein wird nicht reichen, um das Klimaproblem in den Griff zu bekommen. Man müsste schon ganz Indien bepflanzen.

Herr Geden, der Klimagipfel ist eine Woche her. Mit etwas Abstand betrachtet: Ist die Welt jetzt gerettet?

Das Ergebnis von Paris ist ein bemerkenswerter Fortschritt gegenüber früheren Klimagipfeln, es kann sich sehen lassen. Aber der Plan ist erstens noch lange nicht umgesetzt. Und zweitens sieht das Ergebnis deutlich besser aus, als es ist. Die Stimmung ist weit besser als die Lage. Der Zustand des Weltklimas ist nach wie vor besorgniserregend.

Jetzt schütten Sie aber viel Wasser in den Wein.

Sehen Sie sich die Klimaschutzzusagen an, die sind alle freiwillig. Wenn man sich die Geschichte der Vereinten Nationen anschaut, dann war es immer ihre größte Herausforderung, dafür zu sorgen, dass Zusagen der Nationalstaaten auch eingehalten werden. Zudem enthalten einige Passagen des Vertrags sehr vage Aussagen. Da gibt es viele Hintertüren.

Umweltministerin Hendricks hatte am letzten Sonntag sogar Tränen in den Augen. Man sprach einhellig von einem historischen Tag für den Planeten. Stimmt das denn nicht?

Mit solch hochtrabenden Aussagen wäre ich vorsichtig. Wir müssen auch mal realistisch betrachten, woher wir kamen. 25 Jahre lang sind alle Bemühungen, etwas für das Klima zu tun, teilweise grandios gescheitert. Gemessen an der Emissionsentwicklung gab es nur Misserfolge. Insofern war Paris ein großer Schritt. Aber die positive Atmosphäre erklärt sich eben auch aus dem Selbstverständnis des politischen Betriebs. Wenn in der Politik verhandelt wird, gilt alle Anstrengung dem Ziel, überhaupt ein Ergebnis zu erreichen. In diesem Fall liegt das Ergebnis sogar am oberen Rand des Möglichen. Deshalb kann man Paris aus politischer Sicht tatsächlich als großen Erfolg betrachten.

Was hat man bislang falsch gemacht?

Bisher waren die Verhandlungen mit zu hohen Zielen belastet, die gar nicht erreicht werden konnten. Man wollte die Welt quasi im Handumdrehen retten. Deshalb folgten die Verhandlungen lange einer Entweder-Oder-Strategie: Entweder wir beschließen jetzt einen wirksamen Klimavertrag, oder der Planet ist verloren. Das lässt sich nicht beliebig oft wiederholen. Nach dem Gipfel von Kopenhagen 2009 wurde die Strategie allmählich realistischer. Das Motto lautete: Jeder gibt so viel er kann, wir holen das Maximale heraus. Das reicht zwar noch lange nicht, aber dadurch entwickeln wir zumindest eine Dynamik. Es ist ein Anfang, auf dem man aufbauen kann. Es ist auch kein Zufall, dass in Paris das Außenministerium die Verhandlungsführung übernommen hatte. Die sind diplomatisch sehr geschickt vorgegangen und stets pragmatisch geblieben. In Kopenhagen lag die Leitung beim dänischen Umweltministerium. Dort ist man das Problem zu ideologisch angegangen.

Kommt das Pariser Ergebnis zu spät, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen?

Ich halte bloß zwei Grad Erwärmung bis Ende des Jahrhunderts für unrealistisch. Um eine solche Obergrenze einzuhalten, kommt Paris einfach zu spät. Dafür sind die jetzt zugesagten Emissionsminderungen viel zu gering. Auf Basis der jetzt eingereichten Zusagen wird das Emissionsbudget dafür bereits im Jahr 2037 vollständig ausgeschöpft sein. Vollkommen unrealistisch ist deshalb auch das 1,5-Grad-Ziel. Damit sich die Erde bis zum Jahr 2100 nur um diesen Wert erwärmt, müssten wir in fünf Jahren aufhören, Kohle, Öl und Gas zu verbrennen. Aber gerade hat der indische Energieminister angekündigt, die Kohleförderung zu verdoppeln. Selbst Industrieländer wie Japan und Südkorea wollen sechzig neue Kohlekraftwerke bauen.

Warum hat man die 1,5 Grad dennoch beschlossen?

Das war Teil der Verhandlungstaktik und gleichzeitig eine Art offizielle Anerkennung der Klimarisiken besonders verwundbarer Staaten. Die Weltgemeinschaft hat damit zum Ausdruck gebracht, dass sie die Folgen, die bereits bei einer Erwärmung von 1,5 Grad entstehen, ernst nimmt. Zudem sollte das Signal gesendet werden, dass man klimapolitisch das Maximale anstrebt. Letztlich bleibt es aber Symbolpolitik, mit der die Hoffnung genährt wird, eine Begrenzung auf 1,5 oder maximal zwei Grad Erwärmung könnte noch erreicht werden. Dazu müssten aber nicht nur die CO₂-Emissionen schnell und drastisch sinken. Wir müssten nach Berechnungen des IPCC auch negative Emissionen produzieren.

Frau Hendricks spricht von Wiederaufforstung und Renaturierung von Mooren. Solche Senken nehmen CO₂ auf. Insofern könnte das Zwei-Grad-Ziel doch noch erreicht werden, oder?

Diese natürlichen Senken können natürlich einen Beitrag leisten. Problematisch ist aber, dass die Politik nicht kommuniziert, dass das nicht ausreichen wird, um die in Paris beschlossenen Temperaturziele einzuhalten. Dazu wären bis Ende des Jahrhunderts 600 bis 800 Gigatonnen an negativen Emissionen notwendig. Das ist die 15- bis 20-fache Menge des heutigen globalen CO₂-Ausstoßes. Dies nicht einmal zu kommunizieren, führt zu einem klassischen „moral hazard“.

Das klingt wie ein Trick.

Die Weltgemeinschaft überzieht ihr Emissionsbudget und wendet einen Rechen-trick an, um die anspruchsvollen Ziele weiter aufrecht erhalten zu können. Wenn wir tatsächlich versuchen würden, das Zuviel an Kohlendioxid wieder aus der Atmosphäre herauszubekommen, würden wir dafür enorm viel Land benötigen. Für das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels zum Beispiel müsste man eine Fläche doppelt so groß wie Indien zusätzlich bepflanzen. Wo soll das geschehen? Wir haben jetzt schon massive Landnutzungskonflikte. Zudem sind Bäume irgendwann ineffektiv, weil sie kein CO₂ mehr binden, wenn sie ausgewachsen sind.

Es müssen ja nicht Bäume sein.

Das ist richtig. Die Alternative heißt Biomasse-CCS, also die technische Abscheidung und Speicherung von CO₂. Diese Technik wird vom IPCC favorisiert, von Klimapolitikern aber verschwiegen, weil sie gesellschaftlich große Widerstände auslösen dürfte. Die Idee ist eigentlich einfach: Man baut schnellwachsende Biomasse an, die CO₂ bindet, erntet sie, verstromt sie im Kraftwerk oder verarbeitet sie zu Biokraftstoffen. Das dabei eigentlich wieder freiwerdende Kohlendioxid wird technisch aufgefangen und gespeichert. Doch wo? Schon das CCS für fossile Energieträger ist technisch noch unausgereift und politisch hoch umstritten. Außerdem benötigt man eine gigantische Infrastruktur, um das CO₂ zu den Lagerstätten zu bringen. Kraftwerke und Lagerstätten werden selten nebeneinander liegen.

Was ist so falsch daran, in technische Fähigkeiten zu vertrauen?

Grundsätzlich gar nichts. Man kann auch verstärkt über Negativemissions-Technologien nachdenken, die ohne Landverbrauch auskommen, etwa „direkt air capture“, also das chemische Auffangen von CO₂ aus der Luft. Oder die Eisendüngung von Ozeanen, um das Wachstum von Algen zu fördern, die zusätzlich CO₂ aufnehmen. Aber dann müssten wir solche Techniken erstens gründlich untersuchen und zweitens eine ernsthafte politische und gesellschaftliche Debatte über dieses Thema führen – und zwar weltweit.

Meiden die Politiker diese Debatte absichtlich?

Es ist nicht so, dass die meisten Klimapolitiker und Diplomaten dies bewusst verschweigen. Sie wissen in der Regel kaum etwas über diese Technologien und ihre Bedeutung in den IPCC-Modellen. Bisher sind solche Techniken jedenfalls Science Fiction. Das ist alles weit, weit weg. Deshalb ist es zumindest fahrlässig, deren Wirkung schon jetzt mit einzukalkulieren. Dann könnte man heute auch schon die Kernfusion mit einplanen.

Die Fragen stellte Andreas Frey

Quelle: F.A.S.

Wer hat die Deutschen zu Richtern der Nationen bestellt?

Warum Deutschland sich nicht moralisch über Europa erheben darf.

Von **Heinrich August Winkler**

22 décembre 2015

[Süddeutsche Zeitung](#)

Copyright 2015 Süddeutsche Zeitung GmbH

Eine „verspätete Nation“ hat der Philosoph Helmuth Plessner 1959 das Bismarckreich von 1871 genannt, die „Großmacht ohne Staatsidee“. Deutschland wurde in der Tat später als Frankreich und Großbritannien ein Nationalstaat. Eine deutsche Nation hatte sich aber schon viel früher, seit dem Mittelalter, herausgebildet. Diese ältere Nation lebte nach 1871 im Bewusstsein vieler Deutscher als deutsche Kulturnation fort: ein Begriff, der immer auch das deutschsprachige Österreich, wenn nicht darüber hinaus die deutschsprachige Schweiz oder gar das „Deutschtum im Ausland“ insgesamt umfasste und damit die konkurrierende Idee der kleindeutschen Staatsnation auf schillernde Weise überlagerte. Die Frage „Was ist deutsch?“ war 1871 also noch nicht abschließend beantwortet worden.

Nach dem Untergang des deutschen Kaiserreichs und der Habsburger Monarchie im Ersten Weltkrieg waren es vor allem die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten, die in Anknüpfung an das großdeutsche Erbe der Revolution von 1848 die Vereinigung der beiden im November 1918 entstandenen deutschsprachigen Republiken forderten. Bekanntlich waren die Siegermächte anderer Meinung und verhinderten, was sie drei Jahrzehnte später, im März 1938, als Hitler den „Anschluss“ Österreichs herbeiführte, unter verbalen Protesten hinnahmen.

Bei der Gründung des zweiten deutschen Nationalstaates im Jahr 1990 war von vornherein klar, dass es nur um eine Wiedereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1945 gehen konnte. Bismarcks kleindeutsche Lösung wurde damit bestätigt – auf einem sehr viel kleineren Territorium als 1871 freilich und unter Vorzeichen, die sich grundlegend von der preußisch dominierten Reichsgründung knapp 120 Jahre zuvor unterschieden.

Neun Jahre nach der Wiedervereinigung gab sich Deutschland ein neues Staatsbürgerschaftsrecht. Das alte stammte aus dem Jahr 1913 und orientierte sich am „jus sanguinis“, dem Blut- und Abstammungsrecht: Deutscher war, wer mindestens einen deutschen Elternteil hatte. Dieses Prinzip entsprach der deutschen Tradition: der Deutung der Nation als objektiver Schicksalsgemeinschaft, nicht als subjektiver Willensgemeinschaft „westlicher“, namentlich französischer Prägung. Die deutsche Nation hatte sich stets durch die gemeinsame Sprache und Kultur, nicht durch politische Zusammengehörigkeit verbunden gefühlt: eine Sichtweise, die sich leicht in völkischem Sinn interpretieren ließ – als Abgrenzung von jenen „stammesfremden Elementen“, von denen der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Clemens von Delbrück, bei der Einbringung des Gesetzes über die Reichs- und Staatsangehörigkeit am 25. Juni 1913 im Reichstag sprach.

Das neue Staatsbürgerschaftsrecht, das am 1. Januar 2000 in Kraft trat, war eines der wichtigsten Reformgesetze der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder. Angesichts von Millionen von Kindern nichtdeutscher Eltern, die in Deutschland lebten, wirkten die Bestimmungen des Gesetzes von 1913 als das, was sie waren: das Relikt einer vergangenen Epoche. Die Ersetzung des „jus sanguinis“ durch das in den

meisten westlichen Demokratien praktizierte „jus soli“ (Bodenrecht) war überfällig. Diesem Prinzip zufolge entschied der Geburtsort und nicht die Abstammung über die Staatsangehörigkeit. Es erlaubte unter gewissen Voraussetzungen, die Staatsbürgerschaft des Landes zu erwerben, in dem man lebte, also durch einen Willensakt in die Nation aufgenommen zu werden. Von der Abstammungs- zur Abstammungsgemeinschaft: So ließ sich, der Tendenz nach, der Paradigmenwechsel beschreiben, den Deutschland mit der Reform von 1999/2000 einleitete.

Eine andere Reform aus den Jahren nach der Wiedervereinigung erweist sich hingegen, und das nicht erst im Rückblick, als höchst problematisch: die Änderung des Asylrechts. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes von 1949 hatten in Artikel 16, Absatz 2, Satz 2, mit den Worten „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ ein individuelles Grundrecht auf Asyl geschaffen und damit Neuland betreten. Denn die meisten westlichen Demokratien kennen das Asylrecht nur als institutionelle Garantie im Rahmen des Völkerrechts, als ein vom Staat gewährtes Recht. Was der Parlamentarische Rat 1948/49 bei der Formulierung des Asylrechts vor Augen hatte, waren die Verfolgung und Vertreibung politisch oder rassistisch missliebiger Deutscher unter dem Nationalsozialismus und die politische Unterdrückung in den kommunistischen Regimen der Nachkriegszeit.

Als in den frühen Neunzigerjahren die Zahl der Asylbewerber aus der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina dramatisch anstieg, mehrten sich die Stimmen, die eine Änderung des Asylrechts forderten. Die Befürworter einer Neufassung verwiesen darauf, dass auf Deutschland fast vier Fünftel aller Asylbewerber in der EU entfielen, aber nur 4,3 Prozent der über 438 000 Asylbewerber des Jahres 1992 als politisch Verfolgte anerkannt worden waren.

Das Ergebnis scharfer Auseinandersetzungen und langwieriger Verhandlungen war ein im Juli 1993 in Kraft getretener Kompromiss. Der Satz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ wurde als erster Absatz in den neuen Artikel 16 A des Grundgesetzes übernommen. Personen, die aus einem Mitgliedsland der EU oder aus einem anderen sicheren Drittstaat einreisten, konnten sich aber auf dieses Recht nicht mehr berufen. Dasselbe galt in der Regel für Menschen, die aus einem sicheren Herkunftsland kamen. Was sichere Drittstaaten außerhalb der EU und sichere Herkunftsländer waren, war durch Gesetz zu bestimmen.

Damit war das Prinzip des individuellen Grundrechts auf Asyl zumindest dem Anschein nach gewahrt, allerdings auf Kosten Dritter. Das waren, seit die Asylbewerber überwiegend nicht mehr aus dem ehemaligen Jugoslawien, sondern aus Afrika und Asien kamen, in erster Linie die Mittelmeerländer Spanien, Malta, Italien und Griechenland. Die Frage stellt sich nicht erst heute, ob es nicht eine ehrlichere Lösung gewesen wäre, Deutschland durch die Reform des Artikels 16 zu verpflichten, politisch Verfolgte nach Maßgabe seiner Aufnahme- und Integrationsfähigkeit, also im Rahmen des Möglichen und nach besten Kräften, Asyl zu gewähren, gleichzeitig auf die Europäisierung des Asyl- und Flüchtlingsrechts im Geist der Solidarität zu dringen und die legale Immigration, derer Deutschland aus demografischen Gründen dringend bedarf, durch ein großzügiges, modernes Einwanderungsgesetz zu erleichtern.

Vermutlich stünde Deutschland in der Asyl- und Flüchtlingsfrage heute weniger isoliert da, wenn es in den Neunzigerjahren diesen Weg eingeschlagen hätte. Dass der Bundesrepublik häufig eine Doppelmoral in Sachen Asyl vorgeworfen wird, hat sie sich jedenfalls selbst zuzuschreiben. Der deutsche Appell an die europäische Solidarität wäre glaubwürdiger, wenn die grundlegenden Berliner Entscheidungen des Spätsommers 2015 – der Verzicht auf die Einzelfallprüfung bei syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen und die mit Wien vereinbarte Öffnung der Grenzen gegenüber den in Ungarn festsitzenden Flüchtlingen – mit der EU abgestimmt worden wären. Deutsche Alleingänge stimmen die europäischen Nachbarn misstrauisch, und wenn es etwas gibt, was bei ihnen noch mehr Unbehagen hervorruft, sind es deutsch-österreichische Alleingänge.

Es ist eine Folge des exzessiven Nationalismus, dem Deutschland in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur gehuldigt hat, dass Europa für viele Deutsche nach 1945 zu einer Art Ersatzvaterland geworden ist.

1976 beschrieb der Zeithistoriker und Politikwissenschaftler Karl Dietrich Bracher die Bundesrepublik erstmals als eine „postnationale Demokratie unter Nationalstaaten“: eine Formel, die rasch Karriere machte.

Die Bonner Republik war als einziges EU-Mitgliedsland kein Nationalstaat, aber diese von Bracher betonte Besonderheit hinderte viele westdeutschen Intellektuellen nicht daran, den Begriff „postnational“ im Sinne eines allgemeinen Epochenmerkmals zu benutzen und der europäischen Integration das Ziel zuzuschreiben, die Nationen nicht nur zu überwölben, sondern zu überwinden. Außerhalb der Bundesrepublik fand diese Teleologie nur wenig Zustimmung. Nation und Nationalstaat blieben das vorrangige politische „Zuhause“, dem sich die Bürgerinnen und Bürger solidarisch verbunden fühlten.

Die deutsche Neigung, in Europa etwas hineinzuprojizieren, was das real existierende Europa nicht hergibt, ist auch heute noch virulent. Im Oktober 2012 beobachtete der Soziologe Hans Joas in Deutschland eine „rückwärtsgewandte Idealisierung und Sakralisierung Europas, die paradoxerweise auch für hochgradig säkularisierte Intellektuelle attraktiv ist“.

Die Gefahr dieser quasireligiösen Überhöhung liegt darin, dass die Enttäuschung programmiert ist: Gegenüber den deutschen Erwartungen können die anderen Staaten nur abfallen. Da Deutschland sie das spüren lässt, fühlen sie sich moralisch bevormundet. „Wer hat die Deutschen zu Richtern der Nationen bestellt?“ So fragte 1160, zur Zeit des Stauferkaisers Friedrich Barbarossa, anlässlich einer umstrittenen, keineswegs allgemeinen, sondern vom Reichsepiskopat dominierten Kirchenversammlung in Pavia Johann von Salisbury, der Bischof von Chartres. Die Frage könnte aus dem Jahr 2015 stammen.

Eine Instrumentalisierung Europas zu nationalen Zwecken ist keine deutsche Besonderheit. Sehr deutsch ist es hingegen, an ein Europa zu glauben, das es nur als Wille und Vorstellung gibt. Die Tatsache, dass fast alle anderen Mitgliedstaaten der EU in der Asyl- und Flüchtlingsfrage anders denken und handeln als die Bundesrepublik, beweist noch längst nicht, dass sie recht haben. Aber es ist wichtig zu wissen, warum die Unterschiede gerade auf diesem Gebiet so groß sind.

Historische Prägungen sind nun einmal nicht auswechselbar. Von ihnen auszugehen, ist notwendig, wenn man die Gegensätze innerhalb der Europäischen Union ausgleichen und zu einer Lösung gelangen will, die möglichst viele Mitgliedstaaten mittragen können. Die plausible Maxime, dass alle nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit an der Bewältigung des Flüchtlingsproblems mitwirken müssen, verlangt auch von Deutschland ein hohes Maß an Kompromissbereitschaft. Es darf weder andere überfordern noch sich selbst.

Man kann, um ein bekanntes Wort über die Wahl der eigenen Eltern abzuwandeln, nicht vorsichtig genug sein in der Wahl der eigenen Vergangenheit. Die Deutschen hatten sich nach 1945 mit einer besonders schrecklichen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Sie haben nach jahrzehntelangen, oft leidenschaftlich geführten Debatten ein überwiegend selbstkritisches Verhältnis zu ihrer Geschichte entwickelt und sich eben dadurch der politischen Kultur des Westens geöffnet.

Zu dieser Kultur gehören die unveräußerlichen Menschenrechte, darunter die Meinungs- und Religionsfreiheit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Bekenntnis zur wehrhaften, pluralistischen, repräsentativen Demokratie, die kategorische Absage an Rassismus und Judenfeindschaft und die allmähliche Überwindung des ethnisch verengten Verständnisses von Nation. In der Summe bilden die normativen Errungenschaften der alten Bundesrepublik eine zeitgemäße Antwort auf die Frage „Was ist deutsch?“. Es ist eine Antwort, hinter die das wiedervereinigte Deutschland nicht zurückfallen darf.

Die Aufgabe, die politische Kultur der Bundesrepublik Menschen zu vermitteln, die in großer Zahl aus islamischen Krisenländern nach Deutschland kommen und zu einem erheblichen Teil dauerhaft hier bleiben werden, ist eine der größten Herausforderungen, vor die dieses Land je gestellt worden ist. Viele der Herkunftsländer sind zerfallende und zerfallene Staaten. Fast alle sind autoritäre, hierarchische und patriarchalische, durch Clanstrukturen, Korruption und Gewalt geprägte Gesellschaften, in denen

antifeministische, homophobe und jüdenfeindliche Überzeugungen weit verbreitet sind. Integration bedeutet deshalb vor allem eines: die Verpflichtung auf die gleichen westlichen Werte, an denen sich auch die Deutschen selbst messen lassen müssen. Es wäre leichtfertig, sich über die Schwierigkeiten dieser Aufgabe Illusionen zu machen oder sie schönzureden. Es wäre nicht minder gefährlich, sie für unlösbar zu halten und darum gar nicht erst anzupacken.

Heinrich August Winkler ist Historiker. Zuletzt erschienen von ihm die „Geschichte des Westens“ und der Essayband „Zerreißproben. Deutschland, Europa und der Westen“ (beide Verlag C. H. Beck).

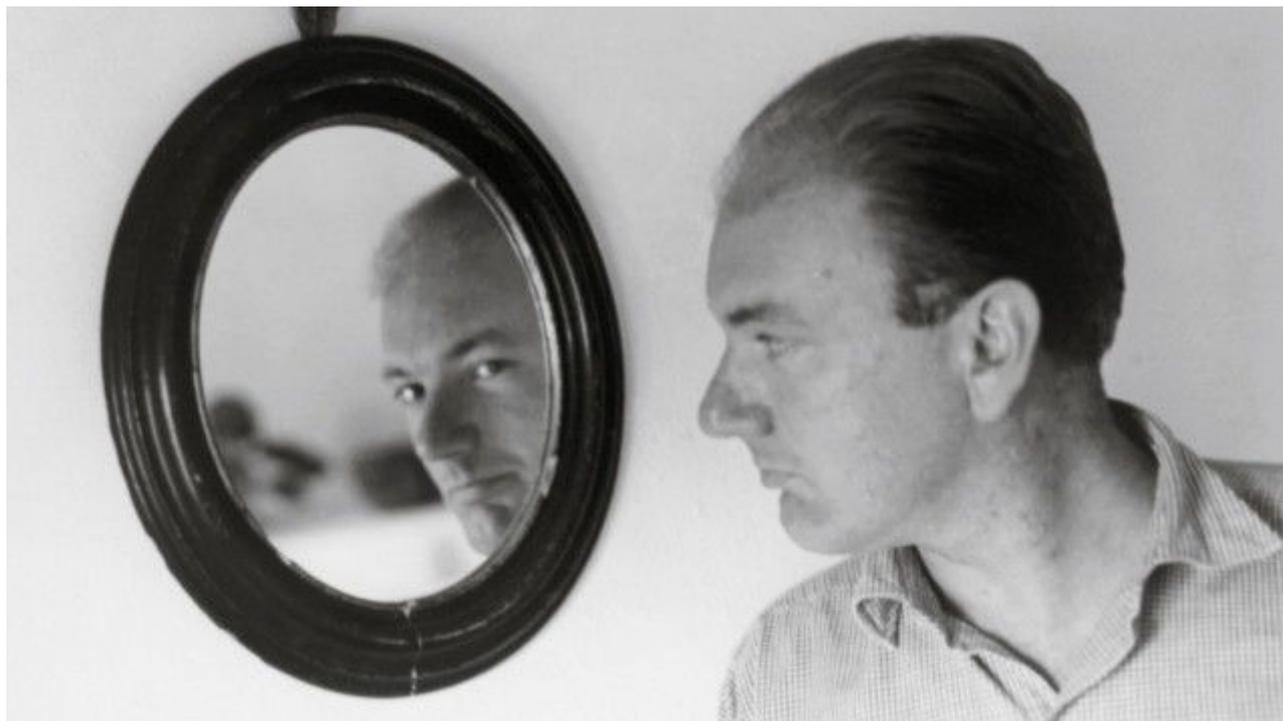
Der Asylkompromiss von 1993 bewahrte das individuelle Grundrecht – auf Kosten Dritter.

Deutschland wird sich verändern, wenn Hunderttausende neu hinzukommen. Aber was ist das – deutsch? Darüber debattieren Deutsche aus Ost und West, Wissenschaft und Praxis in dieser Serie.

Heinrich August Winkler.

Wir projizieren etwas in Europa hinein, was das real existierende Europa nicht hergibt

Viele Herkunftsländer sind autoritäre, patriarchalische, durch Gewalt geprägte Gesellschaften



Bild

vergrößern

Der "Unfriedenstag", letztlich der gefährlichste Schriftsteller, den die deutsche Sprache sich geleistet hat: Thomas Bernhard, Mitte 30, im Sommer 1966 in Ohlsdorf.

(Foto: Ullstein)

Die monumentale Werkausgabe Thomas Bernhards ist fertig, 26 Jahre nach seinem Tod. Auf den Spuren eines Autors, dessen Strahlkraft inzwischen Generationen fasziniert.

Der schönste Ort in Wien an diesem Frühwintertag ist der Grinzinger Friedhof. Die Straßenbahn fährt vom Schottentor aus mit habsburgischer Geduld über die Währinger- und Nußdorferstraße hinaus und erreicht endlich die Paradisstraße, auf der zweiten Silbe betont und ohne e, weil sie nach der einst europaweit berühmten Maria Theresia Paradis heißt. Blind war die Pianistin, aber sie hat vor Königen gespielt. Mozart hat eigens ein Stück für sie geschrieben. An der Himmelstraße prunkt Grinzing in greller Sonne mit Heurigenschönheit und Heurigenschrecklichkeit, mit seiner schwachen halben Lunge wäre **Thomas Bernhard** nie zu Fuß hinaufgekommen. In aller Stille wurde er **am** 16. Februar 1989 hier beigesetzt, kein Staatsakt, keine Feierlichkeit, nichts.

Gut sechshundert Kilometer nördlich von der Grinzinger Beschaulichkeit haben sie auch keinen Winter, aber es regnet wenigstens, und kalt ist es in Saalfeld auch, was die Saalfelder mit der deutschlandweit üblichen Glühweinplörre und ihrer Thüringer Bratwurst bekämpfen. Zwanzig Minuten vor der Stadt, **am** Park des Schokoladenfabrikanten Ernst Hüther vorbei, liegt das ehemalige Steigerhaus. Hier trafen sich vor hundert Jahren die sozialdemokratischen Naturfreunde zum Wandern. 1933 wurde das Haus enteignet, es trafen sich nun stramme deutsche Maiden zum Volkstanz; anschließend ging es zum Marsch in die Wälder. Das Steigerhaus war reinster Nationalsozialismus.

Im Herbst 1941 trifft für drei Monate ein zehnjähriger Knabe ein, kinderlandverschickt im großen Krieg, weil niemand den „Unfriedenstag“ mehr haben wollte, niemand außer diesem Heim für schwer erziehbare Kinder. Auf einer Karte nach Hause an den „Lieben Großvater“ lügt das Kind Freundliches zusammen: „Ich bin in Saalfeld gut angekommen. Wie geht es dir, schreibst du immer Bücher. Mir geht es gut. Wir bekommen viel zu essen. (. . .) Schreib mir bald, was alle machen (. . .) Viele Grüße und Küsse Dein **Thomas**.“

Heute meldet eine Tafel oben an der Wand, dass in diesem Hause der Dichter **Bernhard** „untergebracht“ war, ein überzähliger Esser zu Hause, hier verräumt und weggesperrt; die Hölle. „Der Tag begann mit dem Aufziehen der

Hakenkreuzfahne, die bis zum Einbruch der Dunkelheit im Hof gehisst blieb. Wir hatten um den Fahnenmast anzutreten, die Hand zum Hitlergruß zu heben und im Chor Heil Hitler zu schreien, war die Fahne auf dem Mast.“ Auch sonst herrscht ein strenges Regiment: Pünktlichkeit, Sauberkeit, Gehorsam und Hitlergruß werden geübt. Der Bettnässer wird entlarvt, bestraft und vorgeführt: „Mein Leintuch mit dem großen gelben Fleck wurde im Frühstückszimmer aufgespannt, und es wurde gesagt, dass das Leintuch von mir sei.“

Der Terror ist lang vorbei, die Lehrlinge, die hier im Jahre 2015 eine berufsvorbereitende Ausbildung zum Gärtner oder Schreiner durchlaufen, wohnen in Zweibettzimmern; sogar kleine WGs gibt es. Weil Mittag ist, sitzen sie draußen und rauchen. Amtlich gelten sie als lernschwach, aber keiner wirkt dabei besonders unglücklich. Ganz fremd ist ihnen Bernhards Kinder-Welt nicht. Die hier leben, haben zum Teil keine Eltern oder nur solche, die kein Interesse für sie aufbringen. In der Werkstatt tischlern sie einen Holzkasten; andere rechnen auf der Wiese das Laub zusammen oder sind im Gewächshaus. Im Konferenzsaal hängt eine Art Heiligenbild, aber das kann im atheistischen Osten gar nicht sein – es ist ein berühmtes Foto, das **Bernhard** auf dem Fahrrad zeigt!

Im ehemaligen Appellhof ist zwischen den Gebäuden ein Teichidyll angelegt. Unter den wehenden Zweigen der Trauerweide stehen die sogenannten **Bernhard**-Bänke, die in der Verbindung der Buchstaben B und Z aus dem Bildungszentrum Saalfeld GmbH die „Dialogstruktur Bernhardschen Schreibens“ abbilden sollen. Im Sommer wurde dort, „in gemütlicher Umgebung“, wie die Leiterin sagt, aus Bernhards Werken vorgelesen. Gemütlich?

„Die Vorstellung, dass ein Päckchen Sprengstoff von der Größe unserer Familienbibel genügt, um die weit über hundert Meter lange Brücke zum Einsturz zu bringen, faszinierte mich wie nichts“, erzählt er in seinem Erinnerungsbuch „Ein Kind“. Der Großvater hatte es ihm vorgesagt, der Enkel lebte es nach: „Anarchisten sind das Salz der Erde.“ Netterweise hat der Anarchist **Bernhard** dann darauf verzichtet, die große fünfbojige Nagelfluhbrücke von Traunstein in die Luft zu sprengen.

Die Traunsteiner wissen zum Glück nichts davon, und im Zweifel hilft auch hier der Glühwein auf dem Weihnachtsmarkt. Hier nebenan verbrachte **Bernhard** mit seiner Familie die Kriegsjahre. Der schreibende und philosophierende Großvater Johannes Freumbichler wohnte etwas außerhalb in Ettendorf und nicht in der Stadt, wo „der Katholizismus sein finsternes Szepter schwang“. Oh, der geliebte Großvater konnte schimpfen über dieses arme Traunstein! „Katholisch, erzkatholisch, nazistisch und ernazistisch“ sei es und deshalb zu verachten. „Der kleine Geschäftsgeist, der Kleingeist überhaupt, die Gemeinheit und die Dummheit. Blöd wie die Schafe scharen sich die Kleinkrämer um die Kirche und blöken sich tagein, tagaus zutode.“

Oben auf der Weinleite, nicht weit vom Großvater, lebte in den Vierzigern auch der Polizist Joseph Ratzinger mit seiner Familie. **Thomas Bernhard** lieferte damals nach der Schule Brezn aus. Einmal, so will es eine lokale Sage, sind ihm die Brezn, die er bei den Ratzingers abliefern sollte, in den Dreck gefallen. Notdürftig habe er sie abgewischt und dann zugestellt. **Bernhard** konnte nicht wissen, dass der Polizistensohn mal Papst werden würde. Andererseits finden sich im umfangreichen Schrifttum des Theologieprofessors Ratzinger nirgends so klarwahre Sätze wie die des geprägten Kindes **Thomas Bernhard**: „Der Katholizismus ist der große Zerstörer der Kinderseele. Der große Angsteinjager, der große Charaktervernichter des Kindes.“ Deshalb hat es hier auch nur zu einer Kupfertafel **am** ehemaligen Wohnhaus und einer „**Thomas-Bernhard**-Stiege“ gereicht, während die Traunsteiner ihrem geliebten Papst i. R. vor der Pfarrkirche eine mächtige Bronzebüste aufgestellt haben.

Aus dem Katholizismus hinausstrebend, nahm er eines Tages das Steyr-Waffenrad seines Stiefvaters und wollte auf und davon oder wenigstens zur schnitzelbackenden Tante nach Salzburg. Knapp vierzig Kilometer sind das, er schwebte im Hochgefühl des ersten Radfahrens, aber lang vor Salzburg landete der schulschwänzende Verbrecher mit gerissener Kette, mit Öl und Blut verschmiert im Straßengraben. Das Kindheitselend nahm kein Ende, wieder würde ihn die Mutter verprügeln. Wer heute **Bernhard** auf der Landstraße nach Salzburg nachradelt, merkt wenig von seinem Hochgefühl. Er kann von Glück sagen, dass ihn die Fernlaster nicht totfahren. Wenn es bergauf geht, stauen sich die Autos hinter einem und hupen, wenn sie sich beim Überholen auf der Kuppe verschalten, werden sie noch irrer vor Hass. Thannreit, Gamm, Surtal, Kapell heißen die Orte, Bernhardsche Namen alles. In Teisendorf gibt es tatsächlich einen Ortsteil Hirnloh, dann kommt auch schon die Absturzstelle vor Niederstraß, wo sich heute die Golfanlage Berchtesgadener Land breitmacht. **Bernhard** hätte, wie der Kabarettist Georg Schramm sagte: geschossen.

Lieber wurde er der gefährlichste Schriftsteller, den sich die deutschsprachige Literatur geleistet hat, ein Dauerunfried. So sprengte er die Nachkriegsliteratur, und das in der musikalischsten Prosa der letzten hundert Jahre. **Bernhard** war

nicht bloß der „Übertreibungskünstler“, sondern vor allem ein unversöhnlicher Autoritätenhasser. Als die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung 1979 den Bundespräsidenten Walter Scheel als Mitglied aufnahm, trat **Bernhard** aus und bat um einen Sterbezettel, mit dem die Akademie ihres eignen Ablebens gedächte.

Von Westen nach Osten ist Österreich offen, keine Grenze, keine Sperre und keine Kontrolle. Im abgesperrten Areal an der Salzachbrücke sind Flüchtlinge untergebracht; gleich hinter dem Eingang ist ein willkommeneskultureller Christbaum aufgestellt. 1946 kehrte die Familie aus Traunstein nach Salzburg zurück, **Bernhard** musste wieder in das Internat, in den „mensenfeindlichen architektonisch-erbischoflich-stumpfsinnig-nationalsozialistisch-katholischen Todesboden“. Zur Freude der Salzburger denunzierte er die Festspielstadt später zutreffend als „größte Prostituierte der Welt“.

Merkwürdigerweise stieß er mit diesen Koseworten nicht nur auf Begeisterung. Seine Opfer brachten ihn vor Gericht, aber **Bernhard** schlug noch heftiger zurück. „Wir sind von Narren u. Gemeinheit umstellt.“ Bis zum Schluss verfolgten ihn Leitartikler und Intendanten; ein Minister wollte ihn in der Psychiatrie sehen. Deshalb verfügte **Bernhard** in seinem Testament, „dass ich mit dem österreichischen Staat nichts zu tun haben will, und ich verwahre mich nicht nur gegen jede Einmischung, sondern auch gegen jede Annäherung dieses österreichischen Staates meine Person und meine Arbeit betreffend in aller Zukunft.“ So einfach ist das aber nicht. Ein gutes Vierteljahrhundert nach seinem Tod ist **Bernhard** der bekannteste österreichische, ja deutschsprachige Autor – und zwar in der ganzen Welt, gelesen und studiert viel mehr als, zum Beispiel, Grass. Leidenschaftlich hat er von der „Dummheit und Gemeinheit der Österreicher“ (bei Bedarf auch der Deutschen) gesprochen, und jetzt die Überraschung bei dieser Recherche hier: Der einzelne Österreicher ist anders als in Bernhards Büchern, freundlich, hilfsbereit, sogar literaturkundig! Längst ist es Nacht, nass fällt der Schnee über das Salzburger Land, kein Wegweiser, nichts, und der **Bernhard**-Radfahrer hat sich hoffnungslos irgendwo zwischen Aichham und Feldham verirrt. Hier irgendwo muss das Haus sein, in dem **Bernhard** lebte und schrieb. Ein hilfsbereiter Österreicher hat ein Auto und lässt sich trotz Dunkelheit durch Winken anhalten. Er weiß, wo das Bernhardhaus steht und fährt voraus bis in das Dorf Obernathal in der Gemeinde Ohlsdorf und vor die **Bernhard**-Haustür. **Bernhard** kaufte sich 1965 von seinem ersten Preisgeld und einem Vorschuss, den er seinem Verleger Siegfried Unseld abgepresst hatte, diesen Vierkanthof eine halbe Stunde außerhalb von Salzburg und renovierte ihn nach seinem Geschmack, er machte nämlich eine uneinnehmbare Festung daraus.

Seinem eigenen Bericht nach stapfte er im Dunkeln durch eine Ruine mit verfaulten Fußböden und dem „Geruch von Hunderten, wenn nicht, wie ich dachte, von Tausenden von vertrockneten alten Mäusen und Ratten“ und kaufte das Haus doch auf der Stelle. „Alles erfunden!“ sagt Johann Maxwald, Nachbar des seinerzeit hereingeschneiten Schriftstellers. Das Haus sei überhaupt keine Ruine gewesen, nur das Dach fehlte, aber er, **Bernhard**, der den Bauern böse war, wenn sie die alten Fensterstöcke herausrissen und Panoramafenster einbauten, pappte als Erstes mal ein hässliches Eternitdach drauf.

Nachbar Maxwald hat aufs Läuten sofort geöffnet, die Frau macht einen Tee, stellt das Rumfläschchen dazu und bringt waschechte Brandteigkrapfen mit Brombeer- und Zwetschgenmarmelade, die berühmten Brandteigkrapfen, die Gert Voss in der Grotteske „Ritter, Dene, Voss“ so lebensgefährlich hinunterwürgt. Bernhards Erbe, sein Halbbruder Peter Fabjan, der dieses und die anderen Häuser Bernhards erhält, lässt sich nicht sprechen, es gäbe wahrscheinlich zu viel oder eben zu wenig zu sagen über die umstrittene Nachlassverwaltung. Dafür redet der Nachbar umso bereitwilliger über **Bernhard**, über den Fremdling, den Wirtshausgeher, den „Bauer zu Nathal“, wie auf dem Schild stand, das er auf seinem bald gekauften Traktor anbrachte.

Bernhard hasste das Land und das Landleben und wollte doch Bauer sein wie die anderen. In einem Kaufvertrag bezeichnete er sich – Achtung – als „Landwirt u. Literat moderner Literaturklassiker“ und beklagte sich, wenn die Leute nicht, wie er es sofort tat, in Joppe und kurzen Hosen herumlaufen wollten, sondern Jeans aufkamen und neumodische Hemden. Er führte Krieg bis nach Wien hinein, weil sie ihm eine Überlandleitung über seine Felder legen wollten, aber in seinen makellos gekalkten Stall kam kein Stück Vieh. Bern-hard nannte den Hof sein „Ohlsdorfer Narrenhaus“ und freute sich.

Beim Kauf des Hofes kam ihm **Bernhard** zuvor, Maxwald hätte ihn auch gern gehabt, umso mehr freut es den 89-jährigen Austragsbauern, dass er seinem „eigentümlichen Nachbarn“ 100 000 Schilling Abstand abnehmen konnte, die **Bernhard** bereit war, dafür zu zahlen, dass ihm Maxwald den neuen Schweinestall nicht neben seinen Arbeitsplatz stellte. Seinem Verleger Siegfried Unseld, dem er regelmäßig Geld abpresste und sich das Honorar gern

zehntausenderweis bar im Geldkoffer liefern ließ, log **Bernhard** vor, er brauche mehr, der Nachbar Maxwald verlange leider das Doppelte.

Der „abstoßende Gestank“, den er sich durch die Abstandszahlung ersparte, kehrt in dem Stück „Der Theatermacher“ (1984) zurück, wenn der Titelheld Bruscon sich darüber erregt, dass die Schweine um halb neun gefüttert wurden, weshalb sie nun sein Theaterstück „zergrunzten“. Maxwald besitzt die meisten **Bernhard**-Bücher und trägt vor: „Wir hatten es zuerst abrechnen wollen/aber dann haben wir uns entschlossen/es weiter zu spielen/Auf dem Höhepunkt ist es uns durch das Schweinegrunzen/vernichtet worden.“

Schon zu Lebzeiten wusste **Bernhard**, dass er trotzdem für den Verlag ein gutes Geschäft war. Er hat nicht nur Unseld gequält, sondern auch den großen Dulder Raimund Fellingner, den „blöden Handke-Lektor“, der **Bernhard** bis heute mit gleicher Hingabe betreut wie Handke. Fellingner nimmt selbst solche Beschimpfungen als Auszeichnung; Schriftsteller sind nun einmal eifersüchtig. Vom Verkauf her, sagt er, reiche **Bernhard** bald an den langjährigen Modeautor Hermann Hesse heran, bisher die verlässlichste Einnahmequelle des Suhrkamp-Verlags: **Bernhard** läuft und läuft und läuft . . .

Lang galt derselbe **Bernhard**, auch seiner langwierigen Krankengeschichte wegen, als Schmerzensmann. Es kamen sogar Frauen nach Ohlsdorf, die sich mit ihm zusammen umbringen wollten. Er hat es nicht verstanden. Es war doch nur geschrieben, Sprache, kristallklare, bitterböse, bitterlustige Sprache. Der frühe Peter Handke hat ihn dafür verehrt, Elfriede Jelinek das Schimpfen bei ihm gelernt, Andreas Maier hat ihn bis in jede biografische Ritze erforscht. Der Amerikaner William Gaddis hat ihn ebenso angerufen wie der Ungar Imre Kertész. Mit Harald Schmidts Begeisterung wurde **Bernhard** Sat 1-fähig, und der Regisseur Claus Peymann zehrt bis heute von den Skandalen, die er mit **Bernhard**-Inszenierungen in Bochum, Stuttgart, Salzburg und Wien auslöste.

Bernhard hat seinem Lieblingsregisseur mehrere Dramoletts gewidmet und war eine Zeit lang auf dem besten Weg, als Kabarettist missverstanden zu werden, doch zeigt die jetzt vollendete, prachtvolle Werkausgabe ja eben auch einen Meister allergenauer Prosa, einen Existenzialisten, der seinesgleichen nicht findet. Wer „Frost“ liest oder „Ungensch“ oder „Wittgensteins Neffe“, muss sich nie wieder vom Flachsinn deutscher Comedians beleidigen lassen. In seiner Bühnen-Preisrede im Oktober in Darmstadt hat sich Rainald Goetz auf **Bernhard** berufen. 1970 hatte **Bernhard** an gleicher Stelle über sein Schreiben gesagt, es bedeute, „über mich selbst und über Leichen von Philosophen geh’n, über die ganze Literatur, über die ganze Wissenschaft, über die ganze Geschichte, über alles“.

Wer jetzt denkt, da könne ihm keiner mehr folgen, weiß nichts vom Preis des Ruhms: Um Ohlsdorf führt ein **Thomas-Bernhard**-Rundwanderweg herum, der es ohne Weiteres mit dem Benediktinradweg drüben im Bayrischen aufnehmen kann. In Shanghai, wo parallel eine Werkausgabe erscheint, wird „Die Macht der Gewohnheit“ inszeniert, jene Komödie, die bei der Salzburger Uraufführung 1974 die Augsburger so dermaßen erzürnte, weil der von **Bernhard** Minetti gespielte Direktor von ihrer Stadt nur als von der „Lechkloake“ sprach. **Bernhard** ist Weltliteratur geworden und so populär, dass ihm literarische Damenkränzchen in Altensam, im Kobernauber Wald, sogar in Weng nachspüren. 22 Bände umfasst die Werkausgabe nun, einer grauenhaften Jugend, einem dauermaladen Körper, einer kunstfeindlichen Umgebung funkensprühend abgetrotzt. Im Nachwort zum Band 2 steht auch der lustige Bär, den **Bernhard** 1983 einem Journalisten von Le Monde aufbinden konnte. Er sei, erzählte er fröhlich, als er in Brüssel an seiner Erzählung „Verstörung“ arbeitete, Zeuge geworden, wie sich vor seinem Fenster „der Himmel verfinsterte und sich dann in eine Feuerkugel verwandelte. Ins Schreiben vertieft, wunderte ich mich, dass ich keine Feuersirenen hörte. Als sie endlich ertönte, hatte das Feuer schon alles verschlungen.“ Klingt dramatisch.

323 Menschen starben, als **am** 22. Mai 1967 das Brüsseler Kaufhaus „À l’innovation“ brannte, eine nie aufgeklärte Katastrophe. Doch die „Verstörung“ von **Thomas Bernhard** lag da bereits in der Buchhandlung.

In Grinzing liegt er unter einem schmiedeeisernen Kreuz im Grab von Hedwig Stavianicek, der Frau, die sich 1950 in den 36 Jahre jüngeren, lungenkranken jungen Mann verliebte und den lebensunsicheren Künstler fortan betreute. Sie wurde sein „Lebensmensch“. Weit geht der Blick über das goldene Wien, über diese „Genievernichtungsmaschine“, diese „Talentezertrümmerungsanstalt. Als im Herbst 1988 Bernhards „Heldenplatz“ **am** Burgtheater uraufgeführt wurde, in dem er seinen Landsleuten ihre begeisterte Kollaboration mit dem Nationalsozialismus vorhielt, fragte der Verleger Hans Dichand die Leser seiner Zeitung, der Krone, warum „wir Österreicher uns diese unflätigen Beleidigungen von Peymann und **Bernhard** gefallen lassen“.

Nicht weit von **Bernhard** hat Dichand seine letzte Ruhe unter einer monumentalen Grabplatte gefunden. Unten an der Straßenbahnhaltestelle bittet die österreichische Caritas auf einem Plakat um Hilfe; für 40 Euro lässt sich ein Feldbett für Flüchtlinge finanzieren.

Ein geschichtsbewusster österreichischer Mitbürger hat mit schwarzem Stift in die weiße Fläche den Namen des größten Konzentrationslagers des Landes geschrieben. So steht da jetzt einfach nur: „Mauthausen“.

„Blöd wie die Schafe scharen sich die Kleinkrämer um die Kirche und blöken sich zutode.“

Er wollte posthum von Österreich in Ruhe gelassen werden. Das erweist sich nun als schwierig

Im Kaufvertrag bezeichnete er sich als „Landwirt u. Literat moderner Literaturklassiker“

Einige wollten ihn als Kabarettisten denunzieren. Aber dazu ist die Prosa dann zu ungeheuerlich

Der „Unfriedensstifter“, letztlich der gefährlichste Schriftsteller, den die deutsche Sprache sich geleistet hat: Thomas Bernhard, ein Dandy von Mitte 30, im Sommer 1966 in Ohlsdorf. Foto: Ullstein Der Verleger (re.), den Autor mal wieder im Nacken: Siegfried Unseid und Thomas Bernhard in der Natur bei Gmunden. Foto: Suhrkamp

The Voter Revolt in Spain

Political uncertainty puts Madrid's reform success at risk.

REVIEW & OUTLOOK (Editorial)

22 décembre 2015

Voters in Spain went to the polls Sunday and scrambled the country's electoral map. After three decades of trading power, neither of the two traditional parties -- the incumbent, center-right Popular Party (PP) and the center-left Socialists -- was able to secure a majority in an election that saw the rise of two new parties. The risk is that political uncertainty will jeopardize hard-won economic reforms that have revived growth after a deep recession.

Prime Minister Mariano Rajoy's PP was the nominal winner with 29% of the vote and 123 seats in the Cortes, or Parliament. That's 33 more seats than the second-place Socialists, but down from the 186 seats they had in the outgoing Parliament and well short of the 176 needed for an outright majority.

In third place was Podemos ("We Can"), a populist left-wing party in the mold of Greece's Syriza movement, which took 69 seats. The most disappointing result was that of Ciudadanos ("Citizens"), a liberal centrist party that champions lower taxes and more efficient government. Ciudadanos fell below polling expectations with 40 seats.

The fractured electorate means no single party can easily form the next government. The Spanish King will begin consultations next month with the parties and select a nominee for the next premier, usually from the party with the most votes. That candidate will then have to win the approval of the new Cortes.

One scenario would be for Podemos and the Socialists to form a left-wing coalition. The Socialists have made peace with some pro-growth reforms, but they would be relentlessly pushed to the left by Podemos, which supports a "citizenship wage," an anti-Western foreign policy and an economic program straight from a Thomas Piketty tome.

A better alternative would be for Mr. Rajoy to form a conservative-liberal minority government with Ciudadanos. The two parties have similar views on many questions, notably taxation, and the PP has already hinted it's prepared to pursue this option. Yet Ciudadanos has in the past signaled that it wouldn't join with either of the traditional parties, and it's unclear whether the staid Mr. Rajoy has the talent to make such an arrangement politically viable. A fresh election next year is a possibility.

Even if Mr. Rajoy cobbles together a minority government, his coalition would find it hard to press ahead with the pro-growth reforms the Spanish economy needs to avoid slipping back into recession. Thanks to supply-side tax cuts, public-spending restraint and labor-market reforms during his first term, Spanish growth has been much better than in most of the European Union and is projected to be 3% in 2015. But many of Mr. Rajoy's tax cuts don't kick in fully until next year, and the rigid labor laws that make it so expensive to hire Spaniards aren't fully dismantled.

Some of our friends in the media are hailing the result as a revolution of young voters against an out-of-touch political elite. Maybe, but not every youth revolt ends well, and in the case of Podemos most of its program amounts to old statist orthodoxy repackaged for the age of Twitter. What Spain needs is a government with the mandate to promote enterprise, investment and growth. Let's hope the Spanish don't have to wait another year -- or five -- to get one.

Germany's Don't-Shoot War on Terror

Berlin's great contribution to the fight against ISIS is six reconnaissance aircraft.

By JOHN VINOCCUR

Dec. 21, 2015 3:14 p.m. ET

Early on Dec. 3, just hours after the British Parliament approved military action in Syria, four Royal Air Force Tornado jets attacked oil fields held by Islamic State, inflicting with bombs and missiles what was officially called "a real blow" to the terror group's sources of financing.

The next day, the Bundestag approved Germany's own version of engagement against Islamic State. **The Defense Ministry in Berlin reported last week that its own Tornado jets -- minus lethal loads but rigged with reconnaissance cameras -- would be ready for engagement by the middle of January.**

What's the rush? After all, **the "so-called intervention," as the Frankfurter Allgemeine Zeitung newspaper called it, comes with a government asterisk signaling German forces' don't-shoot, low-risk involvement, a military version of the limited-liability coat check you'd get at a German restaurant.**

Once more, here's Germany in proximity to war, but seeking to sidestep its harshest confrontations and play a specially tailored, not-quite-combatant's role. This is exactly the opposite of what the federal president, Joachim Gauck, said two years ago was Germany's general obligation to intervene militarily as a representative of the West. But without self-awarded dispensations -- which means using its Nazi past as an excuse for faint-hearted involvement.

Instead, what's on offer to the U.S.-led coalition are six photo-snapping Tornados, an in-air refueling aircraft and a frigate. **No boom-boom, and probably no casualties.** The Merkel government estimates a year's operation will cost 134 million euros (\$145.7 million), a trifle considering that Germany's very marginal role in Afghanistan came to billions annually.

Could you define this as a sham-intervention?

"Exactly," says Sonke Neitzel, who teaches military history at Potsdam University. He was responding to a German reporter's question last week, and **explained the German engagement as a diplomatic gesture toward a wounded France.**

"The military weight of the operation is almost zero," he said. "No combat force is being dispatched, only support units which are very much more saleable in domestic political terms."

The German political class -- facing polls which show only a minimal segment of the electorate in favor of bombing Islamic State -- has run from confronting the charade aspects of the government's diluted military stance. Admirably, German newspapers have not.

Nico Fried, who covers Chancellor Angela Merkel for the *Suddeutsche Zeitung* newspaper, describes her as **having been sucked into the conflict.** She could try, Mr. Fried wrote, **to sell Germany's Syria engagement "as a symbol of a more confident German foreign policy," but "no one would believe it. Including herself. The opposite is true."**

In fact, her government's position looks incoherent. Ms. Merkel has veered from saying it's good to talk to Syria's President Bashar Assad to stating the conflict there must be resolved without him. Her foreign minister, Frank Walter Steinmeier, now bears the embarrassment of having scolded France and Britain in September for their air campaigns against Islamic State, complaining, "It cannot be that important partners are playing the military card."

These days, German politicians like Defense Minister Ursula von der Leyen find themselves forced to argue that the Tornados' reconnaissance mission is really a "dangerous" one. Nonetheless, German officers explain that the aircraft, equipped with well-tested countermeasures to ward off missiles fired from Islamic State's hand-held devices, can also operate effectively out of missile range at altitudes of 5,000 meters.

Amid all of this, U.S. President Barack Obama's anti-Islamic State czar, Brett McGurk, was in Berlin last week telling the Merkel government what a great job it was doing -- while avoiding any clarity about how Mr. Obama's strategy for dealing with the caliphate will move into its "destroy" phase.

Mr. McGurk specifically praised the role of a German frigate "to protect" the French aircraft carrier Charles de Gaulle in the eastern Mediterranean, an unlikely location for attack.

Peter Carstens of the Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung had already taken a fierce whack at this feature of the German mission. In a commentary, he wrote that reality insisted it was the French carrier doing the protecting, if any, of the German vessel. The government, he said, had again sought "a secure little place" -- described as being on the model of the Bundwehr's position in northern Afghanistan -- "as far as possible from the rumble of battle, and not having to shoot." **Killing or suppressing enemies were tasks for others.**

Last week, with a majority in German polls rejecting Ms. Merkel's everyone's-welcome Syrian immigration policy, and Donald Tusk, the president of the European Council, describing a new German-Russian gas-pipeline venture as conflicting with the goal of European energy independence, the chancellor told the Bundestag of her vision for Germany 25 years from now -- a place with "its own strong identity," "open, curious, tolerant, and exciting."

Ms. Merkel had nothing to say about this recast Germany also being willing to accept painful frontline responsibilities in the name of the West.

134,35

Elections in Spain

Spanish voters kicked the bums out

Now they must live with the consequences

Dec 21st 2015 | [Europe](#)

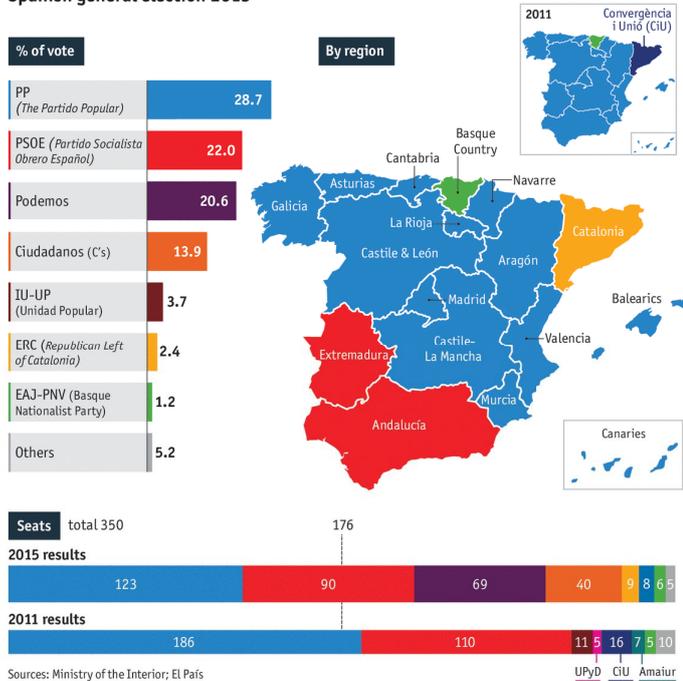


ELECTION night in Spain on December 20th ended with a disturbingly messy result. Neither the incumbent prime minister Mariano Rajoy, whose conservative People's party (PP) lost 43 of its 186 seats, nor the Socialists (PSOE) of Pedro Sanchez can form a government without the help of the new insurgents of anti-austerity Podemos or the new liberal party, Ciudadanos. Even that may not be enough. As many as five parties may be needed to form a new government.

That will not happen in a hurry. Mr Rajoy will try first but will probably fail when he puts his candidacy to the vote in parliament, where his party made many enemies during its four years with an absolute majority. After that, Mr Sanchez has two months to form a government. If he also fails, then new elections must be called. With the 2016 budget already in place, that is not as terrible as it sounds—but a vote for change may yet produce months of stagnation.

Sunday's results confirmed the demise of Spain's two-party system. PP and the Socialists took just 50% of the vote between them, down from 73% four years ago. The new insurgent parties are not yet strong enough to replace them. But nor can they be ignored. Podemos is no longer a fringe protest group, but a mainstream party which only narrowly failed to topple the Socialists as leaders on the left. Albert Rivera's Ciudadanos showed that dissatisfaction with the status quo stretches across the political spectrum.

Spanish general election 2015



Economist.com

If Spain wants stable government, an agreement between two or three of these parties is the only real option. Otherwise a new government will need the backing of Catalonia's increasingly belligerent and rebellious separatists who, in yet another blow to the status quo, took a key bloc of seats. A "grand coalition" deal between PP and PSOE would be the most stable, but it would be political suicide for the latter. A broader coalition with PSOE, Podemos and Ciudadanos would allow the newcomers to clean up the cronyism and corruption that have tarnished the political establishment, but the upstarts have little common ground on the economy and Catalonia. Podemos, meanwhile, can be expected to stab Mr Sanchez in the back if it sees an opportunity to overtake the Socialists and make them as irrelevant as, say, Greece's socialist party, PASOK.

Some very big questions are now being thrown up for debate. Podemos's leader, Pablo Iglesias, wants constitutional reform to enshrine social rights in stone and define a new special status for Catalonia in order to dampen separatism there. Both he and Mr Rivera want electoral reform to introduce pure proportional representation, a move that would also open the door to extremist parties of the left and right. Catalan separatists, meanwhile, want a referendum. Yet constitutional reform is impossible without Mr Rajoy's PP, which still has more than one-third of parliamentary seats, sufficient to block any changes. Grand demands for major reforms may, in any case, be missing the point. What Spaniards need most urgently are jobs. They also need long-term, cross-party deals on pensions, education and the like.

For the past half-dozen years Spain has obediently followed European rules on austerity and internal devaluation. That has allowed the economy to turn the corner, but Spaniards have paid a steep price in unemployment (now running at 21%), a high degree of labour instability and a bruised sense of national pride. With its economic output still below 2007 levels, Spain is slipping down the world rankings of GDP.

Spanish stoicism has been impressive, but while ordinary Spaniards suffered, the established parties looked after their own through corruption. Voters took their revenge on Sunday. Now they must live with the results.

„Ich bereue nichts“

Starökonom Hans-Werner Sinn tritt ab. Ein Gespräch über Freund und Feind, seine linke Vergangenheit und die hohe Kunst des Taxifahrens.

21.12.2015, von RAINER HANK UND LISA NIENHAUS



© JAN ROEDER Auch als Pensionär muss Hans-Werner Sinn sein Ifo-Institut nicht verlassen: Die kleine Bibliothek wird sein neues Büro.

Sechzehn Jahre lang stand er an der Spitze des Ifo Instituts in München. Der 67 Jahre alte Wissenschaftler gehört zu den bekanntesten Ökonomen des Landes und wurde vom Deutschen Hochschulverband erst kürzlich zum „Hochschullehrer des Jahres“ gekürt. Ende März geht er in den Ruhestand.



Autor: Rainer Hank, Verantwortlicher Redakteur für Wirtschaft und „Geld & Mehr“ der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Folgen: der Wirtschaft der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Folgen:



Autorin: Lisa Nienhaus, Redakteurin in

Sinn wurde mit 36 Jahren Professor in München. 1999 wurde als Retter an die Spitze des heruntergewirtschafteten Ifo Instituts gerufen und führte es in die Liga der Top-Institute. Bekannt ist es vor allem für den monatlich veröffentlichten Ifo-Geschäftsklimaindex, der als wichtiger Frühindikator der deutschen Wirtschaft gilt. Sinns Nachfolger an der Spitze des Ifo Instituts wird der Mannheimer Wirtschaftsprofessor Clemens Fuest.

Herr Sinn, seit wann tragen Sie Ihren markanten Bart?

Ich bin nicht mit dem Bart geboren worden. Aber ich habe ihn, seit ich ein junger Mensch war. In den Studienjahren war er mal ab und mal wieder dran, und dann hat meine Frau beschlossen, dass er bleibt. Ich habe ja früh geheiratet, schon im Studium.

In Ihrer Jugend waren Sie links. Ein Linker braucht einen Bart, oder?

Wahrscheinlich schon. In meiner Generation sind Bärte ja relativ häufig.

Wie kam es zu Ihrem Linkssein?

Mein Vater war in der **SPD**, und in meinem Dorf gab es die Jugendorganisation Falken. Die hatten ein Angebot für Kinder und Jugendliche, dem man sich kaum entziehen konnte: Die haben tolle Zeltlager gemacht. Wir haben damals viel über Politik diskutiert und uns mit der Nazi-Vergangenheit auseinandergesetzt. Die Falken sind ja verboten worden in der Nazi-Zeit. Dass die Deutschen sich nicht mit ihrer Vergangenheit beschäftigten, das kann man den Falken nicht vorwerfen. Ein Großvater von mir war Sozialdemokrat, hatte eine kleine Führungsposition in Kolberg, ist von den Nazis verfolgt worden – und später im Konzentrationslager gestorben.

Aus was für einem Elternhaus stammen Sie?

Mein Vater ist Taxi gefahren, hatte später sein eigenes kleines Taxi-Unternehmern.

Er war kein Akademiker. Wie wird man da Professor?

Ich habe vom deutschen Schulsystem ungemein profitiert. Der Volksschullehrer hatte empfohlen, dass ich zum Gymnasium ginge. Da musste man damals noch einen aufwändigen Test machen – und dann kam ich nach Bielefeld aufs Gymnasium. Ich war der einzige aus meiner Klasse im Dorf, der auf ein Gymnasium ging. In der Sexta war ich vermutlich das einzige Arbeiterkind unter 49 Schülern, und Kinder vom Lande waren extrem selten.

Haben die Eltern Ihr Studium finanziert?

Zum Teil. Seit ich 14 bin, habe ich gearbeitet. Ich habe mehrere Jahre lang fast jeden Sonntag von 6 bis 14 Uhr in der Taxizentrale in Bielefeld die Fahrten vermittelt. Das war damals der Beginn der Funktaxen, und jedes Taxi-Unternehmen musste jemanden abstellen. Ich musste am Telefon die Anrufe annehmen und wissen, wo die Straßen sind und ob man den nächsten Taxistand oder den Raum ausrufen musste. Das war eine hohe logistische Aufgabe für so ein Kind mit 14. Ich kam ziemlich ins Schwitzen.

Sind Sie auch selbst Taxi gefahren?

Ja, ab 21 fuhr ich Taxi bis zum Ende meines Studiums, stets drei Nächte die Woche und dann die Semesterferien hindurch. Ich habe in der Zeit keinen Lohn genommen, aber meine Eltern haben mir genug gegeben. Vom Staat bekam ich nichts.

Ihr Weg vom Taxifahrersohn zum Professor ist ein Bildungsaufstieg, wie es ihn häufig in Ihrer Generation gab. Heute sei so etwas schwerer geworden, heißt es.

Nein, das glaube ich nicht. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems hat sich deutlich verbessert. Dass so ein Arbeiterkind auf dem Gymnasium war, das war damals selten. Ich kam mir im Gymnasium sehr, sehr verloren vor – zumal ich kein gutes Deutsch sprach, sondern westfälischen Dialekt, nahe am Platt.

Wie kam es zur Studienwahl?

Ursprünglich wollte ich Biologie studieren. Wir hatten einen sehr guten Biologielehrer und einen jungen Assessor, der die neuen Dinge gelernt hatte, die Gentechnik und Genanalyse. Ich fand das richtig gut. Ich hätte das mal machen sollen. Aber ich dachte, man könnte damit nur Biologielehrer werden, und das wollte ich nicht.



© JAN ROEDER  Gerlinde und Hans-Werner Sinn: Seit 1971 verheiratet.

Warum dann Ökonomie?

Ich dachte, das Fach hat etwas mit Geld zu tun, das kann so falsch nicht sein. Und es ist politisch interessant, weil es die Systemfrage untersucht: Sozialismus oder Kapitalismus. Es war aber auch Verlegenheit, dass ich das Fach gewählt habe. Was weiß denn ein junger Mensch, wenn er anfängt zu studieren, über das, was er da tut?

Hat der junge Linke Hans-Werner Sinn [Karl Marx](#) gelesen?

Ja. Meine Diplomarbeit ging über das Marxsche Gesetz der fallenden Profitrate. Da habe ich mich reingekniet und die drei Bände „Das Kapital“ von vorne bis hinten durchgelesen. Aber das Thema war nicht meine Wahl, und ich habe die Marxsche Theorie aus der Sicht der ökonomischen Wachstumstheorie kritisiert. Die Arbeit wurde dann in einer Fachzeitschrift veröffentlicht.

Wie hat sich die Systemfrage dann schließlich geklärt?

Eben durch das Studium. Für mich war die entscheidende Frage, ob die Märkte anarchisch sind und durch eine Zentralplanung ersetzt werden müssen, oder ob es eine dezentrale Ordnung gibt. Das habe ich anfangs nicht verstanden, aber im Laufe meines Studiums habe ich schon sehr gut begriffen, wie diese dezentrale Ordnung funktioniert. Es ist eine große Leistung der Volkswirtschaftslehre, erkannt zu haben, wie Marktprozesse ablaufen und dass sie zu einem effizienten Zustand führen können. Ich habe dann auch begriffen, dass die Zentralverwaltungswirtschaft nicht zufällig eine Gewaltherrschaft geworden ist.

Warum?

Weil die Geldanreize für das Verhalten der Menschen fehlen. Wenn es kein Belohnungssystem gibt, muss man ein Bestrafungssystem einführen.

Konkret hat Sie der Sozialismus nie interessiert?

Doch, doch. Als Assistent machte ich ein Studentenseminar über die Arbeiterselbstverwaltung, mit einem Mitarbeiter des tschechischen Reformers Ota Sik, nämlich Jan Osers, der in Mannheim gestrandet war. Da haben wir einen Ausflug nach Sarajevo unternommen und uns dort eine Schokoladenfabrik angeschaut. Die Schokolade schmeckte mäßig. Aber ich werde nie vergessen, dass wir abends mit den Betriebsleitern zusammensaßen, sehr viel Wodka trinken und zu jedem Wodka einen Witz erzählen mussten. Aber die Arbeiterselbstverwaltung funktionierte eben nicht: Die Gewinnausschüttung an die Arbeitnehmer führt dazu, dass die Arbeiter die Ausschüttung pro Kopf maximieren und deshalb möglichst wenige Köpfe reinlassen wollten. Ein solches System neigt chronisch zur Arbeitslosigkeit. Das konnte man auch in Jugoslawien sehen.

Was haben Ihre Eltern zu Ihrer akademischen Karriere gesagt?

Sie haben das nicht verstanden und kamen mit dieser Welt nicht zurecht.

Die sagten „Junge, wieso gehst du nicht arbeiten“?

Mein Vater sagte: Willst du nicht das Unternehmen übernehmen. Er hatte überhaupt kein Verständnis dafür, was in der Zwischenzeit passiert war.

Der Bildungsaufstieg führt zur Entfremdung?

Ein wenig vielleicht. Ich liebe meine Eltern, ich war auch immer mit ihnen in Kontakt. Vielleicht ist Entfremdung auch nicht das richtige Wort.

Wann wussten Sie, dass Sie kein Taxi-Unternehmer werden würden?

Das wusste ich von Anfang an. Das war viel Arbeit für wenig Geld. Die Nächte gingen drauf, die Wochenenden, die Weihnachtsfeste. Die anderen haben Silvester gefeiert, ich bin Taxi gefahren.

Das Leben ist Arbeit.

Ja, es machte aber auch Spaß. Ich bereue nichts. Das Taxifahren hat mir gefallen. Es kam damals sehr darauf an, in welcher Ecke der Stadt etwas los war. Viele Kollegen haben sich auf den Platz gestellt und gewartet, bis sie wieder dran waren, manchmal stundenlang. Das hab ich zu vermeiden versucht. Ich habe mich immer im Raum aufgehalten und auf Funkaufträge spekuliert. Und ich habe das Doppelte von manch anderem eingenommen. Aber, wie gesagt, alles ging an die Eltern, die nun ein kleines Häuschen finanzieren mussten, das sie sich inzwischen gebaut hatten.

Betrachten Sie Taxifahrer heute besonders kritisch?

Ja, wenn sie nicht fahren können. Einer, der ständig aufs Gaspedal und die Bremse tritt und dann noch am Steuer herumreißt, macht mich närrisch. Man muss elegant fahren, wie ein Fisch durch den Verkehr gleiten.

Sie sind ja später doch noch Unternehmer geworden, als Sie das Ifo-Institut übernahmen.

Ja. Das Institut war in schlechter Verfassung. Mein Kollege Meinhard Knoche und ich mussten es teilabwickeln. Wir sind von 230 Vollzeitstellen auf 130 runtergegangen. Das war ein enormer Aderlass, die jungen Leute gingen alle weg. Mit neuem Personal, neuer inhaltlicher Orientierung haben wir das wieder aufgebaut.

Sie haben Ihr Geschäftsmodell mehrfach erweitert. Vom Forscher zum Unternehmer zum Intellektuellen, der in der Öffentlichkeit wirkt.

Ich war immer hin- und hergerissen in meiner Karriere. Das starke Interesse war da an der Politik, aber auch die harte theoretische Forschung hat mich fasziniert. Das habe ich 25 Jahre lang gemacht. Das erste Mal, dass ich mich größer öffentlich geäußert habe, war mit dem Buch „Kaltstart“ im Jahr 1991, das ich zusammen mit meiner Frau Gerlinde schrieb. Damals war die Mauer gefallen, und wir gingen nach Amerika, nach Stanford für ein Freisemester. Dort wurde ich dann eingeladen zu erklären, was in Deutschland passierte. Auch beim Council for Economic Advisors habe ich vorgetragen.

Ihre Frau ist auch Ökonomin, hat aber auf Karriere verzichtet. Heute würde das anders laufen, oder?

Das weiß ich nicht, aber wir haben damals nicht die Möglichkeit gesehen, dass beide so powern. Dann wäre für die Kinder keine Zeit mehr gewesen. Meine Frau hat das für wichtiger gehalten. Sie war auch Assistentin, dann kamen die ersten beiden Kinder, und wir gingen nach Kanada, wo ich eine Assistenzprofessur bekam. Da war das Ganze sowieso unterbrochen, und dann gibt es eine gewisse Eigendynamik. Sie hat ja immer ein bisschen unterrichtet und geschrieben. Und wir sind froh, dass wir drei prächtige Kinder haben.

Seit „Kaltstart“ wurden Sie bekannt mit populären Büchern.

Ich sehe meine Bücher als wissenschaftliche Werke in der klassischen Rolle der Monographien. Sie sind gleichwohl so geschrieben, dass alle sie verstehen. Dass man Wissenschaft so verklausulieren muss, bis man sie selbst kaum noch versteht, hat mir nicht eingeleuchtet. Sich mit aktueller Politik zu befassen, hat einen großen Vorteil: Sie können sich mit neuen Themen beschäftigen, der Erste sein. Im Elfenbeinturm sucht man zeit- und raumlos gültige Wahrheiten. Das haben Ökonomen aber schon 200 Jahre lang getan, und da ist das meiste abgegrast. Ich halte es mit Samuelson: Gut ist eine Theorie erst, wenn man sie so herunterbrechen kann, dass auch die Ehefrau sie versteht, die das Fach nicht studiert hat. Ich gebe zu, das klingt ein bisschen chauvinistisch, und meine eigene Ehefrau war insofern ungeeignet, weil sie selbst Volkswirtin ist.

Sie wollen nicht nur Theorie machen. Sie wollen auch etwas erreichen, sind ein Interventionist.

Es gibt zwei Wege, Politik zu beeinflussen: über Aufträge für Ministerien, die landen aber allzu häufig ungelesen in der Schublade. Denken Sie nur daran, wie die Kanzlerin mit spitzen Fingern die Gutachten des Sachverständigenrats anfässt. Der zweite Weg geht über den öffentlichen Diskurs. Wenn im Volk bestimmte Themen aufkommen, die diskutiert werden, dann muss die Politik reagieren.

© F.A.Z. Buchmesse 2015: Hans-Werner Sinn

Sie kämpfen für Ihre Sache – aber die Welt hält sich nicht daran.

Meistens nicht, aber manchmal schon. Es gibt Einflüsse auf die Agenda 2010, auf die Riester-Reform und auf die Eurodebatte. Die Frage, ob man befristete Austritte aus dem Euro zulässt, ist ja im Sommer auch von der Bundesregierung so vorgebracht worden.

Naja, vom Finanzminister, aber sonst von niemandem.

Immerhin. Ich schätze Herrn Schäuble sehr. Ich habe mich immer an ihm gerieben, weil er als Jurist vom Primat der Politik ausging. Ich habe eher die ökonomischen Beschränkungen gesehen. Aber ich bewundere Schäuble als außerordentlich fachkundig und vor allem als ehrlich.

Es gab Zeiten, vor zwei Jahren etwa, da wollte Schäuble von Ihnen nichts mehr wissen.

Mir hat er das nicht gesagt. Aber das war die Zeit, als er noch nicht sah, was die EZB so alles anstellt. Er hat versucht, sein Portemonnaie zuzuhalten und dachte, er hätte das im Griff. Was er nicht im Blick hatte, war die Haftungsmaschinerie über das Eurosystem. Damals haben wir uns gerieben, weil ich mit anderen Zahlen kam als mit denen, die er im Kopf hatte. Da hat er gemeint, dass meine Zahlen falsch waren. Ich habe ihn hoffentlich überzeugen können.

Die meisten Ihrer Bücher sind düster, fast apokalyptisch.

Nein, überhaupt nicht apokalyptisch.

Aber ganz sicher warnend: „Ist Deutschland noch zu retten?“, „Die Basar-Ökonomie“, „Die Target-Falle“, „Gefangen im Euro“.

Ja, die Bücher sind warnend, weil es medizinische Bücher sind. In Medizinbüchern geht es um Krankheiten und Heilungsmöglichkeiten. Da sagen Sie doch auch nicht: Wie schrecklich, da geht es ja nur um Krankheiten.

Sie sind ein Pessimist?

Nein, ich war nie ängstlich, habe immer Zutrauen und Wagemut gehabt und war immer guter Dinge, dass es klappen würde.

Einige Jahre lang waren Sie für viele der Feind, insbesondere in den Reformdebatten rund um die Agenda 2010.

Ja, während der Reformen war das so. Die Linken wollten überhaupt nicht reformieren. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir die höchsten Stundenlöhne auf der ganzen Welt haben, die niedrigste Netto-Investitionsquote aller OECD-Länder und die höchste Arbeitslosenquote der gering Qualifizierten. Es war Krise, es musste etwas getan werden. Die Lohnskala musste ausgespreizt und der Niedriglohnsektor geschaffen werden. Das hat Deutschland geschafft. Überlegen Sie mal, wie viele private Postboten ihre Wohnung heute umschwirren, und wie häufig die Leute auswärts essen gehen. Einfache Dienstleistungen sind relativ zu den Löhnen immer billiger geworden, sodass man sich das jetzt leisten kann.

Sie haben jüngst behauptet, im Alter mit 50 zum ersten Mal ins Restaurant gegangen zu sein.

Das war eine Karikatur. Aber tatsächlich habe ich das noch so gelernt: Man geht nicht ins Restaurant und fährt auch nicht Taxi, sondern kocht sich daheim etwas und fährt mit dem Bus. Wenn ich irgendwo allein war, wäre ich nie auf die Idee gekommen, ins Restaurant zu gehen. Heute ist das anders. Da sind Dienstleistungssektoren entstanden, die es früher so nicht gab. In der Stadt gibt es an jeder Straßenecke ein preisgünstiges Restaurant oder ein Café.

Hat die Kritik Sie getroffen?

Die Linken haben mich angegangen, ich war aber auch nicht zimperlich. Die Gewerkschaften waren am Ende sogar einsichtig und haben eine moderate Lohnpolitik gemacht. Dass ich da keine Freunde hatte, das war mir klar.

Für wie einschneidend halten Sie die Schröderschen Reformen?

Sie stehen direkt hinter der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard.

Das heißt, dass heute die Sozialdemokraten die besseren marktwirtschaftlichen Reformen machen?

Es liegt mir fern, parteipolitisch tätig zu sein. Ich war ein paar Jahre in der SPD, bis ca. 1970. Danach wollte ich nichts mehr damit zu tun haben. Ich will mich nicht vereinnahmen lassen.

Sie hatten immer ein gutes Gespür für die Befindlichkeit des Landes. Was glauben Sie: Wo steht Deutschland, wo steht Europa in zehn Jahren?

Da kann man nur Szenarien beschreiben. Ein Szenario ist, dass wir in Richtung einer Schuldenunion gehen. Wir haben eine zentralplanerische Lenkungsarchitektur bestehend aus den Rettungsschirmen und der EZB, die das Sparkapital nach Südeuropa lenkt, obwohl es da nicht mehr hin will. Es wird viel Kapital vernichtet, wir haben kaum Wachstum, aber viel Arbeitslosigkeit. Die Sache bleibt dank der Kreditfinanzierung einige Jahre stabil, doch spült die Arbeitslosigkeit im Verein mit einer unkontrollierten Immigration immer mehr radikale Parteien hoch, und der Schuldenberg wächst. Zum Schluss könnte eine nicht mehr beherrschbare Gemengelage entstehen.

Und die Alternativen?

Das zweite Szenarium setzt auf mutige Reformen. Es wird eine Konkursordnung für Staaten mit mehr Fiskaldisziplin eingeführt, der Euro wird zur atmenden Währungsunion, die temporäre Austritte zulässt und die Massenarbeitslosigkeit im Süden allmählich überwindet. Die Schengen-Grenzen werden geschlossen, und wir holen uns nur noch Migranten, die wir wollen. Europa würde sich allmählich wieder berappeln und seine Krise überwinden. Das dritte Szenarium ist, dass erst Schengen zerfällt und dann der Euro, weil die unterschiedlichen Einschätzungen zur Flüchtlingsfrage die Völker Europas spalten.

Wie wahrscheinlich ist das?

Am wahrscheinlichsten ist das erste Szenarium. Dann kommt das dritte, und das mittlere kommt leider zuletzt.

Das erste Szenarium ist aber nicht schön.

Nein wirklich nicht, denn die wachsende Verschuldung zwischen den europäischen Staaten lässt Abhängigkeiten und Gewöhnungseffekte entstehen, die einerseits viel Zwist hervorbringen und Deutschland andererseits wegen des Ausfalls seiner Kreditforderungen zu einem Zeitpunkt belasten werden, zu dem der Staat aus demographischen Gründen ohnehin knapp bei Kasse ist. Die Babyboomer, die jetzt 50 sind, sind dann 60, die Vorhut ist schon 65 und will vom Staat eine Rente, die der wegen der schrumpfenden Arbeitsbevölkerung nur unter Mühen zahlen können. Die Flüchtlinge werden uns nicht retten, weil sie zusätzlich sehr viel Geld kosten. Da sind sich die seriösen Studien einig.

Und was machen Sie in dieser Zeit, ab März, wenn Sie nicht mehr Ifo-Chef sind?

Mir wurde hier im Ifo Institut ein kleines Austragshäusl eingerichtet. Mein ehemaliges Besprechungszimmer wird mein Büro. Und ich möchte Bücher schreiben. Ich habe noch genug Ideen und hoffe, dass ich auch über die Kraft verfüge, sie umzusetzen.

Folgt Ihnen in der Familie jemand nach? Sind Ihre Kinder auch Ökonomen?

Nein, sie machen etwas ganz anderes. Die Tochter arbeitet als Stadtplanerin, der jüngere Sohn ist ein begeisterter Musiker und Komponist des Folk-Pop, und der ältere Sohn hat ein Start-up, das derzeit ein Wellenkraftwerk in Griechenland testet.

Quelle: F.A.S

„Europa muss nicht nur einem Land dienen“

Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi startet eine Generalkritik an der deutschen Politik. Am Freitag ging es beim EU-Gipfel los, jetzt legt er in einem Interview nach. Offenbar sieht Renzi eine Chance, Deutschland zu isolieren.

22.12.2015



© REUTERS/Isolator: Matteo Renzi vor den Flaggen der europäischen Union.

Der Ministerpräsident von Italien, [Matteo Renzi](#), schießt sich rhetorisch immer weiter auf Deutschland ein. Nachdem er vergangenen Freitag am Rande des EU-Gipfels harte Kritik an der Politik der Bundesregierung geübt hat, legt er jetzt nach. In einem großen Interview mit der britischen Wirtschaftszeitung „[Financial Times](#)“ macht er die deutsche Euro-Politik für zunehmenden Populismus und politische Lähmung in Europa verantwortlich.

Als Beispiel nahm er die Wahl in Spanien vom Sonntag, [in der der konservative Amtsinhaber Mariano Rajoy und die sozialistische Opposition viele Stimmen verloren hatten](#). Stattdessen kamen zwei neue Parteien ins Parlament: die liberale „Ciudadanos“ und die sehr linke „Podemos“.

„Ich weiß nicht, was aus meinem Freund Mariano wird“, sagte Renzi in dem Interview. „Aber ich weiß, dass die Leute, die in der ersten Reihe der treuen Verbündeten der Politik von Härte ohne Wachstum gestanden haben, ihre Arbeitsplätze verloren haben.“ Das sei zuvor schon in Polen, Griechenland und Portugal geschehen. Am Sonntag erst allerdings hat Italien seine Prognose fürs Staatsdefizit leicht angehoben: Es werde für 2016 jetzt 2,4 statt 2,2 Prozent betragen.

Generalkritik an Deutschland

Bei der Kritik an der Sparpolitik beliebte es Renzi nicht. Nachdem Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) auf den Eurogipfeln in einigen Fragen wie der Flüchtlingspolitik und der Russland-Gaspipeline „Nord Stream 2“ nur wenige Verbündete hatte, scheint Renzi eine Zeit für breitere Kritik zu sehen. „Ich schätze Angela, wir haben persönlich ein hervorragendes Verhältnis“, sagte er der Finanzzeitung. „Aber wir müssen ehrlich sein. (...) Europa muss allen 28 Ländern dienen, nicht nur einem.“

Drei konkrete Streits mit Deutschland betonte Renzi:

Die Gas-Pipeline „Nord Stream 2“: Deutschland bereitet gerade zusammen mit Russland eine neue Pipeline vor, die Gas unter der Ostsee nach Deutschland transportieren soll – ohne dass das Gas die krisengeschüttelte Ukraine durchqueren muss. [Deutschland war dafür beim EU-Gipfel Ende vergangener Woche nicht nur von Renzi kritisiert worden, sondern auch von Ratspräsident Donald Tusk](#). „Aus meiner Sicht trägt das nicht zu einer Diversifizierung der Gasversorgung bei“, sagte [Tusk](#). Jetzt legt Renzi nach – und verweist dabei auf ein anderes Pipeline-Projekt mit Russland, von dem eher Italien profitiert hätte. „Wir sagen also nein zu 'South Stream', und dann stellen fest, dass es plötzlich, ganz still, Nord Stream gibt“, sagte er. „Wer hat das entschieden? Ist das eine energiepolitische Entscheidung der EU?“ Inzwischen hat Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel das Projekt verteidigt. [Unter einigen politischen Bedingungen sei das Projekt nicht nur im Interesse von Deutschland, sondern auch von Frankreich und anderen EU-Staaten](#).

Flüchtlinge: Die [EU](#) hat Italien dafür kritisiert, dass nicht genügend der aus dem Mittelmeer geretteten Flüchtlinge registriert würden. Renzi entgegnet: „Jetzt nehmen wir Fingerabdrücke, wir fotografieren sie und untersuchen die Iris. Mehr können wir nicht tun.“ Und weiter: „Ist [dieser Brief] auch an andere geschickt worden?“ Renzi verweist darauf, dass auch Deutschland Flüchtlinge aufgenommen hat, ohne Fingerabdrücke zu zählen. „Was für Italien gilt, muss auch für Deutschland gelten.“

Banken: Soll Europa eine gemeinsame Einlagensicherung aufbauen, auch wenn das bedeutet, dass deutsche Sparer möglicherweise für italienische Banken zahlen? Darüber herrscht gerade heftiger Streit. Renzi bezeichnet Italiens Bankensystem jetzt als „solide“ und kritisiert dafür die deutschen Banken. „Wir müssen uns um einige kleinere Themen kümmern“, sagte er in dem Interview, „aber ich würde das italienische Bankensystem nicht gegen das deutsche mit den Sparkassen eintauschen.“ Und er ergänzte: „Ich will um Gottes willen damit nichts zu tun haben. Ich würde andere Dinge von ihnen kopieren.“

Immer auf Deutschland

Die „unverzichtbare Europäerin“ wird es in Zukunft noch schwerer haben, die EU auf eine Linie zu bringen. In vielen Ländern regt sich Widerstand gegen die deutsche Sparpolitik. Die Flüchtlingskrise verstärkt die Zentrifugalkräfte.

22.12.2015, von BERTHOLD KOHLER



© DPA/Merkel und Renzi während des EU-Gipfels am 17. Dezember in Brüssel

Die Weihnachtsgrüße des italienischen Ministerpräsidenten für [Angela Merkel](#) fallen dieses Jahr wenig freundschaftlich aus. Renzi wirft ihr vor, Deutschland gehe bei dem Versuch, Europa zu beherrschen, über Leichen: Alle Politiker, die der – von Berlin oktroyierten – Sparpolitik gefolgt seien, hätten ihre Ämter verloren. In den angeführten Fällen Griechenland, Portugal, Polen und Spanien spielten auch noch andere Gründe eine Rolle. Doch stimmt natürlich, dass Sparen nirgends populär ist. Vor allem in Ländern, die sich damit in der Vergangenheit besonders schwer taten, reicht die Geduld oft nicht, bis die Früchte der Sanierungsanstrengungen geerntet werden können. Dann erfahren alte Denkmuster neuen Zuspruch, wie es jetzt in vielen Staaten Europas auf vielen Politikfeldern zu beobachten ist.



Autor: Berthold Kohler, Herausgeber. Folgen:

Zu der sich in der EU wieder ausbreitenden Überzeugung, dass die von Berlin propagierte „Austeritätspolitik“ von Übel sei, gesellt sich regelmäßig die Behauptung, Deutschland wolle sich damit seine europäischen Partner untertan machen. Mit dieser Traditionslegende lassen sich Wähler von Spanien bis Griechenland mobilisieren. Spanien werde „nie wieder ein Anhängsel Deutschlands“ sein, kündigte auch Podemos-Chef Iglesias nach der Wahl an; für seine Partei stehe die Souveränität seines Landes an erster Stelle.

Worauf diese Souveränität gründen soll, lassen die Populisten aller Couleur regelmäßig offen. Am Ende aber gehen sie ganz selbstverständlich davon aus, dass sie beim Wiedererrichten der nationalen Souveränität auf die europäische Solidarität bauen können, sprich auf die Umverteilung von Wohlstand in allen denkbaren Formen. Auch dann richten sich wieder alle Blicke auf Deutschland.

Merkel gehört zu den wenigen Regierungschefs in Europa, der noch keine Populisten im Nacken sitzen. Doch ein noch größeres Abweichen vom Pfad der stabilitätspolitischen Tugend kann sie sich schon in ihrer eigenen Partei nicht leisten. **Wie aber soll die „unverzichtbare Europäerin“ (Economist) dann eine auseinanderdriftende EU zusammenhalten, deren Zentrifugalkräfte von der Flüchtlingskrise noch vervielfacht werden?** Merkel behauptet, ihre Flüchtlingspolitik habe das Ansehen Deutschlands in der Welt vergrößert. In vielen Ländern der EU gilt das, wie auch Renzis Kritik an den Berliner Regelbrüchen zeigt, nicht.

134,43

L'inexorable progression de la dette française

Par [Marie Visot](#)

Publié le 22/12/2015 à 16:07

L'Insee publie mercredi matin la situation de l'endettement de la France à la fin du troisième trimestre. La dette dépasse déjà largement les 2000 milliards d'euros.

C'est sur une mauvaise note économique que les Français vont partir fêter le réveillon de Noël. Mercredi matin, l'Insee va publier la dette à la fin du 3ème trimestre 2015. Un chiffre pharaonique, puisqu'il sera bien au dessus des 2000 milliards d'euros. *Le Figaro* fait le point.

L'État de la dette mi-2015.

En octobre, l'Insee indiquait que la dette publique atteignait **2105,4 milliards d'euros fin juin. Soit 97,6% du PIB à la fin du deuxième trimestre 2015.** Un chiffre en hausse de 0,2 point (soit 16 milliards) par rapport au trimestre précédent...

L'effet de saisonnalité.

Le deuxième trimestre constituait une véritable contre-performance. Mais Bercy compte sur «un effet de saisonnalité» (des rentrées fiscales plus importantes en fin d'année), qui ferait refluer l'endettement fin 2015. Le ministère des Finances a inscrit dans ses documents budgétaires une dette publique 96,3% pour la fin de l'année. Mois importante, donc, qu'il y a 6 mois!

La courbe de l'endettement.

Même si le déficit public devrait se réduire en 2016, ce ne sera pas suffisant pour amorcer le retournement de la courbe de l'endettement. La dette publique est annoncée à 96,5% à la fin de l'année prochaine. Et pour 2017, une stabilisation est anticipée.

Les taux d'intérêt.

La mauvaise nouvelle ne devrait pas, comme c'est le cas depuis de nombreux mois, affoler les marchés. Les investisseurs ne nous font pas payer notre dette plus cher, alors qu'elle continue à augmenter. La France bénéficie d'un avantage comparatif par rapport aux pays d'Europe du Sud ; le programme de rachats d'actifs de la Banque centrale européenne (BCE) lancé en début d'année, maintient en outre les taux bas. **Mardi soir, la France empruntait à 0,85% à 10 ans.**

Programme d'emprunt pour 2016.

La France prévoit de lever 187 milliards d'euros d'obligations à moyen et long terme sur les marchés en 2016, soit autant qu'en 2015, indique l'Agence France Trésor. Il s'agit de financer les dettes arrivant à échéance en 2016 et le déficit de l'État (72,3 milliards d'euros) de cette même année.



toto Turlututu

Petit rappel historique:

1995 (Juppé) : dettes publiques 55.5% PIB et déficit -5.5 %

1996 (Juppé) : dettes publiques 58 % et déficit – 4 %
1997 (Juppé) : dettes publiques 59.3% et déficit - 3.3 %
1998 (Jospin) : dettes publiques 59.4 % et déficit -2.4 %
1999 (Jospin) : dettes publiques 58.8 % et déficit - 1.8 %
2000 (Jospin) : dettes publiques 57.3% et déficit -1.5 %
2001 (Jospin) : dettes publiques 56.9% et déficit -1.5 %
2002 (Raffarin) : dettes publiques 58.8% et déficit -3.1 %
2003 (Raffarin) : dettes publiques 62.9% et déficit -4.1 %
2004 (Raffarin) : dettes publiques 64.9% et déficit -3.6 %
2005 (Villepin) : dettes publiques 66.4% et déficit -2.9 %
2006 (Villepin) : dettes publiques 63.7% et déficit -2.4 %
2007 (Fillon) : dettes publiques 63.8% et déficit -2.7 %
2008 (Fillon) : dettes publiques 68.1% et déficit -3.3 %
2009 (Fillon) : dettes publiques 78,1 % et déficit de -7,5 %
2010 (Fillon) : dettes publiques 81,7 % et déficit de – 7,1 %
2011 (Fillon) : dettes publiques 86% et déficit –5,3%
2012 (Ayrault) : dettes publiques 90,2% et déficit -4,8%
2013 (Ayrault) : dettes publiques 93,4% et déficit -4,3%
2014 (Valls) : dettes publiques 95,6 % et déficit -4%

134,45

- [ARTS](#)
- [BOOKS](#)
- [BOOKSHELF](#)

Take Him Up, Gather Him

Augustine was a man obsessed with sex. It was the cause of his conversion crisis, which ended when he heard a child's voice saying 'tolle, lege.'

By PATRICK J. GEARY

Dec. 22, 2015 6:56 p.m. ET

Augustine

By Robin Lane Fox

(Basic Books, 657 pages, \$35)

In a graduate seminar at Yale many years ago, two of my classmates balked at reading Augustine's "Confessions." One declared that he could not read the text as a detached scholar because every sentence spoke to the very existential questions with which he himself was grappling. The other declared that anyone who, as an adult, obsessed about his childhood theft of fruit from a neighbor's orchard was a neurotic whose ravings were not worth reading. Both men dropped out, the first to enroll in Harvard Law, the second to divorce his wife and join a gay commune.

The 1970s were a strange decade. But the question remains whether, in our secular age, Augustine's "Confessions," an extended prayer addressed not to the readers but to God, can continue to reflect the human condition or whether it must be understood simply as a document of a late fourth-century Roman provincial. In **taking on the challenge of a biography of Augustine from his birth in 354 through his composition of the "Confessions" in 397**, Robin Lane Fox, the distinguished Oxford classicist, faces a daunting task: To write something fresh about this foundational figure in Christian thought, something that could add to Peter Brown's classic "Augustine of Hippo" and James O'Donnell's compelling "Augustine: A New Biography." He does so by framing Augustine between two contemporaries.

The first figure, Libanius (314-93), was older than Augustine, a traditional pagan and admirer of the Emperor Julian (the "Apostate"). Like Augustine, he was a professional rhetorician. The second, Synesius (373-414), was a bit younger than Augustine and hailed from a wealthy Greek family from what is today Libya. Although a Christian, he was a pupil, in his youth, of the great Neoplatonist female philosopher Hypatia in Alexandria, and he remained throughout his life devoted to philosophy as well as to the life of a married aristocrat (even after his election to the episcopacy). He wrote poetry, hunted in the Libyan desert and led troops against barbarian raiders in North Africa.

By contrasting Augustine's options, choices and career with those of these two men, Mr. Fox makes all of them more comprehensible. Augustine's family background, for instance, was mediocre, as was his patronage network, when compared with those of Libanius and especially Synesius. His rhetorical education had been in Latin, not in the more intellectually respectable Greek, which Libanus mastered. The young Augustine was fascinated by Cicero, whom he venerated as the great Roman orator but even more for his exhortation to the pursuit of wisdom, a pursuit that never interested Libanius. Augustine's own search for wisdom led him initially to embrace **Manichaeism, a dualist religion that combined and sought to complete elements of Buddhism, Zoroastrianism and Christianity**. Later in Italy he discovered Neoplatonism, which provided him with a powerful philosophical tradition through which to interpret Christian teachings, to which he was increasingly

drawn. **Augustine's struggles against his own sexual desires culminated in his dramatic conversion, followed by the creation of a commune of like-minded Christians.**

Mr. Fox goes on to treat his subject's return to Africa, his ordination, polemics and eventual elevation to the episcopacy. Though he touches on many familiar aspects of Augustine's life, he is especially insightful on **Manichaeism, a world religion that continued to influence the structure of Augustine's thought.** Thus the final chapters of his "Confessions," rather than continuing the story of his spiritual journey, become a commentary on the book of Genesis, and implicitly a refutation of the Manichaean cosmology.

Mr. Fox traces with clarity the development of Augustine's thought, but also of his character, his deep relationship with his mother, Monica, and his engagement with his network of friends, patrons and intellectual **adversaries such as the Manichaean priest Fortunatus with whom he held a public debate in August of 392.** The discussions of Augustine's early dialogues and letters do not always make for light reading, but they are always worth the effort.

Mr. Fox's Augustine emerges as a brilliant young seeker formed but not controlled by his past. He was limited intellectually by **his ignorance of Greek -- an ignorance that both prevented direct access to much of Neoplatonic philosophy and to a correct understanding of the language of Paul's Epistles.** Mr. Fox's Augustine is also a man obsessed with sex, which to the author seems to be the root cause of his conversion crisis that ended dramatically in **the famous scene in the garden when he hears a child's voice saying "tolle, lege"** ("take it up, gather it" or perhaps "take it up, read it"). What he read was the letter to the Romans: **"Let us live honorably as in the day, not in reveling and drunkenness, not in debauchery and licentiousness, not in quarreling and jealousy. Instead, put on the Lord Jesus Christ, and make no provision for the flesh, to gratify its desires."**

Here, perhaps, Mr. Fox is not entirely fair to Augustine, just as my long-ago friend could not understand Augustine's ruminations on the theft of fruit: The struggle with sex, like his childhood delinquency, was for Augustine primarily evidence of the flawed nature of human will. As he looked back on his life from his 40s, Augustine identified the central flaw in post-lapsarian human nature as willful rejection of the divine in favor of human desires, of which lust was not the most serious but certainly the most obvious manifestation. At the same time, Mr. Fox succeeds in offering us a figure whose inner and outer struggles, whose strengths and weaknesses, do somehow reach across the centuries and touch something profoundly human. **For believers and non-believers alike who find themselves restless, alienated and searching, I can only repeat the voice of the child heard in the garden: "Tolle, lege."**

Mr. Geary is a professor at the Institute for Advanced Study.

<http://www.nytimes.com/2015/12/23/opinion/driving-poland-apart.html?action=click&pgtype=Homepage&clickSource=story-heading&module=opinion-c-col-right-region®ion=opinion-c-col-right-region&WT.nav=opinion-c-col-right-region>

134,47

The Opinion Pages | OP-ED CONTRIBUTOR

Driving Poland Apart

By PIOTR BURASDEC. 22, 2015

WARSAW — After losing parliamentary elections in 2011, Jaroslaw Kaczynski, the leader of Poland’s Law and Justice party, [declared](#) that one day “we will have a Budapest in Warsaw” — using the illiberal turn by Hungary’s populist Prime Minister, Victor Orban, as a blueprint for a “moral revolution” for Poland.

And since the Law and Justice party’s success in the October elections, there have certainly been some worrying Orbanesque developments.

The new government has not shied away from open conflict with the Constitutional Tribunal, appointing new judges and ignoring rulings that declared large parts of new legislation introduced by the party unconstitutional. Planned changes would give the government more control over the media and, according to a newly proposed law, civil servants in leading positions in the public administration should be replaced by political appointees.

Law and Justice party supporters argue that the democratic majority should not be hindered from executing its power, and a comment during a heated parliamentary debate three weeks ago — that “the good of the people comes before the law” — was met by a standing ovation in the ranks of the ruling majority.

With the breathtaking tempo of Mr. Kaczynski’s power grab, the prospect of Budapest in Warsaw no longer seems quite so distant. But the parallels between Poland and Hungary should not be overstated. The real crisis in Poland is not that the country is uniting behind the nationalist right. It is that Polish society is cleaving between traditionalism and liberalism, with no end in sight.

Poland’s stunning economic success over the last decade has produced losers as well as winners. Reforms to strengthen the market economy were not accompanied by a state infrastructure that could ably support those [left behind](#). Low wages and flexible labor contracts have strengthened Poland’s competitiveness and contributed to the overall success of the economy, but they have failed to meet the rising aspirations of Poles who these days compare their standard of life with that of Western Europe — not with the old Communist time.

It’s an unfavorable comparison: Despite high productivity growth in the last 10 years, average wages in Poland are among the lowest in the European Union. The average Finn or Briton earns around twice as much.

Meanwhile, necessary but unpopular [pension reforms](#) by the previous governing party, the center-right Civic Platform, were poorly communicated — and were followed by an [eavesdropping scandal](#) that revealed the arrogant and distant face of backroom politics.

Civic Platform’s refusal, or inability, to offer a vision for the country’s future beyond market reforms, stability and pride in Poland’s past achievements left a space to the right that the Law and Justice party skillfully exploited with generous social promises and a narrative of the need to raise the country from its ruins.

Liberals may have appeared complacent and out of touch, but nobody has contributed more to exacerbating these divisions than Mr. Kaczynski — whether through his narrative about the rottenness of Poland today and his vision of a morally sound Fourth Republic, or through his allusions that the airplane crash in Smolensk in 2010 in which his twin brother, President Lech Kaczynski, died might have been orchestrated and covered up by the Russians.

For Mr. Kaczynski and his supporters, attitudes about “Smolensk” became the measure of patriotism and belonging to the national community. Those who debunked the plot version as a myth did not deserve to be called “true Poles.”

So, while the crisis over the Constitutional Tribunal might be the next chapter in the process of driving the two Polands apart, it is not the whole story.

Social and political tensions are embedded in Poland’s much deeper moral and cultural divide. Just as the historian Gertrude Himmelfarb famously described the United States as “one nation, two cultures,” the Polish social psychologist Michal Bilewicz says Poland is composed of two tribes who adhere to different moral and value systems.

On one side are those representing conservative or Catholic values and stressing national pride and loyalty; on the other are those who highlight individual rights, embrace minorities and put universal justice before community solidarity. These two tribes have little in common. They hardly communicate, they often despise each other — and the language of the political debate on both sides is extremely polarized if not brutal.

Poland found a way to overcome this in the past. In 1989 a compromise between Communists and the opposition made a transition to democracy possible in Poland, and that ability to compromise became a source of national pride and international respect. But the space in which compromises can be forged has shrunk. The center of society has been poorly served by liberals and actively riven by national-conservatives like Mr. Kaczynski.

The current turmoil, provoked and consciously stirred by the Law and Justice party, will further poison the political culture in a society where the lack of social capital, polarization and refusal to compromise are the central obstacles for future development and modernization.

In a recent interview, Mr. Kaczynski [called his critics](#) “Poles of the worst sort” who have the “tradition of national treason” in their genes. This black-and-white dichotomy, in which adversaries do not talk but hate each other, undermines the foundations of a liberal-democratic community no less than attacks on its institutions.

Piotr Buras is the head of the Warsaw office of the European Council on Foreign Relations.

134,49

EUROPE

Migrants Find an Edge in Germany's Economy Through Language

By AXEL GERDAU

DEC. 22, 2015

The tide of migrants arriving in Germany could be an economic boon for its aging economy. But even qualified, German-speaking newcomers face an uncertain future in their new home.

LÜBECK, Germany — The nearly one million asylum seekers arriving in Germany this year must navigate a complicated and uncertain bureaucracy that is struggling to accommodate migrants from cultures very different from Europe's.

For the newcomers who can assimilate quickly, there can be advantages — for them and for their hosts.

Ehab Ali Musead, 25, arrived here last year from Yemen, where an increasingly dire [civil conflict](#) has created a severe humanitarian crisis. But unlike most people arriving here from the Middle East, Mr. Musead spoke some German.

“I was so lucky,” he said recently, in slightly accented conversational German. His father pushed him to study the language as a youngster in Yemen, Mr. Musead said, acknowledging that he did not see the value at the time.

Now, living in an apartment in this northern German city of about 200,000 people, Mr. Musead may be a model for integration and opportunity in large part because of his language skills.

The German government is [struggling to absorb](#) the growing number of migrants in its cities. At the same time, German industry is confronting an aging population and more than half a million unfilled jobs. Some business leaders are hoping the arrival of thousands of young, motivated newcomers like Mr. Musead could be [a boon for the country's economy](#). Those who already speak some German or who are able to learn it quickly are especially sought after.

The manufacturing company Druckguss Service jumped at the opportunity to give Mr. Musead and Abdo Dohaim, 24, another migrant from Yemen, an apprenticeship at its factory in Lübeck.

“It's generally very difficult to find apprentices,” said Michael Wächtler, a manager at Druckguss, which makes die-casting machines. “Most students entering the work force want to go into I.T. or continue their education, and we lose out.”

Mr. Wächtler said that he wanted to keep Mr. Musead and Mr. Dohaim on as full-time employees after they finished their apprenticeships, but that it would depend on the outcome of their pending asylum applications. There is no guarantee that the men will be able to finish their apprenticeships or stay in Germany to work after their training is complete.

Mr. Dohaim, like many asylum seekers, has little else but hope going for him. “If I lose my apprenticeship, my future is gone,” he said.

134,50

Election Results in Spain Are a Stinging End to Europe's Year

By ALISON SMALE and ANDREW HIGGINS DEC. 22, 2015

BERLIN — With the results of [Spain's election on Sunday](#), a tumultuous 2015 for Europe is ending on a stinging note that underscores [Germany's](#) increasing isolation and Europe's deepening division.

[Spain's](#) voters followed those in [Portugal](#) and [Greece](#) this year in punishing a conservative government that had allied with Brussels, Berlin and international creditors in carrying out the austerity policies pushed as the solution to Europe's [debt crisis](#).

In 2016, that trio of powers will have fewer friends to turn to. Successive elections have helped to hollow out the political center in Europe, raising the question of what will keep the 19 countries that use the euro and the nine other members of the [European Union](#) that do not marching forward together.

After the Spanish vote, Italy's prime minister, Matteo Renzi, a center-leftist who had built a good relationship with Chancellor [Angela Merkel](#) of [Germany](#), renewed his attack on austerity and, quite nearly, Ms. Merkel personally, effectively blaming her policies for the rise of populism across Europe.

"We have to be frank," Mr. Renzi told The Financial Times. "Europe has to serve all 28 countries, not just one."

The disgruntlement added to the sense of isolation that has been building in Berlin over a migration crisis and Germany's economic prescriptions, as well as the near-shredding of European unity that the year had already brought.

The postelection muddle in [Spain](#) was yet another setback in a year of cascading crises, said Charles Grant, director of the Center for European Reform, a research group in London.

"It has been an annus horribilis," Mr. Grant said, noting that decades of European political stability built on strong political parties were crumbling as upstart political forces like Podemos, a leftist movement that finished third in Spain, challenge the old order.

"This is the end of the bipolar era in Spain," said François Lafond, the executive director of EuropaNova, a research group based in Paris. "The same thing is happening in France, in Italy and other countries. We now have a fragmented political system all around Europe."

The Spanish election results mirror the increasing disarray in the [European Union](#) itself, and thus pose perhaps the gravest challenge for Germany, which has risen for decades as Europe's No. 1 power by presenting its policies as European, rather than German, goals.

"We are pretty much isolated on the refugee question," said Sylke Tempel of the German Council on Foreign Relations. But "it's not just austerity, or the refugees," she said. "It's a bigger thing."

Europe's rising populist parties are "about to throw away everything we have built over the last decades," Ms. Tempel said. This means the European Union urgently needs to convince disillusioned publics that it is relevant, and necessary.

Germany's foreign minister, Frank-Walter Steinmeier, a committed European, conceded in an interview in the current issue of Der Spiegel that "the refugee crisis has mercilessly exposed the rifts in Europe" when "the results of the financial crisis are long not overcome."

The mantra of members of the European elite like him has long been that the Continent emerges more unified from each of its many crises. But even Mr. Steinmeier admitted that "it is not easy" to trust in that history these days.

With the right-wing populist Freedom Party of Austria surging to No. 1 in polls, the country's chancellor, Werner Faymann, a Social Democrat, suggested in an interview this month that the best way for established parties to win votes was not by austerity, but by kick-starting the anemic European economy.

"The best thing is if somebody who is unemployed today gets a job again. And that is not the case for 24 million people in Europe at present," Mr. Faymann said. "In some regions, that is not the case for more than half the young people. And perhaps just as big a number again cannot live decently from what they earn."

Popular unhappiness with Europe has helped create a space filled by insurgents on the right like the nationalist Marine Le Pen in France. With memories of Fascism still strong in Spain, Greece and Portugal, it is the radical left that has surged there.

Membership in mainstream political parties is slumping across Europe. A study led by a researcher at the University of Leiden in the Netherlands found that mainstream parties in France, Italy and Britain had lost about two-thirds of their members since the 1990s.

Mr. Lafond, the Paris research group head, said this disenchantment with traditional parties reflected a mood of angry impotence as the real power to shape events largely shifted from national political leaders to the market, the institutions of the European Union and corporations.

"The world is getting more and more complicated, but political leaders have less and less impact on reality," he said, adding that this left voters open to populists' promises to beat back what they present as anti-democratic forces of Brussels technocrats and global financiers.

Outside Greece, where Syriza, a coalition of radical leftists, swept to power in January, Europe's political insurgents are not strong enough to win elections outright. But, as may happen in Spain, they can paralyze the formation of stable governments.

Similarly, local politics has repeatedly swamped the dry minutiae of Brussels technocrats, most notably in Greece, where the Syriza government threatened to tear up fiscal targets agreed to by its predecessor. After months of acrimonious confrontation, Greece [agreed in July](#) to even harsher terms for a new bailout.

Guntram B. Wolff, director of Bruegel, a research group, and a former official in the European Commission, cautioned that austerity, though an easy target for political insurgents, had been overblown as a reason for Europe's political disarray when there is also intense alarm over migration and economic globalization.

"I don't think you can blame austerity for this. If you look at the facts, austerity is basically over," Mr. Wolff said, noting that the European Commission, the union's executive arm in Brussels, had steadily let up the pressure for spending cuts.

All the same, he added, Spain's political muddle sends "a clear signal that we have huge economic problems along the periphery" and that "Germany is not the growth locomotive for Europe that it should be."

Producing strong growth and dealing with the refugee crisis are only Europe's most visible challenges for 2016. Leaders in Brussels and in Berlin face a yet more daunting task if they want to save what has been built, Ms. Tempel said.

"We didn't manage very well to give the E.U. a positive narrative as something that we want and not something that we need," she said. "We need it, and we should want it as well." Speed, but also patience, is of the essence, she added. "The time of fooling ourselves is over."

INTERNATIONAL BUSINESS

In E.U. Crises, a Decentralized Alternative

Political Economy

By HUGO DIXON | REUTERS BREAKINGVIEWS DEC. 20, 2015

Brussels' knee-jerk reaction to crises is to ask for more power. Its latest series of problems has fueled right-wing populism, which feeds off the idea that the [European Union](#) already has too much influence. **Unless the bloc adopts more decentralized solutions, it could unravel.**

As the European Union grapples with an influx of refugees, terrorism and the lingering euro crisis, some prominent people are outlining apocalyptic visions. Niall Ferguson, a history professor at Harvard University, has compared the European Union's current position to the decline of the Roman Empire, arguing that it has let its defenses crumble. Brendan Simms, a history professor at Cambridge University, has drawn parallels with the Austro-Hungarian Empire, the Soviet Union and Yugoslavia, saying these were all unsuccessful attempts to create supranational entities.

Meanwhile, Marine Le Pen, leader of France's far-right Front National, speaks gleefully about the possibility that Britain could leave the European Union, saying this would be like the fall of the [Berlin Wall](#). One senior European Union official agreed, though he was morose rather than gleeful about the prospect. If Britain leaves after its referendum on the topic, he said, voters in other countries might ask for plebiscites of their own.

The European Union is doing a poor job of managing its multiple crises. One million refugees and economic migrants have entered the bloc illegally this year, most taking advantage of Greece's lack of effective border controls. A few of the jihadists responsible for the [Paris attacks](#) last month have exploited the weakness. As if this was not bad enough, the eurozone economy is growing only slowly and flirting with deflation.

All these topics, as well as the threat of a British exit from the European Union, were on the agenda when leaders met on Dec. 17 and 18. They reached few firm conclusions.

The two big crises — over the euro and migration — have common features. The European Union was overly ambitious in creating both the single currency and the border-free Schengen Area. It didn't have the tools to manage either effectively. Nor was the [European Commission](#) strong enough to police the rules that had been agreed on.

The commission's response has been to push for more centralization. Part of its answer to the euro crisis is to establish the post of eurozone finance minister. Its solution to the migration problem includes creating a coast and border guard that could, in extremis, intervene in a Schengen country against its own government's wishes.

From a technocratic perspective, these ideas make some sense. But they both would involve significant and symbolically important losses of national sovereignty.

If the European Union were seen as an effective and legitimate institution, it might be able to get away with such a power shift. But, with euro-skepticism rife not just in Britain, these proposals are a godsend for the populist right.

The European Commission is determined to push the ideas because it sees no other way of keeping the show on the road. This betrays a lack of imagination.

With the euro crisis, there is a decentralized alternative based on using the discipline of markets rather than rules. The key is to make investors pay when either governments or banks borrow too much.

To be fair, the eurozone has already made some strides to ensure that bank investors share the financial burden of rescues via “bail-ins.” But it has done little to stop lenders from being infected by overindebted governments.

One solution is to tell banks they must limit their financial exposure to any particular state. Such a change could cause trouble for countries like Italy, pushing up their borrowing costs. But now is the perfect time to start the transition, given that the European Central Bank is buying so many government bonds and keeping a lid on yields.

Similarly, there is an alternative to a border guard that can swoop into a country against its government’s wishes. This is to suspend from Schengen any country that isn’t doing an adequate job of policing its frontiers and doesn’t call on the proposed European border and coast guard for help.

The advantage of such decentralized solutions is that they push back responsibility onto nation-states and don’t require transfers of sovereignty that are politically unfeasible.

Something like this is needed because, otherwise, there is a risk that the European Union could disintegrate. That would not only cause economic damage; it would make Europe weak at a time when its neighborhood has become increasingly dangerous.

Hugo Dixon writes a weekly column for Reuters Breakingviews. For more financial commentary, visit breakingviews.com.

134,54

EUROPE

Hungary's Migrant Stance, Once Denounced, Gains Some Acceptance

By ANDREW HIGGINS DEC. 20, 2015



BUDAPEST — Like most members of [Hungary's](#) liberal intellectual elite, George Konrad, a distinguished novelist, loathes his country's stridently illiberal prime minister, [Viktor Orban](#).

"He is not a good democrat and I don't believe he is a good person," said Mr. Konrad, a veteran of communist-era struggles against dictatorship.

All the same, he thinks Mr. Orban, the self-declared scourge of mainstream elites across Europe, was right and Chancellor Angela Merkel of Germany was wrong about how to respond to the chaotic flood of migrants seeking refuge from war and poverty — perhaps Europe's most serious crisis since [World War II](#).

"It hurts to admit it, but on this point Orban was right," Mr. Konrad, 82, said, lamenting that in the absence of a joint European effort to control the flow, [Hungary](#) was wise to seal its borders and sound the alarm over the perils of allowing hundreds of thousands of migrants, mostly Muslims, to enter Europe willy-nilly.

Quietly, and often with similar misgivings, a growing number of people in Hungary and beyond are wondering whether, despite his shrill and often bigoted message, Mr. Orban had a clearer view of the scale of the migration crisis and its potential hazards than technocrats in Brussels and leaders in Berlin and other European capitals.

In fact, Mr. Orban's prescriptions — notably the need to secure Greece's porous coastline and seal Europe's outer borders — have slowly been embraced by other [European Union](#) leaders, who vowed on Thursday, at their final summit meeting of 2015, to "[regain control](#)" of the Continent's frontiers.

Speaking in Brussels at the end of the summit meeting on Friday, Mr. Orban said that "it has taken us a long time" but that there was now "an absolute consensus among the prime ministers on the issue of protection and control of the external borders." With a big grin, he added, "Actually it was Hungary's point of view since the beginning that we should start here."

While repelled by much of the hate-mongering that has accompanied Mr. Orban's positions, European leaders have nonetheless begun to echo him on many points, albeit without his nasty snarls. The shift reveals just how far the debate around migrants and asylum seekers has turned, particularly since revelations that a few of the terrorists who killed 130 people in Paris on Nov. 13 had entered Europe in the tide of refugees.

In a recent interview with European newspapers, Donald Tusk, president of the European Council, the body that presides over [European Union](#) summit meetings, described Ms. Merkel's welcoming approach to migrants as "[dangerous](#)" and endorsed the view long promoted by Mr. Orban — that most of the asylum seekers entering Europe were not Syrians fleeing war but economic migrants seeking jobs.

Emphasizing the need to secure Europe's external borders, another longstanding Hungarian demand, he suggested that asylum seekers be detained for up to 18 months to give the authorities time to identify and send back economic migrants.

"This shows how far the European mainstream is now moving in another direction," said Peter Kreko, director of the Political Capital Institute in Budapest, an independent research organization. "It is moving closer to what Orban represents."

As proof, he pointed to the [recent election victory in Poland](#) of the ultraconservative and conspiracy-minded Law and Justice Party, the strong showing of France's far-right National Front in the first round of regional elections and the crumbling across Scandinavia of a pro-migrant consensus.

Peter Szijjarto, Hungary's foreign minister, said that in his meetings with fellow European ministers the tone had changed drastically since the summer, when Hungary was repeatedly denounced for building a fence to seal off its southern border to migrants hoping to get to Germany.

Fences and other obstacles have since become the norm across much of Europe, with even Sweden, traditionally Europe's most welcoming country for refugees, announcing tough border controls.

"It is more and more obvious that what we kept on saying for the last six months turned out to be right," Mr. Szijjarto said in an interview. "This is acknowledged more and more: Some say it openly, some say it behind closed doors and some don't say it but act accordingly."

Open support for Mr. Orban and his approach, which has mixed effective practical measures to slow the flow of migrants with bizarre conspiracy theories tinged with racism and anti-Semitism, remains mostly limited to Europe's political fringe.

On a visit this month to Estonia, for example, Mr. Szijjarto heard lavish praise for his boss, Mr. Orban, from the Conservative People's Party, a nationalist opposition outfit with a simple message for nonwhite migrants: "If you are black, go back."

The most that mainstream politicians will say is that "Orban wasn't completely wrong," as Reinhold Mitterlehner, Austria's Conservative vice chancellor, remarked recently.

Officials in Brussels, the headquarters of the European Union, acknowledge in private that Mr. Orban got many things right, but they say that he and his supporters undermined their case with belligerent tirades that variously cast the influx of asylum seekers as a Muslim invasion, a conspiracy by European socialists to import future left-leaning voters and a plot by the Hungarian-born Jewish philanthropist George Soros to undermine European nation states.

At a congress over the weekend of the governing Fidesz party, Laszlo Kover, an Orban loyalist and the speaker of the Hungarian Parliament, thundered against multiculturalism as "some kind of experiment" to turn Europe into a "territory for rootless barbarian hordes."

Tamas Lanczi, the director of the Center for Political Analysis at Szazadveg, a Budapest research group tied to Hungary's governing party, said: "The European elite is very angry with Orban because he spoiled their game. He called out the name of the emperor who is naked."

Mr. Orban, he added, has been demonized "as the Devil himself," but his views are "now becoming the mainstream" because he "refuses to walk down the one-way street of political correctness."

Istvan Gyarmati, a retired Hungarian ambassador who dislikes his country's illiberal direction under Mr. Orban, said the shift in mood stemmed in large part from the manifest failures of the European Union to get a grip on the migrant crisis and its tendency to put wishful thinking ahead of realistic policy.

"There is a shift to the extreme right because the left, or what is left of the left, and the moderate center right were offering answers that were wrong," said Mr. Gyarmati, who heads the International Center for Democratic Transition, a group that promotes democracy. "Now we are in a situation where the answers are unpleasant to say the least."

The centerpiece of Europe's common response to the migrant crisis has been a well-intentioned but so far utterly unworkable plan to spread 160,000 migrants who land in front-line states like Greece around the Continent under a quota system.

Introduced seven months ago with strong backing from Berlin by the European Commission, the union's executive arm in Brussels, the plan has relocated only 208 people, stirred months of divisive recrimination and left the 28-nation union in disarray.

Even as it has moved closer toward his policies, the European Commission, fed up with Mr. Orban's mocking of its impotence, announced in early December that it would take Hungary to court over legislation it adopted in September that made it difficult for asylum seekers to appeal speedy rejections of their applications and other alleged violations of European rules.

Mr. Szijarto, the Hungarian foreign minister, dismissed the move as "revenge" for Hungary's own decision to challenge the quota-based relocation plan at the European Court of Justice.

The recent disclosure by the Belgian authorities that Salah Abdeslam, a suspected participant in the Nov. 13 Paris [attacks](#), traveled to Hungary to collect two accomplices who entered Europe on the migrant trail has unleashed another burst of "told-you-so" comments in Budapest.

The Hungarian government distorted what happened, claiming against all evidence that the accomplices picked up by Mr. Abdeslam were themselves refugees. But the fact that terrorists appear to have entered Europe concealed among asylum seekers still vindicated repeated warnings by Mr. Orban that the uncontrolled flow of so many people posed serious security risks.

"Whenever Hungary made an argument the response was always: 'They are stupid Hungarians. They are xenophobes and Nazis,' " Zoltan Kovacs, a government spokesman, said. "Suddenly, it turns out that what we said was true. The naïveté of Europe is really quite stunning."

European Politics With an Islamic Face?

By Robert Skidelsky

Donald Trump's call to bar Muslims from the United States provoked the following exchange with two young friends of mine: "If the choice was between Muslim immigration and preserving liberal moral values," I asked, "which would you choose?" They both denied the question's premise. The immigrants themselves, they suggested, might have reactionary moral codes, but their children, growing up in today's Britain, America, or Continental Europe, would be quite different. But is that true?

My question focused not on Islamist terrorism – the ostensible ground of Trump's outburst – but on the threat posed by large-scale Muslim immigration to the code of morals that my young friends, like most educated Europeans, now accept without question. Terrorism aside, wouldn't they worry if Islam came to have a growing influence on British law and politics?

This is not just a hypothetical possibility. The [Muslim population in Europe](#) was 44.1 million in 2010, or 6% of the total. There were [2.7 million](#) Muslims in the United Kingdom in 2011 (4.8% of the population), up from 1.6 million in 2001. **Given recent immigration trends and, more important, Muslims' above-average fertility rate (three children per family versus the British average of 1.8), the Muslim share of the UK population is bound to grow for decades to come.**

Much of Europe is on the same demographic trajectory. Of course, demographics is not an exact science: Much depends on assumptions about age profiles, standards of living, inequality, and so on, **and sooner or later the Muslim fertility rate will converge with the national average. But by then the Muslim population will have expanded rapidly – to 10-20% of the total in the UK. The interesting question concerns the consequences of this.**

Liberals have not worried about ethnic demographics, because they assume that individuals eventually identify with the host society's norms. The standard argument is that immigrants enrich the host, while leaving any incompatible characteristics at home. In particular, their political behavior will fall into line with that of the general population.

If this is right, the sociopolitical impact of a change in the ethnic composition of a population is neutral, or even beneficial. Immigrants from Algeria, Bangladesh, Pakistan, or Turkey will, in the course of a generation or two, become European in outlook and politics. Their religion will become for them a private matter, as it now is for most Europeans, and they will become integrated in all important respects.

But that historical pattern, in my view, depended crucially on the small size of the immigrant population and its cultural closeness to the home population. (Even so, the process of assimilation was far from frictionless.) Historical experience offers little guide to the social and political consequences of the much greater numbers and more pronounced cultural differences at stake in the postwar migrations to Europe, especially from the Muslim world. The incompatibilities are much greater.

The nub of the problem is that contemporary European civilization is secular, whereas Muslim civilization is religious. In Europe, religion has lost its authority over law, legislation, education, morals, and business life. The Islamic world has undergone no comparable process. There is no systematic separation of faith and state; the family, not the individual, remains the basic social unit. The essential elements of modern

European political life – individual rights and duties, and the accountability of government to the governed – are lacking, particularly in the Arab Middle East.

Despite efforts at secularization, the gap between Muslim and Western outlooks has, if anything, grown in recent years, as religion has regained ascendancy in most Muslim countries. Sharia religious law – extreme versions of which hold that conduct decriminalized in the West, such as adultery and homosexuality, is punishable by death – influences their legal codes. Moreover, in many countries, [large majorities](#) of Muslims say Sharia should be the official law.

In Europe, Islam is the fastest-growing religion, and Sharia has penetrated European legal systems. In the UK, a hundred Sharia courts adjudicate on divorce and other family cases, prompting Home Secretary Theresa May to promise a review of Sharia courts “to determine whether they are consistent with British values.”

Secularization is not inevitable. As the political philosopher Larry Siedentop [has argued](#), **“secularization is Christianity’s gift to the world.”** According to Siedentop, features specific to Christianity led to liberal individualism, and they are absent from the other great world religions.

The great gift of secularism, in turn, has been tolerance. Despite horrific twentieth-century backsliding in Europe, secularism has served to blunt the edge of bigotry, because secular reasoning, unlike divine revelation, is never conclusive.

Economists regard migration as a movement of individuals in search of a better life and call for more immigration to offset population aging, or to provide workers to do the “dirty jobs.” **But such evocations of “economic man” miss a key dimension of migration: People carry their culture with them across political frontiers.** We should not assume that economic success automatically leads to cultural convergence.

This brings us back to Trump. Whatever happens in the US, **Muslim immigration into Europe will continue and even expand in the next few years.** The Syrian catastrophe alone ensures this. Everything that dialogue and education can do to close the gap between immigrant and host communities should be done. **But it may not be possible to prevent a return to religious politics – and the conflict which religious bigotry brings. If we are to avoid sleepwalking into a highly troublesome future, we must recognize that failed integration, not terrorism, is the main danger we face.**

Robert Skidelsky

Robert Skidelsky, Professor Emeritus of Political Economy at Warwick University and a fellow of the British Academy in history and economics, is a member of the British House of Lords. The author of a three-volume biography of John Maynard Keynes, he began his political career in the Labour party, became the Conservative Party’s spokesman for Treasury affairs in the House of Lords, and was eventually forced out of the Conservative Party for his opposition to NATO’s intervention in Kosovo in 1999.

Robert Skidelsky

Robert Skidelsky, Professor Emeritus of Political Economy at Warwick University and a fellow of the British Academy in history and economics, is a member of the British House of Lords. The author of a three-volume biography of John Maynard Keynes, he began his political career in the Labour party, became the Conservative Party's spokesman for Treasury affairs in the House of Lords, and was eventually forced out of the Conservative Party for his opposition to NATO's intervention in Kosovo in 1999.

The Decline of the West Revisited

LONDON – The terrorist slaughter in Paris has once again brought into sharp relief the storm clouds gathering over the twenty-first century, dimming the bright promise for Europe and the West that the fall of communism opened up. Given dangers that seemingly grow by the day, it is worth pondering what we may be in for.

Though prophecy is delusive, an agreed point of departure should be falling expectations. As Ipsos MORI's Social Research Institute [reports](#): “The assumption of an automatically better future for the next generation is gone in much of the West.”

In 1918, Oswald Spengler published *The Decline of the West*. Today the word “decline” is taboo. Our politicians shun it in favor of “challenges,” while our economists talk of “secular stagnation.” **The language changes, but the belief that Western civilization is living on borrowed time (and money) is the same.**

Why should this be? Conventional wisdom regards it simply as a reaction to stagnant living standards. **But a more compelling reason, which has seeped into the public's understanding, is the West's failure, following the fall of the Soviet Union, to establish a secure international environment for the perpetuation of its values and way of life.**

The most urgent example of this failure is the eruption of Islamist terrorism. On its own, terrorism is hardly an existential threat. **What is catastrophic is the collapse of state structures in many of the countries from which the terrorists come.**

The Islamic world contains 1.6 billion people, or 23% of the world's population. A hundred years ago it was one of the world's most peaceful regions; today it is the most violent. This is not the “peripheral” trouble that [Francis Fukuyama](#) envisioned in his 1989 manifesto “The End of History.” **Through the massive influx of refugees, the disorder in the Middle East strikes at the heart of Europe.**

This movement of peoples has little to do with the “clash of civilizations” foreseen by Samuel Huntington. The more mundane truth is that there have never been any stable successors to the defunct Ottoman, British, and French empires that used to keep the peace in the Islamic world. This is largely, though not entirely, **the fault of the European colonialists who, in the death throes of their own empires, created artificial states ripening for dissolution.**

Their American successors have hardly done better. I recently watched **the film “Charlie Wilson's War,”** which relates how the United States came to arm the Mujahideen fighting the Soviets in Afghanistan. At the end of the film, as America's erstwhile clients turn into the Taliban, Wilson, the American politician who got them the money, is quoted as saying **“We won a great victory, but fouled up the end game.”**

This “fouling up” is a continuous thread running through American military interventions since the Vietnam War. **The US deploys overwhelming firepower, either directly or by arming opposition groups, shatters local governmental structures, and then pulls out, leaving the country in shambles.**

It is unlikely that US policymaking reflects the grip of some ideal view of the world, in which getting rid of dictators is the same thing as creating democracies. Rather, the belief in ideal outcomes is a necessary myth to cover an unwillingness to use force persistently and intelligently enough to achieve a desired result.

However much military hardware a superpower owns, decay of the will to use it is the same thing as a decay of effective power. After a time, it ceases to overawe.

That's why Robert Kagan's 2003 neo-conservative proposition, "Americans are from Mars, Europeans from Venus," offered such a misleading guide. **True enough, the European Union has gone farther down the pacifist road than the US. It is the weak nerve center of a flabby semi-state, with almost defenseless frontiers, where humanitarian rhetoric masks spinelessness.** But America's sporadic, erratic, and largely ineffective deployment of power is hardly of Martian quality.

The decline of the West is juxtaposed with the rise of the East, notably China. (It is hard to tell whether Russia is rising or falling; either way, it is disturbing.) Fitting a rising power into a decaying international system has rarely occurred peacefully. Perhaps superior Western and Chinese statesmanship will avert a major war; but this, in historical terms, would be a bonus.

The increasing fragility of the international political order is diminishing the global economy's prospects. This is the slowest recovery from a major slump on record. **The reasons for this are complex, but part of the explanation must be the weakness of the rebound in international trade.** In the past, trade expansion has been the world's main growth engine. But it now lags behind the recovery of output (which is itself modest), because **the kind of global political order hospitable to globalization is disappearing.**

One symptom of this has been **the failure after 14 years to conclude the Doha Round of trade negotiations.** Trade and monetary agreements are still reached, but they increasingly take the form of regional and bilateral deals, rather than multilateral arrangements, thereby serving broader geopolitical goals. The US-led [Trans-Pacific Partnership](#), for example, is directed against China; and China's New Silk Road initiative is a reaction to its exclusion from the 12-country TPP.

Perhaps these regional bargains will prove to be a step toward wider free trade. But I doubt it. **A world divided into political blocs will become a world of trade blocs, sustained by protectionism and currency manipulation.**

And yet, even as trade relations become increasingly politicized, our leaders continue to urge us to gear up to meet the "challenges of globalization," and few question the benefits of cost-cutting through automation. **In both cases, politicians are trying to force adaptation on reluctant populations who crave security. This strategy is not only desperate; it is also delusive, for it seems obvious that, if the planet is to remain habitable, competition in economic growth must give way to competition in quality of life.**

In short, we are far from having developed a reliable set of precepts and policies to guide us toward a safer future. Small wonder, then, that Western populations look ahead with foreboding.

Widerstand gegen Sozialhilfe für EU-Ausländer wächst

EU-Bürger, die lange genug in Deutschland leben, haben Anspruch auf Sozialhilfe. Die Kommunen fürchten eine finanzielle Überlastung. Auch aus der Politik kommen erste kritische Stimmen.

23.12.2015

EU-Ausländer, die sich länger als sechs Monate in Deutschland aufhalten, ohne einer Arbeit nachzugehen, haben in Deutschland Anspruch auf Hilfen zum Lebensunterhalt in gesetzlicher Höhe. Das entschied das Bundessozialgericht Anfang Dezember. Von Hartz-IV-Leistungen hingegen können sie ausgeschlossen werden. Gegen diese Entscheidung regt sich nun vermehrt Widerstand.

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt will verhindern, dass EU-Bürger in Deutschland Sozialhilfe bekommen. **„Das kann es nicht sein, das ist ein neues großes Einfallstor für Armutsmigration aus osteuropäischen Ländern“**, sagte Hasselfeldt. **Wenn die Einkommen im Heimatland niedriger seien als die Sozialleistungen in Deutschland, sei das ein großer Anreiz, in die Bundesrepublik zu kommen**.

„Das wäre nicht nur eine weitere große Belastung für unser Sozialsystem, sondern schadet auch den Herkunftsländern, weil es die Abwanderung weiter verstärkt“, sagte die stellvertretende Chefin der Unionsfraktion im Bundestag.

Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) müsse dringend Gesetzesverschärfungen anschieben, forderte die CSU-Politikerin. „Die Bundessozialministerin muss hier schnell aktiv werden, um eine neue Welle zu verhindern. Wir müssen gesetzlich wasserdicht sicherstellen, dass derartige Ansprüche nicht bestehen.“

Kommunen protestieren

Anfang der Woche hatten auch die Kommunen die Bundesregierung aufgefordert, den Sozialhilfe-Anspruch von EU-Ausländern zu beschränken. **Das jüngste Urteil des Bundessozialgerichts zum Sozialhilfe-Anspruch von EU-Ausländern sorge dafür, „dass über 130.000 Personen bei uns auf einmal Anspruch auf Sozialhilfe bekommen“**, sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg der „Rheinischen Post“. „Das würde die Kommunen finanziell zu sehr belasten“, warnte Landsberg. Auch Landsberg befürchtet, dass Deutschland sich damit attraktiver mache. „Hier muss der Gesetzgeber ran und die verstärkte Einwanderung in unser Sozialsystem verhindern“, forderte Landsberg.

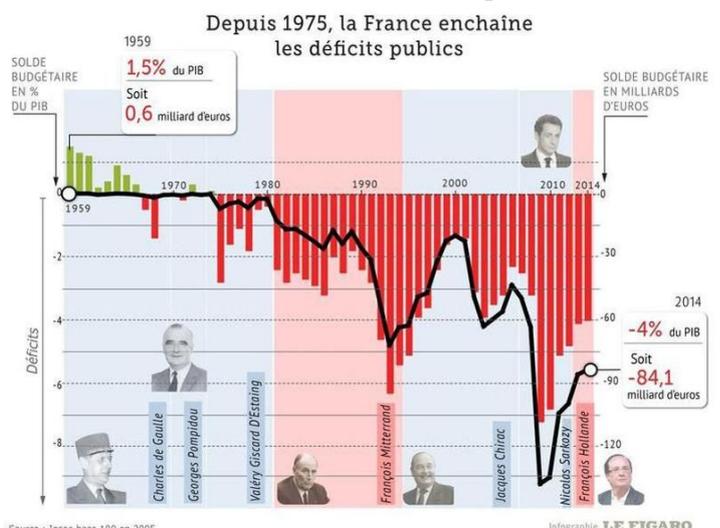
Auslöser für das EuGH-Urteil von Anfang Dezember war der Fall einer Frau, die in Bosnien geboren wurde, inzwischen Schwedin ist und mit ihren drei Kindern in Deutschland lebt. Ein Jobcenter in Berlin hatte die Zahlung von Arbeitslosengeld eingestellt, da die Frau und ihre Tochter als ausländische Arbeitssuchende keinen Anspruch darauf hätten. Auch Sozialgeld für die anderen Kinder wurde nicht mehr gezahlt. Der Fall war bis vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg gegangen. Dieser hatte Mitte September die deutsche Praxis bestätigt. Nach den Urteilen des Bundessozialgerichts muss das Berliner Landessozialgericht den Fall abermals prüfen.

Dettes française : quarante ans de laisser-aller

• LE SCAN ECO ECO-GRAPHIE

Publié le 23/12/2015 à 13:25

- **LE SCAN ÉCO/INFOGRAPHIES - La dette de la France n'a pas arrêté de se dégrader depuis les années 1970 et s'est fortement aggravée depuis la crise de 2008. 2015 signera encore une année de records. La preuve en graphiques.**
- Fin septembre 2015, [la dette publique de la France atteint 2103,2 milliards d'euros](#). Rapportée à la richesse créée dans l'Hexagone, elle atteint donc 96,9% du PIB. Et rapportée au nombre d'habitants en France, elle dépasse encore les 30.000 euros.
- La dette publique française a dépassé les 100 milliards d'euros en 1981, les 500 milliards en 1993, les 1000 milliards d'euros en 2003 puis les 2000 milliards en 2014.
- Rapportée au PIB, c'est-à-dire à la richesse créée dans le pays durant une année, la dette publique est sur le point d'afficher un nouveau record en 2015.
- Rapportée au nombre d'habitants en France, la dette publique est également sur des plus hauts historiques.
- La dette publique est le résultat d'une accumulation de déficits publics. Or en France, depuis 1975, pas une seule année ne s'est soldée par un budget positif (ni en équilibre). Ainsi la dette publique actuelle est-elle la somme de tous ces déficits publics successifs.



- Si la situation présente est préoccupante, elle est en réalité inquiétante depuis de nombreuses années, bien avant la crise de 2008, qui a révélé et amplifié une situation préalable structurellement déséquilibrée.
- Prendre en compte les cycles économiques
- La situation des finances publiques n'a cessé de se dégrader au cours des 40 dernières années. Bien sûr, parfois, la conjoncture économique difficile justifie des périodes de déficits publics, pour compenser les effets d'une crise. Mais la conjoncture économique n'a pas toujours été difficile: l'économie est une affaire de cycle. «Si le déficit conjoncturel est acceptable, voire inévitable, la composante structurelle (celle qui est déconnectée de la conjoncture, NDLR) est beaucoup plus préoccupante, dans la mesure où il s'agit d'un déséquilibre indépendant des phases d'expansion ou de contraction de l'économie», [explique Jean-Marc Daniel, économiste et professeur à l'ESCP Europe](#).
- Depuis les années 1970 et les chocs pétroliers qui ont profondément affecté les économies développées, il y a eu plusieurs années difficiles: 1975, 1983, 1993, 2003 et 2009. Mais il y a aussi eu des années fastes, à la fin des années 1980 et à la fin des années 1990, qui auraient dû connaître un excédent budgétaire. Ainsi les années les plus inquiétantes ne sont-elles pas celles de fort déficit comme 1975, 1983, 1993 ou 2009, car

elles correspondent à la période de récession du cycle. À l'inverse, les années qui posent problème sont les années où la croissance n'a pas été mise à profit pour reconstituer les marges de manœuvre de la politique budgétaire: il s'agit des années de 1988 à 1990, ou encore des années de 1998 à 2002.

- Pourquoi la dette a-t-elle augmenté?
- Il existe deux grandes familles d'explications du niveau des dettes publiques en France. Selon la première, dans laquelle s'inscrit le rapport Pébereau -il s'intitule «[Rompre avec la facilité de la dette publique](#)» et a été remis par [Michel Pébereau](#) à [Thierry Bretron](#), alors ministre des Finances, en 2005 -, la croissance de la dette publique serait la conséquence d'un biais dépensier et démagogique des gouvernements. Ceux-ci auraient tendance à faire trop de dépenses pour satisfaire certaines fractions de leur électorat, sans augmenter les impôts en contrepartie. Ils utiliseraient la politique budgétaire à mauvais escient, à des fins électoralistes et non à des fins de régulation.
- Selon la seconde, les déficits et les dettes publics sont en fait des conséquences de la situation économique, et non plus des causes. Les déficits résultent en fait de la faiblesse de la croissance économique en France depuis la fin des Trente Glorieuses.

„Im Silicon Valley ist niemand ausgeschlafen“

Im Silicon Valley sind Innovation, Intelligenz und Kreativität zu Hause: Aber wie lange kann man eigentlich die Arbeitsbedingungen dort durchhalten? Der Soziologe Andreas Boes verrät im Gespräch, wie das Valley tickt.

22.12.2015, von **SVEN ASTHEIMER**



© (C) CHARLES O'REAR/CORBIS/Stehe Google, Airbnb und Co. für die Arbeitswelt der Zukunft, oder funktioniert diese Digitalwirtschaft

nur in Kalifornien?

Soziologe Andreas Boes im Gespräch darüber, was die Old Economy vom Silicon Valley lernen kann

Herr Boes, wie würden Sie Ihre Tour durch das Silicon Valley in einem Satz zusammenfassen?



Autor: Sven Astheimer, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Beruf und Chance“. Folgen:

Wir waren in einem Biotop, das einen Katapultstart in die digitale Welt erlebt.

Was meinen Sie mit Biotop?

In einer vergleichsweise kleinen Region leben eineinhalb Millionen Menschen, die nur damit beschäftigt sind, wie dieser Katapultstart gelingt. Diese Leute machen nichts anderes, so als lebten sie auf einem eigenen Planeten.

Was sind dessen Kernelemente?



© INGO CORDES  Andreas Boes

Das sind erstens die Universitäten [Stanford](#) und Berkeley, die - viel stärker als deutsche Universitäten das tun - einen hohen Beitrag für die Innovationskraft der Region leisten. Zweitens kommt eine gigantische Masse an Risikokapital hinzu, das gibt es derzeit nirgendwo sonst auf der Welt. Dadurch wird eine Gründerszene als Plankton für die Digitalwirtschaft genährt. Und drittens sitzen dort eben die großen Player in mehreren Generationen. Von HP über Google bis zu Uber oder Airbnb. Wenn Sie abends durch Palo Alto spazieren, sehen Sie eine Unmenge hochinnovativer Unternehmen.

Was hat Sie am meisten beeindruckt?

Dass sich alle hinter dem Projekt „digitale Gesellschaft“ so motiviert versammeln. Das ist eine Art digitale Mitmachgesellschaft. Jeder will teilhaben, jeder macht sich Gedanken darüber, was neue Geschäftsmodelle sein könnten und wie sich die traditionelle Wirtschaft aus den Angeln heben lässt. Auf jeder Party und jedem Geburtstag bilden sich neue Netzwerke. Selbst die großen Unternehmen sind in solche Netzwerke eingebunden und gehen mit Geschäftsgeheimnissen so offen um, wie wir es nie tun würden.

Zieht das Valley die digitale Elite aus aller Welt an, oder formt es die Menschen in diese Richtung?

Schwierig zu sagen, wahrscheinlich ist beides der Fall. Schon bei meinem Besuch 2008 war das Valley das digitale Innovationszentrum der Welt. Aber die Menschen waren damals ganz anders. Wer als Kreativer gelten wollte, fragte sich morgens erst einmal: „Gehe ich surfen oder ins Büro?“ Ein Deutscher sagte mir damals, er sei doch nicht nach Kalifornien ausgewandert, um noch mehr zu arbeiten als zu Hause. Von dieser Lässigkeit ist heute nichts mehr übrig. Die Geschwindigkeit hat extrem zugenommen, die Entwicklung hat aggressive Züge bekommen. In der Startup-Szene finden sie morgens keine ausgeschlafenen Gesprächspartner mehr. Die haben meistens nur drei, vier Stunden geschlafen und schon viel Kaffee getrunken. Trotzdem sind sie sehr freundlich und offen. Aber Sie spüren, dass da richtig viel Druck dahinter ist.

Wie alt sind die Beschäftigten?

Auf dem Google-Campus würde ich den Altersdurchschnitt auf 28, 29 Jahre schätzen. Es gibt auch mal jemanden, der älter als 35 Jahre ist, aber die meisten kommen von der Uni und sind dann zwei, drei Jahre im Unternehmen. Viele sind auch innerhalb des ersten Jahres wieder weg.

Wie lange hält man mit so wenig Schlaf durch?

Das geht schon eine Zeitlang. Man hat dort einen Modus gefunden, extrem schnell und viel zu arbeiten und gleichzeitig extrem motiviert zu sein. Diese Arbeit hat nämlich auch gesundheitsförderliche Potentiale. Die Menschen erkennen einen Sinn in ihrer Aufgabe, sie können etwas gestalten und bewirken. Die Absolventen kommen schon von der Uni mit dem Gefühl, dass ihnen die Welt offen steht. Die wollen etwas erreichen.

Die amerikanische Mentalität des „Think bigger“?

Ja, das wird dort gelebt. Wenn Sie im Valley mit einer Geschäftsidee um eine halbe Million Dollar Startkapital werben, bekommen sie als Antwort, dass Sie Ihre Pläne noch mal überdenken und beim nächsten Mal 2 Millionen fordern sollen. Dafür muss die Idee aber zehnmal größer sein. Dieses Sich-größer-Denken prägt das Selbstbewusstsein und lässt die Menschen mit dem Stress besser umgehen.

Dennoch die typisch deutsche Frage: Kann man in solch einer Verschleiß-Ökonomie bis zur Rente arbeiten?

Das ist die spannende Frage. Meiner Meinung nach können wir das nicht. Das ganze System muss sich immer schneller erneuern. Aus Risikokapital werden Start-ups, die wiederum der Treibstoff für das System sind. Für den Einzelnen heißt das, dass er nach ein paar Jahren Festanstellung versucht, seine eigene Geschäftsidee umzusetzen. Dann arbeitet er zwei Jahre lang wie ein Besessener, um das Ding zum Fliegen zu bringen. Weil es aber seine eigene Vision ist und er viele positive Vorbilder hat, brennt er für die Aufgabe. Das Problem ist nur, dass dieses System für Menschen eigentlich nicht geeignet ist.

Warum das?

Weil Menschen irgendwann mal Kinder kriegen und älter als 35 Jahre werden - dann wird das System problematisch. Ein Beispiel: Informatiker können dort Einstiegsgehälter von 85.000 Dollar erzielen, das klingt erst mal gut und ist mehr als in Deutschland. Aber rechnen Sie mal die Kosten dagegen. Wenn Sie eine Familie gründen wollen, brauchen Sie ein Haus. Aber die Immobilienpreise sind extrem, deutlich höher als etwa in München. Dazu kommen später Kosten für die Privatschule. Eine Informatikerin erzählte uns von 20.000 Dollar im Jahr je Kind. Um gut über die Runden zu kommen, brauche man ein Familieneinkommen von rund 150.000 Dollar - das ist auch im Valley eine Menge Geld. Kommt in dieser Planung etwas ins Wanken, ist das Risiko für überschuldete Haushalte sehr hoch, wie die Immobilienkrise 2008 gezeigt hat. Und die soziale Sicherung ist schwach.

Welche Wirkung hat die milliardenschwere Digitalwirtschaft im Valley auf die Old Economy? Ist auch dort alles schöner, größer, schneller?

Nein, im Gegenteil. Sobald Sie diesen engen Kern verlassen, befinden Sie sich in einem Land, das nicht den Entwicklungsstandard einer hochindustrialisierten Gesellschaft hat: umständlich, unprofessionell und fehleranfällig. Schauen Sie sich nur mal in den Hotels an, wie die Duschen montiert sind. Das würde Ihnen in Deutschland kein Handwerksmeister durchgehen lassen.

Hilft der Wohlstand den Ärmsten?

Es gibt zwei Gruppen: Die Dienstbotenklasse, die häufig aus „Hispanics“ besteht, bekommt für einfache Arbeit geringe Löhne und lebt häufig vom Trinkgeld. Ich würde das eine Almosen-Ökonomie nennen. Daneben habe ich eine große Zahl von Menschen gesehen, die auf der Straße leben unter aussichtslosen Bedingungen. Mein Eindruck ist, dass die tabuisiert werden. Von Spendengalas oder großzügigen Hilfen habe ich jedenfalls nichts gesehen.

Viele Ihrer Schilderungen hören sich an wie der Albtraum deutscher Gewerkschaften, und auch viele Unternehmer dürften diese Verhältnisse nicht für erstrebenswert halten. Ließe sich das System Silicon Valley überhaupt kopieren?

Ich glaube, dass dieses System nur dort funktioniert. Selbst in Asien, wo ähnliche Entwicklungszentren entstehen, sind die Abläufe andere. Wir müssen in Europa auch aufpassen, dass wir uns mit unserer kulturellen Intelligenz nicht in die altmodische Ecke stellen lassen.

Was meinen Sie damit?

Ich habe mit einer Amerikanerin gesprochen, 35 Jahre, zwei Kinder. Die hat genau überlegt, was sie von einem Arbeitgeber erwartet, und gelandet ist sie im Silicon Valley bei einem deutschen Softwareunternehmen, weil das am familienfreundlichsten und nachhaltigsten war. Eine Gesellschaft muss Sicherheit bieten, damit Menschen ihr Leben planen können. Dieses Wissen haben wir uns in einer langen geistesgeschichtlichen Tradition entwickelt und seit den 1950er Jahren verallgemeinert. Denn eine Ökonomie, die diese Sicherheit untergräbt, ruft irgendwann auch Gegenreaktionen hervor. Denken Sie an die Maschinenstürmer.

Lässt sich von den Erfolgsgeschichten aus dem Valley also nichts lernen?

Doch, eine ganze Menge. Vor allem über eines müssen wir nachdenken: Wie bekommen wir es hin, dass Menschen sich trauen, sich selbst größer zu denken? Dazu brauchen wir eine neue Form von Fehlerkultur und Fremdkapital, damit die Menschen sich nicht bis über beide Ohren verschulden, wenn ihr Projekt floppt. Vor allem brauchen wir aber Menschen, die nicht nur dazu erzogen werden, im Unternehmen zu funktionieren. Dieser Prozess braucht jedoch Zeit. Sie können nicht zu Ihrem Mitarbeiter sagen: „Jetzt sei mal risikofreudig!“, und im Unternehmen alles beim Alten lassen. Da geht es um ehrliche Beteiligung, ja sogar um Demokratie im Unternehmen.

Tour durchs Tal

In diesem Herbst machte sich eine Forschungsgruppe vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung in München unter Leitung von Andreas Boes (Foto) auf den Weg ins Silicon Valley, um in vielen Interviews die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu erforschen. Zwei Wochen lang trafen die Wissenschaftler mit vielen Vorreitern der Digitalisierung zusammen und sammelten zahlreiche Fallstudien über die einzigartige Entwicklung in Kalifornien ein. Unter den vielen Gesprächspartnern waren Vertreter namhafter Konzerne der digitalen Ökonomie ebenso wie von den zahllosen aufstrebenden Start-ups. Dadurch gewannen die Forscher Einblicke zu Themen wie Fehlerkultur, Netzwerken, Work-Life-Balance oder die Entwicklung sozialer Ungleichheiten ANTWORT: im digitalen Umfeld. Wer nicht auf die wissenschaftlichen Publikationen warten will, findet muntere Reiseberichte im Tagebuch-Blog der Gruppe unter www.idguzda.de

Quelle: F.A.Z.

134,67

Qui détient la dette de la France ?

Par [Marine Rabreau](#)

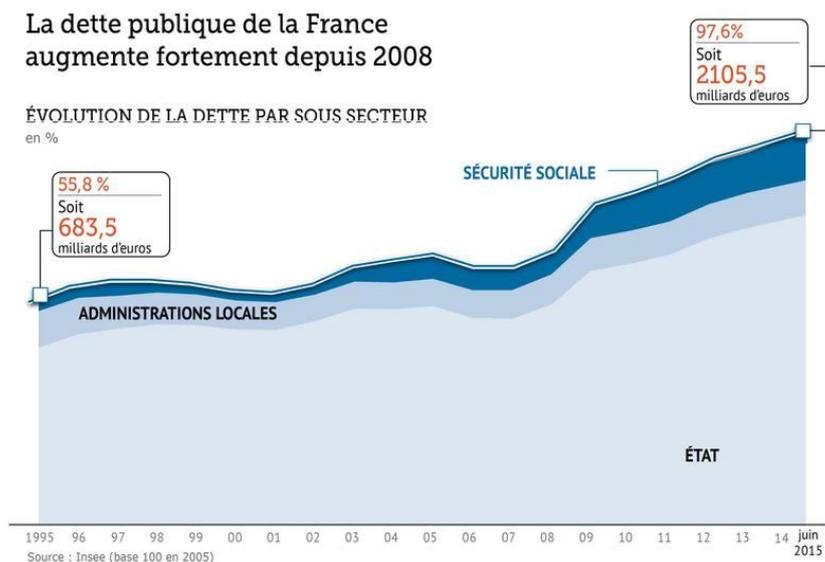
Publié le 30/09/2015 à 15:10

LE SCAN ÉCO/INFOGRAPHIES - Qui émet la dette de l'État français ? Comment ? À quels taux ? Qui sont les détenteurs de la dette de la France ? Toutes les réponses.

La dette publique de la France s'établit à plus de 2100 milliards d'euros en France, soit l'équivalent de 97,6% du produit intérieur brut (PIB).

• C'est quoi la dette?

La **dette publique** représente l'ensemble des emprunts contractés par les administrations publiques. Elle représente donc la dette de l'État, ainsi que celles des **collectivités territoriales** et des organismes de **Sécurité sociale**. C'est l'ensemble des emprunts contractés par ces trois sous-secteurs. La dette de l'État en constitue la plus grosse part (1632,8 milliards d'euros à fin 2014), mais celle de la Sécurité sociale (216,8 milliards) a beaucoup grossi ces 20 dernières années.



• Comment la France emprunte-t-elle?

Pour se financer, contrairement à des entreprises ou des ménages qui s'endettent via le crédit bancaire, les collectivités publiques émettent des titres sur les marchés financiers, que des investisseurs achètent.

• Qui émet la dette de l'État français?

C'est **l'Agence France Trésor** (AFT) qui est chargée de la gestion de la dette et de la trésorerie de l'État. Elle a été créée le 8 février 2001. L'AFT met aux enchères les obligations qu'elle émet: c'est que l'on appelle les adjudications.

• Quels types de produits émet le Trésor?

Il y a trois types de produits émis par l'État, dont deux qui sont des titres de court termes: les bons du Trésor à intérêt annuel (BTAN), d'une durée de deux ou cinq ans et les bons du Trésor à taux fixe et à intérêts précomptés (BTF), émis pour des périodes allant de quatre à sept semaines. Les titres de moyen et long terme sont les fameuses obligations assimilables au trésor (OAT). Ce sont les titres les plus échangés. Les échéances vont de sept à cinquante ans. En moyenne, la durée de vie des encours est actuellement de 7 ans et 38 jours, selon les données de l'AFT de juillet 2015.

	Fin 2012	Fin 2013	Fin 2014	Fin juin 2015	Fin juillet 2015
Encours de la dette négociable	1 386	1 457	1 528	1 585	1 571
<i>dont titres indexés</i>	<i>173</i>	<i>174</i>	<i>189</i>	<i>198</i>	<i>186</i>
Moyen et Long Terme	1 220	1 283	1 352	1 429	1 412
Court Terme	167	174	175	156	158

• Comment se réalise une adjudication?

Tous les premiers jeudis de chaque mois, l'AFT réalise une adjudication d'OAT. Une adjudication de dette se fait sous le principe de «l'enchère hollandaise», aussi appelée «enchère à prix multiples et à prix scellés»: avant l'adjudication, l'AFT annonce le montant qu'elle veut emprunter. En face, il y a des «Spécialistes en valeur du Trésor (SVT)». Ils sont exactement 20, parmi lesquels quatre banques françaises: BNP Paribas, Crédit agricole, Natixis et Société générale. Parmi les étrangers: Goldman Sachs, Citigroup, JP Morgan, UBS, etc. Pour voir la liste: [c'est ici](#). Ces SVT montent les enchères en disant quel montant de dette ils souhaitent et à quel prix. Des propositions qui sont ensuite classées par prix. Plus il est élevé (et donc le taux faible), plus l'AFT sera satisfaite et fera «affaires». Une fois que ces SVT ont acheté des obligations, ils vont en revendre à leurs clients, qui vont à leur tour émettre et acheter des obligations auprès de leurs propres clients, etc. Cela se passe sur les marchés financiers, plus précisément sur le «marché secondaire».

• Qui détient de la dette française?

Il n'existe pas d'information publique détaillée sur la décomposition des détenteurs de la dette de la France.

Selon les chiffres de l'AFT, fin mars 2015, 64,4% des détenteurs de la dette publique française sont des «non-résidents». La définition de «non-résident» est floue: un investisseur français qui a investi dans un fonds britannique par exemple sera comptabilisé comme un investisseur britannique...

La proportion d'investisseurs étrangers dans la dette de l'État français s'est stabilisée depuis la deuxième moitié de l'année 2013, mais reste bien plus élevée qu'avant la crise de 2008. Il s'agit d'investisseurs institutionnels, comme des **fonds de pensions** et des **fonds d'assurance** notamment, mais ce sont aussi des **fonds d'investissement souverains**, des **banques**, ou des **fonds spéculatifs**.

La dette publique française est donc essentiellement placée sur les marchés financiers internationaux, ce qui est une caractéristique particulière de la France et de la zone euro dans son ensemble.

L'autre tiers de la dette française est détenue par des sociétés financières françaises: beaucoup plus par des **assurances** que par des **banques**. Presque 20% de la dette de la France est ainsi détenue par des compagnies d'assurance, qui achètent des titres de dette française pour leurs placements d'assurance-vie. Autrement dit, les Français détiennent indirectement une part de la dette française. Les banques françaises, elles, détiennent un peu moins de 10% de la dette nationale, un taux plus faible que dans les autres pays européens.

L'agence Reuters a recensé les 50 plus gros détenteurs de la dette de la France. Parmi les plus importants investisseurs français, figurent Axa Investment, Allianz Global Investors, MMA Finance, CM-CIC AM, BNP Paribas AM, CNP Assurances, Amundi France, etc.

• La répartition par pays

Voici les données du FMI, à fin 2014.

• Les notations de la dette de long terme de la France

Les obligations ont pour principal avantage d'être un placement sûr: le rendement est stable et prévisible. Exemple: un créancier achète 1 million d'euros de dette française, à 3% sur 10 ans. Chaque année, pendant 10 ans, il recevra 3% d'intérêt (30.000 euros) et dans dix ans, il récupèrera son million d'euros. Au final, il aura gagné 300.000 euros. Le seul risque que prend le créancier, c'est que l'émetteur fasse défaut. Or un État fait rarement faillite. Et, aux yeux des agences de notation, la France est un pays solide.

• Les taux des obligations émises par l'État

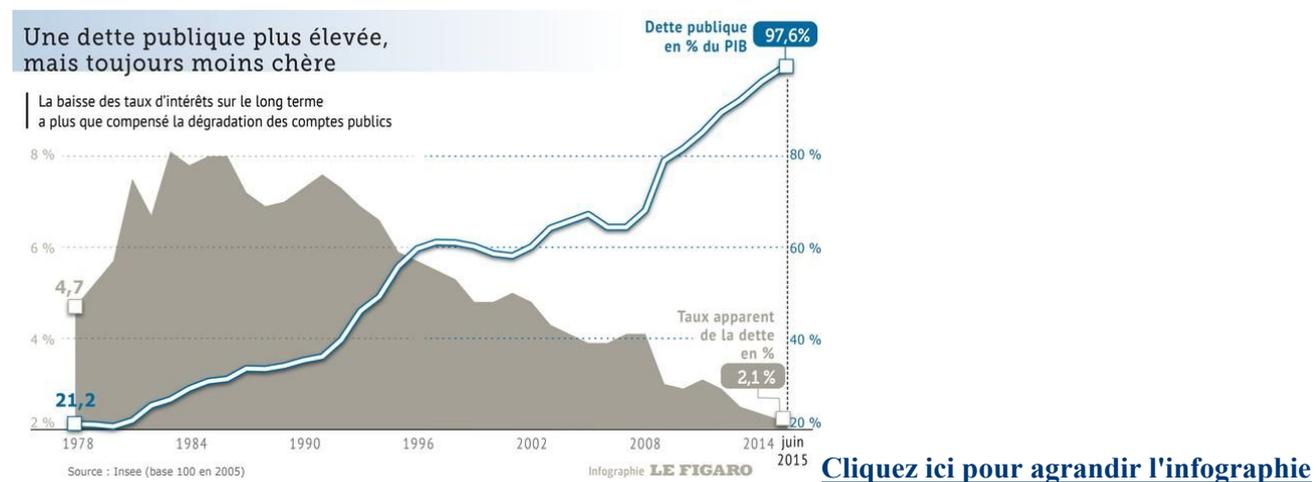
Les taux des obligations françaises sont historiquement bas. Ils sont même négatifs pour certaines échéances! Cela signifie que certains acheteurs de la dette française sont prêts à payer pour détenir de la dette française, pour diversifier et assainir leurs portefeuilles. A priori, il s'agit d'un simple dysfonctionnement du marché, temporaire. Mais l'anomalie s'est installée. Les premiers taux négatifs ont été constatés sur les taux courts (échéances de moins d'un an) dès 2012 en Europe, mais ils se sont dangereusement étendus aux taux longs (jusqu'à 7 ans) aussi au printemps dernier.

• Pourquoi les taux sont si bas?

Pour relancer l'inflation anémique en Europe depuis la crise - et dans le but de doper la croissance - le patron de la Banque centrale européenne, [Mario Draghi](#), a décidé d'arroser l'Europe de liquidités: 1000 milliards d'euros précisément. Soit 60 milliards d'euros par mois pendant un an et demi (depuis mars 2015 et jusqu'à septembre 2016). Pour faire simple, la BCE rachète sur le marché secondaire les dettes d'États européens. Ce qui a encore gonflé la demande (déjà très grande) sur le marché obligataire. Et donc, baissé encore plus les taux. Cet assouplissement monétaire, appelé «quantitative easing» est utilisé massivement aussi par les Américains et les Japonais.

• Le poids de la dette dans le budget français s'allège

Si l'endettement public continue de croître fortement depuis une quarantaine d'années, les taux d'intérêt de la dette publique française ont tellement diminué, surtout depuis 2008, qu'au final, la part de la dette dans le budget de l'État diminue. L'effet prix l'emporte sur l'effet volume.



Vous aimez cet article? Chaque mardi nos experts éclairent l'économie. [Inscrivez-vous à la newsletter hebdomadaire du Scan Éco.](#)

134,70

Frein à l'endettement : la recette miracle de l'Allemagne

Par Manon Malhère

Publié le 23/12/2015 à 19:16

La dette, qui pesait 80 % du PIB en 2010, a atteint 71,5 % pour 2015 et devrait descendre à 65,6 % en 2017.

Difficile de s'imaginer, aujourd'hui, que l'Allemagne était « l'homme malade de l'Europe » au début des années 2000. Enviée ou critiquée par ses voisins, la locomotive économique de l'Europe est **aujourd'hui en excédent budgétaire avec un surplus estimé à 0,9 % du PIB en 2015 et 0,3 % en 2016 selon la Commission européenne.** Quant à la dette, qui pesait **80 % du PIB en 2010, elle atteint 71,5 % pour 2015 et devrait descendre à 65,6 % en 2017.**

C'est assurément une victoire pour Angela Merkel, qui a tenu sa promesse électorale de ramener le budget à l'équilibre. **La rigueur budgétaire - une obsession en Allemagne** - a donc porté ses fruits. Le sacro-saint principe du « frein à la dette » (*Schuldenbremse*) ou « règle d'or » qui contraint à l'équilibre budgétaire se veut d'ailleurs une spécificité bien allemande. **Mais cette réussite est le fruit de plus de dix années de vastes réformes parfois difficiles à faire passer auprès de la population.** C'est en 2003 que le chancelier de l'époque, Gerhard Schröder, lance un plan de réformes structurelles, « **Agenda 2010** », pour relancer la croissance et assainir les comptes publics. **« Baisse du chômage structurel et désengagement de l'État providence ont été les piliers de cette stratégie »,** souligne Natixis dans une note sur la consolidation des finances publiques en **Allemagne**. Outre la baisse des charges sociales et la refiscalisation des retraites, d'autres lois sont adoptées pour faciliter l'emploi avec le développement de « mini-jobs » et, mesure plus controversée, diminuer les aides aux chômeurs.

Manque d'investissements

Mais pas question d'augmenter les impôts. « Ce programme, austère par nature, a été précédé et accompagné presque tout du long par de substantielles baisses d'impôts », insiste Natixis. Une baisse qui sera compensée, par la suite, d'une **hausse de la TVA** sous Angela Merkel.

Les économistes insistent également : **Berlin a profité de la baisse des taux d'intérêt des emprunts sur les marchés pour faire des économies et ainsi diminuer son déficit, contrairement à Paris qui a préféré dépenser.** « 17 % de la baisse du déficit structurel allemand ont été obtenus par la baisse de la charge d'intérêt », souligne Natixis.

Le « bon élève » de l'Europe paie toutefois le prix de cette rigueur budgétaire salutaire. « Oui, la dette publique a très vite baissé **mais le pays n'investit pas dans l'avenir.** L'Allemagne n'est pas un bon élève », estime Philippe Gudin, économiste en chef chez Barclays. Certains économistes insistent : la croissance à moyen et long termes reste incertaine pour ce pays qui fait face à **une démographie vieillissante et déclinante.**

« Angela Merkel a certes fait baisser le déficit et la dette mais elle a négligé de procéder aux investissements publics indispensables, notamment dans les infrastructures, souligne l'économiste. **Un facteur pourrait toutefois changer la donne : l'accueil des réfugiés.** » Le gouvernement allemand devrait déboursier environ **6 milliards d'euros en 2016** pour prendre en charge les centaines de milliers de réfugiés, **ce qui fait « un peu l'effet d'un petit plan de conjoncture »** pour ce pays très vieillissant, avait déclaré le ministre de l'Économie, Sigmar Gabriel. Un défi de taille...

Très superficiel...

134,71

• [WORLD](#)
• [EUROPE](#)

France Proposes Constitution Change After Terror Attacks

Changes would shield emergency powers, strip some French-born terrorists of their citizenship

By [STACY MEICHTRY](#) and [NOEMIE BISSERBE](#)

Updated Dec. 23, 2015 4:18 p.m. ET

PARIS—A year bookended by terror attacks is forcing France to reconsider some of the principles that underpin its national identity.

On Wednesday, the Socialist government of President François Hollande proposed amending the constitution to **allow authorities to strip some natural-born citizens of their nationality if they are convicted of terrorism.**

Another amendment would shield state-of-emergency police powers, such as to conduct warrantless searches and order house arrests, from court challenges.

The changes, which parliament is expected to approve next year, are a measure of how the French state—founded on the ideals of liberty, equality and fraternity—is adapting to the threat posed by Islamic State and other extremist groups.

"People wonder at times who we are, as French people, as a nation," Prime Minister Manuel Valls said in introducing the measure, which he said carries great symbolism. "I understand its implications and the debates that may ensue."

France fought a bloody revolution in pursuit of a secular republic open to all who respect its founding principles. **In recent decades, the country threw its doors open to waves of migrants from former colonies in North Africa, becoming host to Europe's biggest Muslim population. France also was a driving force behind the European Union and its common currency with Germany, dissolving national borders.**

Part of the problem facing France now, lawmakers and officials say, is that it went to war against Islamic State—joining U.S. airstrikes in Iraq in late 2014, and in Syria a year later—without battering down the hatches at home.

"The French are just waking up to the fact that we, more than others, are a country at war," said Alain Marsaud, a center-right lawmaker and former antiterrorism prosecutor.

The EU's porous border system allows terror operatives and automatic weapons to enter France unchecked from neighboring countries. And France's failure to integrate large pockets of its Muslim minority has fueled alienation among younger people, some of whom are flocking to Islamic State. More than 1,000 French citizens have made the trip to Iraq and Syria, Mr. Valls said, of whom about 250 have returned.

As recently as Monday, a senior member of Mr. Hollande's cabinet played down suggestions that the government would expand its power to revoke citizenship.

"Stripping citizenship from people born French—who have belonged to the national community since their birth—raises a substantial problem on a fundamental principle: the right of soil," Justice Minister Christiane Taubira told a radio station in Algeria.

On Wednesday, the government said its proposal to strip convicted terrorists of their French nationality would apply only to people with dual citizenship. Still, many French Muslims are also citizens of Algeria, Morocco and other North African countries.

"We are creating two categories of citizens in our constitution," said Patrick Weil, a prominent French historian and political scientist, warning the new amendment threatened "social cohesion."

When gunmen linked to al Qaeda and Islamic State killed 17 people in a January assault on the Charlie Hebdo satirical weekly and a kosher market, more than three million people took to the streets across France in support of multiculturalism and freedom of expression.

In August, a gunman's attack on a high-speed train to Paris plunged France into national soul-searching over why it took foreign passengers—three Americans and a Briton—to foil the attack with an act of bravery.

Mr. Hollande decorated the four men with France's highest honor in a ceremony where the absence of French recipients was glaring.

In the wake of the Nov. 13 attacks that killed 130 people, France went into a defensive crouch. Memorials formed around the sites of the attacks, **but Mr. Hollande wasted no time in imposing a state of emergency, granting his government extrajudicial powers.**

Protest marches—one way the French show solidarity—were curtailed for fear gunmen would target them.

That meant legions of activists who had been planning to descend on Paris for an international summit on climate change were no longer welcome to gather in public places.

On Nov. 26, one such activist, Joël Domenech, was placed under house arrest—one of 312 people given such an order.

In normal times, only people charged with a crime can be ordered—by a judge—to be held under house arrest, meaning they can't leave their local municipality and must check in at a police station three times a day.

Under a state of emergency, the government can do so based on only "serious reasons" to believe a person could be a threat to public order.

Mr. Domenech's arrest order labeled him part of a "radical environmentalist movement" without producing specific evidence, he said.

He went to court, but the judge refused to overturn the order. "I'm really worried," Mr. Domenech said on the sidelines of a court hearing. "This is **a dark sign for individual and collective freedoms.**"

Among the more vivid signs of change brought by the terror attacks is **France's newfound willingness to negotiate with Syrian President Bashar al-Assad.**

France, which regards itself as a beacon of human rights, severed diplomatic ties with Mr. Assad at the outbreak of Syria's civil war and led the way in accusing him of war crimes for allegedly slaughtering his own people with barrel bombs and chemical weapons.

The split with Mr. Assad, however, has also left French intelligence in the dark over who is entering and leaving Syrian territory.

"We've pulled the plug on intelligence. France no longer has any idea what's going on in Syria," said Michel Rocard, a former prime minister.

The fastest way to heal the intelligence breach, French officials say, is for Mr. Hollande and other world leaders to cut a deal with Mr. Assad that accelerates international talks aimed at building a transitional government in Syria.

Three days after the Nov. 13 attacks, Mr. Hollande assembled the French legislature inside the **Château de Versailles**—once home to the French monarchy—for a martial address, in which he first raised the possibility of changing the constitution.

In that same speech, Mr. Hollande identified Islamic State—not Mr. Assad—as the enemy of France. That pivot, a French official said, aimed to make France's diplomatic overture to Mr. Assad "more explicit" even if France opposes him staying in power.

Islamic State "is who we're fighting because France is the country of liberty, because we are the country of human rights," Mr. Hollande said.

Drug Spending Dementia

Clinton vows to cure Alzheimer's while imposing price controls.

Dec. 23, 2015 7:03 p.m. ET

Hillary Clinton this week promised to cure Alzheimer's disease inside of a decade -- even as she bemoans the tragedy of the Hepatitis C cures that are on the market today because she feels the prices are too high. That isn't the only contradiction -- or outright falsehood -- dominating the political debate over pharmaceuticals.

Also this week the Health and Human Services Department created a "dashboard" that claims to show what Medicare's drug-benefit program spent on individual drugs over the last five years. "You've probably heard about -- or seen on your drug store receipt -- evidence of the rising cost of prescription drugs," the White House's Jeanne Lambrew and Erin Richardson wrote in a blog post. "The tool allows you to sort these drugs in different ways, so you can rank them by total spending, spending per person, or by cost increases."

But something about this data dump is off. The dashboard lists "total spending" on Medicare drugs at \$121.5 billion last year. The [Congressional Budget Office](#) reports that actual spending in 2014 was \$65 billion. The dashboard says Medicare spent \$2.5 billion on Abilify. [Bristol-Myers Squibb](#) booked total U.S. revenues of \$1.6 billion for that antipsychotic medicine in 2014, and that figure includes private insurance and Medicaid.

You have to read the fine print to learn how [HHS](#) is deceptively inflating the numbers, details that somehow went unmentioned in the White House's agitprop. The data are merely the public list prices of drugs. They don't include the rebates and various price concessions that pharmacy-benefit managers and other insurers obtain from drug makers as they compete inside the drug program.

These negotiations significantly lower the cost of medications. Wall Street analysts estimate that the discount on Gilead's Sovaldi -- one of the Hep C cures -- is now over 50%. [HHS](#) is prohibited by law from revealing the size of these discounts for specific medicines, which would undermine competition when two or more drugs are vying to treat the same illness.

But [HHS](#) could have generated an honest depiction of government drug spending in context by disclosing actual trends for therapeutic areas and aggregate refunds. The Medicare trustees estimate that "many brand-name prescription drugs carry substantial rebates, often as much as 20% to 30%." The IMS Institute for Healthcare Informatics notes that "invoice prices" (list prices) for 2014 rose 13.5% on average but net prices only 5.5%, a level that "is notable for being the lowest of the past five years and has occurred even as invoice price increases have accelerated."

In other words, the [HHS](#) drug dashboard is another exercise in phony "transparency" to lobby for pharmaceutical price controls. As President, Mrs. Clinton would be happy to oblige.

By the way, her Alzheimer's-cure pander couldn't be more transparent -- or disingenuous. There probably isn't a more difficult scientific challenge littered with more failed experiments. Between 2002 and 2012, 413 clinical drug trial candidates for Alzheimer's, dementia and other neurodegenerative diseases went bust, and while no study has attempted to add up the costs, they surely reach tens of billions of dollars.

Despite these setbacks, some 93 medicines are in the Alzheimer's pipeline today. **If [HHS](#) and Mrs. Clinton succeed in outlawing the profit motive in drug development, they'll sabotage biotech innovation and beget fewer new drugs.**

134,74

EUROPE

French Police Make 2,700 Raids in Month, Raising Tension With Muslims

By DEBORAH ACOSTADEC. 23, 2015

VIDEO

A State of Terror

In response to the Paris attacks last month, France declared a state of emergency that has resulted in more than 2,700 raids of homes and businesses, hundreds of arrests and even the closing of some mosques.

By DEBORAH ACOSTA, ADAM B. ELLICK, JEHAN LAZRAK-TOUB and LESLYE DAVIS on Publish Date December 23, 2015. Photo by Reuters. [Watch in Times Video »](#)

The French authorities have conducted more than 2,700 police raids under a nationwide state of emergency instituted after last month's deadly terrorist [attacks in Paris](#).

Using [extraordinary powers](#) granted by France's National Assembly, officers have conducted searches without warrants of dozens of homes, arrested hundreds of people and even [shut down mosques and Muslim prayer rooms](#) for fear they were preaching radicalization.

The use of such tactics has increased tensions between the government and Muslim communities.

"The Muslim minority in France feels like it's being treated as the public enemy," said Yasser Louati, spokesman for the Collective Against Islamophobia in France. "They are afraid of the government."

At least 20 court complaints have been filed against the government, [Reuters recently reported](#), citing six independent lawyers involved in the complaints. And Muslim leaders in France have said that the police tactics are excessive and unfairly target Muslims.

Some people have shared video and photographs on social media to document raids on their homes and in their neighborhoods.

French officials have defended the state of emergency, saying it has been a necessary step to provide security and more resolutely protect citizens in France in the wake of the Paris attacks that killed 130 people last month.

"The state of emergency, it's true, justifies certain temporary restrictions on liberties," Prime Minister Manuel Valls said last month. "But resorting to this, it's to give us every chance to fully restore these liberties."

The state of emergency is scheduled to expire Feb. 26, though it may be extended.

134,75

Saïd Oujibou, l'islamiste devenu pasteur

À 18 ans, ce Franco-Marocain rêvait de partir se battre en Afghanistan. À 48 ans, Saïd Oujibou combat l'islamisme qui, selon lui, "gangrène les quartiers".

PAR IAN HAMEL

Publié le 24/12/2015 à 06:09 | Le Point.fr



Le pasteur évangéliste Saïd Oujibou lors d'un rassemblement de chrétiens et de musulmans contre la barbarie de Daech. © PHOTOPQR/LE PARISIEN/MaxPPP/ OLIVIER ARANDEL

C'est un chiffre qu'aucune Église ne souhaite donner, de crainte d'allumer des conflits. Chaque année, en France, dans la plus grande discrétion, plusieurs centaines de musulmans se convertissent au christianisme. En général, ils se tournent davantage vers le protestantisme qu'en direction de l'Église catholique. Saïd Oujibou ne fait pas mystère de sa conversion, et pour cause, il est devenu pasteur évangéliste, consultant en violence urbaine. Il organise même à Paris des conférences réunissant des chrétiens de culture nord-africaine et du Moyen-Orient. "Pourquoi ne raconte-t-on pas qu'en arrivant en Europe certains réfugiés syriens ou irakiens, qui ont vu les horreurs commises par Daech, renoncent à Allah pour Jésus ?" lâche ce Berbère de 48 ans.

Saïd Oujibou est né au bled, dans le sud du Maroc. En 1972, il arrive en France avec sa famille. "C'est vrai que je suis passé par l'islam radical. Si j'avais eu les connexions nécessaires, comme les jeunes musulmans aujourd'hui, je serais parti me battre en Afghanistan pour défendre mes frères musulmans. Face à l'Occident, et ses perpétuelles révolutions technologiques, nous sommes quelque part aigris de venir de pays qui ne décollent pas économiquement, et restent sous le joug de tyrans", lâche le pasteur, que nous avons déjà rencontré lors d'un one-man-show autobiographique intitulé *Liberté, égalité, couscous*.

"L'apostasie peut entraîner la mort"

Il a été indirectement touché par les attentats du 13 novembre dernier : un parent éloigné, le frère du mari d'une de ses nièces, Ismaël Omar Mostefaï, était l'un des terroristes du Bataclan. "Je ne le fréquentais pas, mais je le connaissais. Moi, comme le reste de ma famille, nous n'avons rien vu venir. Pourtant, je travaille sur un programme de déradicalisation. Ma nièce et son mari ont été interrogés pendant trois jours après les attentats", raconte le pasteur évangéliste, qui a l'habitude de travailler en terrain miné. "Le gamin qui compte rejoindre Daech, il prend la précaution de posséder deux portables, deux comptes Facebook, deux mails. Apparemment, il ne change pas ses habitudes. Résultat, ses parents ne se doutent absolument de rien. J'ai même vu des filles venant de milieux chrétiens se radicaliser en moins de trois mois. La France ne se rend pas encore compte de l'incroyable pouvoir d'attractivité de l'État islamique", constate Saïd Oujibou, appelé régulièrement par des familles, des maires, des associations de quartiers.

Il faut rappeler que l'islam n'admet pas le changement de religion. Hani Ramadan, le directeur du Centre islamique de Genève, frère aîné de Tariq Ramadan et surtout fils de Saïd Ramadan, le premier dirigeant des Frères musulmans en Europe, expliquait dans *Le Matin dimanche* de Lausanne que "la loi islamique est extrêmement sévère sur la question de l'apostasie, qui peut entraîner la mort", ajoutant : "Dans le monde musulman, délaisser la prière, boire et forniquer sont des crimes pour lesquels la loi a prévu des châtements." Résultat : les anciens musulmans préfèrent dissimuler leur foi. En revanche, Saïd Oujibou assure qu'aujourd'hui il parvient à dialoguer avec les dirigeants du Conseil français du culte musulman (CFCM) et même avec l'Union des organisations islamiques de France (UOIF), proche des Frères musulmans.

Des imams devenus chrétiens

"À la fin du mois de janvier, j'ai même prévu une rencontre avec des salafistes, l'un des courants les plus rigoristes et prosélytes de l'islam. Comme le Christ, il faut se confronter aux radicaux. Quelles propositions font-ils ? Si l'islam était vraiment la solution, comme le prétendent les Frères musulmans, je redeviendrais musulman ! On a vu le résultat de leur gestion en Tunisie et en Égypte", lâche le pasteur d'origine marocaine. D'où tient-il son optimisme ? Saïd Oujibou assure qu'il a même vu les imams se convertir au christianisme. Le seul problème, c'est que les nouveaux chrétiens n'osent pas révéler leur foi, même dans leurs familles, de peur de représailles.

Lors d'une précédente rencontre, le pasteur nous avait confié que c'était d'abord sa sœur aînée qui s'était convertie au christianisme. "Ma famille ne le supportait pas et la rouait de coups. Malgré cela, Fatima restait sereine. Sa joie de vivre m'a interpellé et je me suis converti à mon tour à 21 ans." Saïd Oujibou a ensuite suivi des cours de théologie pour enfin devenir pasteur. "Un jeune déradicalisé doit être soutenu très longtemps. Ses anciens amis ne cessent de le harceler. Il reçoit 15 à 20 mails de leur part chaque jour", ajoute-t-il.

134,76

Par [Charles Wyplosz](#)

Publié le 21/12/2015 à 11:51

Lutte contre le chômage : non, on n'a pas tout essayé

FIGAROVOX/ANALYSE - Alors que le nombre de demandeurs d'emploi a légèrement reculé le mois dernier, Charles Wyplosz estime que pour faire baisser durablement le chômage il faut enfin essayer des mesures de bon sens.

Charles Wyplosz, professeur d'économie internationale à l'Institut de hautes études internationales et du développement (IHEID) à Genève, est directeur du Centre international d'études monétaires et bancaires.

Urgence, vous avez dit. Chiche!

La lutte contre le chômage est l'urgence du moment, nous disent tous les politiciens, en harmonie avec les médias. Voilà une bonne nouvelle. Les mesures à prendre sont connues depuis des décennies, donc aucun problème technique. Il reste à bousculer les tabous et les verrous politiques. C'est à cela que devrait servir la déclaration d'urgence.

Bon, ce n'est vraiment pas nouveau. Tous les candidats aux plus hautes fonctions de l'état ont déjà promis de ne penser qu'à ça, au chômage. Une fois élus, ils sont passés à d'autres choses, urgentes ou pas. Il faut dire que la désignation des urgences suit l'actualité, et donc chaque urgence dure le temps de l'apparition d'une nouvelle urgence. Si tout est urgent, plus rien n'est urgent.

Mais imaginons que toute la classe politique décrète l'union sacrée pour s'attaquer au chômage. Que faut-il faire ? Depuis des décennies, on a essayé tout ce qui ne marche pas.

Mais imaginons que toute la classe politique décrète l'union sacrée pour s'attaquer au chômage. Que faut-il faire? Depuis des décennies, on a essayé tout ce qui ne marche pas. Il reste maintenant à arrêter ce qui ne marche pas et à faire ce qui marche à coup sûr parce que ça marche ailleurs. C'est si facile, sauf que ce ça représente un virage à 180 degrés par rapport aux idées reçues. Bousculer le consensus mou demande un rare courage politique.

Commençons par ce qui ne marche pas. La liste commence avec les 35 heures, la retraite anticipée et toutes les tentatives de rationner le nombre d'heures travaillées. Ça, on a fini par le comprendre, mais on n'arrive pas à s'en débarrasser. La liste inclut aussi tous les petits boulots, les contrats aidés et autres emplois subventionnés, qui coûtent une fortune, et cela vaut aussi pour bien des emplois dans la fonction publique. L'illusion consiste à croire que ces petits boulots réduisent les chiffres officiels du chômage et mettent le pied à l'étrier pour ceux qui n'arrivent pas s'insérer dans le monde du travail. Illusion d'optique. D'abord parce qu'il faut financer ces emplois, donc lever des impôts, donc prélever du pouvoir d'achat, et donc détruire des emplois ailleurs. Ensuite parce que ces emplois subventionnés ne sont pas efficaces, sinon ils existeraient déjà. Entretenir les jardins publics ou payer les entreprises pour employer des petites mains, ça a l'air malin, mais ça crée si peu de valeur ajoutée que ça plombe la croissance, et donc l'emploi. Chaque boulot subventionné coûte un vrai boulot ailleurs. C'est le système soviétique du zéro-chômage, qui a gelé des millions des millions de personnes dans des activités improductives, empêchant l'émergence d'entreprises capables de jouer dans la cour des grands. On a un peu progressé ces dernières années sur le droit de licenciement, mais il reste tant à faire. La dualité CDI-CDD, qui profite aux intérimaires, ne peut pas être un tabou. La déclaration d'urgence pourrait-elle rouvrir la route au contrat unique ?

Passons à ce qui marche. La liste est longue mais on peut dégager des priorités absolues. La première consiste à cesser de taxer le travail au maximum. Cela concerne les charges salariales, domaine dans lequel la France occupe le haut du podium. Cela concerne aussi tout ce qui revient indirectement à taxer le travail, toutes les règles bien intentionnées mais destructrices d'emploi. On peut citer pêle-mêle les comités d'entreprise, les règles d'hygiène et de santé, la sanctification du pouvoir syndical, les grèves préventives avant négociations, et bien sûr le code du travail, et ses Inspecteurs, qui oblige les grandes entreprises à créer de gigantesques départements de relations humaines, et les PME à consacrer des petites fortunes à se faire conseiller. La liste ici est très loin d'être exhaustive. Il ne s'agit pas de supprimer ce qui existe, mais de raison garder, de cesser de viser le maximum. La seconde priorité est de permettre aux entreprises d'embaucher sans craindre d'avoir un jour à débaucher. On a un peu progressé ces dernières années sur le droit de licenciement, mais il reste tant à faire. La

dualité CDI-CDD, qui profite aux intérimaires, ne peut pas être un tabou. La déclaration d'urgence pourrait-elle rouvrir la route au contrat unique? La troisième priorité vise les jeunes et les personnes peu qualifiées. Une fois que l'on prend en compte toutes les taxes directes et indirectes sur le travail, ces personnes sont tout simplement inemployables au SMIC, pas assez productives pour ce qu'elles coûtent. On a vu des ministres chuter sur diverses variantes de SMIC-jeune, et pourtant c'est incontournable si l'on veut ouvrir le marché du travail à des millions de personnes qui en sont effectivement exclues. La dernière des priorités urgentes concerne le traitement du chômage. Le principe de base devrait être que le chômage est une situation strictement temporaire. Les allocations doivent être pensées comme un moyen de trouver un emploi, non pas comme un revenu normal. Les approches qui ont fait leurs preuves à l'étranger consistent à limiter la durée des allocations de chômage, à les lier aux efforts de recherche d'emploi, à s'assurer que le chômage n'est pas plus rémunérateur que l'emploi, au besoin en offrant des aides temporaires à ceux qui redémarrent, et à encourager la mobilité géographique et professionnelle.

Tout ceci est parfaitement controversé, radicalement opposé par tout ce que le pays compte de conservatisme et de paternalisme. C'est la raison pour laquelle le chômage n'est pas vraiment redescendu en dessous de 8% depuis trente ans, et 25% pour les jeunes. Il est parfaitement possible de diviser ces chiffres de moitié, encore faut-il accepter d'en payer le prix politique. C'est cela qu'urgence veut dire.

134,78

• [WORLD](#)

Pope Contrasts Jesus' Birth, Excess in Christmas Eve Homily

Pontiff rebukes what he called societies' intoxication with consumerism, pleasure, abundance and wealth
Associated Press

Updated Dec. 24, 2015 10:39 p.m. ET

VATICAN CITY—In his Christmas Eve homily Thursday, Pope Francis noted the simplicity of Jesus' birth as he rebuked what he called societies' intoxication with consumerism, pleasure, abundance and wealth.

Christians around the world joyfully prepared to recall the birth of Jesus. But in his only public Christmas Mass, in the splendor of St. Peter's Basilica, the pope counter-weighted his joy with a lament for people's excesses and what he described as a “culture of indifference, which not infrequently turns ruthless.”

Francis said Jesus “calls us to act soberly, in other words, in a way that is simple, balanced, consistent, capable of seeing and doing what is essential.”

Referring to Jesus' birth in a Bethlehem stable, the pope said the child was “born into the poverty of this world; there was no room in the inn for him and his family.”

Francis also sounded a cry to right injustices. “In a world which all too often is merciless to the sinner and lenient to the sin, we need to cultivate a strong sense of justice,” he said.

Since being elected pope in 2013, Francis has tried to shape the church into one marked more by loving mercy than rigid judgment. He insists that the needs of the poor and others, including refugees and migrants, be paramount.

Youngsters from countries that Francis has visited as pontiff, including Sri Lanka, the Philippines, the United States and most recently, three African nations, left floral bouquets around a baby Jesus statue near the central altar after Francis unveiled and gently kissed the statue.

A child from Mexico, which the pope visits in February, was also among the bouquet bearers.

On Friday, tens of thousands of people are expected to crowd into St. Peter's Square to hear the traditional Christmas day speech, which in the past has been used to denounce wars, other violence and injustice across the globe.

The Opinion Pages | CONTRIBUTING OP-ED WRITER

At Greece's Borders, a Test for Europe

ATHENS — The deceptively beautiful waters between Greek islands in the eastern Aegean and the Turkish mainland are the border between Greeks and Turks, a dividing line that has been shifting since Muslim Seljuk Turks pushed westward into the Christian Byzantine Empire a thousand years ago. It's also the European Union's external border, where ideals collide with reality.

This is where member states must ask themselves whether they truly trust one another for protection, see the European Union's borders as their own and can accept closer union. Will they be able to reconcile the need for collective security with reduced national sovereignty, and bear the political cost that is entailed? The answers will determine the union's future.

Borders are the symbol but also the reality of national sovereignty. The fear of their violation by neighbors, transnational institutions, terrorists or refugees is an existential one. Economic problems may have a more immediate impact on people, but borders are still the greatest taboo — especially when they have been fought over, and troubles with neighbors are still deeply ingrained in the national consciousness.

Now the question of whether national borders are primarily European Union borders becomes a question of identity — for member states and for the union as a whole. Are we French, German, Slovak, Greek and so on, or are we Europeans first?

Compared with the total European Union population of about 500 million, the number of migrants and refugees entering Europe is small — some [one million](#) this year. Yet the refugee crisis, a growing fear of terrorism and a surge of nationalism have shaken the union's foundations, an edifice already damaged by the euro crisis. Harsh words exchanged then have left a legacy in the way member states see one another.

As in that crisis, Greece is at the center of the debate — part of the problem and, necessarily, part of the solution. “Europe must understand that Greece is guarding the European Union's borders,” Prime Minister Alexis Tsipras said in November. “Neither fences nor transferring the problem from one country to another will stop the human flood caused by war and poverty.” At the time, Greece was being criticized for not stopping the thousands passing through each day.

Greece's border with Turkey pulsates with history, stoking powerful emotions on both sides. For over a millennium, Christian Greeks and Muslim Turks have coexisted and fought in this region. In 1922, after Turkish forces routed an invading Greek army, the same islands that are most refugees' first stop in Europe were havens for hundreds of thousands of Greeks fleeing ancestral homes in Asia Minor. Part of modern Turkey's founding myth is that it rose from the Ottoman Empire's ashes with the expulsion of foreign forces.

On Cyprus, Turkey still maintains occupying forces after invading and dividing the independent island in 1974, following a coup by Greek Cypriots wanting union with Greece. Turkey's Parliament has voted that if Greece extends its territorial waters from the current six miles to 12, as the Law of the Sea convention allows, this will be cause for war. Greece and Turkey nearly went to war in 1996, when Ankara challenged Athens's sovereignty over what it calls “gray areas” — territory not named specifically in peace treaties. Earlier this month, Turkish F-16s buzzed inhabited Greek islets to press these claims.

So this is not the border between France and Belgium, marked by a sign on a highway. This is why Greek officials have been cool to proposals from Brussels and Berlin for joint patrols with Turkey, arguing that cooperation with Turkish military vessels in Greek waters would have long-term consequences.

But something had to be done. By Monday, national authorities [had registered](#) 1,005,504 arrivals in Europe, with 821,008 coming through Greece, the International Organization for Migration noted. German Chancellor Angela Merkel's welcome to refugees had encouraged this flow, and Greece was identifying and registering arrivals, in so-called hot spots, but was overwhelmed. "In November 2015 alone, of the 54,000 registrations carried out in hot spots in Europe, 51,300 were carried out in Greece," the Foreign Ministry said.

The [I.O.M. reported](#) that in the same month, November, 110,000 had arrived and 105,000 had left the country. Of five hot spots in Greece mandated by the European Union, Greece had set up one. The ministry noted that the Greek Coast Guard had rescued more than 90,000 people in recent months. In early December, the United Nations agency for refugees said that 217 people had drowned in Greek waters in the Aegean and 126 were missing.

After it emerged that at least two of the attackers in the Nov. 13 massacre in Paris had entered Europe with refugees via the Greek island of Leros (even though all identified killers had European citizenship), Greece was accused of not doing enough to secure its borders. Robert Fico, Slovakia's prime minister, said it was "high time" to evict Greece from the Schengen agreement allowing for free movement among countries. He added that other governments thought the same.

Desperate to stop the flow of people, European Union leaders promised to resume accession talks with Turkey, relax Turks' visa requirements for the Schengen area and [provide 3 billion euros](#) in aid for refugees. Even as Greece was trying to cope with thousands of daily arrivals, countries that had rejected an earlier European Union decision to relocate refugees across the union were demanding Greece's eviction from the Schengen area while Turkey was being promised easier entry.

Last week, European Union leaders finally took serious action, proposing to create a European Border and Coast Guard Agency that will act even when sovereign nations do not call for help. (The current agency, Frontex, simply plays a coordinating role for member states.) This is a big step toward a stronger European Union, an explicit declaration that member states' borders are the European Union's borders. It's what Greece has long wanted, but it needs guarantees that it does not come with a loss of rights in contested areas.

It will take a collective effort on Europe's part to assure citizens that they are not in danger of losing their national identity because of new arrivals, that providing hope and sanctuary to those in need will not come at the cost of Europeans and their institutions. What happens on the Greek border will show whether this can be done without betraying Europe's principles — and without tearing the union apart.

Nikos Konstandaras is the managing editor and a columnist at the newspaper Kathimerini.

„Fratzscher kann nicht mal Excel“

Wie teuer kommen uns die Flüchtlinge zu stehen? Über diese Frage geraten sich zwei Ökonomieprofessoren heftig in die Haare.

24.12.2015, von **GEORG MECK**

Wenn das Argument im politischen Kampf nicht genügt, hilft eine Studie, am besten eine mit wissenschaftlichem Gütesiegel. **Marcel Fratzscher** ist ziemlich gut mit Studien, die im Zweifel darauf hinauslaufen, dass der Staat nur mehr Geld ausgeben muss, dann läuft das schon mit der Wirtschaft. Ob Euro-Retterei, Bildung oder marode Brücken – der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist stets vorne dabei, wenn es gilt, steuerfinanzierte Programme vom Staat einzufordern oder zu bejubeln.



Autor: Georg Meck, Stellvertretender Ressortleiter Wirtschaft und „Geld & Mehr“ der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Folgen:

So verwunderte es nur kurz, dass er als Erster mit einer Studie zur Stelle war, [welche die segensreiche Wirkung der Milliardenausgaben in der Flüchtlingskrise herausgestrichen hat](#), das **DIW** lieferte die ökonomische Untermauerung der Willkommenskultur. Thema wie Ton waren damit gesetzt. Bevor jemand auf die Idee kommen konnte, dass humanitäre Hilfe für Kriegsflüchtlinge nun mal Geld kostet, stellte das DIW ein für allemal klar: Flüchtlinge sind ein Geschäft, volkswirtschaftlich gesehen.

Egal, wie viele da kommen und wer da an der Grenze steht, ob Akademiker oder Analphabet - die Wirtschaft profitiert in jedem Fall, so lautet Fratzschers These. Milliarde für Milliarde des Staates ist demnach gut angelegtes Geld. Jeder Wucherpreis für ein Feldbett, jeder Groschen für eine fade Suppe, jede Miete für die abrisssreife Flüchtlingsunterkunft stärkt den Standort Deutschland.

„Fast alles falsch gemacht, was man falsch machen kann“

Einzig die Frage, wie schnell die Investition sich rechnet, birgt demnach gewisse Unsicherheiten. Wer aber an dem prinzipiellen Ergebnis zweifelt, ist fremdenfeindlich oder reaktionär, redet „bestenfalls Unfug und schlimmstenfalls Populismus“. So [schreibt Fratzscher wörtlich](#). Jetzt hat sich ein Kollege Fratzschers die Studie vorgenommen und packt dazu gleich die ganz große Keule aus.

Fratzscher habe in seiner Studie „fast alles falsch gemacht, was man falsch machen kann“, ätzt Ulrich van Suntum, Direktor am Centrum für angewandte Wirtschaftsforschung der Universität Münster. Seine Zensur für das DIW: Setzen, sechs! Die Flüchtlingsstudie sei weder methodisch korrekt noch ehrlich kommuniziert, folglich am besten rasch einzustampfen. Schwersten handwerklichen Dilettantismus, Schludereien ohne Ende, Todsünden gegen die ökonomische Theorie - all das kreidet Suntum den Berliner Kollegen an, bis hin zum Vorwurf, Fratzscher könne nicht mal [Excel](#).



Wenn aber nicht mal seinen Tabellen zu trauen ist, wie dann dem Ergebnis? Das kehre sich bei „handwerklich richtiger Rechnung ins Gegenteil um“, schreibt Suntum. Von wegen, die [Flüchtlinge](#) kosten nichts. Sie kosten ganz viel: „Selbst im optimistischsten Szenario ergeben sich hohe Nettokosten für die einheimische Bevölkerung, Flüchtlinge sind eine massive ökonomische Belastung.“ Der Grund laut Suntum: Die volkswirtschaftlichen Wohlfahrtsgewinne durch die Flüchtlinge wurden in Fratzschers Szenarien übertrieben, die Kosten, etwa für die Krankenkassen, unterschätzt oder ganz ignoriert.

Voller Abscheu auf die AfD blickend

Bevor es an die Details in diesem Streit unter Ökonomen geht, ist die politische Gefechtslage zu klären: Marcel Fratzscher, einst für Weltbank und Europäische Zentralbank tätig, berät in Berlin SPD-Chef [Sigmar Gabriel](#), aber auch Finanzminister Wolfgang Schäuble und die Kanzlerin: „Ich bin ein unabhängiger Wissenschaftler, habe kein Parteibuch“, stellt der Ökonom klar, der gerade an einem Buch über den „Verteilungskampf“ in Deutschland arbeitet.

Ulrich van Suntum wiederum gehört in die Riege liberaler Wirtschaftsprofessoren, die sich um [Bernd Lucke](#) in der „Alternative für Deutschland“ gesammelt haben. Die AfD hat Suntum mit Gründer Lucke in Richtung der Abspaltung Alfa verlassen, als Landesvorsitzender dieser Rumpftruppe in Nordrhein-Westfalen agiert er heute. Auf die „von Nazi-Pöblern unterwanderte“ AfD blickt er inzwischen voller Abscheu („Niemand, der auf seinen Ruf bedacht ist, kann sich dort noch sehen lassen“), von der regierungsamtlichen „Wir-schaffen-das“-Euphorie aber trennen ihn ebenfalls Welten.



© DPA  Ulrich van Suntum, NRW-Landesvorsitzender von der Allianz für Fortschritt und Aufbruch (Alfa)

In seinem [Anti-Fratzscher-Aufsatz](#) freilich argumentiert Suntum nicht ideologisch, sondern mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und dem kleinen Einmaleins. Die Mängelliste, die er damit erstellt, ist lang: Gewinnquote werde mit Lohnquote vertauscht, Produktivität mit Pro-Kopf-Einkommen verwechselt, zwischen netto und brutto werde nicht unterschieden. „Schwer begreiflich, wie all dies den Autoren eines renommierten Instituts unterlaufen kann.“

Keine gravierend negativen Effekte

Und wie reagiert Fratzscher auf diese Vorwürfe? Mit der größtmöglichen wissenschaftlichen Kälte. Suntums Angriff sei nicht ökonomisch zu verstehen, sondern einzig seiner Rolle als Hobbypolitiker geschuldet, büsst Fratzscher den Kontrahenten ab: „Jeder einzelne Punkt der Kritik ist nicht wissenschaftlich seriös, sondern politisch motiviert.“ Auch wenn ihm vorgeworfen wird, zu vereinfachen, lässt ihn das kalt: „Wir haben eine kurze, transparente Analyse zu den wichtigsten Mechanismen in der Flüchtlingsfrage geschrieben, nicht mehr und nicht weniger.“

Zudem sieht der DIW-Präsident sich in guter Gesellschaft („Sachverständigenrat und Europäische Kommission kommen zu ähnlichen Ergebnissen wie wir“), was wenig überrasche, schließlich spiegle seine Studie die historische Erfahrung: „Auch große Flüchtlingsbewegungen hatten in der Geschichte keine gravierend negativen Effekte für Lohn wie für Beschäftigung der Einheimischen. Das ist wissenschaftlich evident.“ Marcel Fratzscher bleibt dabei: „Es gibt gute, belastbare Gründe, wieso in sieben oder acht Jahren sich die Flüchtlinge positiv auf das Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland auswirken könnten.“ Die Kanzlerin wird es gerne hören.

Keine Angst vor dem Konsum!

Der Papst geißelt die Konsumgesellschaft. Dabei ist die ziemlich gut für uns.

25.12.2015, von PATRICK BERNAU

Es sind diese Sätze, mit denen jeder sofort unreflektiertes Kopfnicken auslösen kann. [Die Gesellschaft sei vom Konsum und Vergnügen berauscht, sagt der Papst](#). Überfluss und Luxus verstellten den Blick auf das Wesentliche. Kritik am Konsum, auch noch an Weihnachten, das bringt reflexhafte Zustimmung: Jaja, die Konsumgesellschaft ist böse, damit haben wir's übertrieben.

Wirklich?

[In den vergangenen 25 Jahren hat die Menschheit eine Milliarde Leute aus der extremen Armut geholt](#), so viele wie nie zuvor. Die Armutsbekämpfung der vergangenen Jahrzehnte gehört zu den größten Erfolgen der Menschheit – und zwar nicht in den Staaten, die seit Jahren mit Entwicklungshilfe und Fair-Trade-Handel gepöppelt werden. Sondern in China, Indonesien oder Vietnam: den Staaten, die sich in die globale Wirtschaft integriert haben. Nicht Liebe und Barmherzigkeit haben die Armut zurückgedrängt, sondern die globale Konsumgesellschaft.

Denn hinter der Konsumgesellschaft steht ein Antrieb, der Menschen immer wieder zu großen Leistungen inspiriert hat: Immer mehr und immer höhere Qualität zu bekommen, und das immer billiger. Was könnte besser sein? Die Armen profitieren am meisten davon, wenn es immer bessere Qualität immer billiger gibt. Selbst moderne Sport-Funktionskleidung, wasserdicht und atmungsaktiv, bekommt man heute zum Discountpreis.

Die Umwelt freut sich auch. Denn „immer billiger“ heißt auch: mit immer weniger Ressourcen. Zumindest im Prinzip.

Konsum macht stark

Natürlich ist mit der Umwelt längst nicht alles in Ordnung. Dafür braucht eine Konsumgesellschaft geeignete Leitplanken. Und natürlich müssen auch heute Menschen unter unwürdigen Bedingungen arbeiten. Doch wer dafür pauschal die Konsumgesellschaft verantwortlich macht, schießt auf das falsche Ziel.

Gerade der Konsum macht Arbeiter selbstbewusst und stark: die Nachfrage nach ihren Produkten. Es ist kein Zufall, dass Unternehmen gerade in China ihre Mitarbeiter immer besser behandeln. Chinas Waren sind auf der Welt begehrt, deshalb werden die Arbeiter gebraucht. Heute müssen die Unternehmen um Mitarbeiter kämpfen. Wo die Arbeitsbedingungen schlecht sind, laufen die Leute weg – manchmal von einem Tag auf den anderen. Der Konsum hat die Lage der Chinesen schneller verbessert als jede Online-Petition für gute Arbeitsbedingungen.

Barmherzigkeit ist gut für das Gewissen der Barmherzigen. Für die Empfänger der Barmherzigkeit aber wäre Respekt noch besser. Wer konsumiert, kauft dem anderen etwas ab, weil das Produkt gut ist. Das ist viel würdevoller als jedes Mitleid.

Mob verwüstet muslimischen Gebetsraum

Eine Gruppe von Angreifern hat in Korsika einen muslimischen Gebetsraum gestürmt und verwüstet. Die Randalierer versuchten, Kopien des Koran zu verbrennen. Vorausgegangen waren anti-muslimische Proteste.

26.12.2015



© AFP Ein Mob stürmte und verwüstete den Gebetsraum in Ajaccio. Die Randalierer versuchten zudem, Kopien des Koran in Brand zu stecken.

Eine Gruppe radikaler Demonstranten hat am ersten Weihnachtstag in der korsischen Hauptstadt Ajaccio einen Gebetsraum für Muslime verwüstet und versucht, Koranausgaben zu verbrennen. Nach Angaben der Behörden hatte die Gruppe am späten Freitagnachmittag zunächst an einer anti-muslimischen Protestkundgebung in einer Siedlung mit Sozialwohnungen teilgenommen, in der am Abend zuvor ein Polizist und zwei Feuerwehrleute von jungen Angreifern verletzt worden waren.

Schon während der Kundgebung heizte sich die Stimmung deutlich auf, wie eine AFP-Korrespondentin berichtete. Immer wieder wurden Rufe wie „Araber raus“ und „wir sind hier Zuhause“ laut, viele Bewohner der Siedlung trauten sich nicht mehr auf die Straße.

Kurz darauf scherte eine kleine Gruppe Demonstranten aus, warf die gläserne Eingangstür zu dem nahe gelegenen Gebetsraum ein und verwüstete den Raum. Sie versuchten, mehrere Bücher in Brand zu stecken, darunter auch Koranausgaben. In Ajaccio hatten zuvor rund 600 Menschen friedlich vor der Präfektur gegen die Gewalt gegen Polizei und Feuerwehr demonstriert.

Der französische Ministerpräsident [Manuel Valls](#) und Innenminister Bernard Cazeneuve verurteilten die Übergriffe auf den Gebetsraum ebenso wie die vorangegangene Aggression gegen die Feuerwehrleute. „Nach der unannehmbaren Attacke auf Feuerwehrleute eine unannehmbare Schändung eines muslimischen Gebetsorts“, schrieb Valls auf Twitter. Innenminister Bernard Cazeneuve sprach von „ausländerfeindlichen und rassistischen“ Ausschreitungen, die nicht ungestraft bleiben dürften. Der Präfekt von Korsika, Christophe Mirmand, kündigte an, die Urheber der Gewalt vom Donnerstag und Freitag ausfindig zu machen und zur Verantwortung zu ziehen.

Wie Unternehmen Willkommenskultur üben

Deutschland hat mehr als eine Million Flüchtlinge aufgenommen. Unternehmen arbeiten daran mit, sie zu integrieren - ein Tropfen auf den heißen Stein. Erste Erfolge lassen sich aber schon beobachten.

25.12.2015, von **GEORG GIERSBERG**



Wirtschaft in Dresden an Metallwerkstücken.

© DPA/Feinarbeit: Sha Kah Ahmadi (links) aus Afghanistan und Singh Satwinder aus Indien feilen in der Fortbildungsakademie der

Gabriele Hässig ist noch immer überwältigt. Der Konsumgüterhersteller Procter & Gamble hatte eine Fahrt der Geschäftsführung mit Syrien-Flüchtlingen in das Römerkastell Saalburg bei Frankfurt organisiert. Die **Flüchtlinge** seien von dem Tag begeistert gewesen. „Auf der Rückfahrt am Abend hat der ganze Bus gesungen“, berichtet Hässig, Leiterin der Kommunikation von Procter & Gamble. Für sie ist das Verhalten der Syrer eine Bestätigung dafür, dass sich das Engagement für die Integration der Flüchtlinge lohnt. Für Procter & Gamble war Flüchtlingshilfe von Beginn an ein Thema.

Zunächst stand die Nothilfe im Vordergrund. Der Konsumgüterhersteller stellte für fast eine Million Euro Kinderwindeln, Waschmittel, Zahnpasta und andere Haushaltsartikel aus eigener Produktion zur Verfügung. Das machen andere Unternehmen auch. Der Anbieter von Sprachkursen Lingua TV beispielsweise stellte 20.000 digitale Deutschkurse zur Verfügung.

Aber die Mitarbeiter von Procter & Gamble wollten mehr tun als nur Produkte schicken. „Das Thema beschäftigt die ganze Belegschaft von 10.000 Mitarbeitern in Deutschland. Uns ist klar, wenn wir hier nicht unsere Häuser und Wohnungen schützen wollen, wie es in Brasilien notwendig ist, dann müssen wir heute dafür sorgen, dass die neuen Mitbürger in unsere Gesellschaft integriert werden“, umschreibt Hässig die Einstellung in der Mitarbeiterschaft des internationalen Konzerns.

Das Unternehmen hat für Flüchtlinge mit Berufsausbildung bereits Schnuppertage im Unternehmen organisiert, und beim Weihnachtskonzert haben neben Mitarbeitern auch Flüchtlinge musiziert. Für das kommende Jahr habe man Tennisplätze angemietet, um Flüchtlingen sportliche Betätigung bieten zu können. „Junge Männer brauchen unbedingt körperliche Betätigung; für Frauen muss man Anlässe zur Kommunikation schaffen.“

Mitarbeiter für Flüchtlingshilfe freigestellt

Der für das Unternehmen und die Mitarbeiter aufwendigste Teil des gesellschaftlichen Engagements für die Flüchtlinge ist aber der Beschluss, jeden Mitarbeiter bis zu fünf Tage freizustellen für jegliche Flüchtlingshilfe. Und damit das mehr wird als ein folgenloses Angebot, wird die Hilfe von Procter selbst organisiert. In Kooperation mit den Kommunen wird der Bedarf ermittelt. Dann können sich Mitarbeiter melden für Kleiderverteilung, Hausaufgabenhilfe, Begleitung bei Behördengängen oder den Aufbau einer Fahrradwerkstatt. Fünf Tage werden sie von ihrer Arbeit freigestellt, wenn es der Betriebsablauf zulässt. „Wir haben bis jetzt 50 Manntage Flüchtlingshilfe auf diese Weise organisiert“, sagt Hässig.

Viele Unternehmen organisieren Hilfsangebote – häufig auf Drängen der Belegschaft. „Schon an dem ersten Wochenende im September, an dem Frau Merkel die Flüchtlinge an der ungarischen Grenze nach Deutschland ließ, haben mich E-Mails erreicht mit der Frage, was wir tun können“, bestätigt Martin Plendl, Vorsitzender der Geschäftsführung des Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmens Deloitte. Sein Unternehmen habe bereits erste Praktikantenstellen zur Verfügung gestellt und auch mit Flüchtlingen besetzt.

Unternehmen koordinieren ihre Hilfe

Der Mitbewerber Ernst & Young unterstützt zwei große Projekte zur Flüchtlingshilfe. Über die bereits bestehende Charta der Vielfalt (Schirmherr ist der ehemalige Bundespräsident **Horst Köhler**) hat Ernst & Young einen runden Tisch von Unternehmen organisiert. Dort geht es darum, die Hilfs- und Integrationsangebote der Wirtschaft mit der Nachfrage und dem Bedarf der Hilfsorganisationen zu koordinieren.

Bei der ersten Sitzung Anfang Dezember haben unter anderem Vertreter von Adidas, BMW, der Commerzbank, der Deutschen Bahn, der Deutschen Bank, der Deutschen Post, von General Electric, Henkel, Metro, SAP, **Siemens** oder Thyssen-Krupp teilgenommen. Im Januar sollen Workshops zu ganz konkreten Projekten stattfinden, darunter zu Einstiegsmodellen für den deutschen Arbeitsmarkt wie Praktika, Ausbildungsplätze oder die Festanstellung.

Darüber hinaus hat Ernst & Young den Verein „EY cares e.V.“ ins Leben gerufen. Der Verein soll künftig Flüchtlinge, aber auch politisch, rassistisch und religiös Verfolgte unterstützen. Als erste Sofortmaßnahme hat EY seine Mitarbeiter aufgefordert, für die Organisation „Save the Children“ zu spenden, die sich für Kinder in Flüchtlingsaufnahmestellen engagiert. Das Unternehmen hat zum Start der Aktion 50.000 Euro gespendet. Die Hotelkette Best Western ruft Mitarbeiter und Gäste auf, für die „Aktion Deutschland Hilft“ zu spenden, in der 13 Hilfsorganisationen von der Johanniter-Unfall-Hilfe und den Maltesern bis zur Arbeiterwohlfahrt zusammenarbeiten.

Spenden für den Libanon

Das Pharmazie- und Technologieunternehmen Merck unterstützt mit einer Spende von 50.000 Euro an das Deutsche Rote Kreuz die Hilfe für Flüchtlinge im Libanon. Laut Kai Beckmann von der Merck-Geschäftsleitung will man damit einen Beitrag leisten, Fluchtursachen zu bekämpfen. Das DRK unterstützt im Libanon, der mehr als eine Million syrischer Flüchtlinge aufgenommen hat, medizinische Notfallstationen.

Die Merck-Spende wird vor allem in den Betrieb einer Gesundheitsstation in Ras Baalbek im Bekaa-Tal fließen, die nur wenige Kilometer entfernt von der syrischen Grenze liegt. In der Region Rhein-Neckar unterstützt BASF seit Ende 2014 mehr als 20 Projekte zur Integration von Flüchtlingen, zum Beispiel Sprachkurse, kinder- und familienorientierte Integrationsprogramme sowie Theater- oder handwerkliche Projekte für und mit Flüchtlingen.

Praktika für Flüchtlinge

Der Elektrokonzern Siemens will im kommenden Jahr bis zu 100 Flüchtlingen Praktika bieten. Bei dem Autobauer Daimler haben 40 Flüchtlinge ein sogenanntes Brückenpraktikum in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit begonnen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC organisiert mit Partnern die Erlangung eines sogenannten Jobführerscheins. In einem dreimonatigen Kurs sollen die Flüchtlinge für die Aufnahme einer Arbeitsstelle in Deutschland qualifiziert werden. Sie erlernen die deutsche Sprache, lernen, Bewerbungen zu schreiben, Computer zu nutzen oder ein Bankkonto zu eröffnen.

Einen Fünf-Punkte-Aktionsplan zur Flüchtlingshilfe in Südhessen hat die regionale Industrie- und Handelskammer vorgestellt. Spracherwerb, Qualifizierung sowie Ausbildung und anschließender Einstieg in den Beruf seien der „Königsweg für die Integration von Flüchtlingen“, sagte die Präsidentin Kristina Sinemus.

Der Aktionsplan orientiert sich an der bundesweiten Initiative der Kammern mit dem Titel „Ankommen in Deutschland – Gemeinsam unterstützen wir Integration“ und umfasst das Angebot, Unternehmen zu informieren und zu beraten, jungen Flüchtlingen berufliche Orientierung zu geben und Praktika anzubieten, bei der Vermittlung in eine Ausbildung zu helfen und beim Lernen der deutschen Sprache. Ein erster Testlehrgang soll nach dem Jahreswechsel beginnen.

Die Berater der IHK Südhessen hätten bislang zwölf junge Flüchtlinge in Unternehmen unterbringen können. Die Bereitschaft der Unternehmen in der Region, Flüchtlingen zumindest einen Praktikumsplatz anzubieten, sei groß, die ersten Antworten aus einer laufenden Umfrage seien sehr positiv ausgefallen. Auf dem Praktikumsportal „Praktika für Flüchtlinge“ der Kammer können Firmen entsprechende Angebote einstellen.

Erste Praktikanten konnten übernommen werden

Bundesweit versuchen Unternehmen, Flüchtlingen schnell einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen. Die genannten Zahlen zeigen aber auch, dass die angebotenen Praktikumsplätze in Relation zu mehr als einer Million Flüchtlinge, die in diesem Jahr nach Deutschland gekommen sind, nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind.

Zudem dürfen Unternehmen Flüchtlingen in der Regel keine Festanstellung anbieten, bis sie das Anerkennungsverfahren durchlaufen haben. Aber als Praktikant darf er arbeiten. Der Zentralverband Gewerblicher Verbundgruppen (Mittelstandsverband) hat seine Mitglieder aufgefordert, 5000 Praktikantenstellen für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen.

Unter den ersten der in der Flüchtlingshilfe aktiven Unternehmen war die mittelhessische Loh-Gruppe, zu der vor allem der Schaltschrankhersteller Rittal gehört. In einem Pilotprojekt mit der Industrie- und Handelskammer des Lahn-Dill-Kreises stellt Rittal acht Flüchtlingen einen Praktikumsplatz zur Verfügung. Ziel ist es, die Ausbildungsreife als Voraussetzung für eine Lehre zu erlangen. Von den ersten Praktikanten konnten bereits einige als Auszubildende übernommen werden. Das Projekt wird inzwischen vom Land gefördert und von der Berufsschule begleitet.

134,87

Ajaccio: après l'agression de pompiers, des manifestants saccagent une salle de prière

Par [Mathilde Siraud](#)

Publié le 25/12/2015 à 21:43



VIDÉO - Dans la nuit de jeudi à vendredi, deux pompiers et un policier ont été blessés lors d'échauffourées. Ce vendredi, en marge d'un rassemblement de soutien, des manifestants ont saccagé une salle de prière musulmane et tenté de brûler des Corans. Manuel Valls a condamné une «profanation inacceptable».

Ambiance très tendue à Ajaccio (Corse), dans la cité des Jardins de l'Empereur. Selon la préfecture, dans la nuit de jeudi à vendredi, «un incendie a été volontairement allumé» sur le terrain d'un stade pour «attirer les forces de l'ordre et les pompiers dans un guet apens». Deux pompiers ont été «sérieusement» blessés par des éclats de verre après des «agressions physiques». Des vitres de leur véhicule d'intervention ont été détruites. Le sous-préfet **François Lalanne** évoque de «nombreux jeunes encagoulés» qui seraient à l'origine de ces échauffourées.

Un policier a également été «légèrement blessé». Une batte de baseball, des clubs de golf et une bouteille d'acide ont été saisis, mais les auteurs de ces violences sont toujours recherchés. «Plusieurs éléments d'identification utiles ont été recueillis», a précisé François Lalanne.

Plusieurs responsables locaux ont déploré ces agressions. Le nouveau président du conseil exécutif de Corse, Gilles Simeoni, a réagi sur Twitter. «Honte à ceux qui ont fait ça!»

La violence est encore montée d'un cran, ce vendredi, jour de Noël. Selon l'AFP, environ 600 personnes se sont rassemblées devant la préfecture à Ajaccio, vers 16 heures, en soutien aux pompiers et au policiers blessés.

Parmi ces manifestants, environ 250 à 300 se sont ensuite dirigés vers le quartier des Jardins de l'Empereur, où avaient eu lieu les incidents la nuit passée. Les forces de l'ordre étaient mobilisées pour maintenir le calme et chercher à identifier les auteurs des agressions de la nuit. Un petit groupe a fracturé la porte vitrée d'une salle de prière musulmane et l'a saccagée, selon la police et la préfecture. Ils ont également sorti de nombreux livres, une trentaine, [selon Corse Matin](#), dont des exemplaires du Coran, auxquels ils ont tenté de mettre le feu, sans les brûler entièrement. «Un début d'incendie a détruit une partie des livres», a noté le quotidien local.

Selon l'AFP, ces mêmes personnes criaient «On est chez nous!» ou encore «Arabi fora (les Arabes dehors)». France 3 Corse a également constaté des dégâts causés dans la cité et le déploiement des forces de l'ordre devant chaque salle de prières «avec mission de protection des biens et personnes».

Le premier ministre **Manuel Valls** a condamné sur Twitter une «profanation inacceptable».

Le ministre de l'Intérieur **Bernard Cazeneuve** n'a pas non plus tardé à réagir, déplorant [dans un communiqué](#) l'agression de policiers et pompiers et le saccage d'un lieu de culte musulman, «exactions intolérables aux relents de racisme et de xénophobie» qui «portent atteinte aux valeurs mêmes de la République». Il a par ailleurs souhaité que les auteurs des violences soient «interpellés dans les meilleurs délais».

Le préfet de Corse, **Christophe Mirmand**, s'est rendu dans la cité. Interpellé par les manifestants, il a déclaré être présent «pour éviter des débordements». Assurant que «tous les moyens étaient mis en œuvre» pour retrouver les auteurs de l'agression de la nuit de jeudi à vendredi, il a aussi estimé que les «menaces n'étaient pas acceptables». Le maire Les Républicains d'Ajaccio, **Laurent Marcangeli**, [a appelé au calme sur France Info](#).

Der Schwabe in uns

Auch wenn es der Bayer nicht einsehen will: Der Württemberger ist ihm näher als der Tiroler. Und was hat der Ost- vom Nordfriesen? Was die Forschung über die besten „Paarungen“ und den Verlust kultureller Eigenarten weiß.

27.12.2015, von GERALD WAGNER



© DPADas Alpengebirge als natürliche Grenze: Doch welchen Einfluss haben Staatsgrenzen auf regionale

Kulturen?

Auch wenn es der Bayer nicht einsehen will: Der Württemberger ist ihm näher als der Tiroler.

Wer von Kulturen spricht, meint damit in Sozialisationsprozessen erworbene Überzeugungen und Wertorientierungen. Kultur hat immer eine Geschichte, ein sie verkörperndes Kollektiv und in der Regel auch einen geographischen Raum, in dem sie sich entfaltet. Aber können Kulturräume aufeinander wirken? Wäre ein solcher Austausch zwischen benachbarten Regionen ein Fall kultureller Ansteckung?

Die an der Fernuni Hagen lehrende Kultursoziologin Tuuli-Marja Kleiner ist mit diesem Begriff selbst nicht ganz glücklich. Bedenkt man aber die Hingabe, mit der manche Regionen ihre Phobien vor dem Nachbarn pflegen, gewinnt das Konzept an Plausibilität.

Leistung des deutschen Föderalismus

Ob Schwaben und Badener, Unterfranken und Oberfranken, Nord- und Ostfriesen: von außen betrachtet, dominieren Ähnlichkeiten, von innen dagegen könnten die Unterschiede nicht größer sein. Und wüsste etwa der Badener nicht ganz genau, wie anders der Schwabe ist, er wüsste kaum, wer er selbst ist. Fest steht nur: Er ist keinesfalls so wie die Schwaben - und umgekehrt. Dass es hier zu interkulturellen Lernprozessen kommen könnte, muss darum in Stuttgart, Freiburg oder Böblingen als ausgeschlossen gelten.

Es gehört zu den Leistungen des deutschen Föderalismus, dass solche Distinktionsgewinne hierzulande im Bereich der Regionalkultur bleiben - eine politische Bedeutung haben sie nicht mehr. Separatistische Bewegungen wie etwa in Katalonien beharren hingegen darauf, dass der Schutz ihrer kulturellen Eigenstellung die politische Autonomie nachgerade zwingend mache. Dem ließe sich entgegen, es könne mit der Besonderheit dieser Kultur ja nicht so weit her sein, wenn sie ohne eine politische Abgrenzung von ihrer Umwelt in Gefahr wäre, diese Besonderheit zu verlieren.

Ausgeprägter Stolz

Aber lassen sich solche Fragen auch anders als durch ländervergleichende Studien beantworten? Kleiner schlägt einen interessanten quantitativen Zugang vor. Sie möchte zeigen, dass räumliche Nähe kulturell homogenisierend wirkt - Nachbarregionen müssten sich also immer ähnlicher sein als entferntere Räume. Und das sollte auch gelten, wenn sie Nachbarn mit verschiedenen Staatsbürgerschaften wären. Kleiner betont dabei durchaus das Schwerfällige an Kulturen, ihr Beharrungsvermögen und ihren Widerstand gegenüber Veränderungserwartungen, insbesondere wenn sie von außen kommen. Das spräche für ihre Stärke gegenüber etwa nationalen oder gar supranationalen Kräften der Vereinheitlichung.

Kleiner greift dafür auf Daten aus Österreich zurück, einem Land also mit ausgeprägtem Stolz auf seine kulturellen Besonderheiten und davon geprägten Regionen, aber auch mit sieben Nachbarstaaten. Unter Heranziehung von Daten des European Social Survey (ESS) fragt Kleiner, ob sich die kulturelle Distanz zweier Regionen verändert, wenn diese geographische Nähe oder gar eine Landesgrenze teilen. Der ESS ist eine Befragung, die seit 2001 alle zwei Jahre in über 30 europäischen Ländern durchgeführt wird.

Drei Typen von Paarungen

Gefragt wird darin insbesondere nach religiösen Einstellungen, moralischen Überzeugungen und politischen Wertvorstellungen. Die Antworten lassen sich regional aggregieren, man erhält auf diese Weise einen Wert für das kulturell Besondere der Regionen, anhand dessen man wiederum deren kulturelle Distanz messen kann. Es geht dabei also nicht um die Frage, wie sich Regionen im Einzelnen unterscheiden, sondern nur um den Effekt von Nähe und Distanz zueinander.

Kleiner verglich dafür drei Typen von Paarungen: Regionen mit großer räumlicher Distanz, benachbarte Regionen innerhalb des eigenen Landes und schließlich Nachbarregionen, die eine Staatsgrenze trennt. Sind also etwa die Vorarlberger ihren Landsleuten in der Steiermark ähnlicher als etwa den Tirolern oder gar den Bayern? Nein - der Österreicher ist sich selbst immer noch am ähnlichsten. Am geringsten sind die regionalen Unterschiede innerhalb der Landesgrenzen, und zwar insbesondere zwischen direkten Nachbarn.

Kulturelle Eigenart in Gefahr

Mit der räumlichen Distanz wachsen die Unterschiede, aber - und das ist besonders bemerkenswert - nirgends seien sie so groß wie zu Nachbarn jenseits der Staatsgrenze. Kulturgrenzen und Staatsgrenzen, so Kleiners Fazit, seien also zumindest in Österreich nahezu deckungsgleich. Das bedeutet aber umgekehrt auch für Austrias Nachbarn: Die politische Grenze hat auf die kulturelle Distanz einen deutlich größeren Effekt als die interregionale Nachbarschaft.

Gewiss, es geht nur um ein Land innerhalb des europäischen Kulturraumes und um ein kleines dazu. Dennoch: Kleiners Schlussfolgerung, die Ergebnisse rechtfertigten die Verwendung von Ländern als kulturelle Analysekatoren, hat eine bemerkenswerte politische Tragweite für die Frage der Zukunft der europäischen Integration. Man könnte sie auch dahin gehend lesen, dass Kultur im Staat einen mächtigen Garanten hat. Wer in Europa seine kulturelle Eigenart in Gefahr sieht, wird diese Studie daher für sein Argument einsetzen können, diese Kultur auch in einem nationalstaatlichen Rahmen geschützt zu sehen.

Tuuli-Marja Kleiner: „Geographische Nähe, Landesgrenze und kulturelle Distanz“, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie (2015) 40: 281-297.

Quelle: F.A.S.

Die Bekehrung als Befreiung

Was ich einst war, was ich jetzt bin: Mit seinem Buch „Bekenntnisse“ tritt Augustinus in eine Beziehung zu sich selbst und zu Gott, wie es kein Autor vor oder nach ihm je getan hat.

26.12.2015, von ROBIN LANE FOX



© BLAUDEL/GNAMM/ARTOTHEK Was ich war und wer ich bin: Augustinus als Lehrer.

Ende des vierten Jahrhunderts begann ein Mann, Anfang vierzig, mit der Niederschrift eines intimen Gebetes zu Gott. In seinen einsamen Stunden entstand ein langer lateinischer Text, dessen eine Hälfte der Frage nachging, „was ich einst war“, den Sünden und Irrtümern seiner frühen Jahre. Er berichtet von seinen Diebstählen als Junge, seiner bemerkenswerten Mutter, seiner Konkubine, seiner Mitgliedschaft in einer geächteten religiösen Gruppe, seiner Liebe zum Sex, seinen irdischen Wünschen. Dann versucht er darzulegen, „was ich bin“, doch die autobiographischen Details treten in den Hintergrund. Er reflektiert ausgiebig über das Wesen des Gedächtnisses und das Fortdauern sündhafter Versuchungen wie der Freude, die er empfindet, wenn andere ihn loben, oder des eitlen Vergnügens, einer Spinne zuzuschauen, die eine Fliege fängt. Dann beginnt er eine komplexe Meditation über die ersten beiden Kapitel der Genesis und die dort beschriebene Schöpfungsgeschichte.

Dabei stößt er unter der Oberfläche vieler Verse auf verborgene Bedeutungen. Er reflektiert über die Ewigkeit und erörtert unser Zeitbewusstsein in einem Gedankengang, dessen Brillanz Philosophen heute noch beeindruckt. Nach dreizehn Büchern, von denen nur neun behandeln, „was ich einst war“, schließt er mit Lobgesängen auf die Güte Gottes und dem Ausdruck menschlicher Hoffnung auf das Himmelreich. Dieses Werk mit dem Titel „Bekenntnisse“ gleicht keinem, das davor oder danach entstand. Es ist ein christliches Meisterwerk, doch es entfaltet seinen Zauber auch jenseits der Grenzen der christlichen [Kirche](#).

Kurzschrift darf nicht von Gott ablenken

Dieses außergewöhnlich lange Gebet verrät nicht, wie es entstand: ob er es selbst niederschrieb oder vielleicht diktierte. Gut zehn Jahre zuvor hatte Augustinus Selbstgespräche verfasst, einen neuartigen Dialog zwischen ihm selbst und seinem Verstand. Dort befiehlt ihm der Verstand, seine Gedanken nicht zu diktieren, sondern selbst niederzuschreiben, da derart intime Fragen der „Einsamkeit“ bedürften. Die „Bekenntnisse“ behandeln in weiten Teilen noch intimere Fragen. Folgte Augustinus auch hier seinem Verstand und schrieb sein Gebet selbst nieder? Benutzte er vielleicht eine Kurzschrift, wie sie damals vielfach verwendet wurde? In einem anderen Werk bezeichnete Augustinus die Kurzschrift als sinnvoll, sofern sie nicht von Gott ablenke.

Wenn er sein langes Gebet diktierte, stellt sich die Frage, ob er dabei stand oder saß. Augustinus hatte die Frage nach der korrekten Position beim Beten kaum ein Jahr vor der Niederschrift der „Bekenntnisse“ erörtert und war zu dem Schluss gelangt, dass es darauf keine eindeutige Antwort gab. Die Christen beteten jedoch oft kniend und mit erhobenen Händen – eine Position, in der man unmöglich schreiben könnte. Wenn Augustinus kniete, muss er die Bekenntnisse in vorbereiteten Passagen einem im selben Raum befindlichen Sekretär diktieren lassen, der den Text in Kurzschrift festhielt.

Eine mündliche Form der Komposition vermag meines Erachtens zu erklären, warum es solch eine Freude ist, die „Bekenntnisse“ zu lesen und mehr noch zu rezitieren, und das selbst für solche, die eher an Stil und Worte zu glauben vermögen als an den intendierten Adressaten: Gott. In der Darstellung seiner frühen Jahre finden sich Anklänge an die Texte nichtchristlicher Dichter und Autoren, die er zu dieser Zeit studierte. Diese Anklänge sind für moderne Altphilologen reizvoll, aber sie verschwinden in der zweiten Hälfte des Werks, in der er seine nichtchristliche Bildung hinter sich lässt.

Gelegentlich nicht textsicher

Inzwischen hat er seine Zeit in einer häretischen Gruppe in einer Sprache beschrieben, die, wie wir immer besser erkennen, die der Mitglieder dieser Gruppe war. Dann begegnet er der Platonschen Philosophie, und so konstruiert er denn auch einen langen Satz, einen ganzen Absatz in unseren modernen Ausgaben, in der Sprache des Philosophen, der ihn am stärksten beeinflusste. Eine ähnliche philosophische Sprache prägt auch seine abschließende Meditation über den biblischen Schöpfungsbericht. Vor allem aber ist seine Sprache durchsetzt mit Wendungen aus der Heiligen Schrift, vor allem aus diversen Psalmen, die er miteinander verbindet.

Ihm ging es nicht darum, die Schrift zu zitieren, wie die zahlreichen Anmerkungen und Einschübe in modernen Ausgaben dies suggerieren mögen. Er hielt nicht inne, um die benutzten Passagen nachzuschlagen, und gelegentlich ist sein Gedächtnis durchaus nicht textsicher. Er betete, und sie kamen ihm in den Sinn, wie einst die poetischen „Formeln“ Homer in den Sinn kamen.

Die großen Schriften der Antike schlagen so möglicherweise einen Bogen über mehr als ein Jahrtausend, der, wie ich glaube, mit Diktieren begann und endete. Homer stützte sich bei seiner Arbeit auf überlieferte Wendungen früherer mündlicher Dichter und hinterließ nach Ansicht vieler Gelehrter wie auch meines Erachtens einen „mündlich diktierten Text“ seiner Gedichte. Augustinus webte meines Erachtens Wendungen aus der Heiligen Schrift in ein langes Gebet ein, den größten mündlich diktierten Text in lateinischer Sprache.

Erinnerungsmale in lydischen Dörfern

Noch niemals zuvor hatte jemand ein Buch als „Bekenntnisse“ bezeichnet. In den hebräischen Schriften waren Sündenbekenntnisse allerdings bereits häufig anzutreffen. Auch für die heidnische Welt sind Bekenntnisse von Fehlverhalten gut bezeugt. Im römischen Recht reichte ein Geständnis vor einem Richter in der

Regel aus, um den Geständigen ohne weitere Umstände zu verurteilen. In der hellenistischen Welt nach Alexander wurde das Bekenntnis, Verfehlungen seien nur allzu menschlich, zu einem Gemeinplatz: „Ich bin ein Mensch, ich habe gefehlt ...“

Geständnisse gegenüber einem Gott waren nicht so häufig anzutreffen und galten Philosophen als Indiz für eine übertriebene Furcht vor einer Gottheit. In lydischen oder phrygischen Dörfern legten Menschen Zeugnis für ihre Missetaten, ihre Bestrafung durch eine Gottheit und ihre Opfergaben zu deren Besänftigung ab (einschließlich kleiner Monumente mit dem eingravierten Text ihres Bekenntnisses). Sie schlossen mit einer Lobpreisung der betreffenden Gottheit. Diese zuweilen als Bekenntnismonumente bezeichneten Erinnerungsmale werden gelegentlich auch als „beschriftete Monumente (stelai) der Erhebung“ verstanden.

Diese heidnischen Bräuche in fernen lydischen Dörfern hatten jedoch keinen Einfluss auf die „Bekenntnisse“ des Augustinus. Er preist die von Gott empfangenen Gaben (einschließlich der Strafe) und verspricht keinerlei materielle Gegenleistung. Seine Beziehung zu Gott ist von Liebe und Demut geprägt, nicht von der praktischen Gegenseitigkeit, auf der das Verhältnis zwischen Heiden und ihren Göttern gemeinhin beruhte. Für ihn wie für den hebräischen Psalmisten besaß ein Bekenntnis zwei Aspekte: ein Bekenntnis der Sünden und das Bemühen, „Zeugnis“ von den Werken und der Güte Gottes abzulegen.

Unreine Leidenschaften überwunden

In der heidnischen Literatur finden sich solche zweiseitigen Bekenntnisse nur sehr selten, aber es gibt ein erstaunliches Beispiel in den „Selbstbetrachtungen“ des römischen Kaisers Mark Aurel. In deren erstem Buch, das als letztes geschrieben wurde, blickt er in den Jahren 177/178 zurück auf sein Leben und dankt den Göttern für ihren Beistand. Er bedankt sich für die Tugenden, die sie ihm geschenkt hätten, und für den rechtzeitigen Anstoß zur praktischen Philosophie. Er dankt ihnen auch dafür, dass er „die Manneskraft nicht vor der Zeit verschwendete, sondern bis in ein reiferes Alter keusch blieb“; dass er „nicht zu lange eine Erziehung bei der Geliebten eines Großvaters erhielt“ und „keine Gemeinschaft mit der Benedikta oder dem Theodotus“ hatte – zwei Unbekannten, deren Namen auf die Anwesenheit von Juden oder sogar Christen im Elternhaus des jungen Markus schließen lassen. Er dankt dafür, dass er „unreine Leidenschaften überwunden“ habe.



© AP Auch als Heide ein Mann der gründlichen Selbstbetrachtung: Kaiser Mark Aurel, hier als Goldbüste.

Dank und Bekenntnis stehen hier nebeneinander. Dies alles, so schreibt er, sei „nur durch den Beistand der Götter und ein günstiges Geschick möglich“. Zwei Jahrhunderte später sollte Augustinus zu einer ähnlichen Erkenntnis gelangen, aber auf einem ganz anderen Weg. Im langen Gebet des Augustinus sind Dank und Bekenntnis von der Heiligen Schrift geprägt. Mit ihrer Hilfe bekennt er seine Sünden in den ersten zehn Büchern und dann seine Unwissenheit in den letzten dreien, in denen er über das erste Kapitel der Genesis meditiert. Wie andere christliche Autoren des vierten Jahrhunderts versteht er sich selbst durchgängig mit Hilfe der biblischen Worte, Rollenvorbilder und Bilder.

In seinem langen Gebet finden sich zahlreiche Hinweise auf „Bekehrung“. Was versteht er darunter? In der Bibel ist häufig von Bekehrung die Rede, und zwar im Sinne einer Hinwendung zu dem einen Gott und einer Abkehr von allen anderen Göttern. Das griechische Wort für solch eine Wendung, *epistrophe*, erscheint in den griechischen Übersetzungen der hebräischen Bibel mehr als 550 Mal. In den lateinischen Übersetzungen, die Augustinus benutzte, wird daraus *conversio*. Schon lange vor Augustinus hatten auch heidnische griechische und römische Autoren solche Konversionen beschrieben, allerdings meist im Sinne einer Hinwendung zur Philosophie und der zugehörigen Lebensweise.

Bekehrung im wirklichen Leben

Solch eine „Konversion“ hatte schon Platon in seiner berühmten Geschichte von der dunklen Höhle beschrieben, deren Bewohner nur Schatten der hinter ihnen vorbeigetragenen Bilder sehen konnten. Weniger dramatisch schrieb der Philosoph Seneca an seinen Freund Lucilius über seine eigenen Fortschritte: „Ich bemerke, Lucilius, nicht befreie ich mich nur von Fehlern, sondern wandle mich (...). Ich wünsche daher, die so plötzliche Wandlung meiner Person mit dir zu teilen.“ Dieser Gedanke fand seinen Ausdruck in kurzen Sprüchen, dem römischen Äquivalent der „Kalendersprüche“, zum Beispiel: „Ich beginne, mir selbst ein Freund zu sein.“

Erst in einer lateinischen Dichtung bekehrte sich erstmals ein Heide zum Kult einer Gottheit und erblickte darin seinen einzigen, allen anderen vorzuziehenden Glauben. Auch wenn Augustinus diesen Vorläufer kannte – es war der „Goldene Esel“ seines afrikanischen Landsmanns Apuleius –, verdanken seine „Bekenntnisse“ diesem Text nichts. Anders als die Bekehrung des erdichteten Helden erfolgte seine Bekehrung im wirklichen Leben. In seinem Text erwähnt Augustinus fünfzehn Bekehrungen weiterer Personen. Bekehrungen zum einen und einzigen Gott fanden sich überall in seiner Umgebung, wenn Männer und Frauen sich vom Heidentum zum Christentum bekehrten. Und sie ereigneten sich auch innerhalb der Christenheit, wenn Einzelne sich zu einem Leben geschlechtlichen und weltlichen Verzichts bekehrten.

Abwenden vom Chaos

Das lateinische Wort *conversio* hatte eine allgemeinere Bedeutung. Es konnte auch die erneute Hinwendung eines Menschen zu Gott bedeuten, der sich zuvor von ihm „abgewandt“ hatte (*a-versio*). Und ganz wörtlich konnte es auch das Umdrehen der versammelten Gemeinde in der Kirche meinen, wie wir aus einer der erst kürzlich entdeckten Predigten des Augustinus wissen. Dort werden die Zuhörer aufgefordert, „sich umzuwenden“, also das Gesicht offenbar von der Apsis abzuwenden und sich damit *per analogiam* Gott in ihrem eigenen Leben „zuzuwenden“. Weniger vertraut für unsere Sprachwelt, konnte *conversio* auch auf Gottes „Hinwendung“ zu seinem Universum oder den darin Lebenden verweisen. Diese Bedeutung einer Hinwendung Gottes zu uns besitzt der Ausdruck *conversio* bei seinem ersten Auftritt in den „Bekenntnissen“. In der abschließenden Meditation über die Genesis ist *conversio* die erste Wendung des formlosen Stoffs, des Grundelements des Universums. Er „wendet“ sich vom dunklen Chaos ab und hin zum Licht Gottes.

Die „Bekenntnisse“ sind nicht bloß die Gedanken eines hochintelligenten Menschen über Gott. Sie behandeln eine Abkehr von Gott (*aversio*) und eine erneute Hinwendung zu ihm (*conversio*) durch Augustinus, seine Freunde und Zeitgenossen wie auch des Universums während der Schöpfung. Durchgängig hilft ihm die

Heilige Schrift, Aspekte seiner eigenen Vergangenheit, seiner Freunde, seiner Familie und der Welt neu zu interpretieren. Die „Bekenntnisse“ sind ein Gebet, das kein Heide hätte hervorbringen können, und kein Christ vor oder nach ihm hat jemals etwas geschaffen, das ihm gleichkäme.

Der Autor

Robin Lane Fox hat für sein neues Buch über Augustinus in der englischen Presse jede Menge Lorbeeren eingeheimst. Der „Guardian“ nannte es „unverhohlen hochgeistig“, was zweifellos richtig ist, aber unterschlägt, dass Lane Fox den Inhalt sprachlich so zu transportieren versteht, dass auch Leser diesseits der akademischen Welt ihm folgen können. Das galt auch schon für seinen ersten großen Auftritt, den er 1973 mit der Biographie Alexanders des Großen hinlegte, und es gilt für seine jüngeren Bücher, von denen zuletzt in deutscher Übersetzung „Die klassische Welt“ (2010) und „Reisende Helden“ (2011) erschienen sind. Der Althistoriker des Jahrgangs 1946 ist in Oxford verwurzelt, wo er 37 Jahre lang am New College lehrte. Seine Leidenschaft ist die Gärtnerei, nachzulesen in einer Kolumne, die er für die Wochenendausgabe der „Financial Times“ schreibt. (hhm)

Aus dem Englischen von Michael Bischoff.

Wenn die Bürger der EU kündigen

Irak-Krieg, Finanzkrise, Euro-Krise - Bislang hat die EU jeden Streit überlebt. Aber wie lange gilt das noch? Es hat sich etwas verändert, womöglich grundlegend.

28.12.2015, von NIKOLAS BUSSE



© AP/Graffito in Athen im Sommer 2015: Mittlerweile gilt die Euro-Krise im Wesentlichen als abgehakt, obwohl die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der EU nicht überwunden sind.

Die Europäische Union ist ein erstaunliches Gebilde. In jeder Krise, die Europa erlebt, wird ihr der Untergang vorhergesagt. Und doch hat sie bisher all die großen und kleinen Spannungen überlebt, die den Kontinent mit zunehmender Regelmäßigkeit erschüttern. **Der Irak-Krieg, die Finanzkrise, die Euro-Krise, die Ukraine-Krise und jetzt die Flüchtlingskrise – jedes dieser Themen hat zu Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten geführt, mancher Streit konnte nie überwunden werden. Aber irgendwie ging es immer weiter, oft kam die EU sogar gestärkt aus der jeweiligen Krise. Die Euro-Krise etwa hat zu einem spürbaren Kompetenzgewinn für den Brüsseler Apparat und die Europäische Zentralbank geführt. Offenbar sind die Institutionen der EU gefestigter, als es oft erscheint.**



Autor: Nikolas Busse, Stellvertretender verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik. Folgen:

Trotzdem hat sich etwas verändert in Europa, womöglich sogar grundlegend. Politiker haben den Erfolg der EU stets daran gemessen, ob am Brüsseler Verhandlungstisch eine Einigung möglich ist. **Deshalb sprechen sie immer dann von einer Krise, wenn nationale Interessen aufeinanderprallen; wird ein Kompromiss gefunden, dann gilt sie als beigelegt, obwohl das in der Sache noch lange keine Verbesserung sein muss. Die Krise des Euros ist dafür ein trauriges Beispiel.** Sie gilt im Wesentlichen als abgehakt, obwohl die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der EU nicht überwunden sind.

Das Programm ist vage, die Richtung unmissverständlich

Dieser Logik folgt eine wachsende Zahl von europäischen Bürgern nicht mehr, und das könnte für die EU mittelfristig zu einem ernstem Problem werden. **Der Aufschwung rechtspopulistischer Parteien**, der sich dramatisch beschleunigt hat, ist gerade in Brüssel lange Zeit als das Ausstellen von „Denkzetteln“ für nationale Regierungen abgetan worden. **Hört man dem Diskurs zu, der von diesen Bewegungen ausgeht, dann kann man aber nur zu dem Schluss gelangen, dass sich hier ein Meinungsstrom etabliert hat, der sich genuin gegen das europäische Einigungsprojekt richtet.** Wer heute den Front National, die FPÖ oder die AfD wählt, mag gemischte Motive haben. Eines gehört aber fast immer dazu: **Er lehnt die EU in ihrer heutigen Form ab, mindestens aber ihre Politik.**

Für das europäische Einigungswerk ist das eine viel größere Gefahr, als es die Zerwürfnisse in Brüssel sind, denen die politische Klasse so viel Beachtung schenkt. Würde Marine Le Pen französische Präsidentin, dann ginge es nicht mehr um die Frage, was auf einem Europäischen Rat in die Schlussfolgerungen

hineingeschrieben wird, sondern ob es überhaupt noch einen gäbe. Das Programm von Parteien wie dem FN ist oft vage, aber die Richtung ist unmissverständlich. **Der Front National will einen Austritt aus dem Euro, Grenzkontrollen, Zollschranken zum Schutz der eigenen Wirtschaft und eine starke Begrenzung der Einwanderung. Damit ist so ziemlich alles in Frage gestellt, was die EU heute ausmacht: der Binnenmarkt, Schengen, die Freizügigkeit und die Währungsunion.** Käme eine solche Kraft in einem kleineren Mitgliedsland an die Macht, so könnte die EU das vielleicht noch wegstecken. **Ohne Frankreich aber dürfte die Union rasch zerfallen.**

So weit ist es noch nicht. Bisher kommen die EU-Gegner nicht über zwanzig, dreißig Prozent hinaus. Allerdings hat sich immer wieder gezeigt, dass sie Sand in das europäische Getriebe streuen können, ohne an der Regierung beteiligt zu sein. Regierungen, die zu Hause von einer starken euroskeptischen Opposition bedrängt werden, treten in Brüssel kompromissloser auf. Die Briten sind das beste Beispiel. In den Niederlanden war dieser Effekt zu beobachten, als sich eine bürgerliche Regierung eine Zeitlang von dem Rechtspopulisten Geert Wilders tolerieren ließ. Ironischerweise belegen diese Vorgänge, dass die EU nicht so undemokratisch ist, wie ihre Kritiker behaupten. Ein Meinungsumschwung, der sich in nationalen Wahlen manifestiert, hat in Brüssel durchaus Folgen.

Moralisieren und Ausgrenzen haben nichts gebracht

Die etablierten Parteien, die das Einigungswerk nach dem Krieg aufgebaut haben, bekämpfen diese Bewegungen mit moralischen Argumenten und Ausgrenzungsversuchen. Das hat nichts gebracht, wie die Wahlergebnisse zeigen, und es beruht auf einer falschen Analyse. Der Zulauf für Parteien, die den Rückzug in einen kontrollierbaren nationalen Raum versprechen, hat **Größenordnungen erreicht, die über das extremistische Potential am politischen Rand hinausreichen. Er ist eine Reaktion auf reale Probleme, die mit der EU in Verbindung gebracht werden, auch wenn das nicht immer gerechtfertigt ist.** Der FN etwa wird überproportional von jungen Leuten gewählt, weil die sich offenbar als **Verlierer der von Brüssel geförderten Globalisierung** fühlen. **Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist für die Zukunft des Generationenprojekts EU zu einer schweren Hypothek geworden.**

Der Flüchtlingsandrang hat nun ein ähnliches Potential: Das Versagen staatlicher Funktionen, die an die EU abgegeben wurden, ist Wasser auf die Mühlen der EU-Gegner. Auch die Widerstände gegen die Umverteilung von Asylbewerbern, welche doch die Lösung bringen soll, werden sie ausschlagen. **Man kann nur hoffen, dass die Flüchtlingskrise nicht die eine Krise wird, die am Ende doch zu viel ist für die EU.**

134,95

Michel Onfray : «On criminalise la moindre interrogation sur les migrants»

Par [Alexandre Devecchio](#) Publié le 22/12/2015 à 17:03



FIGAROVOX/COLLECTION - Jusqu'à la fin de l'année, nous republions exceptionnellement nos meilleurs entretiens. Deuxième de la série : Michel Onfray, en pleine polémique sur les migrants. Quelques jours après sa parution, *Libération* accusait le philosophe de faire le jeu du FN.

Michel Onfray est philosophe. Après le 21 avril 2002, il fonde l'Université Populaire de Caen. Son dernier livre, [Cosmos](#), est paru en mars 2015 chez Flammarion. Vous pouvez retrouver ses chroniques sur son [site](#).

Cette interview de Michel Onfray parue dans [Le Figaro](#) le 10 septembre 2015, puis en Une de [Libération](#) et du [Monde](#) a relancé le débat sur le rôle des intellectuels et la place grandissante qu'ils prennent dans la vie publique française.

PROPOS RECUEILLIS PAR ALEXANDRE DEVECCHIO [@AlexDevecchio](#)

Le philosophe s'interroge sur le traitement médiatique de la crise des migrants. Il regrette que la raison cède le pas à l'émotion et que le peuple soit mis en accusation pour son égoïsme supposé.

LE FIGARO. - L'insoutenable photo de l'enfant kurde mort sur une plage de Turquie a conduit François Hollande à modifier la position de la France sur la crise des migrants. Que cela vous inspire-t-il?

Michel ONFRAY. - Penser une photo est déjà la chose la plus difficile qui soit car on ignore tout de ce qui a présidé aux intentions et au geste du photographe: pourvu qu'elle soit bonne, une photo est toujours une idée. De plus, on sait qu'à l'ère numérique, une photo peut-être une manipulation à la portée du premier venu. On ne sait donc jamais si une photo est ce qu'elle dit a priori ou ce que la légende lui fait dire. Il existe des détournements célèbres par les légendes. Ce que l'on sait, c'est que dans notre monde où n'existe plus que ce qui est montré dans un média, une photo bien légendée fait plus qu'un long discours argumenté.

L'émotion a-t-elle remplacé la raison? Cela nous empêche-t-il de percevoir les véritables enjeux géopolitiques contemporains?

Un clou chassant l'autre, ce qui est majeur un jour cesse de l'être le lendemain. La religion de l'instant présent dans laquelle communient les médias exige qu'on renvoie l'histoire à la poubelle.

Oui, bien sûr. Il faut des bons mots, des petites phrases, des images chocs avec lesquelles on retient bien plus volontiers son public qu'avec une longue analyse fine, précise, argumentée, savante. Un clou chassant l'autre, ce qui est majeur un jour cesse de l'être le lendemain. La religion de l'instant présent dans laquelle communient les médias exige qu'on renvoie l'histoire à la poubelle. L'histoire, donc la mémoire. Depuis 1983, l'Éducation nationale emboîte le pas, droite et gauche confondues. On croit que l'école a moins besoin de cours d'histoire que de cours de programmation informatique, on décide que les Lumières peuvent être facultatives dans les programmes scolaires (on n'en a plus besoin) et l'islam obligatoire (il faudrait le penser et l'école nous dit comment). On n'enseigne pas plus la géographie dans la perspective de la géostratégie. La géostratégie, la démographie, l'histoire passent pour des disciplines réactionnaires parce qu'elles disent ce qui est, ce qui a été et ce qui sera, alors que l'idéologie libérale qui domine, aussi bien sous Sarkozy que sous Hollande, préfère ce qui devrait être et communie dans ses fictions. Si un démographe travaille sur les taux de fécondité, il n'a pas encore produit un seul chiffre qu'il est déjà suspect de racisme. Nombre de questions sont désormais devenues

impossibles à poser. Comment dès lors pourrait-on les résoudre? Interdire une question, c'est empêcher sa réponse. Criminaliser la seule interrogation, c'est transformer en coupable quiconque se contenterait

de la poser.

Une partie de l'opinion publique française est réticente à l'idée d'accueillir des réfugiés. Comment analysez-vous cette réaction?

Le peuple français est méprisé depuis que Mitterrand a converti le socialisme à l'Europe libérale en 1983. Ce peuple, notre peuple, mon peuple, est oublié au profit de micropeuples de substitution: les marges célébrées par la Pensée d'après 68 - les Palestiniens et les schizophrènes de Deleuze, les homosexuels et les hermaphrodites, les fous et les prisonniers de Foucault, les métis d'Hocquenghem et les étrangers de Schérer, les sans-papiers de Badiou. Il fallait, il faut et il faudra que ces marges cessent de l'être, bien sûr, c'est entendu, mais pas au détriment du centre devenu marge: le peuple old school auquel parlait le PCF (le peuple qui est le mien et que j'aime) et auquel il ne parle plus, rallié lui aussi aux dogmes dominants.

Est-ce «ce peuple» qui vote Marine Le Pen?

C'est à ce peuple que parle Marine Le Pen. Je lui en veux moins à elle qu'à ceux qui la rendent possible. Ce peuple old school se voit marginalisé alors que les marges deviennent le souci français prioritaire, avec grande

La République n'a pas à faire la sourde oreille à la souffrance des siens.

s messes cathodiques de fraternités avec les populations étrangères accueillies devant les caméras du 20 heures. Si ce peuple pense mal, c'est parce que nombreux sont ceux qui l'aident à mal penser. Qu'un paysan en faillite, un chômeur de longue durée, un jeune surdiplômé sans emploi, une mère seule au foyer, une caissière smicarde, un ancien avec une retraite de misère, un artisan au bord du dépôt de bilan disent: «et qu'est-ce qu'on fait pour moi pendant ce temps-là?», je n'y vois rien d'obscène. Ni de xénophobe. Juste une souffrance. La République n'a pas à faire la sourde oreille à la souffrance des siens.

Jean-Pierre Le Goff évoque «un journalisme sans scrupule qui se prend pour un redresseur de torts d'un peuple qu'il juge insensible et lâche». Partagez-vous ce point de vue?

Je souscris à toutes les analyses de Jean-Pierre Le Goff. Je suis un lecteur de son oeuvre et il est l'analyste le plus juste de ce qui advient. Sur Mai 68 comme «héritage impossible», «le gauchisme culturel», la fin des villages, «la barbarie douce» qui triomphe à l'école, sur la gauche à l'épreuve du pouvoir, il est l'analyste le plus lucide qui soit. Si la gauche voulait des idées, elle pourrait en trouver chez cet ancien élève de Claude Lefort - qui incarnait en son temps, à Caen dans les années 1970, une gauche autogestionnaire, la mienne.

Que vous inspire le portrait d'Angela Merkel en «modèle de générosité et de fermeté»?

Certains experts démontent cette «générosité» d'Angela Merkel et montrent qu'elle obéit de façon plus cynique à des impératifs politiques: le capital adore la main-d'oeuvre à très bas coûts, ça lui permet de dévaluer les salaires de ceux qui travaillent, de jeter le Code du travail à la poubelle en disant que nombre de gens feront le travail pour beaucoup moins cher et sans garanties sociales. Je souscris à cette analyse.

Dans un entretien croisé avec François-Xavier Bellamy paru dans le *Figaro* du 25 mars 2015, vous évoquez la «fin de notre civilisation»...

Oui, bien sûr. Depuis que je travaille cette hypothèse et que je la confronte moins aux livres qu'à la réalité, soit une dizaine d'années, tout paraît me donner raison: du faux printemps arabe, véritable hiver des peuples concernés, à l'instauration du califat avec État Islamique, en passant par cette idée qu'il nous faut désormais accepter de vivre avec en tête cette idée que le terrorisme fait désormais partie de notre quotidien, en passant, aujourd'hui, par ces mouvements massifs de peuples qui fuient l'anarchie créée par l'Occident chez eux, mouvements qui ne seront pas sans effets historiques sur la civilisation judéo-chrétienne, je ne vois rien à retrancher à ce que je disais à François-Xavier Bellamy dans notre dialogue.

EUROPA: EINE REISE IN SIEBEN STATIONEN



Von Alexander Smolczyk

Gortyn liegt abseits der Nationalstraße 97, ein Ruinenfeld im Süden Kretas. Die Olivenbäume stehen unförmig wie alte Tropfkerzen, auf- und abschwelend das Sägen der Zikaden. Hier fing es an. Es muss der gleiche Harzgeruch gewesen sein, das gleiche Licht. Als weißer Stier getarnt hatte Zeus, der Göttergott, die Prinzessin Europa aus Sidon, vom anderen Ufer des Mittelmeers hierher nach Gortyn geschleppt. Was dann geschah, beschreibt eine Hinweistafel der griechischen Forstbehörde, befestigt an einer Platane: "...hatte Zeus hier Geschlechtsverkehr." Unter ebendiesem, seither immergrünem Platanus Orientalis.

Sidon, die Heimatstadt der Europa, wurde im letzten Libanonkrieg zerbombt. Es ist schwer, in Gortyn noch jemanden zu finden, bei dem der Name "Europa" noch Leidenschaft erweckt und nicht nur die Erinnerung an einen sodomitischen Akt. "Wer Europa liebt, der liebt das Geld", sagt dunkel die Wächterin der Platane, Antonia Papadaki. Es gab eine Zeit, da war es cool, sich nach Europa zu benennen. Kein Städtchen in Bulgarien, Griechenland, Portugal, in dem sich nicht ein "Café Europa" oder eine Autowerkstatt "Europa 2000" gefunden hätte. Wäschereien, Bordelle, Gemüseläden, Sprachschulen, alles nannte sich so. Das hat sich geändert.

"Europa" steht zur Jahreswende ziemlich nackt da, aber nicht mehr sexy.

Der stolze Begriff ist zu dem zusammengeschrumpft, was die Angelsachsen ein Vier-Buchstaben-Wort nennen und damit nicht den Euro meinen. Gleichzeitig setzen Nichteuropäer zu Zigtausenden ihre Haut daran, einen Fuß auf diesen Kontinent zu bekommen.



Erstmals wird die Europäische Union von zwei langdauernden Krisen gleichzeitig geprüft, von ihren Finanzen und ihren Flüchtlingen. Das ist eine neue Situation für das alte Projekt. Es wird ernst.

"Die Politiker haben uns verraten", sagt, nun wieder heiter, weil auf sicherem Terrain, Antonia Papadaki. Ob man denn wisse, fragt die Wächterin, dass neben der besagten Platane die erste Agora der Insel entstanden sei, der freie Platz der Bürger? So erwuchs aus einer Zwangsliebe die Öffentlichkeit, der Handel, das Gespräch, das bürgerliche Miteinander. Auch sei, fügt sie hinzu, hier ein Gesetzeskodex ausgegraben worden, einer der ältesten des Kontinents. Darin finden sich Aussagen zu Verführung, Ehebruch, Vergewaltigung, die Zeus noch göttlich egal waren. Mit in Stein gekerbten Sätzen wie: "Wenn ein Sklave kommt und eine Freie heiratet, sollen ihre Kinder frei sein."

So begann in Gortyn auch, weswegen junge Russen und Whistleblower einige Tausend Jahre später die EU aufsuchen: die Rechtssicherheit der freien Bürger.

Und was ist geblieben? Es mag reizvoll sein, sich aufzumachen, zur Besichtigung im Warp-Modus einer chinesischen Reisegruppe. Sieben Länder in zwölf Tagen, nur mit Block und iPhone ausgestattet.

Die Route spielt keine Rolle. Europa lässt sich von Gortyn aus erzählen, von Rom aus oder von Athen, von Berlin, Paris, Santiago de Compostella. Vom Rand oder aus der Mitte heraus. Man könnte in Weimar beginnen oder auch in Buchenwald, wie es der Schriftsteller Jorge Semprún vorgeschlagen hat. Europa besteht aus vielen Erzählungen. Sie beziehen sich aufeinander und inzwischen so sehr, dass es ziemlich egal ist, wo die Reise beginnt.

Europa ist ein Kontinent ohne klare Grenze und geologische Gestalt, offen zum Rest der Welt und ohne eine Vorstellung, was und wer er wirklich ist.

Mehr ein Inkontinent, dieses Gebilde, auch im schönen Doppelsinn: nicht ganz dicht, mit seinen offenen Grenzen und inkontinenten Staatskassen.

Kretas Flughafen für Billigflieger heißt Chania und liegt direkt am Meer. Angeblich sollte er als Notlandeplatz für die Spaceshuttle-Missionen dienen. Das Meer ist eine Riffelglasscheibe. Es ist das gleiche offene Meer, über das sich, lange nach Zeus, andere auf die Reise gemacht haben. Sterbliche diesmal und in einem Beiboot.

Sie gerieten in Seenot und trieben hier irgendwo mehrere Tage manövrierunfähig vor Kretas Küste.

"Schließlich schwand uns alle Hoffnung auf Rettung. Wir waren im ganzen 276 Menschen an Bord." Die Schleuser hatten beschlossen, die Passagiere zu töten, "damit keiner schwimmend entkommen könne". Aber einer, wohl ihr Hauptmann, habe es verhindert, so einer der Überlebenden: "Er befahl, dass zuerst alle, die schwimmen konnten, über Bord springen und an Land gehen sollten, dann die Übrigen, teils auf Planken, teils auf anderen Schiffstrümmern. So kam es, dass alle ans Land gerettet wurden."

Der Bericht über diesen Vorfall findet sich nicht auf der Homepage von [Frontex](#). Er steht im [Evangelium nach Lukas](#).

WROCLAW

Von Kretas Flughafen Chania geht ein Direktflug nach Wroclaw alias Breslau, der Kulturhauptstadt Europas 2016.

Dort sitzt an manchen Tagen in einem der Altstadt-Cafés schreibend eine Frau in rotem Petit-Pois-Kleid, mit Kulleraugengesicht und am Oberarm einem Ratten-Tattoo.

Nadia Szagdaj schreibt Krimis. Filme macht sie auch, spielt Cello und hat sich am Konservatorium zur Mezzosopranistin ausbilden lassen. Aber vor allem sitzt die 31-Jährige am Alten Markt, macht sich Notizen zur Welt und schreibt niederschlesische

Kriminalromane. Ihre Heldin heißt Klara Schulz - "nach Clara Schumann, meiner Lieblingskomponistin" - und ist Ermittlerin im Breslau der Jahrhundertwende.



"Wroclaw oder Breslau, das ist mir egal. Ich liebe meine Stadt...", sagt Nadia Szagdaj. Und ergänzt: "Nicht mein Land."

Vermutlich hat sich kein Land durch Mauerfall und EU so sehr verändert wie Polen. Für Nadia Szagdaj sind "Schlesien" und "Europa" keine Kampfbegriffe mehr, sondern so selbstverständlich wie Heimat.

Sie sagt, was einer Generation vor ihr nie über die Lippen gekommen wäre: "Ich bin zunächst Niederschlesierin, dann Europäerin, dann Polin."

Wobei sie mit "Polen" vor allem bornierte Parteipolitiker in Warschau und die Kirche verbindet: "bevormundend, homophob, heuchlerisch und antisemitisch bis in die Sonntagspredigt hinein".

Nadia Szagdaj erzählt von den Neunzigern, als ihre Eltern die Familie in den Polski-Fiat gestopft hätten und nach Europa gefahren seien. Spanien, die Niederlande, Rom.

"Europa war für mich etwas, aus dem die Leute wiederkehrten und gelernt hatten zu lachen." Wie bitte? "Ich sage nur, wie es war. Die Leute fingen an zu reisen, und die Stadt veränderte sich. Es war grau, dann wurde es bunt."

Wroclaws Bürgermeister gilt als Meister des Förderantrags und ist gerade zum dritten Mal wiedergewählt worden. Gebäude um Gebäude wird restauriert, der alte Bahnhof, das Polizei-Hauptquartier am Ring, die Goldmosaik am Kaufhaus 'Phoenix'. Die polnischen Autobahnen sind inzwischen deutscher als in der Bundesrepublik.

Letztlich waren es aber die "Polish plumbers", die das Land verändert haben.

Handwerker hatten als Erste verstanden, dass man nicht lange auf Brüsseler Direktiven warten muss, sondern besser in den nächsten Flieger steigt und Geld verdient.

Zehntausende haben sich mit ihrem Fiat Polski oder Ryanair, aber immer mit Werkzeugkoffer aufgemacht in die Midlands oder ins Schwäbische. Sie klempnerten, putzten, schweißten, mauerten und schippten.

Sie machten das, was Neubürger machen: ihre Chance suchen und zupacken.

Viele blieben im Ausland. Andere kamen zurück und eröffneten irgendein Geschäft.

"Das hat die Stadt weiter verändert", sagt Szagdaj. "Allerdings gibt bei uns kaum noch Handwerker. Die Lücke füllen jetzt die Ukrainer."

Fernbusse und Billigflieger sind Europas Trambahn geworden. Man nimmt sie zur Arbeit, in Cork, London, Stuttgart. Es ist ein Hin und Her. Hin zur Arbeit die einen, her die anderen, um in Rom, Breslau, Berlin, Thessaloniki die Innenstädte volllaufen zu lassen.

"Ameisenströme" hat der Autor Karl Schlögel diese molekularen Prozesse genannt, die Europa, weit unterhalb der Ratssitzungen, am Leben halten.

In jeder Grenzregion ließe sich erzählen, wie auch bildungsferne Schichten kreativ mit dem Sozial- und Wirtschaftsraum Europa umgehen. Der Polenmarkt jenseits der Oder als konkrete Utopie.

Man kann Europa mit der Seele suchen oder mit dem Hartz-IV-Scheck in der Tasche. Beides ist gleichermaßen legitim.

BUDAPEST

Europa ist von Passagen durchzogen, von Wegen, die in die Landschaft eingeschrieben sind wie Geschichten. Jeder Schritt ein Buchstabe. Manche gibt es schon länger als den Buchdruck, manche womöglich länger als die Sprache selbst.

In den Alpen finden sich Passrouten, die zuerst von Tieren angelegt wurden. Passagen sind die Gewohnheiten einer Landschaft. Man mag sie mögen oder nicht. Sie sind da, wie Trampelpfade in den Grünanlagen, und es gibt kein Wegerecht an ihnen.

Die drei Bahnhöfe Budapests waren Knotenpunkte der modernen Transitwege.

Wer sich von Syrien, Pakistan oder Afghanistan nach Europa aufmachte, der landete irgendwann, mit etwas Glück, an einem Bahnhof in Buda oder in Pest.

Der Mittelmeerhistoriker Fernand Braudel nannte Wanderungen eine zivilisatorische "Unentbehrlichkeit". Wer sich auf den Weg macht, aus freien Stücken, ist vermutlich neugierig, flexibel, lernbegierig, kreativer, fähiger zur Improvisation als ein Stubenhocker. Abgesehen von den Sprachfähigkeiten.



Vielleicht war auch der Mauerfall eine Form von Massenflucht, eine Immigration auf der Stelle. Es waren nicht die Schlechtesten, die sich nach 1989 vom alten System lösten und ihren Weg fanden, bis ganz nach oben.

Für die Philosophin Agnes Heller sind die Flüchtlingsströme der Gegenwart eine Reifeprüfung für die EU: "Europa ist, anders als die USA oder die Schweiz, eine Gemeinschaft der Nationalstaaten, keine Union der europäischen Völker. Das ist ein großer Unterschied. Denn Nationalstaaten können Fremde nicht integrieren, ohne sie zu assimilieren."

Agnes Heller spricht und denkt in vier Sprachen, sie rollt ihre R und verteilt die Ä-Umlaute freigiebig. Eine kleine, sehr lebendige Dame von 84 Jahren, die darauf achtet, dass ihr Haar richtig sitzt, und der im Deutschen nur eine einzige grammatikalische Ungenauigkeit unterlaufen wird: "Fußnöten! Alles in der Universität dreht sich nur noch um Fußnöten, nicht ums Denken, entsetzlich!"

Darüber kann sie sich aufregen. Mehr als über die Sticker, die kürzlich an ihrer Bürotür klebten: "Juden, die Universität gehört uns, nicht euch!"



Heller hat die großen Tragödien des vergangenen Jahrhunderts am eigenen Leibe erfahren. Ihr Vater kam in Auschwitz ins Gas, sie und ihre Mutter wurden gerettet. Heller promovierte noch bei der Philosophielegende Georg Lukács, lehrte in Australien, bekam den Hannah-Arendt-Lehrstuhl in New York.

Ihre Wohnung ist ein Neubau über dem Donauufer, elegant, mit wenigen Büchern und auf dem Balkon einem großen Koffer. Agnes Heller hat im Kopf, was sie braucht. Sie ist immer auf dem Sprung.

"Europa ist eben ein schwerer Kontinent", sagt Heller. Der erste Weltkrieg sei die Ursünde gewesen: "Vorher gab es den proletarischen Internationalismus, ein kosmopolitisches Bürgertum. Dann, im Juli 1914, siegt der Nationalismus innerhalb von zwei Tagen. Alles fing da an. Kein Nazismus, kein Stalinismus ohne den Ersten Weltkrieg."

Jetzt wird sich zeigen, ob Europa sich von dieser Erbsünde erholen konnte.

Eine Tür knallt, ein Wolkenbruch lässt das andere Donauufer im Grau verschwindet.

"Omnis determinatio est negatio", sagt die alte Dame. "Spinoza, wie Sie wissen." Jede Verneinung ist die Bejahung von etwas.

"Wenn Europa nicht Verdun ist und nicht Auschwitz, dann ist das eine Aussage, wenn auch ohne positiven Inhalt." Frankreich und Deutschland würden in absehbarer Zeit keinen Krieg gegeneinander führen: "Das ist nicht so wenig. Aber letztlich gibt es kein Europa, solange kein Kind keine Antwort auf die Frage weiß: Was bedeutet es für dich, Europäer zu sein?"

Die grundlegende Identität sei national geblieben, leider.

Und was wäre ihre Antwort auf diese Kinderfrage?

"Europa ist das Mittelmeer. Dort ist Athen, dort ist Rom, dort ist Jerusalem", sagt Heller.

"Man kann Europa nicht ohne Israel und ohne die Bibel denken. Das Narrativ Europas sind die Bibel und die griechisch-römische Geschichte, samt deren politischen Institutionen."

Gortyns Gesetzestafel also und der schiffbrüchige Apostel Paulus vor Kreta.

LONDON

Am Flughafen Heathrow stehen die "Immigration-" und "Visa UK"-Schalter in langen Reihen, einschüchternd und unmissverständlich: Wer hier ankommt, kommt von sehr weit weg, und wenn er nur eine Tunnellänge entfernt wohnt.

Martin Roth ist immer noch irritiert, wenn seine Sekretärin ihm einen Besuch aus Brüssel mit "the gentlemen from oversea" meldet. Er sitzt im Innenhof des 'Victoria & Albert Museum', ringsum plapperndes Besuchergewusel. Er ist hier der Direktor. Ein Schwabe aus Leonberg als Chef einer der britischsten Kulturinstitutionen.

Das 'Victoria & Albert' liegt in South-Kensington, dem London von London. An jeder Ecke die Botschaft: Hier ist Metropole und sonst nirgends. Rom und Paris sind Museen, Berlin mag sexy sein, aber, mal seriously - Metropole ist nur hier.

Golf-Araber sitzen in Shisha-Cafés, Oligarchen-Erbinnen mit teurem Akzent, und gleich um die Ecke haben sich auch die Flicks ein Pied-à-terre zugelegt, für eine Viertelmilliarde Pfund, heißt es.



Roth bestellt sich ein Käsebaguette. Er sagt: "Ich bin Jahrgang 1955 und damit gleich alt wie Frank-Walter Steinmeier, der Außenminister. Unsere Generation wollte alles sein, nur nicht deutsch. Es gab keine Rollenvorbilder. Meinen Mathelehrer hatten sie noch als 17-Jährigen

mit dem Fallschirm über Montecassino abgeworfen. Das war Westdeutschland in den Siebzigern. Wir wollten nur raus."

Raus nach Südfrankreich, Gauloises rauchen, raus über den Brenner nach Venedig und mit dem Interrail-Ticket nach Griechenland, den "Zorbas" als Taschenbuch im Rucksack.

"Europa ist für mich dringend notwendig gewesen", sagt Roth. "Und ist es noch."

Inzwischen hat es über eine Million Erasmus-Stipendien gegeben. Ein Deutscher leitet das königliche 'V & A' und mit Ian MacGregor bald ein Briten das Humboldt-Forum im Berliner Schloss.

"Egal ob Studium, Jobs, Partnerschaften, Kultur: Auf den meisten Ebenen sind die Leute weiter als die Politik, was das Europäische angeht."

Roth ist ein Mensch von erstaunlicher, ja amerikanischer Energie. Die Ausstellung zu Alexander McQueen, dem Modedesigner, hat gerade einen Besucherrekord gebrochen. Am 9. Dezember hat Roth die neue Europa-Abteilung eröffnet.

"Wir arbeiten hier im Team mit Dutzenden von Nationen, in Dutzenden von Sprachen", sagt Roth. "Hier treffe ich die Kinder und Enkel der Exilanten, und wir arbeiten miteinander. Da reden wir auf einem ganz anderen Level über Europa als in Mailand oder München, historisch gesehen und in der Alltagspraxis."

Aber ist "Europa" noch eine sinnvolle Kategorie in seiner Branche, wo Sammler, Publikum, Kuratoren längst global handeln? "Ich habe einmal öffentlich gesagt, der internationale Kunstmarkt sei eine Geldwaschanlage. Und wir Museumsdirektoren sind die Clowns am Rande. Niemand hat dagegen protestiert. Nur ein Clown schickte einen Brief handgeschrieben: Ich möge bitte seinen Berufsstand nicht verunglimpfen."

Auf der Biennale in Venedig hat ein Schweizer für den isländischen Pavillon eine gotische Kirche zur Moschee umfunktioniert. Für Roth ist genau das der Beweis für die Lebendigkeit Europas. Ein Kontinent, der sich nicht geografisch bestimmt, sondern als Konzept und Idee. "Ich zeige Ihnen etwas, was in dieser Sammlung für mich die Idee von Europa darstellt."

Roth hat sein Baguette beendet und führt schnellen Schritts durch die Besucherströme in den ersten Stock des Museums.

Es ist die Sammlung der Gipsabgüsse. Hier stehen dicht an dicht der David Michelangelos aus Florenz, die drei Grazien, in zwei Teilen die Trajans-Säule vom Forum Romanum. Als Kopien schon so alt, dass sie Patina angenommen haben.

Roth geht zum hinteren Teil des Saals: "Voilà!" Das Portiko der Kathedrale von Santiago di Compostella. In Originalgröße, kunstvoll abgegossen. Der Zieleinlauf eines sehr alten europäischen Pilgernetzes, aufgestellt zwischen Festland und Ozean: ein Tor zur Welt.

BRÜSSEL

Von London St. Pancras bis zum Brüsseler Nordbahnhof sind es nur zweieinhalb Stunden. Im Sommer lag das Europaviertel für kurze Zeit entvölkert, wie erschöpft von all den Varoufikiaden und allerletzten Notsitzungen. Längst sind "die Europäer", wie sie in Brüssel genannt werden, wieder zurück.

Vor der Kommission steht ein Touristenbus, und man macht noch schnell ein Selfie: "Ich vor dem postdemokratischen Exekutivföderalismus".

Einige Straßen weiter, vor der Börse zeigt sich das andere, inoffizielle Brüssel. Einige Boulevards sind vom Verkehr befriedet worden. Die Brüsseler benutzen den Börsenplatz als Agora. Wenn es warm genug ist, wenn nicht gerade die Ausnahme verhängt ist, picknickt,

krakeelt und klumpt hier das Volk. Gaukler spreizen sich, Schnorrer, Dandys aus dem Senegal. Quasi-Burkas und Quasi-Nackte, Omas in Minis und mitten drin, irgendwohin versunken, eine Lesende.



Alexander Smoltczyk

Dann ist es, als wolle sich, jenseits der Sitzungsperioden, noch ein anderes Europa zeigen. Ein kosmoprolliges Gemix aus Eingewanderten und 'petits blancs', Sozialhilfe-Rebellen, Leute, die sich ein Leben vorgenommen haben und keinen Grund sehen, sich darin von irgendjemandem abbringen zu lassen. Vielleicht hauen sie sich demnächst die Köpfe ein. Jetzt flanieren sie wie freie Bürger. Ganz anders und ganz ähnlich, wie lange vor ihnen auf der Agora in Gortyn.

Womöglich sind beide Brüssel doch eine Stadt. Dieses Gewimmel und das so entrückte EU-Europa. Denn ohne all die Sitzungen gäbe es keine offenen Grenzen.

Ohne all die Delegationstreffen keine Rechtsgleichheit und keine Wahlmöglichkeiten von Waren und Lebensentwürfen.

Das eine ist der zu Klauseln gefügte Kompromiss, das andere ist der gelebte Kompromiss als alltägliches, lästiges Miteinander.



Das Wort "Europa" soll aus Altgriechisch eurys und ops gebildet sein: weite Sicht. Das wäre das genaue Gegenteil von dem, was derzeit im Namen dieses Namens betrieben wird.

Aber all diese Verhandlungen und Ministerstatements können nur so an die Nerven gehen, weil sie uns angehen. Weil es europäische Innenpolitik ist und nichts fürs Auswärtige Amt. Wann zuvor hätte man sich in Breslau für die Mehrheitsverhältnisse im Athener Parlament interessieren müssen? Es ist unser Problem. Jede Sitzung in Brüssel oder Straßburg, auch jede gescheiterte spinnt ein Netz weiter. "Omnis negatio confirmatio", würden Baruch Spinoza und Agnes Heller jetzt sagen. Jede Verneinung ist die Bejahung von etwas.

RIGA

Norden und Süden. Der Backstein in Riga ist das Gegengewicht zum Muschelkalk von Montpellier und Cordoba oder zum römischen Travertin. Abgewetzt ist das Granitsteinpflaster in Riga und so gewellt, dass man mit jedem Schritt sein Gleichgewicht finden muss, dazwischen glänzende Trambahnschienen und überall in der Altstadt die Schreie der Möwen.

Über dieses Pflaster ging vor zwei Jahrhunderten Graf Hardenberg, hier schrieb er seine Denkschrift "Über die Reorganisation des Preußischen Staats, verfasst auf höchsten Befehl Sr. Majestät des Königs".

In Riga, geschützt vor dem Despoten Bonaparte, ließ es sich über "eine Revolution im guten Sinn" schreiben: "Gerade hinführend zu dem großen Zwecke der Veredelung der Menschheit, durch Weisheit der Regierung und nicht nur gewaltsame Impulsion von innen oder außen."

"Die Wahrheit verträgt keine Schminke", schrieb Hardenberg. "Die Wahrheit muss Furcht einjagen", sagt Galina Timschenko. "Furcht und Respekt." Deswegen hat sie ihre Internetzeitung "Medusa" genannt, nach der schlangenköpfigen Halbgöttin Griechenlands. Weil die Wahrheit in ihrer Heimat Russland nicht respektiert wird, hat auch Galina Timschenko Zuflucht in Riga gefunden. Vom sicheren Rand Europas aus schickt sie Nachrichten nach Russland. In der vagen Hoffnung, dass auch Wladimir Putin vor Scham versteinert, wenn er nur die Wahrheit ungeschminkt zu Gesicht bekommt.



Auch Russland gehört zu Europa, nur will es davon gerade wenig wissen. "Den wenigsten unserer Leser ist klar, dass wir gar nicht in Moskau sitzen", sagt Timschenko.

Sie und ihre Redaktion - bärtige Brillenträger mit tätowierten Unterarmen vor Mac-Schirmen; die meisten verdanken ihr Englisch billigkopiertem DVD-Kino - haben Quartier in der ehemaligen Wohnung eines Schachweltmeisters genommen. Sieben Zimmer einer hanseatischen Bürgerwohnung mit Grätenparkett für 800 Euro Miete. In nur zwei Tagen ließe sich in Riga eine Firma anmelden.

Vor allem aber: "Wir müssen hier keine Angst haben, dass der Staat unter dem Druck der Oligarchen die Regeln ändert. Es ist nicht wie in den Zwanzigern. Wir sind hier in keiner anderen Welt." Riga sei nicht so anders wie Moskau oder Sankt Petersburg - "nur besser zusammengefügt", sagt Galina Timschenko. Deswegen sei sie hier.

"Europa ist wie zu Hause. Aber es funktioniert besser." Man muss schon ziemlich weit nach Nordosten fahren, in die Backstein-Hansehäuser der baltischen Republiken, um diesen Satz zu hören.

Mitten in Riga, in der Moskauer Vorstadt, steht auch eine Steinwand. Mit tausend vertraut klingenden Namen. Mira Sigelbaum, Mosus Sigelbaum, Benjamin Silbermann, Israel Silberbrand, Jette Silber, Joseph Silber, Jossel Silber undsoweiter und weiter und weiter. Ein schwerer Kontinent. Auch in Brüssel hatte eine Mahntafel gehangen. Und auf Kreta, so wie auf jeder noch so kleinen griechischen Insel. Überall Tafeln, Gedenksteine, Gräber. Wohin man auch schaut, Inschriften mit vertrauten Namen oder Worten.

Es gibt kein Neuland. Wir waren schon hier. Und man ahnt wieder, dass Europa auch ein großes Nichtmehr ist, und spürt, wie auf diesem Kontinent eine Schuld lastet, die nichts mit Euromilliarden zu tun hat.

MARSEILLE

Das Klopfen der Stahlwanten an den Mästen, das Schattenspiel auf den Rinden der Platanen, ein Licht, das einem die Augen zusammenkneift. Dieselbe Sonne in Algier und Marseille, dieselbe Leichtigkeit, derselbe Anti-Granit. Aber auch hier ein "Memorial der Todeslager".

Direkt neben dem so neuen und strahlenden "Museum für die Zivilisationen Europas und des Mittelmeers".

Was für ein Kontinent. Marseille war Europas Kulturhauptstadt 2013. Jetzt ist das Fort Saint Jean am Hafen zum Kulturenmuseum geworden, wo erklärt wird, dass "Getreide, Monotheismus, Bürgerrecht, Reisen und Entdeckungen" die großen Eigenschaften dieser Zivilisation sind.

Europa, so die Botschaft, ist das Mittelmeer, und dies von Anfang an, seit Zeus sich seine levantinische Prinzessin holte.



Mit dem Mittelmeermuseum hat sich die Drogen- und Delinquentenstadt ein neues Gesicht gegeben. Eine Tram hat den Autoverkehr um die Canebière zivilisiert. Komplett gescheitert ist dagegen der Versuch, unter dem Zeichen Kultureuropas die Armen aus der Innenstadt verschwinden zu lassen.

Am Cours Belsunce läuft weiterhin die Welt vorbei. Malier mit Wollmützen hocken zum Palaver auf dem Pflaster, schwarze Mamas mit roten Medusenzöpfchen, eine Rentnerin in enger Nylonhose: "Ich zahle die Pizza später, Momo." Momo wie Mohammed.

Auf einem Fleck so viele Unterschiede, dass es sinnlos wäre, sich um sie zu kümmern. Eine Gemeinschaft der Armen, der Lebenskünstler, Kampfhund-Ladys und Durchwurstler, der Großmäuler, Trickser, Schlampen und Schönen, der stolzen Verlierer, Ohrfeigengesichter und Nischen-Genies. Mag sein, dass die Wärme das Bild schönert, das Licht und die verlebten Fassaden. Aber auch das: ein Traum von Europa.

Am alten Hafen gibt es die Buchhandlung "L' Odeur du Temps". Sie wird betrieben von Roland Alberto, dem Sohn eines italienischen Maurers und so trocken, dass er wochenlang mit einem Regalmeter Bücher und einer E-Zigarette überleben könnte. Deutsche Philosophie hat Alberto studiert und seinen Buchladen nach den Prinzipien von Gottfried Wilhelm Leibniz aufgebaut: "Ein Minimum an Elementen und ein Maximum an möglichen Beziehungen."

Hier liegen Eça de Queiroz neben Petrarca und der neuesten Ausgabe der Zeitschrift "Esprit" zu "Habermas, dem letzten Philosophen". Europäisches Herzland, dieser Ort. Dennoch würde sich der Buchhändler niemals zu einem Bekenntnis zu Europa versteigen. Hat nicht Zeus zu dem Thema alles gesagt? "Fuck Europa."



Roland Alberto sagt: "Ich liebe die Alpen, nicht den Kontinent. Europa, das sind die Alpen, oder?" Dann erzählt er von der literarisch-künstlerischen Boheme in Marseille. Von seinem Freund Mika Biermann, dem Deutschen, der sein Französisch in den Gettos der Nordviertel gelernt hat und jetzt - auf Französisch - seinen sechsten Roman veröffentlichte. Bei Pol, einem der angesehenen Literaturverlage des Landes.

So wie es Transgender gibt, gibt es auch Transnationale. Menschen, denen plötzlich gewiss wird, am falschen Ort geboren zu sein. Manchmal erst sehr spät, aber immer ohne jeden Zweifel. Sie wissen, dass sie nach Cordoba gehören, nach Finnland oder Cork und nicht nach Bielefeld.

Dann fahren sie los. Die fremde Sprache fliegt ihnen zu, ihre Gesten und Bewegungen wandeln sich, mancher denkt nach kurzer Zeit mallorquinischer als jeder Spanier, deutscher als ein Deutscher, beginnt bretonisch zu empfinden, obwohl in Sindelfingen geboren oder Lodz.

Europa ist für diese Transnationalen da. Es erlaubt, ein Anderer zu sein, ohne auf die Sozialversicherung zu verzichten. Seit es die EU gibt, ist es einfacher, anders man selbst zu sein.

Es ist egal, wo die Reise anfängt, es ist egal, wo sie endet. Man kann Europa von Rom aus denken oder von Athen. Oder von einer Wohnung am Donauufer aus, wo eine alte Dame ihre R in vier Sprachen rollt. Europa ist die bürgerliche Sicherheit in Rigas

Backsteinmauern. Das ist der offene Hafen von Marseille, die jahrtausendalte Liebe zum Süden, nicht nur in Kreta. Das ist der Brüsseler Kompromiss und das Spinoza- Zitat in Budapest. In Polen, Lettland, Ungarn wird Europa noch für bare Münze genommen, in Griechenland als Zinsknechtschaft gespürt und von London aus belächelt. Alles eins.

Europa kostet und ist mühsam. Europa ist ein Museum, zu sperrig und kompliziert, und es ist ein Ort, wo sich junge Russen die Freiheit nehmen, die sie meinen.

Europa ist Babylon und Lampedusa und Eldorado. Es ist eine einzige Zumutung, eine Enttäuschung, mit hohlen Reden und Non-Papers, Nationallobbyismus, Ratsvorlagen, Kommissionsentwürfen.

Europa ist all das in hohem Maße. Ungemein wertvoll, leider verletzt und ungemein zerbrechlich.

IMPRESSUM

Autor: Alexander Smolczyk

Storytelling: Jule Lutteroth

Karte: Michael Niestedt

Programmierung: Chris Kurt, Dawood Ohdah

Fotoredaktion: Oliver Schmitt

Schlussredaktion: Sebastian Hofer

134,107

Merkel: Germany Strong Enough to Handle Migrant Influx

Chancellor in New Year speech expresses confidence country can benefit from integrating so many people

By **ANDREA THOMAS**

Dec. 30, 2015 6:00 p.m. ET

BERLIN—Germany must stand together as the country faces big challenges due to the record influx of migrants, said Chancellor Angela Merkel, expressing confidence that Europe's largest economy can benefit from it and is strong enough to master the task.

"There is no doubt, the influx of so many people will demand a great deal from us. It will cost time, strength and money—particularly with regards to the important task of integrating those who will stay here permanently," Ms. Merkel said in a released advance copy of her New Year address to be televised on Thursday evening.

She said Germany must learn from past mistakes and anybody who wants to live in Germany must respect German values, traditions, law and language because these are preconditions for a good cohabitation marked by mutual respect.

"I am convinced: If we get it right, the current big tasks arising from the influx and integration of so many people are an opportunity for the future because we have a great civic engagement and a comprehensive concept of political measures," she said. "A country has always benefited from a successful immigration—economically as well as socially," she said.

Roughly one million migrants fleeing war, persecution and poverty in the Middle East, Asia and Africa have been registered in Germany this year, five times more than last year and the highest level since the end of World War II.

The migrants have been welcomed in Germany by many volunteers providing food, clothes and other support. But recent opinion polls also suggest that many Germans are critical of government's decision to open the country's doors to hundreds of thousands of migrants.

In her speech, Ms. Merkel said she is working toward securing the European Union's external borders, turning illegal into legal migration and fighting the root causes of migration to reduce the number of new refugees "sustainably and notably."

She also urged Germans not to give in to attempts that aim to divide the society into old and young, poor and rich, longtime inhabitants and new arrivals.

"It's important not to follow those who claim—with coldheartedness or even with hatred in their hearts—that only they know what it is to be German and (not to follow) those who want to exclude others," she said.

"It's important that we remain in future a country where we are self-confident and free, compassionate and open-minded."

In a move that highlights Germany's attempts to improve the integration of migrants, Ms. Merkel's New Year speech will be available on the public broadcaster ZDF's website with Arabic and English subtitles shortly after the transmission scheduled for 7:15 p.m. local time.

Write to Andrea Thomas at Andrea.Thomas@wsj.com

134,108

Consigny - Le débat sur la déchéance de nationalité, une manoeuvre politicienne

Le président joue avec la Constitution. Un jeu dangereux qui ne résout en rien le problème posé par ces Français qui attaquent la France.

PAR CHARLES CONSIGNY

Publié le 30/12/2015 à 17:09 - Modifié le 30/12/2015 à 17:39 | Le Point.fr



Samy Amimour et Bilal Hadfi. Le premier faisait partie du commando du Bataclan, le second de celui du Stade de France. Tous deux étaient de nationalité française. © AFP/ ANDREJ ISAKOVIC

Une collectivité doit pouvoir décider de qui elle accepte, qui elle refuse et qui elle exclut. Elle doit pouvoir poser des limites ultimes dont le franchissement soit sanctionné le plus durement, par le bannissement du groupe. **Qu'un État décide de retirer sa nationalité à un de ses citoyens pour avoir franchi ces limites n'a rien de choquant. Cela relève de la souveraineté.**

Toutefois, ce n'est pas un État aveugle qui décide, mais l'attelage des pouvoirs exécutif et judiciaire, sur la base de lois qu'on peut toujours tordre. Ce sont des hommes soumis aux modes de leur temps et à leur propre ressentiment.

On peut considérer que les terroristes se revendiquant de l'État islamique, même nés en France, même s'ils ont grandi en France, sont des ennemis oeuvrant pour un pays étranger, d'une armée étrangère, et qu'en se retournant contre des Français, sur le territoire français, au nom d'une cause étrangère, ils trahissent leur patrie. Celle-ci se libère alors légitimement des liens qu'elle avait avec eux et, les prenant aux mots, aux actes, les considère comme des étrangers.

Comment des jeunes nés en France, ayant passé dix, quinze, vingt ans dans des établissements scolaires français, ayant eu accès à tout ce qu'offre notre pays, quasi gratuitement, en matière de santé, de transport, de culture, peuvent-ils s'enfoncer dans les ténèbres islamistes ? C'est un peu facile de les exclure sans s'interroger plus avant, sans les regarder comme des Français, sans essayer de comprendre les origines du mal. C'est comme dire qu'un meurtrier est un monstre : si c'est un monstre, on est tranquille, les humains ne font pas ça. Les humains ne tuent pas, ne torturent pas, ne violent pas. Pourtant, si : un meurtrier est un être humain, c'est ce qui nous saisit d'effroi. **Les terroristes qui frappent en France sont français, c'est ce qui doit nous inquiéter.**

Une technique pour déstabiliser l'adversaire

Après avoir joué la concorde à outrance, le président de la République feint aujourd'hui la fermeté contre le laxisme, l'intérêt général contre l'idéologie, le peuple contre le Parti socialiste. **En s'accrochant à la déchéance de nationalité pour les binationaux, y compris nés en France, coupables de crimes de terrorisme ou, comme le**

promet la réforme, "condamnés pour un crime constituant une atteinte grave à la vie de la nation", **François Hollande dérouté amis et ennemis**. Bouleversant le jeu politique, il s'installe au centre du débat, polarise l'attention des commentateurs et essaie de passer pour quelqu'un qui est au-dessus de la mêlée.

Comme d'habitude, il y a de sa part surtout de la tactique dans ces velléités de réforme constitutionnelle : **François Hollande fait de la disruption, selon le concept inventé par le publicitaire Jean-Marie Dru**. La technique, déjà employée par Nicolas Sarkozy lorsqu'il défendait le droit de vote des étrangers aux élections locales ou par Ségolène Royal lorsqu'elle proposait des camps militaires pour les jeunes délinquants, **consiste à piquer une idée à l'adversaire pour le déstabiliser et apparaître comme un responsable public capable de dépasser les clivages sur certains sujets fondamentaux**.

La Constitution, pourtant, si mal défendue, est la garantie des droits et des libertés des Français. Elle **ne doit pas être l'instrument de manoeuvres politiciennes**.

Quelles limites ?

Lutter contre le terrorisme ne nécessite pas de réformer la Constitution. Sinon, comment le Conseil constitutionnel aurait-il pu juger les assignations à résidence conformes au texte suprême, alors qu'il avait été saisi par des militants écologistes qui avaient fait l'objet, de manière manifestement abusive, de cette mesure que l'on croyait limitée à la lutte contre le terrorisme ?

Nous avons ainsi eu l'occasion de voir comment un dispositif spécial, que ses concepteurs présentent comme consacré à un objectif précis, peut voir son utilisation étendue à des domaines qu'il ne visait pas expressément, au bon vouloir de l'organe qui détient le pouvoir de le mettre en oeuvre.

Il en sera de même avec la déchéance de nationalité. Qu'est-ce qu'un "crime constituant une atteinte grave à la vie de la nation" ? Qui va définir cette notion ? En droit pénal, la tentative de crime est punissable comme le crime : visera-t-on les attentats, la préparation des attentats, les attentats ayant causé ou n'ayant pas causé de victimes physiques ? **Qu'entendra-t-on par "attentat", par "terrorisme" ? Quelles limites posera-t-on à l'application de cette mesure, alors que des députés socialistes n'ont pas hésité à proposer de manière délirante qu'elle s'applique aux exilés fiscaux ?**

La mère patrie doit rester la mère, quoi qu'il arrive, et une mère n'abandonne pas son enfant, quoi qu'il ait fait. **Ayons le courage de voir que les barbares du Bataclan sont nos enfants, ouvrons les yeux sur le fascisme qui monte dans les Molenbeek français, ne lui faisons aucune concession, mais ne jouons pas aux apprentis sorciers constitutionnels pour satisfaire à des manoeuvres politiciennes.**

134,110

Réformes : ce que ferait un entrepreneur

VIDÉO. Grande figure de la French Tech, Stéphane Treppoz, PDG de Sarenza, explique comment changer le destin de la France en six mois. Décapant.

PAR STÉPHANE TREPPOZ*

Publié le 30/12/2015 à 06:00 - Modifié le 30/12/2015 à 08:51 | Le Point



Stéphane Treppoz, PDG de Sarenza. © Bruno Levy/Challenges-Réa

J'écrivais, [il y a quelques semaines dans ces mêmes colonnes](#), mon souhait de voir le génie français se réveiller. Cri d'alarme pour que nous nous mobilisions afin de sauver notre pays d'un déclin continu qui se fait dans l'indifférence presque générale.

Lucidité

Notre situation est grave en comparaison de celle de nos voisins proches : chômage record dans la population et en particulier parmi les jeunes, croissance faible, dialogue social en panne, endettement au plus haut... Il est irresponsable de voir notre endettement augmenter tous les ans depuis quarante ans en raison de déficits budgétaires aussi abyssaux que chroniques : le déficit d'aujourd'hui, ce sont les impôts de demain et l'impossibilité, pour l'État, d'investir dans ses différentes missions ! Des déficits sans fin, c'est, à terme, un scénario à la grecque avec un défaut de paiement et une forte réduction - imposée de l'extérieur - des salaires des fonctionnaires, des retraites et des dépenses publiques. Pourquoi cela ne semble-t-il préoccuper que Bruxelles ? Trop peu de politiques français ont eu à gérer des découverts bancaires ou des entreprises en situation de difficulté de trésorerie pour comprendre que cela ne peut durer qu'un temps !

En période de disette budgétaire, pourquoi avoir 57 % de notre PIB affecté aux dépenses publiques alors que l'Allemagne fait tout aussi bien avec seulement 45 % ? L'écart de 12 points peut créer le choc libérateur dont notre économie a besoin pour être compétitive et relancer la machine à embaucher. In fine, moins de dépenses publiques, c'est moins d'impôts et donc plus de compétitivité pour nos entreprises (ce qui induit plus d'emplois) et de pouvoir d'achat pour les Français.

Dans un monde connaissant une révolution numérique aussi forte que fut la révolution industrielle à la fin du XIXe siècle, il faut être lucide sur les conséquences de l'« uberisation » de la société qui est en marche. En simplifiant, celle-ci peut permettre - mais sans le garantir ! - d'augmenter le revenu net du salarié autoentrepreneur s'il renonce à une partie de sa couverture sociale (santé, retraite...) tout en réduisant le coût du travail pour les employeurs via des charges allégées compte tenu de la moindre protection sociale à financer. En d'autres termes, on hypothèque l'avenir pour un meilleur présent. Irrésistible pour les plus vulnérables, mais est-ce bien ce qu'on veut pour la société française ?

REGARDEZ notre interview de Stéphane Treppoz à Futurapolis...

Des états généraux

Il faut encadrer ce processus de « réinvention de la France de demain » dans le calendrier le plus resserré possible tout en laissant à chacun le temps de s'exprimer. Des états généraux « trans »-courants politiques au premier semestre 2016 avec une mise en place des premières mesures à l'été 2016 pourraient être un bon compromis.

Si cela doit conduire à une union nationale politique pour mener ce train de réformes, n'hésitons pas. L'heure n'est plus aux calculs politiques. Elle est à la responsabilité collective sous les yeux de l'Histoire.

Nous devons poser un diagnostic sur ce qui marche et ne marche pas en France en partant d'indicateurs chiffrés nous comparant à ce qui se passe dans des pays aux modèles sociaux proches du nôtre comme l'Allemagne, les pays scandinaves ou le Canada. En résulteront des choix faits en conscience dont nous devons collectivement assumer les conséquences difficiles pour les Français. Des objectifs chiffrés seront fixés avec, au bout, une obligation de résultats. Il est indispensable qu'à l'issue de cette période « de sang et de larmes » se trouve l'espoir d'une France meilleure pour tous.

Penser à long terme

Afin de s'assurer que tout va dans le bon sens ou pour amender ce qui a été décidé si les résultats ne sont pas au niveau attendu, une clause de rendez-vous annuelle sera mise en place. Tout sera public pour que chacun s'approprie cette refondation de notre modèle de société. Si ce processus rappelle étrangement ce qui se fait en entreprise, ne soyez pas surpris. Cela a fait ses preuves, et j'arguerais que la France est « une entreprise à but non lucratif dont l'objet social n'est évidemment pas la recherche du profit mais de maximiser le bonheur de ses actionnaires qui sont également ses clients : nous, les Français ! »

Toutes les parties prenantes (citoyens, syndicats, dirigeants d'entreprise, politiques) devront faire preuve d'honnêteté intellectuelle en ne cherchant pas à préserver leur pré carré. En somme, penser à long terme.

Chacun devra accepter le principe du « donnant donnant ». Nous avons tous des droits mais aussi des devoirs vis-à-vis de notre pays. La seconde partie de cette proposition a été souvent oubliée. Il faudra faire en sorte que, si les devoirs ne sont pas respectés, il y ait une réelle sanction. Et s'il n'y a pas de devoirs en regard des droits, il faudra en créer quand cette absence produit des situations abusives. Nous pourrons être à nouveau généreux quand la maison France aura été remise en ordre et aura recouvré les moyens de son idéal de société.

Agir enfin

Il va falloir désormais agir. Vite. Les mesures à prendre doivent allier stabilité, simplicité, équité et éthique.

S'agissant des jeunes, l'unique priorité est de mettre au travail les 24 % qui sont au chômage (contre seulement 7 % en Allemagne). TOUT doit être fait pour simplifier l'emploi des jeunes en évitant l'effet d'aubaine pour les entreprises. S'il faut, en échange, accepter un salaire réduit en début de carrière, ne fermons pas la porte par idéologie.

S'agissant des actifs en recherche d'emploi et des bénéficiaires de prestations sociales, serait-il vraiment injuste qu'il y ait une contrepartie même symbolique en échange de ce qui est touché ? Il faut revoir à la baisse la durée et le plafond de l'indemnisation chômage en France. Il est, enfin, devenu indispensable de traquer impitoyablement les abus et fraudes aux prestations sociales de toute nature. C'est autant une question de morale et de ferment de cohésion sociale que d'argent.

S'agissant des retraités, Bernard Spitz a écrit un livre, *On achève bien les jeunes*, édifiant sur le « hold-up » qu'ont fait, à leur insu, les retraités actuels aux dépens des jeunes avec la coupable complicité des politiques par lâcheté électorale. Les retraités actuels ont infiniment moins cotisé par euro de retraite que les retraités à venir. Si on parlait d'un nombre limité de personnes, cela ne serait pas grave et pourrait être un choix politique. Mais il n'en est rien.

Deux conséquences à cela : nous n'échapperons pas à relever significativement la durée minimale de cotisation pour toucher une retraite à taux plein puisque l'espérance de vie gagne un trimestre par an depuis vingt ans (ce qui est une divine nouvelle pour nos retraités s'ils sont en bonne santé, mais une catastrophe pour nos finances publiques). Nous n'échapperons pas également à ce que les retraités actuels (à minima ceux qui sont aisés, et c'est sur la définition de ce seuil que le débat sera vif) voient leurs retraites être revalorisées significativement moins que l'inflation.

Supprimer l'ISF et les niches fiscales

S'agissant des plus fortunés, il me semblerait logique qu'on plafonne les remboursements médicaux au-delà d'un certain revenu par part fiscale, qu'on supprime les allocations familiales et le quotient familial pour ces mêmes foyers et qu'on abroge presque toutes les niches fiscales. À l'inverse, l'ISF doit être abrogé, car c'est un impôt devenu stupide à double titre : il a un taux marginal très supérieur à celui des placements sans risque et il a conduit à une expatriation fiscale substantielle qui prive l'État de recettes et la France de talents. Un bon impôt est simple à calculer, juste dans son assiette, raisonnable dans son taux, stable dans le temps, et il est collecté ! Un mauvais impôt incite à la multiplication des niches

fiscales pour le minimiser, voire à la fraude s'il est ressenti comme confiscatoire. Reprenons notre système fiscal avec cela en tête.

S'agissant de l'économie, tout doit être mis au service de la croissance.

S'agissant de l'État, quatre priorités : l'éducation, l'emploi, la sécurité et la justice.

Tout le monde va devoir faire preuve de plus de civisme et les sanctions seront plus dures : chasse à l'« oubli » de paiement de TVA et d'IS via la non-déclaration de recettes en espèces dans le commerce et l'immobilier par exemple, combat impitoyable contre l'optimisation fiscale des grands groupes qui est un crime au vivre-ensemble, lutte contre les fraudes aux remboursements de mutuelle et aux arrêts maladie de complaisance, réduction drastique de la dépense publique.

Un mandat unique pour les politiques

Éloignons des politiques les deux péchés originels qui nous ont amenés à cette situation critique : l'obsession de leur réélection et la possibilité de présenter sans fin des budgets chroniquement déficitaires. Imposons-leur un mandat unique non cumulable, quitte à en rallonger la durée. Ils ne devraient du coup plus avoir qu'une obsession : gérer au mieux pour avoir des résultats et pouvoir s'enorgueillir d'un bon bilan afin de retrouver ensuite un travail. Interdisons à un exécutif de pouvoir présenter un budget en déficit plus de trois exercices consécutifs (pour laisser la possibilité d'investir pendant trois ans avant de revenir à une saine gestion équilibrée).

Puisque nous sommes désormais citoyens d'un monde où la France n'est plus incontournable et régresse lentement mais sûrement dans le top 10 des grandes puissances économiques, exigeons qu'avant de prendre des fonctions nationales nos dirigeants politiques aillent s'immerger deux mois à l'étranger. Une semaine par pays pour comprendre ce que fait de bien et de moins bien que nous chacune des neuf principales puissances (États-Unis, Chine, Japon, Allemagne, Royaume-Uni...) avec lesquelles nous sommes en compétition serait sûrement instructive.

Enfin, comme probablement plus de 100 % des créations nettes d'emploi en France lors des prochaines années se feront en entreprise (on n'ose imaginer un nombre de fonctionnaires qui continue à augmenter), décrétons que tout politique doit, avant de prendre des fonctions nationales, passer un mois dans des entreprises de toutes tailles du secteur privé s'il n'y a jamais travaillé ou dans un service de l'État ou une collectivité territoriale s'il vient du privé.

Pour conclure, j'adore mon pays tout en souffrant pour lui. Je n'ai aucun problème à payer beaucoup d'impôts si cet argent est bien dépensé et je n'ai aucunement l'intention de partir pour l'étranger. Je souhaite juste que mes quatre enfants, et plus largement nos 15 millions de jeunes de moins de 18 ans, puissent dire un jour « merci de la France que vous nous avez laissée » plutôt que « thank you but no thank you » pour ceux qui seront partir vivre mieux à l'étranger. Je n'ai pas plus envie de voir les jeunes restés en France prendre la rue contre ces adultes qui ont tout vu venir et n'ont pourtant rien fait ! Ce n'est pas de la science-fiction. Mai 68 ne devait pas arriver non plus... C'est à nous d'agir pendant qu'il est encore temps.

134,113

Allemagne : 1,1 million de migrants accueillis en 2015

Cette année, le pays a franchi la barre symbolique du million de demandeurs d'asile. Face aux pressions, Berlin prévoit de limiter leur arrivée en 2016.

SOURCE AFP

Publié le 30/12/2015 à 16:58 | Le Point.fr



Des réfugiés arrêtés par la police à la frontière entre l'Autriche et l'Allemagne, photo d'illustration. © Copyright (c) 1998 Hewlett-Packard Company/CHRISTOF STACHE

1,1 million de migrants sont arrivés en Allemagne en 2015, selon le quotidien allemand *Sächsische Zeitung*, qui cite des chiffres gouvernementaux pas encore rendus publics. "1,09 million de réfugiés" ont ainsi été enregistrés entre début janvier et fin décembre en Allemagne, écrit le quotidien de Dresde (Est) dans son édition à paraître jeudi. C'est cinq fois plus qu'en 2014, lorsque le pays avait enregistré un peu plus de 200 000 demandes d'asile sur l'année. Le journal dit s'appuyer sur les "statistiques gouvernementales qui n'ont pas encore été rendues publiques", à savoir celles du système EASY qui comptabilise les migrants arrivant dans le pays et prévoyant d'y demander l'asile.

Le gouvernement pour sa part a toujours dit qu'il ne communiquerait pas sur les chiffres de 2015 avant début janvier. Une responsable régionale allemande, la ministre des Affaires sociales du Land de Bavière, limitrophe de l'Autriche et par où arrivent la quasi-totalité des migrants en Allemagne, Emilia Müller, a aussi fait état mercredi d'un chiffre de près de 1,1 million de demandeurs d'asile. "Nous avons plus que jamais besoin d'une limitation efficace de l'immigration que l'Allemagne ne peut pas durablement supporter", a-t-elle déclaré, alors que la chancelière Angela Merkel refuse à limiter le nombre d'entrées de manière unilatérale.

Durcissement de l'accueil

Le pays avait enregistré en novembre 964 574 migrants depuis le début de l'année. Rien qu'en novembre, 206 101 demandeurs d'asile supplémentaires avaient été répertoriés. En décembre, l'Allemagne a en revanche accueilli beaucoup moins de demandeurs d'asile que le mois précédent, écrit le *Sächsische Zeitung*, qui cite le chiffre de 117 000 migrants enregistrés jusqu'à mardi dernier. "4 000 personnes arrivent chaque jour", ce qui devrait porter le nombre de candidats à l'asile à "125 000 d'ici" le 31 décembre, poursuit le quotidien.

L'Allemagne, premier pays d'accueil en Europe, n'a cessé de souligner par la voix de sa chancelière que les pays de l'UE, très réticents à accueillir toujours plus de migrants, avaient un devoir moral envers les réfugiés fuyant la guerre ou la répression. Mais Berlin a fini par durcir par petites touches le traitement des dossiers des nouveaux arrivants pour tenter de réduire l'afflux. Soumise à de fortes pressions, notamment dans son propre camp conservateur, Angela Merkel s'est engagée à faire réduire ce nombre, mais dans le cadre d'une solution de contingents négociés au niveau européen et en liaison avec la Turquie, par laquelle passent la plupart des réfugiés.

134,114

DEC 30, 2015 11

Piketty vs. Piketty

J. Bradford DeLong

J. Bradford DeLong is Professor of Economics at the University of California at Berkeley and a research associate at the National Bureau of Economic Research. He was Deputy Assistant US Treasury Secretary during the Clinton Administration, where he was heavily involved in budget and trade negotiations. His role in designing the bailout of Mexico during the 1994 peso crisis placed him at the forefront of Latin America's transformation into a region of open economies, and cemented his stature as a leading voice in economic-policy debates.

French economist Thomas Piketty highlights the striking contrasts in North America and Europe between the Gilded Age that preceded World War I and the decades following World War II. In the first period, economic growth was sluggish, wealth was predominantly inherited, the rich dominated politics, and economic (as well as race and gender) inequality was extreme.

But after the upheaval of WWII, everything changed. Income growth accelerated, wealth was predominantly earned (justly or unjustly), politics became dominated by the middle class, and economic inequality was modest (even if race and gender equality remained a long way off). The West seemed to have entered a new era. But then, in the 1980s, these trends seemed to start shifting steadily back to the pre-WWI norm.

Piketty's central thesis is that we shouldn't be surprised by this. Our reversion to the economic and political patterns of the Gilded Age is to be expected as the economies of North America and Europe return to what is normal for a capitalist society.

In a capitalist economy, Piketty argues, it is normal for a large proportion of the wealth to be inherited. It is normal for its distribution to be highly unequal. It is normal for a plutocratic elite, once it has formed, to use its political power to shape the economy in a way that enables its members to capture a large chunk of a society's income. And it is normal for economic growth to be slow; rapid growth, after all, requires creative destruction; and, because what would be destroyed would be the plutocrats' wealth, they are unlikely to encourage it.

Since the publication of his book, Piketty's argument has come under ferocious attack. Most of the critiques are at best mediocre; they strike me less as serious acts of engaged intellect than reflections of the political and economic power of a rising plutocracy.

Out of this cacophony, however, two lines of criticism suggest that Piketty may be wrong, both with respect to the normal characteristics of a capitalist economy and where we may be headed when it comes to inequality.

The modern champion of the first line of attack is Matthew Rognlie, a graduate student at MIT, though his argument has a long and impressive pedigree. It can be found in, among other places, John Maynard Keynes's 1919 [*The Economic Consequences of the Peace*](#) and his 1936 [*The General Theory of Employment, Interest, and Money*](#).

Rognlie agrees with Piketty (as Keynes would) that the normal operation of capitalism produces a class that accumulates wealth, which, as a result, takes on a sharp-peaked distribution. But he disagrees about what happens next. Rognlie argues that the rising concentration of capital is to some extent self-corrective, as it produces a proportionately larger fall in the rate of profit.

Unequal wealth distribution, in this view, produces what Keynes called “the euthanasia of the rentier, and, consequently, the euthanasia of the cumulative oppressive power of the capitalist to exploit the scarcity-value of capital.” The result is an economy with relatively equal income distribution and a polity in which the wealthy have a relatively small voice. My response to this line of reasoning is an unequivocal “perhaps.”

The standard bearer for the second line of criticism is none other than Piketty himself – not in anything he has written, but in how he has behaved since becoming a celebrity and a public intellectual.

Piketty’s book encourages a passive response. It portrays the forces favoring the formation of a dominant plutocracy as being so strong that they can be countered only by world wars and global revolutions – and even then, the correction is only temporary.

But Piketty is not behaving like a passive chronicler of unavoidable destiny. He is acting as if he believes that the forces he describes in his book can be resisted. If we look at what Piketty does – rather than what he writes – it seems evident that he believes we can collectively make our own destiny, even if the circumstances are not what he, or we, would choose.

134,116

DEC 29, 2015 14

How to Fight Jihadi Terrorism

George Soros

George Soros is Chairman of Soros Fund Management and Chairman of the Open Society Foundations. A pioneer of the hedge-fund industry, he is the author of many books, including *The Alchemy of Finance*, *The New Paradigm for Financial Markets: The Credit Crisis of 2008 and What it Means*, and *The Tragedy of the European Union*.

NEW YORK – Open societies are always endangered. This is especially true of America and Europe today, as a result of the terrorist attacks in Paris and elsewhere, and the way that America and Europe, particularly France, have reacted to them.

Jihadi terrorists, like the Islamic State (ISIS) and Al Qaeda, have discovered the Achilles heel of our Western societies: the fear of death. By stoking that fear through horrific attacks and macabre videos, the publicists of ISIS awaken and magnify it, leading otherwise sensible people in hitherto open societies to abandon their reason.

Brain scientists have discovered that emotion is an essential component of human reasoning. That discovery explains why jihadi terrorism poses such a potent threat to our societies: the fear of death leads us and our leaders to think – and then behave – irrationally.

Brain science merely confirms what experience has long shown: When we are afraid for our lives, emotions take hold of our thoughts and actions, and we find it difficult to make rational judgments. Fear activates an older, more primitive part of the brain than that which formulates and sustains the abstract values and principles of open society.

The open society is thus always at risk from the threat posed by our response to fear. A generation that has inherited an open society from its parents will not understand what is required to maintain it until it has been tested and learns to keep fear from corrupting reason. Jihadi terrorism is only the latest example. The fear of nuclear war tested the last generation, and the fear of communism and fascism tested my generation.

The jihadi terrorists' ultimate goal is to convince Muslim youth worldwide that there is no alternative to terrorism. And terrorist attacks are the way to achieve that goal, because the fear of death will awaken and magnify the latent anti-Muslim sentiments in Europe and America, inducing the non-Muslim population to treat all Muslims as potential attackers.

And that is exactly what is happening. The hysterical anti-Muslim reaction to terrorism is generating fear and resentment among Muslims living in Europe and America. The older generation reacts with fear, the younger one with resentment; the result is a breeding ground for potential terrorists. This is a mutually self-reinforcing, reflexive process.

How can it be stopped and reversed? Abandoning the values and principles underlying open societies and giving in to an anti-Muslim impulse dictated by fear certainly is not the answer, though it may be difficult to resist the temptation. I experienced this personally when I watched the last Republican presidential debate; I could stop myself only by remembering that it must be irrational to follow the wishes of your enemies.

To remove the danger posed by jihadi terrorism, abstract arguments are not enough; we need a strategy for defeating it. The challenge is underscored by the fact that the jihadi phenomenon has been with us for more

than a generation. Indeed, gaining a proper understanding of it may be impossible. But the attempt must be made.

Consider the Syrian conflict, which is the root cause of the migration problem that is posing an existential threat to the European Union as we know it. If it was resolved, the world would be in better shape.

It is important to recognize that ISIS is operating from a position of weakness. While it is spreading fear in the world, its hold on its home ground is weakening. The United Nations Security Council has [unanimously adopted a resolution](#) against it, and the leaders of ISIS are aware that their days in Iraq and Syria are numbered.

Of course, the outlook for Syria remains highly uncertain, and the conflict there cannot be understood or tackled in isolation. But one idea shines through crystal clear: it is an egregious mistake to do what the terrorists want us to do. That is why, as 2016 gets underway, we must reaffirm our commitment to the principles of open society and resist the siren song of the likes of Donald Trump and Ted Cruz, however hard that may be.

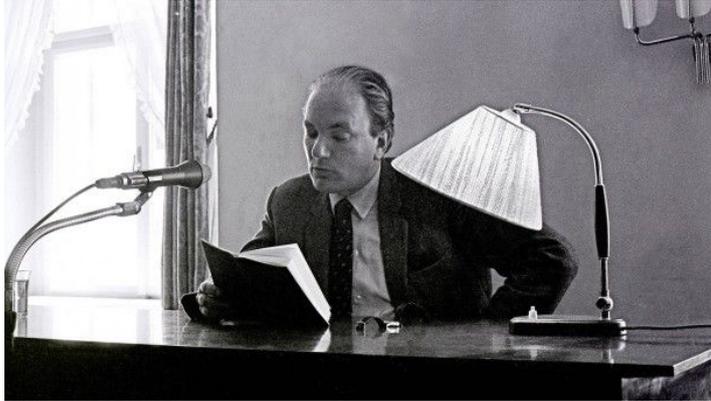
134,118

Thomas-Bernhard-Biographie

Immerzu hassen ist auch anstrengend

Lange hat man auf eine umfassende Biographie des Schriftstellers Thomas Bernhard gewartet. Manfred Mittermayer hat sich getraut. Aber ist er auch weit genug gesprungen?

30.12.2015, von HANNES HINTERMEIER



© PICTURE-ALLIANCE Schüchternheit und Hochmut, dabei unbelehrbar: Thomas Bernhard bei einer Lesung.

Am 21. Oktober 1976 wäre es beinahe um ihn geschehen gewesen. Da sitzt **Thomas Bernhard** in einer Maschine der Monarch-Airlines auf dem Flug von Wien nach London, um eine Probe seines Stücks „Die Macht der Gewohnheit“ am English National Theatre zu besuchen. Kurz nach dem Start, die Reiseflughöhe von zehntausend Metern ist schon erreicht, explodiert das rechte Triebwerk. Der Pilot schafft es, das Flugzeug wohlbehalten nach Wien zurückzufliegen. Hilde Spiel hat Bernhards Gedanken während dieses Flugs später in einem Interview überliefert: Er habe einzig darüber nachgedacht, „Wie ist denn das letzte Buch jetzt, das ich veröffentlicht hab? Ist das ein Buch, mit dem man aus dem Leben gehen kann?“



Autor: Hannes Hintermeier, Redakteur im Feuilleton, zuständig für „Neue Sachbücher“. Folgen:

Die Nachwelt und den Ruhm, beides hatte Thomas Bernhard stets im Blick, nie wieder wollte er arm und unbedeutend sein. Den Künstlergestus verstand er zu kultivieren, bis er so überlebensgroß wurde, dass er sich verselbständigte. Den Widersprüchen dieser zerrissenen Existenz und gleichzeitig dem weltweit gelesenen literarischen Werk gerecht zu werden ist keine Kleinigkeit: **Der österreichische Germanist Manfred Mittermayer, Jahrgang 1959, hat sich mit dem vorsichtigen Untertitel „Eine Biographie“ auf das Wagnis eingelassen.** Er forscht seit dreißig Jahren über Bernhard und hat mehrere Bände der unlängst bei **Suhrkamp** abgeschlossenen Werkausgabe als Herausgeber betreut. **Seine Ausgangsthese lautet: „Bernhards Literatur ist ohne Bezugnahme auf die Biographie nicht zu verstehen – Bernhards Literatur jedoch ist aus seiner Biographie nicht zu erklären.“**

Unter keinem komfortablen Stern

Bernhard, ein Meister der medialen Selbststilisierung, hat keine Tagebücher hinterlassen, aber immerhin eine fünfbändige Autobiographie (die er selbst als „Biographie“ bezeichnete!), diverse autobiographisch grundierte Texte sowie die gesammelten Erinnerungen „Meine Preise“, auf die sich Mittermayer sehr häufig bezieht – dies auch mangels Masse, weil ihm Bernhards Erbe, sein Halbbruder Peter Fabjan, untersagte, aus Briefen zu zitieren. Notgedrungen hat er sich auf Bekanntes beschränkt; mehr Material hätte einen anderen Zugriff befördert.

Der Weg des 1931 im holländischen Heerlen geborenen, unehelichen Sohns Herta Bernhards steht unter keinem komfortablen Stern. Schon die Zeugung war offenbar eher eine Vergewaltigung. Den Täter, einen Tischler namens Alois Zuckerstätter, sollte Thomas nie kennenlernen. Beim verehrten Großvater Johannes Freumbichler wächst er nach Stationen in Kinderheimen am Wallersee auf und gerät in einen chronisch unterfinanzierten Künstlerhaushalt. Freumbichler ist, anders als der Rest der Welt, von seinem Genius überzeugt. Das hindert ihn nicht, seine Familie im Stil

eines Sektenführers zu kujonieren. Als Herta 1937 den Friseurgehilfen Emil Fabjan heiratet, kommen im bayerischen Traunstein zwei Halbgeschwister hinzu, Peter und Susanne, die Bernhard beide in seinem Testament bedenken wird.

Große Begabung und unerträglicher Hochmut

1943 landet er vorübergehend in Thüringen, in einem Heim für schwer erziehbare Jugendliche, dann in einem NS-Heim in Salzburg, schließlich in einem katholischen Gymnasium, das er nicht abschließt. Bettnässer, Hitlerjugend, Bombardierung Salzburgs, zwei Selbstmordversuche: Er durchleidet ein trostloses Programm der Armut und Ausgrenzung, in dem ihm nichts gelingen will. **Ansätze, sich im Gesang ausbilden zu lassen, durchkreuzt eine schwere Lungenentzündung, dann eine offene Tuberkulose, die ihn von 1949 an immer wieder in Heilanstalten zwingen wird – am Ende wird daraus eine Krankheit zum Tode, der er im Alter von achtundfünfzig Jahren nichts mehr entgegenzusetzen hat. Er stirbt in Gmunden, in der Wohnung seines Bruders, der ihn als Internist jahrelang betreut hatte.**

Es wird zwanzig Jahre dauern von der ersten literarischen Veröffentlichung und Gehversuchen als Lyriker bis zum endgültigen Durchbruch, den 1970 die Verleihung des Büchner-Preises markiert. Danach beschleunigt sich die Karriere als Bühnenautor und Prosaschriftsteller rasant. Und daran, das macht Mittermayer deutlich, haben viele Menschen mitgewirkt. Zum Beispiel Alice Herdan-Zuckmayer, die Bernhard wie ihr Mann Carl zugetan ist. **Sie bescheinigt ihm große Begabung und unerträglichen Hochmut. Dabei ist der junge Autor auch schüchtern, hat Angst vor Zurückweisung. Doch sein wenig einnehmendes Wesen, sein Mangel an Selbstkritik sowie sein rüdiges Äußeres in den Nachkriegsjahren hemmen sein Vorankommen.** Seine Bilanz als Lokaljournalist ist durchwachsen; übermäßige Heimatliebe gepaart mit dem Hang als Gerichtsreporter auf Seiten der Justiz zu stehen; dazu kümmern ihn Fakten wenig, belehrbar ist er mitnichten. Kurz, **er sucht geistigen Umgang höheren Orts, bei Montaigne, Schopenhauer, Pascal, Kant. Und schafft am Mozarteum die Prüfung für die „Eignung zur Regieführung“.**

Er wollte Geltung und Geld

Und hätte doch keinen Fuß auf den Boden des Theater- und Literaturbetriebs gebracht, wenn ihm nicht immer wieder Mentoren beigesprungen wären, für deren Einsatz er sich später meist mit Zurückweisung revanchierte. Berühmtestes Beispiel dürfte **der Komponist Gerhard Lampersberg sein, dem er Mitte der Fünfziger zu Füßen liegt, um ihn dreißig Jahre später in dem Roman „Holzfällen“ vorzuführen. Dankbarkeit war eine Regung, die Bernhard ungern aufkommen ließ. Er wollte viel lieber Geltung – und Geld.** Beides ist ihm gelungen, zum Teil mit schamlosen Erpressertricks gegenüber seinem Verleger Siegfried Unseld, der ihn jahrelang alimentierte. Das hat sich für den Verlag ausgezahlt: **Bernhard ist längst eine finanzielle Säule für Suhrkamp.**

Mittermayer gebührt das Verdienst, dieses teilweise Jahrzehnte überstehende Beziehungsgeflecht herauszuarbeiten, Familie und wirkliche Freunde von Arbeitspartnern und Teilzeitbekannten zu scheiden, Letztere oft solche, die sich den Schneid abkaufen ließen von Bernhards Bruskierungen und Demütigungen. **An herausgehobener Stelle rangiert die wohlhabende Wiener Witwe Hedwig Stavianicek, für die der sechsdreißig Jahre jüngere Bernhard den Ehrentitel „Lebensmensch“ erfand,** dazu die Freunde Wieland Schmied und Nikolaus Reichsgraf von Üxküll-Gyllenband, die Pianistin Ingrid Bülow, die als einzige Frau neben **der „Tante“ Hede** je in seinem Ohlsdorfer Bauernhof übernachten durfte. Dazu gehören Ingeborg Bachmann, der Regisseur Claus Peymann, die Verleger Wolfgang Schaffler von Residenz und der titanisch geduldige Siegfried Unseld.

Was die Leut so reden

Dazu gehört auch jene Gerda Maleta, die neben Bernhard im Flugzeug mit dem Triebwerksschaden saß. Sie ist Teil des Untersuchungskomplexes, der sich mit **Bernhards sexueller Orientierung** befasst. **Mittermayer fährt eine Reihe von Belegen auf, dass Bernhard weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht gänzlich abgeneigt gewesen sei, handfeste Enthüllungen meidet er.**

In dem Ausmaß, in dem sich Bernhard der eigenen Lebensgeschichte bediente, plünderte er auch die seiner Weggefährten und Zeitgenossen. Dies gilt vor allem für **seine österreichische Heimat, ein Aspekt, den Mittermayer kaum beachtet. Die Wirtshäuser in Gaspoltshofen, Straßwalchen, Ried im Innkreis, St. Radekund und viele andere mehr dienten ihm ebenso wie die Kaffeehäuser und Restaurants Salzburgs und Wiens als Fundgrube:** Bernhard war einer, der nicht nur genau hinschaute, sondern auch hinhörte— wie und vor allem, was die Leut so reden.

Bernhard-Epigonen gab es bald in rauhen Mengen, und auch jenseits des Atlantiks ist seine Saat bei den besten Autoren ihrer Generation aufgegangen. John Updike, Don DeLillo, William Gaddis und Paul Auster verfielen ihm jeder auf seine Weise. **Bernhard ist neben W.G. Sebald und Günter Grass der wohl am besten in der angelsächsischen Welt verankerte deutschsprachige Autor der Nachkriegszeit.** Umso kleinlicher wirken die fortdauernden Deutungsgefechte in Österreich.

Das Gift des Spaltpilzes wirkt weiter

Die Erwartungen an diese Biographie waren beträchtlich. Tatsächlich ist sie kein ganz großer Wurf geworden, aber doch einer, mit dem man bis zum Beweis des Gegenteils wird leben können. Manfred Mittermayer beschränkt sich auf 450 Seiten und 960 Fußnoten (die gewöhnungsbedürftig am Kapitelende stehen). Als Interpret ist er zurückhaltend, manchmal schematisch in der Abfolge von Werkvorstellung und Rezeptionsgeschichte, insgesamt zu defensiv. Positiv gewendet, versagt er sich jegliches Abgleiten in den Bernhard-Sound, versucht auch dort Distanz zu halten, wo Bernhard sich größte Mühe gibt, das Diktum Heimito von Doderers einzulösen: „Der Schriftsteller ist ein ekelhafter Kerl.“

Das Nachleben Bernhards streift Mittermayer nur auf einer halben Seite. Das lässt dessen Präzeptoren nicht ruhen: **Raimund Fellingner, bei Suhrkamp auch für die Werkausgabe zuständig, hat es sich nicht nehmen lassen, die Biographie in der Wiener Literaturzeitschrift „Volltext“ als „bemerkenswert unbemerkenswert“ abzuqualifizieren.** Und so wirkt auch sechsundzwanzig Jahre nach seinem Tod das Gift des Spaltpilzes namens Thomas Bernhard weiter. Und sein Werk sowieso.

<p>Manfred Mittermayer: „Thomas Bernhard“. Eine Biografie. Residenz Verlag, Salzburg 2015. 456 S., Abb., geb., 28 Euro.</p>
--

134,121

L'étincelle corse : pourquoi la mèche de l'explosion du système politique français est bel et bien allumée

Alors que 43% des Français ne condamnent pas le saccage d'un lieu de prière à Ajaccio la semaine dernière, la société française est aujourd'hui sur une pente dangereuse. Le délaissement de certains quartiers par l'Etat pousse de plus en plus de citoyens à tolérer les pulsions d'auto-défense. Un constat qui pourrait bien s'avérer périlleux pour la nation française.

Publié le 31 Décembre 2015

Atlantico : L'agression de pompiers corses le soir de Noël a déclenché une grande vague d'émotions sur l'île, avec des manifestations à Ajaccio et le saccage d'une salle de prière musulmane. Mercredi, Atlantico publiait un sondage ([voir ici](#)) montrant qu'une part importante de la population française approuve ou comprend ces actes de réponse. Est-ce que, selon vous, cela signifie que l'Etat français doit agir de toute urgence pour ne pas laisser proliférer ce genre de situations ?

Jérôme Fourquet : Bien évidemment.

Les chiffres du [sondage](#) montrent le niveau d'exaspération très impressionnant de toute une partie de la population vis-à-vis de ces affaires à répétition. C'est, hélas, presque banal que des pompiers appelés volontairement sur un incendie soient très violemment pris à partie et que certains d'entre eux soient blessés. Face à l'idée selon laquelle on laisserait courir les délinquants dans ces quartiers-là et que la situation empirerait, on approuve de plus en plus les réactions violentes. Pour reprendre l'expression de Max Weber, l'Etat doit conserver le monopole de la violence légitime. Il faut donc urgemment que l'Etat fasse preuve de détermination. Le deuxième élément majeur de cette enquête, c'est que nous constatons dans toute une partie de la population un continuum qui s'opère entre violence des banlieues, radicalisation islamiste et menace terroriste. Si l'Etat n'intervient pas pour casser de toute urgence cette chaîne, la France risque d'être confrontée à des tensions croissantes dans les mois qui viennent.

Yves Roucaute : Qui peut être étonné par ce sondage ? Ma surprise vient de la réaction du gouvernement qui semble ne rien comprendre à la situation et qui persiste dans sa politique de l'autruche. Il suffit de voir la réaction de Paris face aux exactions corses, ou à la montée du nationalisme corse, pour voir que cette classe politique socialiste est autiste. Elle est incapable de se remettre en cause. Elle est incapable de se poser cette simple question : "Comment en est-on arrivé là ?". Elle ne le veut pas car cela reviendrait à constater ce fait : elle est responsable, donc coupable. Et une partie de la droite avec elle. Dire que les coupables, ce sont les autres, les Corses par exemple, est tout simplement ahurissant. Cette posture insouciance est la marque d'une absence abyssale de pensée politique. Elle est dangereuse, car si rien n'est fait, la crise d'autorité peut conduire à une crise de légalité, et c'est ce qui commence à se voir aujourd'hui. Cela signifie que les citoyens ne respecteront plus les lois. C'est ce qui s'est passé en Corse. Ce qui pourrait se passer demain sur le continent, à Béziers ou ailleurs. Et cette crise de la légalité serait la porte ouverte à la crise de régime qui emporterait la nation dans la guerre civile. Nous n'en sommes pas là, heureusement. Nous avons une chance fantastique qu'il faut saisir : la Corse vient de tirer le signal d'alarme. C'est en quelque sorte le laboratoire de la République. Écoutons-la.

La Corse indique que nous avons affaire à un phénomène qui touche la société française dans son ensemble, une société qui n'en peut plus du laxisme. Nous sommes dans une situation que De Gaulle qualifierait d'abdication de l'Etat. L'Etat ne répond plus à sa première mission : la protection de la population, notamment en termes de libertés fondamentales, telles que la liberté de propriété de son corps et de ses biens, l'égalité de dignité de l'homme et de la femme, pas plus qu'il ne préserve le mode de vie français. Des zones entières sont des zones de non-droit qui voient impunis des comportements d'incivilités et des actes très violents. Des centaines de voitures brûlées tous les week-ends en France, des insultes contre les femmes, des agressions physiques, des trafics de drogue, des attaques contre des forces de l'ordre, contre des médecins de nuit ou des pompiers. Dans quel pays cela serait-il acceptable ? Pour tous les Français, c'est une situation extrêmement grave et inacceptable.

Clairement, les premiers responsables de la situation que nous connaissons en France, ce ne sont pas les nationalistes corses, ce ne sont pas même ceux qui ont attaqué le quartier des Jardins de l'empereur à Ajaccio, ce sont les hommes politiques qui ont démissionné de leur responsabilité républicaine sous prétexte d'attribuer systématiquement les actes délinquants et criminels à la pauvreté, à la misère, au chômage. Allez dire cela aux plus pauvres de nos concitoyens ? Allez dire cela aux bergers Corses qui croient en la responsabilité ? Les Corses disent tout haut ce que la France des cafés murmure. Terroriser les citoyens ordinaires qui veulent seulement vivre tranquillement leur recherche du bonheur individuel, cela suffit ! Comme le disait mon ami Charles Pasqua, dont la parole de responsabilité républicaine nous manque tant en ce moment, le temps est venu de terroriser racaille et terroristes. La seule question est "comment ?".

A cette question les Français ont commencé à répondre négativement : pas par cette élite qui nous gouverne. Ils ont clairement sanctionné ceux qu'ils jugent responsables de cette abdication de l'Etat lors des dernières élections régionales. Ils ont désavoué le Gouvernement français et ses soutiens à un point que nul ne semble avoir souligné. Le Parti socialiste a eu environ 23% des voix exprimées, donc 12% des inscrits. Cela signifie que 88% des gens ne l'ont pas soutenu. Nul ne s'en inquiète à l'Elysée ? Et quand on voit l'effondrement de l'extrême-gauche révolutionnaire qui joue systématiquement un laxisme paroxysmique contre les valeurs de la République, la messe est dite pour cette gauche qui n'est pas à la hauteur de la nation. Nous avons affaire à une vraie crise de représentativité puisque les Français n'apportent pas leur credo à ce gouvernement.

La Corse, par sa grande sensibilité aux errements de la République, dénote donc d'abord l'étendue du drame. La situation est d'autant plus grave que cette crise de représentativité se double d'une crise d'autorité. Nous avons un vrai problème d'autorité. Quels que soient les discours de François Hollande et du Gouvernement Valls, les Français ne les croient plus. Et le fait d'être incapable de se demander comment on en est arrivé à voir des centaines de Corses attaquer une cité de non-droit, ou de quasiment non-droit, montre que cette irresponsabilité gouvernementale reste globale.

La Corse est précisément intéressante car cette sensibilité de la population, cette susceptibilité diront certains, est un vrai thermomètre. C'est une susceptibilité morale. Elle tient à l'histoire de la Corse, où le respect de la vie, le respect de ceux qui la donnent, le respect de ceux qui préservent la communauté, des médecins, prêtres, pompiers par exemple, n'est pas négociable. La seule exception vient du rapport à ceux qui représentent l'Etat français.

D'ailleurs, durant la guerre, force est de constater la puissance de la résistance française et le soutien aux Juifs sur l'île qui avait décidé de vivre selon ses valeurs au risque de la vie de leurs habitants. C'est cela qui est intéressant dans ce coin du monde : on ne transige pas quand il en va de l'honneur et l'honneur d'être corse c'est aussi celui de ne pas transiger sur les valeurs de dignité.

Cela peut être pour des raisons d'insularité, mais surtout pour des raisons religieuses. Il ne faut jamais oublier que la première constitution corse, qui date de 1755, se place sous l'égide de la Trinité et de Marie. Les habitants considèrent que déroger au respect de la vie et de la dignité humaine est la marque de la pire des immoralités. Même les phénomènes de vendettas ou de violences qu'on retrouve parfois en Corse, condamnés d'ailleurs au XVIIIème siècle par Pasquale de Paoli, ne sont jamais tournés vers les femmes, les enfants, les médecins, les pompiers, les gens qui sont au service de la population. Or, les Corses ont constaté que la sécurité de la vie des Corses eux-mêmes n'était plus assurée par l'Etat. Idem pour la sécurité des biens. Ils constatent que ceux qui risquent leur vie pour les sauver, les pompiers par exemple, sont attaqués. Dès lors, on peut évidemment se dire que les violences en Corse sont moins importantes en volume et en proportion que sur le continent mais c'est oublier que tout est affaire de sensibilité. Tendre un guet apens à des pompiers méritent pour les Corses une réponse féroce. Qui peut dire le contraire ? Elle devrait être celle de l'Etat et elle ne l'est pas.

Certes, cet Etat incapable d'assurer les libertés fondamentales ne produit pourtant pas sur le continent de tels comportements. En tout cas, pour l'instant. Le degré d'acceptation du dérèglement moral est plus fort. Je crois qu'il y a une plus forte résilience en France. Pour l'instant, le continent n'est pas prêt à violer les lois de la République pour se porter au secours des gens attaqués ou pour faire justice eux-mêmes. Cette résilience française explique aussi que le continent se garde de réactions racistes tournées vers nos compatriotes musulmans. Les Français, dans leur ensemble, veulent de l'ordre, mais un ordre républicain, qui préserve tous ceux qui, quelle que soit leur confession, quelle que soit leur origine, sont des patriotes.

Et si je comprends la colère corse, comme tous ceux qui ont tout simplement du bon sens, il me semble incroyable de voir qu'à aucune moment les partis au pouvoir n'ont été expliquer à ces jeunes Corses que leur légitime colère était mal orientée. Il faut leur dire, à ces jeunes qui ne sont pas tous des racistes, contrairement à ce que prétend ce gouvernement,

qu'autour de Napoléon comme autour du Général de Gaulle, dans les tranchées de 14-18 comme dans la guerre contre le djihadisme, il s'est toujours trouvé des patriotes musulmans pour sacrifier leur vie pour notre pays. Il faut leur dire, à ces Corses qui ont le sang chaud quand on touche à leurs valeurs que la pire des illusions est de croire que l'on puisse gagner la guerre contre le djihadisme, pour la patrie, pour le peuple corse compris, sans l'appui de nos frères en humanité musulmans.

Hélas, nous connaissons deux phénomènes qui nous laissent penser que nous ne sommes pas loin de la crise de légalité. Le premier, c'est le fait que certaines villes, et je pense à Béziers, commencent à développer l'idée que l'on pourrait créer des sortes de milices qui permettraient d'assurer la sécurité. Le second, c'est que l'Etat assure insuffisamment ses fonctions régaliennes, contraignant la population à les prendre en charge, si rien n'est fait. Car, tant pis pour le politiquement correct, je crois profondément que les citoyens sont en droit d'assurer leur sécurité si l'Etat ne l'assure pas.

Or, et nous revenons sur le premier point, je constate un grand paradoxe à gauche. Depuis des lustres, l'idéologie laxiste de la gauche explique, et finalement justifie, les viols de la loi républicaine dans certains quartiers, par la pauvreté, le chômage. La faute n'est jamais vraiment celle des coupables. Il est quand même paradoxal de voir que quand des Corses attaquent un quartier, quand leur colère apparaît en pleine lumière, quand bien même elle s'oriente vers des ennemis imaginaires au lieu de se tourner vers des ennemis réels, la racaille et les islamistes, nous n'avons pas, à gauche, le début d'un discours pour expliquer le phénomène. Les élites ne sont pas à la hauteur des demandes de la nation. Elles ne sont pas même capables d'orienter la colère qui gronde. C'est cela qui est le plus inquiétant.

Hayette Hamidi : L'Etat doit rester le seul garant du maintien de l'ordre public dans notre démocratie. Les événements qui se sont produits en Corse illustrent dramatiquement bien la réalité de nombreux quartiers français. L'Etat apparaît affaibli et les citoyens ne se sentant plus protégés, s'arrogent le droit d'intervenir eux-mêmes. Nous avons déjà observé ce phénomène, pour les campements illégaux de Roms à Marseille, qui avaient provoqué la colère des riverains et ces derniers ne supportant plus les nuisances et la passivité des pouvoirs publics, avaient mis le feu aux caravanes. L'émotion est forte et à la hauteur de l'agression particulièrement intolérable dont ont été victimes ces pompiers. Les pompiers français risquent leur vie au quotidien pour sauver celle de leurs concitoyens et particulièrement celle des habitants des quartiers populaires : ils doivent être protégés et leur statut sacralisé. S'en prendre aux anges gardiens de la Cité sans défense est donc un acte parfaitement lâche et scandaleux : le nihilisme dont font preuve ses auteurs est effrayant et révèle leur mépris absolu pour les symboles étatiques. Dans le même temps, l'amalgame entre ces délinquants et un lieu de culte est inacceptable. La communauté musulmane corse est doublement victime : tout d'abord comme tous les autres habitants, elle subit une discrimination territoriale face à l'accès aux soins et aux services publics, parce que les pompiers n'entreront plus aussi rapidement dans ces territoires, et elle se retrouve également victime de cette profanation et d'insultes racistes des manifestants. Je fais pourtant confiance à la sagesse du peuple de Pasquale de Paoli pour conserver un esprit fraternel entre les habitants corses, y compris ceux de confession musulmane.

Peut-on parler de risque de guerre civile en France dans un futur plus ou moins proche ?

Jérôme Fourquet : La situation est suffisamment inflammable et instable pour ne pas agiter le chiffon rouge. Néanmoins, ces événements qui se sont produits à Ajaccio, dans un contexte particulier, ont eu un très fort retentissement en France sur le continent, et ne sont clairement pas à prendre à la légère. Au regard des chiffres que nous avons observés, ils sont à prendre comme un signal d'alarme ou d'alerte tout à fait préoccupant.

Yves Roucaute : Nous sommes au bord de la crise de la légalité. Or, cette crise peut conduire à l'autodéfense, à la révolte, à une crise de légitimité. Cela signifierait qu'à ce moment-là, les institutions elles-mêmes ne deviendraient plus légitimes. Ce moment-là est effectivement celui de la guerre civile. Nous en sommes encore loin. La France reste assise sur le respect de la République. La population française tient bon sur ses valeurs. La position des Corses qui ont investi le quartier des jardins de l'Empereur ne me paraît pas adaptée. Précisément parce que la France est encore assez forte pour régler les problèmes qui lui sont posés et débarrasser le pays des élites politiques incompetentes. Néanmoins, si l'Etat français continue à abdiquer, à tergiverser, tout est possible. Et le petit jeu qui consiste à laisser la crise se développer en espérant ainsi laisser le FN monter, affaiblir la droite et trouver des voix aux présidentielles a quelque chose de pathétique. Il est temps que le Gouvernement cesse ses atermoiements et ses jeux politiques qui consistent à faire plaisir au centre, à la gauche, à la gauche de la gauche. Il nous faut une stratégie de défense de la République.

Selon vous, comment en est-on arrivés là ? Les pompiers, policiers, enseignants, médecins de ces quartiers ont-ils été suffisamment soutenus face à ces problèmes ?

Hayette Hamidi : Pour commencer par une profession que je connais bien, les professeurs d'école, ces enseignants se sentent littéralement abandonnés par leur hiérarchie, à tel point qu'être affecté dans ces zones est vécu comme une punition, un très mauvais moment à passer, qu'on tentera d'écourter par tous les moyens possibles. Le temps n'est plus à l'instruction, il est à la garderie et pour ceux qui en ont le courage, à une assistance psychologique. L'Éducation nationale est incapable de s'adapter aux spécificités de ces territoires. Le dogmatisme de l'égalitarisme produit exactement ce contre quoi il est censé lutter : l'échec scolaire et, avec, le désespoir de toute une population qui se paupérise. Tant que les hauts fonctionnaires de la rue de Grenelle ne comprendront pas qu'on n'enseigne pas de la même façon à une classe où 80 % des élèves ont des parents qui ne parlent pas français, l'impasse sera toujours la même. Concernant les médecins, un bon nombre d'entre eux ont déjà déserté ces quartiers, car trop souvent rackettés et harcelés par les délinquants et débordés par une patientèle extrêmement précarisée. Quant aux forces de l'ordre, c'est peu dire que leurs revendications ne sont pas entendues : aucune autre profession en France n'accepterait de telles conditions de travail !

Yves Roucaute : La France en est là parce que depuis 30 ans, le laxisme au nom du droit à la différence et au nom des politiques d'intégration règne sur ce pays. Jamais dans aucun autre pays il n'est acceptable de voir des gens réclamer le droit de ne pas respecter l'ordre social, politique et moral. On n'imagine pas en Arabie Saoudite des femmes tenir un volant et se balader sans foulard. On n'imagine pas en Colombie des enfants ne pas saluer le drapeau. Chaque pays a ses mœurs. Il est inadmissible qu'en France certains pensent qu'il est possible de violer les règles de vie commune, soutenus en cela par de prétendus républicains qui acceptent de voir violer le socle républicain.

Sous l'influence de ces soixante huitards attardés nous avons laissé faire, porter le niqab dans les rues, laissé siffler la Marseillaise dans les stades, brûler les voitures dans les cités. C'était toujours la faute de la France et les coupables étaient des victimes. Tout cela n'est pas une posture républicaine, c'est une posture d'affaiblissement du pays. L'islam, l'hindouisme, le bouddhisme n'y sont pour rien. La faiblesse de l'Etat y est pour tout. L'incapacité des élites, qui n'ont pas de structure théorique, y joue beaucoup. Nous pouvons vivre en paix dans le respect de nos différences à condition d'accepter nos valeurs communes. Cela n'a pas été fait. Et donc, petit à petit, nous faisons face au résultat de 30 ans de laxisme, d'abdication de l'Etat et de reddition morale.

D'après les chiffres officiels, 400 actes anti-musulmans ont eu lieu en 2015, soit une augmentation de 200% par rapport à 2014. Un tel chiffre ne préfigure-t-il pas une prévisible montée des tensions ?

Hayette Hamidi : Le racisme, l'antisémitisme et les actes anti-musulmans n'auront jamais droit de cité dans notre pays. Ce chiffre inquiétant révèle les tensions actuelles qui parcourent notre société, mais il ne doit pas devenir le seul prisme de lecture pour chaque incident. Il est de notre responsabilité à tous de combattre avec force tous les discours de haine, d'où qu'ils proviennent, et il est d'ailleurs inquiétant de constater de nouveaux discours racistes, anti-blancs, prononcés par ceux-là mêmes qui prétendent défendre une population persécutée. Il appartient également aux responsables religieux et associatifs de ne pas alimenter ce sentiment anxigène, ce qu'ils font dans leur grande majorité avec beaucoup de sagesse, mais certains leaders 2.0 participent à la propagation de la moindre rumeur et enflamment la toile, particulièrement quand il s'agit d'actions policières délicates dans un pays en état d'urgence. Les réseaux sociaux ont malheureusement cette extraordinaire capacité à transformer un délit d'insubordination ou un refus d'obtempérer, en acte héroïque de résistance. Il faut pourtant faire preuve de sérénité et de responsabilité en pareille situation : on ne peut raisonnablement pas prétendre lutter contre une stigmatisation quand on l'instrumentalise par ailleurs. C'est bien le problème des prophéties autoréalisatrices, à force de craindre et de parler d'une guerre civile, elle se produira ! Nous sommes donc ici au cœur des prérogatives régaliennes : si le ministère de l'Intérieur n'assure pas la sécurité de tous les Français de la même manière, et avec la même détermination, il prendra clairement le risque de laisser s'étendre un climat insurrectionnel.

Yves Roucaute : La responsabilité du Gouvernement est totale, et pas seulement celle du Gouvernement actuel. Nous avons laissé monter le sentiment antimusulman car l'Etat a été incapable d'assurer la protection des biens et des personnes et le maintien de ce mode de vie à la française. Le laxisme politique et moral a conduit à cette situation où la France a besoin des boucs-émissaires.

Dans le même temps, la mauvaise gouvernance a été incapable d'assurer l'assimilation des valeurs pour l'ensemble des populations et de sanctionner ceux qui refusaient cette assimilation. Nous n'avons aucun problème avec des gens de confession bouddhiste, hindouiste, musulmane, confucéenne ou autres. Nous avons des problèmes avec des gens qui ne veulent pas accepter nos valeurs morales, notamment le respect de la propriété de son corps et de ses biens, la libre

communication des idées, l'égalité de dignité de l'homme et de la femme. Nous avons des problèmes avec des gens qui ne supportent pas notre mode de vie et nos coutumes, jusqu'à refuser de chanter la Marseillaise, trop difficile à apprendre, paraît-il, pour certains footballeurs qui utilisent leur tête uniquement pour frapper dans des balles.

Ces gens-là, pour une part, se retranchent derrière l'islamisme djihadiste. Il est donc facile pour une pensée faible d'attribuer les problèmes du pays à l'islam, alors que le vrai problème est celui d'un Etat qui n'assure pas à la France le maintien de son mode de vie et la pérennité de ses valeurs. Les djihadistes sont une ultra-minorité, et ceux qui sont nés ou habitent en France, sont les ennemis de nos compatriotes musulmans comme ils sont les nôtres. Les musulmans de France peuvent parfaitement, et ils l'ont démontré en donnant leur vie pour notre pays, ce qui est pour moi l'ultime critère, être de grands patriotes. La question n'est donc pas celle de l'islam, c'est celle du délitement de la République et de ce laxisme face à la montée du djihadisme, des Frères musulmans, et, aussi, du salafisme, trop souvent confondu avec les deux premiers, avec lequel il est possible de passer des alliances, mais qui n'est pas incompatible avec le mode de vie à la française.

Après les attentats djihadistes, la société française s'est-elle montrée suffisamment résiliente selon vous ? Les actes de violence réelle contre les musulmans sont encore rares et les partis politiques ont été plutôt prudents dans leurs réactions.

Yves Roucaute : Je pense que la France a une résilience extraordinaire. Je ne sais même pas si un autre pays possède autant d'assurance quant à ses valeurs, dont celle d'égalité de dignité et de liberté de croyance, quand cette croyance ne va pas contre les valeurs universelles qui sont son socle moral. La France est extrêmement pacifique. Nation fondée non sur une vision ethnique mais sur le partage des valeurs universelles et le respect de son mode de vie, elle est généreuse et ouverte. Elle grogne, mais ne hait point. C'est pourquoi certains en profitent. Cette force, ils la voient comme une faiblesse. C'est pour cela que la crise en France est aussi violente. Car il y a un moment où l'abus de confiance envers cette France généreuse conduit à la crise. La France est le pays des crises.

Si aux Etats-Unis des individus sifflaient l'hymne national, ils seraient immédiatement lynchés. En Algérie, brûler le drapeau conduit en prison. Quand des Français nés en France avec ou sans double nationalité se permettent de vivre contre les lois des pays, voire d'attaquer le pays, cela conduirait dans tout autre pays à des sanctions sévères et aucun dirigeant politique ne pourrait dire que des mesures de coercition, de dénaturalisation et d'enfermement immédiat ou de neutralisation lui posent des problèmes.

Le signal corse est un bon signal. Il faut le prendre de manière positive. Le continent est dans une situation où, s'il explose, la violence sera extrême. Bien plus forte qu'en Corse comme le démontre l'histoire de France. Et canaliser cette violence pour empêcher des forces démagogiques d'envoyer le pays dans le mur ne sera pas simple. La résilience ne doit pas signifier faiblesse mais attente patiente de la part de la population d'une intervention ferme de l'Etat. Il y a seulement un moment où la patience ne se peut plus.

On ne peut donc pas être certain aujourd'hui que la résilience française va durer...

Yves Roucaute : Elle ne durera pas, c'est une certitude absolue. Si l'Etat ne prend pas les mesures pour assurer la vie et les valeurs du pays, les démagogues vont en profiter et la violence règnera. C'est absolument certain. Toute l'histoire le démontre.

S'ils sont minoritaires aujourd'hui, des hommes comme Philippe de Villiers ou Robert Ménard et ses milices citoyennes ont des discours qui encouragent les tensions et pulsions de guerre civile...

Yves Roucaute : Ces gens dont vous parlez sont des symptômes d'une crise morale et profonde de la France, ainsi que d'une insatisfaction vis-à-vis de la politique de l'Etat.

Ils sentent le mécontentement profond du pays et essayent d'en profiter. Leurs perspectives politiques sont, à mon avis, nulles. Ils sont pris entre le Front national, les Républicains (dont j'attends un discours cohérent et de fermeté républicaine) et la droite socialiste qui essaye de tenir un discours sécuritaire pour affaiblir la droite. Toutefois, le sentiment de mécontentement, la passion coléreuse, auxquels ils font référence sont de plus en plus puissants. Et la gauche sera incapable de mener à bien la politique que les Français réclament à moins d'exploser. Le FN n'est pas non plus en position de tenir les valeurs universelles de la République et une politique sécuritaire. Le seul espoir vient des Républicains. Il leur appartient d'écarter définitivement toutes les pensées molles qui agitent des courants qui ne

comprennent rien à la situation. Le sort du pays ne se joue pas dans le laxisme, la compromission avec les idéologies soixante-huitardes, mais dans la fermeté sur la défense des valeurs de la France et de son mode de vie.

Je suis sidéré par certains propos tenus par des gens comme Alain Juppé ou Nathalie Kosciusko-Morizet qui à l'évidence devraient produire des analyses concrètes de situation au lieu de plans en deux fois deux parties, et de jeux partisans à courte vue. Leurs propositions et leur absence de volonté claire et ferme, seraient un danger pour le pays, si elles étaient retenues. Ne pas agir avec détermination, c'est l'assurance d'aller vers une crise de légitimité. La France doit retrouver l'esprit de Georges Pompidou, qui consiste à assurer les fonctions régaliennes de l'Etat en libérant les énergies pour assurer la concorde des Français et la puissance de la France.

Peut-on dire que les pouvoirs publics ne veulent pas admettre que ces problèmes n'arrivent pas dans n'importe quels quartiers ? Est-ce qu'il n'y a pas une politique de l'autruche de la part de nos gouvernants ?

Yves Roucaute : Il y a une politique de l'autruche de nos gouvernants. Ils ne savent pas ce qu'est une politique d'assimilation. Ils croient que c'est une politique de refus de la différence individuelle. Il est acceptable que des juifs ou des musulmans ne consomment pas de porc. Il est acceptable que des hindouistes ne consomment pas de bœuf. Mais il est inacceptable que quiconque refuse les valeurs universelles, telle l'égalité de dignité entre hommes et femmes, ou le respect du mode de vie à la française, par exemple en empêchant son voisin d'ingérer un pâté de sanglier. Faute de savoir ce qu'est une politique d'assimilation, les pouvoirs politiques ont joué une politique d'intégration absurde. Au point qu'il est devenu interdit de savoir l'origine de nos concitoyens. Quand il y a des problèmes, nous sommes donc incapables de les régler.

Ainsi, nous ne pouvons pas traiter de la même façon les problèmes de populations qui viennent du Togo, d'Algérie, de Chine ou du Japon ! Si on veut assimiler ces populations, on doit pouvoir les comprendre, les pénétrer, leur parler. Le grand paradoxe des politiques d'intégration, c'est qu'elles sont abstraites. Ce sont des politiques générales qui ne connaissent pas les populations auxquelles elles s'adressent. La politique d'assimilation est, elle, une politique concrète. Je veux savoir d'où tu viens, pour t'aider à devenir citoyen de ce pays et à régler tes problèmes d'apprentissage des valeurs communes et de respect du mode de vie du pays qui te reçoit et te donne soins, éducation, moyens de vivre.

Il ne s'agit pas pour la France d'aller vers les autres pour se mettre au diapason de ces autres-là et de rogner ses valeurs avant de les renier. Il s'agit pour la France, droite dans ses bottes, d'aider les autres à acquérir ses valeurs. Ce n'est pas la France qui doit s'abaisser, ce sont les autres qui doivent s'élever pour adhérer à la France. C'est cela que la gauche et la droite laxistes ont oublié, faute de culture historique et philosophique. C'est ce sens de l'appartenance, avec ses devoirs, qu'il faut retrouver, et, pour la plupart des hommes politiques, réapprendre. Le racisme, l'antisémitisme et les actes anti-musulmans n'auront jamais droit de cité dans notre pays.

Les fréquentes accusations de laxisme de la justice française à l'égard de certains délinquants ont-elles, selon vous, contribué à créer un sentiment d'impunité qui a engendré un sentiment d'abandon dangereux pour la cohésion nationale ? Une cohésion nationale que Manuel Valls a encore une fois défendue mercredi dans Le Parisien.

Hayette Hamidi : Le sentiment d'impunité a clairement été favorisé avec la suppression des peines planchers pour les personnes en situation de récidive légale au début du quinquennat de François Hollande. Cette décision qu'aucun argument crédible ne saurait justifier, devait permettre de libérer des places en prison, mais sans cohésion territoriale. En effet, il existe clairement une rupture d'égalité devant la loi de tous les citoyens sur notre territoire : il est proprement inadmissible de voir des délinquants jugés avec beaucoup de clémence par un tribunal de banlieue, quand les mêmes actes verront leurs auteurs écopés de peines bien plus sévères, parce que sur un département de France où les services de justice sont moins saturés. Lorsque dans un système judiciaire les peines relèvent plus du symbole que de la sanction, par faute de moyens et de volonté politique pour les appliquer, comment voulez-vous continuer à motiver les équipes policières qui font un travail de fourmis extraordinaire mais totalement vain ? De la même façon l'absence de places en milieu carcéral en nombre suffisant est indigne de notre pays. Une des conséquences effectives de cette défaillance, c'est purement et simplement la non-application des peines. C'est aussi cela la cohésion nationale : il ne doit pas exister de territoires français où le droit est moins appliqué, que ce soit en Corse ou en Île-de-France.

Wo bleibt die Inflation, Herr Shin?

Hyun Song Shin stammt aus Südkorea, lehrte in Princeton und ist seit 2014 Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Im Gespräch erklärt er, wieso die Preise trotz Geldschwemme nicht steigen und die Lage dennoch gefährlich ist.

31.12.2015, von LISA NIENHAUS



© FABIAN FIECHTER Hyun Song Shin im Baseler Hauptsitz der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). In der 1930 gegründeten BIZ sind alle großen Zentralbanken Mitglied.

Herr Shin, alle haben mit Inflation gerechnet für dieses Jahr, aber die Preise steigen kaum. Was ist passiert?



Autorin: Lisa Nienhaus, Redakteurin in der Wirtschaft der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Folgen:

Ökonomen schaffen es immer noch nicht, die ganze Geschichte mit der Inflation zu verstehen. Die einfachen Geschichten, die die Leute erzählen, passen nicht mehr. Diese einfachen Geschichten sind innerstaatlich und kurzfristig: Wenn die Wirtschaft in einer Depression steckt, gibt es wenig Inflation. Wenn die Wirtschaft überhitzt, gibt es hohe Inflation. Wir erkennen gerade, dass dies nicht die ganze Geschichte sein kann. Sonst sollten wir jetzt eine höhere Inflation sehen.

Die Inflation liegt nur bei 0,2 Prozent in Europa und bei 0,5 Prozent in Amerika, obwohl die Zentralbanken sie mit aller Macht auf zwei Prozent treiben wollen. Was läuft da schief?

Inflation ist nicht nur ein inländisches und kurzfristiges Phänomen - die Art von Phänomen, die Zentralbanken beeinflussen können. Inflation hängt auch von globalen und langfristigen Faktoren ab. Die wichtigste Geschichte ist global. Schließlich fällt die Inflation fast überall auf der Welt.

Wieso?

Kurzfristig liegt das am gefallen Preis von Öl und anderen Rohstoffen. Der niedrige Ölpreis drückt den Benzinpreis und damit die Inflation. Aber es gibt auch wichtige langfristige Geschichten.

Zum Beispiel?

Globalisierung und Demographie. Als die Schwellenländer begonnen haben, für die Weltmärkte zu produzieren, hatten wir auf einmal viel mehr Angebot, einen sogenannten Angebotsschock, der die Preise gedrückt und niedrig gehalten hat. Das ist eine globale und langfristige Geschichte. Dann gibt es noch die inländischen langfristigen Faktoren. Sogar in Ländern, die nicht sehr offen sind für den Weltmarkt, haben wir die Inflation fallen sehen. Ein möglicher Grund ist Demographie - obwohl einige Ökonomen anderer Meinung sind. Wenn man eine alte Bevölkerung hat, gibt es ein größeres Bedürfnis zu sparen. Das führt zu weniger Konsum, also geringerer Nachfrage, was wiederum zu gedämpfter Inflation führt. Das kann man beispielsweise in Japan sehen.

Wie passen die Notenbanken in diese Geschichte?

Wenn man eine kurzfristige Sicht auf die Welt hat und glaubt, dass ein kurzfristiger Nachfragemangel der wesentliche Grund für niedrige Inflation ist, ist das der Punkt, an dem Zentralbanken eine Rolle spielen. Man sagt: Die Inflation ist nicht nahe zwei Prozent, also müssen wir expansive Geldpolitik nutzen, um diese fehlende Nachfrage zu ersetzen. Das ist, wie gesagt, zu einfach. Es gibt viele Faktoren, die die Inflation verändern, nicht alle von ihnen können von Zentralbanken beeinflusst werden.

Ist das ein Problem?

Wenn Sie versuchen, ein Inflationsziel zu erreichen unabhängig von der Lage der Volkswirtschaft, dann kann das andere Verwerfungen im Finanzsystem hervorrufen, die am Ende mehr Schaden anrichten.

Brauchen wir vielleicht gar keine steigenden Preise, keine Inflation?

Die Menschen neigen dazu, Inflation mit Situationen wie der Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre in Zusammenhang zu bringen. Sie glauben, wenn man in die Deflation gerät, wenn also die Preise sinken, dann wird das eine Kettenreaktion auslösen, die am Ende sehr schlimme Auswirkungen hat: eine deflationäre Spirale, in der die Preise immer weiter sinken. Das Problem ist, dass es dafür wenig empirische Belege gibt, abgesehen von der Weltwirtschaftskrise. Wenn man sich die jüngsten Fälle von Deflation ansieht, dann gibt es diese Spirale nicht. Und auch die Geschichte beweist nicht, dass niedrige Inflation immer mit niedriger Produktion zusammenhängt und ein Zeichen einer bedrückten Wirtschaft ist.

Also liegen alle falsch? All die Ökonomen und Zentralbanker, die Angst vor einer Situation wie der Weltwirtschaftskrise hatten nach der Finanzkrise?

Die Weltwirtschaftskrise war ein sehr singuläres Ereignis. Man kann sie nicht generalisieren. Die Schweiz zum Beispiel hatte in den vergangenen Jahren eine leichte Deflation, und der Schweizer Wirtschaft geht es nicht schlecht. Die Idee, dass, wenn die Inflation auf null sinkt, die Wirtschaft zum sofortigen Stillstand kommt, ist einfach nicht wahr.

Der Präsident der Europäischen Zentralbank, **Mario Draghi**, versucht schon das ganze Jahr, das Inflationsziel von „unter, aber nahe zwei Prozent“ zu erreichen. Liegt er falsch?

Ich kann nicht das Verhalten einzelner Zentralbanker kommentieren, und ich sollte sagen, dass ich nichts gegen Inflationsziele für Zentralbanken habe. Sie haben Großes geleistet, indem sie die Geldpolitik systematischer gemacht haben. Aber das Problem beginnt, wenn Inflation das einzige Ziel ist und man Dinge tut, um Inflation zurückzubringen, die Nebenwirkungen haben.

Was sind die Gefahren?

Wer sie verstehen will, muss global denken. Zentralbanken beeinflussen Wechselkurse und Schulden, sowohl daheim als auch in anderen Ländern. Wenn beispielsweise die amerikanische Geldpolitik expansiv ist, dann wertet der Dollar ab. Für andere Länder ist der Dollar in der Folge billiger, und sie leihen sich mehr in Dollar. Die Schulden, die Nichtamerikaner in Dollar haben, steigen. Das Gleiche passiert in Europa: Wenn der Euro abwertet, so wie er es in diesem Jahr getan hat, dann leihen Ausländer sich mehr Geld in Euro.

Ausländer, die Kredit in Dollar oder Euro aufnehmen? Das klingt nicht wie eine Gefahr.

Es kann aber eine Gefahr sein, wenn das länger so geht. Schwellenländer haben sehr viel Kredit in Dollar aufgenommen. 9,8 Billionen Dollar ist die Summe, die Nichtbanken außerhalb der Vereinigten Staaten sich in Dollar geliehen haben. Davon sind 3,3 Billionen Dollar an Schwellenländer gegangen. Das ist passiert, weil der Dollar viele Jahre lang abgewertet hat. Nun wertet der Dollar wieder auf. Und das sorgt für Probleme. Viele der Projekte, die einst mit Dollarkrediten finanziert wurden, werden nun eingestellt oder rückabgewickelt.

Ist das einer der Gründe, wieso die chinesische Wirtschaft im Moment Probleme hat?

Nicht nur China. Die Investitionen von Unternehmen waren sehr wichtig für Schwellenländer, insbesondere für Öl- und Gasfirmen. Wenn das zurückgeht, weil Dollarkredite teurer werden, dann verlangsamt sich auch das Wachstum.

Was bedeutet das für uns?

Das langsamere Wachstum in den Schwellenländern hemmt das Wachstum der Weltwirtschaft. Zum Beispiel in diesem Jahr. Einer der Gründe, wieso die amerikanische Politik so besorgt war über die globalen Entwicklungen, war das langsame Wachstum der Schwellenländer - und das kommt nicht aus heiterem Himmel. Es ist das Ergebnis von Geldpolitik.

Zentralbanken haben Chinas Probleme ausgelöst?

Das ist zu einfach. Es gibt mehrere Gründe. Aber Geldpolitik ist einer davon.

Was beunruhigt Sie am meisten? Dass die Zentralbanken große Mengen an Staatsanleihen kaufen, das sogenannte „Quantitative Easing“ (QE)?

Es ist nicht nur QE. Es geht auch darum, was vor der Krise im Jahr 2008 passierte. Notenbanker haben sich allein darauf konzentriert, Produktion und Inflation stabil zu halten. Sie haben nicht darüber nachgedacht, dass sich immer mehr Kredit aufbaute und der Hebel immer größer wurde. Als sich diese Bewegung umkehrte, hat sie zurückgeschlagen und die Stabilität der eigenen Wirtschaft untergraben. Das muss sich ändern. Wer denkt „Was außerhalb meiner Grenzen passiert, betrifft mich nicht“, der ist kurzsichtig. Wir leben in einem globalen Dorf. Sein eigenes Haus in Ordnung zu halten ist untrennbar verbunden damit, das Haus der Nachbarn in Ordnung zu halten.

Amerikas Notenbank Fed hat in der vergangenen Woche eine kleine Revolution gewagt und die Zinsen nach einer sieben Jahre währenden Niedrigzinsphase erhöht. Was wird jetzt passieren?

Wir erleben gerade eine Neuordnung der globalen Kräfte. Stellen Sie sich einen Tisch voller Kompassse vor. All ihre Nadeln zeigen in die gleiche Richtung. Aber jetzt bewegen Sie den Pol und alle Nadeln bewegen sich gleichzeitig in eine andere Richtung. Das genau passiert im Moment. Die Nadeln sind die Preise an den Finanzmärkten, die Wachstumsraten und Schuldenstände. Die Geldpolitik ist der Pol - und sie bewegt all diese Nadeln zur gleichen Zeit. Das hat enorme Auswirkungen.

Müssen wir Angst vor 2016 haben?

Wir werden, wie gesagt, eine bedeutende Neuordnung erleben. Das wird Dominoeffekte auf die reale Wirtschaft haben. Einige davon sehen wir schon jetzt in Form von niedrigeren Rohstoffpreisen. Sie sorgen in vielen Ländern für einen Nachfrageschub wie eine Steuersenkung. Aber für rohstoffproduzierende Länder ist die Wirkung sehr negativ. Die sinkenden Rohstoffpreise werden auch die Inflation niedrig halten. Ob wir noch größere Umwälzungen erleben werden, hängt sehr stark von der Finanzregulierung und Bankenaufsicht ab. Wenn sie streng genug war, dann sollte das mildernd wirken.

Deutsche Anleger sind beunruhigt darüber, dass die Zinsen so niedrig sind. Sie machen die EZB und Mario Draghi dafür verantwortlich. Ist das richtig?

Niedrige Zinsen sind ein geplantes Ergebnis von Geldpolitik. Sie können sehen, dass die langfristigen Zinsen in Europa runtergehen, auch in Deutschland. Es ist kein Zufall, dass dies Mitte 2014 begonnen hat, als man begann, darüber zu sprechen, dass die Zentralbank Staatsanleihen in großem Stil kaufen würde.

Sind niedrige Zinsen ein Grund zur Sorge - auch um unsere Wirtschaft?

Niedrige Zinsen können verzerrend wirken. Es steigt die Gefahr, dass sie noch weiter fallen. Man kann da in einen Kreislauf geraten. Wie ein Hund, der seinen Schwanz jagt.

Wie soll das gehen?

Das ist wie in dem Gedicht von Stevie Smith „Not waving, but drowning“. Die Idee des Gedichts ist: Es gibt einen ertrinkenden Mann, der im Wasser winkt. Die Leute denken: Oh, er winkt uns zu. Aber in Wirklichkeit ertrinkt er. Das Gleiche kann mit niedrigen Zinsen passieren. In Volkswirtschafts-Lehrbüchern werden sie für gewöhnlich als gute Sache beschrieben, sie stimulieren die Wirtschaft, sind ein Zeichen von Überschwang. Aber es ist auch möglich, dass niedrige Zinsen ein Zeichen von Not sind und von geringen Erträgen. Wenn die Zinsen lange niedrig bleiben, dann nagt das an den Gewinnen von Versicherungen und an der Solvenz von Pensionsfonds. Sie werden auf der Suche nach Rendite umschwenken auf langfristige Anlagen, was die Zinsen noch weiter senkt. In Europa sind die Zinsen 2014 und Anfang 2015 sehr schnell gefallen.

Dann winkt Europa nicht, sondern ertrinkt?

Wenn Sie die Zinsen meinen: Ja, was das angeht, ist Europa näher am Ertrinken denn am Winken. Wenn Sie die reale Wirtschaft meinen: Nein, der europäischen Wirtschaft geht es besser.

Das Gespräch führte **Lisa Nienhaus**. Quelle: F.A.S.

Amerikas Politikexperten fürchten unsichere Lage in Europa

Amerikas außenpolitische Elite hat die Hoffnung verloren, dass Europa zunehmend selbst die Verantwortung für sich selbst und die angrenzenden Regionen übernehmen kann. Die Fachleute in Washington sorgen sich vielmehr vor Unruhen in den EU-Staaten selbst.

31.12.2015, von LORENZ HEMICKER



APAnti-Terror-Kampf in Frankreich: Sicherheitskräfte durchkämmen Ende November ein Stadtviertel von Paris

Barack Obama mag glauben, dass die Zukunft der Vereinigten Staaten im Fernen Osten liegt. Doch den „Schwenk nach Asien“, den unter ihm Amerikas Außenpolitik vollziehen sollte, wird er auch im letzten Jahr seiner Präsidentschaft nicht mehr erleben. Die Welt des Jahres 2016, so viel scheint sicher, wird eine sein, in der die letzte verbliebene Supermacht in verschiedenen Krisenregionen gefordert werden dürfte wie schon lange nicht mehr.



Autor: Lorenz Hemicker, Redakteur vom Dienst bei FAZ.NET. Folgen:

Die Sorgen reichen bis hin zu den engsten Verbündeten: Amerikanische Außenpolitikexperten fürchten, dass im kommenden Jahr **in den Staaten der EU** angesichts immer neuer Flüchtlinge und Einwanderer **die politische Lage instabiler** werden könnte. Da geht aus einer **Umfrage** hervor, die im Auftrag der amerikanischen Denkfabrik „Council on Foreign Relations“ veröffentlicht worden ist. Knapp 500 Regierungsbeamte, Außenpolitikexperten und Wissenschaftler hatten im November Auskunft darüber gegeben, welche Krisen und Konflikte aus ihrer Sicht 2016 für die Vereinigten Staaten bedeutend werden könnten.

Aus ihren Antworten ist ersichtlich, dass Amerika seine Hoffnung, Europa zunehmend selbst die Verantwortung für sich selbst und die angrenzenden Regionen zu übertragen, begraben kann. Vielmehr könnte es in den EU-Staaten selbst verstärkt zu zivilen Unruhen kommen, heißt es. Mit terroristischen Anschlägen sei zu rechnen. Auch drohe neue Gewalt gegen Flüchtlinge und Einwanderer. Die möglichen Folgen der Schuldenkrise für die Stabilität des Kontinents für die EU werden in dem zwölfseitigen Kompendium noch nicht einmal explizit aufgeführt.

Neben der Sorge um den Weg der Europäischen Union treiben die Befragten die Sorgen um zehn weitere Gefahrenherde, denen sie die höchste Priorität beimessen. An der Spitze rangiert das Risiko vor einer **weiteren Intensivierung des syrischen Bürgerkriegs**, ausgelöst durch zunehmende Unterstützungsleistungen an die kriegführenden Parteien sowie die militärische Intervention von äußeren Mächten wie etwa von Russland oder der Türkei.

Dahinter rangieren, neben der Sorge um die Stabilität in der EU, **das Risiko eines terroristischen Anschlags** mit zahlreichen Opfern in den Vereinigten Staaten selbst oder in einem Land eines engen Alliierten. Weiter wird ein **Cyberangriff** befürchtet, der schwerwiegende Schäden in der amerikanischen Infrastruktur hervorrufen könnte. Auch eine **Nordkorea-Krise**, ausgelöst durch Atomtests, militärische Provokationen oder Instabilität des Kim-Regimes steht auf der Agenda der Sorgen. In allen Fällen schätzen die Befragten die Auswirkungen auf die Vereinigten Staaten als „hoch“ ein, die Eintrittswahrscheinlichkeit wird als „moderat“ angegeben. Im Falle Syriens halten sie die Befragten für „hoch“.

Ebenfalls als wahrscheinlich, in den Auswirkungen auf die Vereinigten Staaten aber nur „moderat“, gelten eine ganze Reihe weiterer Konflikte rund um Syrien. In **Libyen**, wohin sich offenbar in den vergangenen Wochen zahlreiche Führungskader des „Islamischen Staates“ (IS) abgesetzt haben, droht angesichts der zunehmenden politischen Fragmentierung neue Gewalt und die Intervention anderer arabischer Staaten.

Zunehmende Spannungen zwischen den Palästinensergebieten und Israel könnten zu massiven Protesten und bewaffneten Auseinandersetzungen führen. Weitere Konfrontationen drohen auch zwischen Kurden und Ankara auf dem Gebiet der **Türkei**, sowie im **Irak, Ägypten** und **Afghanistan**.

Weniger Sorgen machen sich die amerikanischen Fachleute indes wegen zweier anderer Konflikte, die 2015 noch im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung standen. So werden die Auswirkungen eines Schlagabtauschs Pekings mit seinen Nachbarn in der **Chinesischen See** zwar weiter als „hoch“ angesehen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit aber ist in den Augen der Befragten gesunken. Ähnlich verhält es sich mit der **Krise in der Ukraine**.

Das Risiko neuer Kämpfe zwischen ukrainischen Streitkräften und von Russland unterstützten, pro-russischen Rebellen, hat sich für 2016 demnach ebenfalls reduziert. Entwarnung für die Nato folgt daraus nicht. Davon zeugt die erstmalige Aufnahme eines Szenarios, dessen Wahrscheinlichkeit zwar als „gering“ eingestuft, seine potentiellen Auswirkungen nach aber von den amerikanischen Experten sehr ernst genommen wird: **Spannungen zwischen Russland und ein oder mehreren Nato-Staaten**, die zu einer direkten militärischen Konfrontation zwischen Moskau und der Allianz führen könnten.

„Erst die Arbeit macht uns zu Menschen“

Der Mensch denkt, plant und schuftet: Der Göttinger Hirnforscher Gerald Hüther spricht im Interview über Fleiß und Faulheit, den größten Flop der Wissenschaft – und Glücksgefühle bei der Arbeit.

31.12.2015



© DPA Eine VW-Mitarbeiterin in Wolfsburg

Herr Hüther, reden wir über Arbeit und Glücksgefühle. Würden sich viele mit der Arbeit leichter tun, wenn die Faulheit nicht in den Genen läge?

Weder Faulheit noch Fleiß sind genetisch bedingt. Das weiß die Neurobiologie heute sicher. Die meisten Menschen hingegen denken immer noch, alles liegt an den Genen. Kein Wunder, noch vor etwa zehn Jahren wurde eine wissenschaftliche Arbeit veröffentlicht, die für sich in Anspruch nahm, das Gen für Faulheit gefunden zu haben. Stubenhocker-Gen wurde es genannt. Eine wunderbare Entschuldigung dafür, sich nicht anzustrengen. Aber so leicht kommen wir nicht davon.

Warum glaubte man das vor ein paar Jahren noch?

Damals schlug das sogenannte Humangenomprojekt hohe Wellen, in dem es darum ging, das Erbgut des Menschen zu sequenzieren. Nur entpuppte sich dieses Projekt als der größte und wohl teuerste Flop, den wir wissenschaftsgeschichtlich je zustande gebracht haben. Am Ende hat sich nämlich gezeigt, dass der Mensch, anders als es die Genom-Forscher mit ihrem mechanistischen Weltbild erwartet hatten, nicht viel mehr Gene hat als ein Fadenwurm. Die These des genetischen Determinismus, dass also alles im Erbgut festgelegt ist, ließ sich schlicht nicht halten. Von Genen lässt sich nicht auf komplexe Merkmale oder gar Verhaltensmuster schließen.

Der Fadenwurm frisst nur. Wir Menschen aber denken, planen, arbeiten. Irgendetwas muss den Menschen doch zum Menschen machen.

Den französische Botaniker und Zoologe Jean-Baptiste Lamarck trieb schon im späten 18. Jahrhundert die Vorstellung um, dass Eigenschaften nicht vererbt, sondern erworben werden. Tiere könnten bestimmte Eigenschaften erwerben, weil sie sich anstrengten. Bis in die fünfziger Jahre hinein haben sich die Wissenschaftler darüber heftig gestritten, dann bekam zunächst die Gentechnik Oberwasser. Heute wissen wir, dass Lamarck nicht ganz falsch lag. Glücklicherweise.

Wenn nicht die Gene, welches Grundprinzip liegt unseren Eigenschaften dann zugrunde?

Im unserem Gehirn ist ganz zu Beginn des Lebens sehr viel mehr angelegt, als gebraucht wird, sowohl an Zellen als auch an Vernetzungen. Alles vernetzt sich mit allem - fast wie ein Spiel. Das ist genetisch. Aber nicht alle diese Vernetzungen und Zellen werden gebraucht. Das, was sich als sinnvolle neuronale Vernetzung erweist, weil es in der Praxis nutzbar ist, bleibt stehen, der Rest wird wieder abgeräumt.

Was bleibt zunächst stehen?

Vorgeburtlich sind das jene Vernetzungen, die für die Regulation des eigenen Körpers gebraucht werden. Das heißt, das Hirn lernt schon vor der Geburt, wie es sich anhand der aus dem eigenen Körper kommenden Signalmuster strukturieren muss. Deshalb sind die Menschen schon zum Zeitpunkt der Geburt alle verschieden und damit einzigartig. Es gibt ängstliche und weniger ängstliche Menschen, faule und fleißige. Die wiederum machen ganz unterschiedliche Erfahrungen.

Was für Erfahrungen?

Erfahrungen in unseren Beziehungswelten. Zunächst als Kind in der Familie, in die man hineingeboren wird. Aufgrund dieser Erfahrungen verfestigen sich bestimmte Netzwerkstrukturen im Gehirn. Wenn in einer Familie Arbeit immer nur als lästige Pflicht erfahren wird, verinnerlicht auch das Kind, dass Arbeit nichts Gutes ist. Schon die Schule wird dann als lästige Pflicht empfunden, entsprechend hoch sind die Lernwiderstände.



© DANIEL PILAR Arbeit soll Spaß machen, sagt der Hirnforscher Gerald Hüther: Das können Eltern ihren Kindern beibringen.

Wenn ich schon früh lerne, dass Arbeit lästig ist, dann plagt mich den Rest meines Lebens die Faulheit?

Nicht unbedingt, denn unser Gehirn ist plastisch. Es kann sich verändern. Der Mensch kann umlernen. Aber dazu müsste man eine neue, eine günstigere Erfahrung mit dem machen, was wir Arbeit nennen.

Das Verhältnis der Menschen zur Arbeit ist ambivalent: Arbeit macht glücklich, heißt es. Trotzdem wollen wir wenig arbeiten. Warum?

Mit Arbeit verbinden wir in erster Linie das Geldverdienen. Das bedeutet, dass wir unsere Haut für ein Entgelt zu Markte tragen. Dieses heute gängige Verständnis von Arbeit hat sich mit der Entstehung der großen Fabriken im 19. Jahrhundert herausgebildet. Das Bestreben, bloß nicht zu viel zu arbeiten, kommt aus der Lohnarbeit als Notwendigkeit, sich den Lebensunterhalt zu sichern.

Neue Umfragen zeigen, dass über 60 Prozent mit ihrer Arbeit ganz zufrieden sind, auch wenn sie sich immer wieder auf Urlaub freuen.

Auch das ist logisch. Arbeit hat mehrere Zwecke, nicht nur den, sein Auskommen zu sichern. Der Mensch, der in Gemeinschaften lebt, braucht immer etwas, das ihn mit diesen Gemeinschaften verbindet. Wir sind soziale Wesen. Unser Gehirn strukturiert sich ein Leben lang vor allem aufgrund der Erfahrungen mit anderen. Wir sind also so angelegt, dass wir immer nach Gelegenheiten suchen, mit anderen gemeinsam etwas zu tun. Wir wollen verbunden sein und gleichzeitig zeigen, dass wir etwas drauf haben. Verbundenheit auf der einen Seite, Freiheit und Autonomie auf der anderen - das sind die zwei menschlichen Grundbedürfnisse. Und die lassen sich am besten durch Arbeit stillen.

Indem ich arbeite, kann ich mir selbst und anderen zeigen, dass ich ein autonomes Wesen bin...

... und dass Sie auf Ihrem Gebiet immer besser werden. Gleichzeitig sind Sie durch Ihren Beitrag auch mit den anderen verbunden. Verbundenheit ist die Primärerfahrung eines jeden Menschen, weil er ganz am Anfang seiner Existenz ohne verbunden zu sein nicht hätte überleben können. Dieses Grundbedürfnis wird er nie wieder los.

Dann müssten Menschen unglücklich werden, wenn sie nicht arbeiten.

Das werden viele, auch wenn sie erst einmal froh sind, nicht mehr arbeiten zu müssen. Nach einiger Zeit merken sie, dass ihnen etwas fehlt, wenn sie nicht mehr arbeiten. Autonomie und Verbundenheit erlebbar zu machen in individualisierten Gemeinschaften ist entwickungsgeschichtlich gesehen das Erfolgsmodell der Primaten. Wir bilden keine Herden, wir leben nicht im Ameisenstaat, sondern in individualisierten Gemeinschaften. Anders als im Ameisenstaat bringen hier Einzelne immer neue Ideen hervor, die jeder andere, wenn er sie für sinnvoll erachtet, nachahmen und übernehmen kann oder auch nicht.

Könnte man sagen, dass uns Arbeit erst zum Menschen macht?

Friedrich Engels überschrieb einen seiner Aufsätze mit dem hübschen Titel: „Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen.“ Da ist etwas dran, wenn man die Arbeit im weiteren Sinn als ein Tätigsein definiert. Darauf sind wir angewiesen, sonst könnten wir uns überhaupt nicht als autonome Wesen erleben. Man wüsste nicht, wer man ist, weil man sich selbst nicht vergleichen kann. Bisweilen verhalten wir uns in unserer hoch arbeitsteiligen Welt allerdings wie die Arbeiter im Ameisenstaat und wollen am liebsten nur noch Urlaub haben. Genau dann haben wir den Arbeitsbegriff auf die reine Lohnarbeit verengt. Und die macht uns nicht glücklich.

Warum?

Weil wir dann allzu leicht zu Objekten gemacht werden, zu Objekten von Beurteilungen, Bewertungen und am Ende Maßnahmen des Arbeitgebers. Mit unserer angeborenen Entdeckerfreude und unserer Gestaltungslust machen wir in solchen Arbeitsverhältnissen sehr ungünstige Erfahrungen, die im wahrsten Sinne des Wortes schmerzhaft sind. Wir müssen einen Weg finden, diesen Schmerz zu überwinden.

Aber wie?

Indem wir nach einer Lösung suchen, zum Beispiel, indem wir uns einreden, dass die Arbeit schrecklich und der Chef unerträglich ist. Nach ähnlichem Muster machen schon Kinder in der Schule ungünstige Erfahrungen. Sie werden auf ihre Noten reduziert und versteifen sich, damit sie Schule überhaupt aushalten können, auf die Lösung: Schule ist doof. Auszubildenden geht es, um noch ein anderes Beispiel zu nennen, oft nicht besser. Sie erfahren sehr schnell, dass das, was sie einbringen möchten und könnten, überhaupt nicht gefragt ist. Der natürliche Drang, tätig zu werden, wird gebremst. Unser Hirn ist aber anders angelegt. Deshalb wollen wir Probleme lösen, dazu gehören gestalten, beitragen, permanent lernen.

Spielt uns das Gehirn bei solchen Lösungen, dass die Arbeit schrecklich ist, nicht am Ende übel mit?

Diese Lösungen sind in der Tat ungemein wirkmächtig. Das Gehirn wird darauf regelrecht programmiert. Deshalb kommen wir auch nur so schwer davon los, mit dem Ergebnis, dass wir versuchen, möglichst schnell mit der Arbeit fertig zu werden.

Müsste es demnach nicht einen neuen gesellschaftlichen Konsens über die Definition von Arbeit geben?

Den muss und wird es geben. Die Veränderungen haben schon begonnen. Aber so ein Konsens wird nicht von oben verordnet, sondern wächst aus der Bevölkerung heraus. Ich beobachte zwei große Trends: einmal die Automatisierung, die unangenehme, zeitaufwendige und stupide Arbeiten immer mehr den Robotern überlässt. Das sind genau die Arbeiten, bei denen man hofft, dass die Zeit schnell vergeht - Fließbandarbeit zum Beispiel. Roboter befreien uns zunehmend von diesen Tätigkeiten, die wir Arbeit nennen, aber für das Hirn gar keine gute Arbeit sind. Der zweite Trend ist, dass es die jungen Menschen einfach nicht mehr hinnehmen, dass sie ein Leben lang einen schlechten Job machen müssen, nur um Geld zu verdienen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Arbeit Freude machen muss. Für die jungen, gut ausgebildeten Menschen ist Arbeit etwas anderes als das, was wir unter Lohnarbeit verstanden haben.

Warum akzeptieren wir erst jetzt, dass Arbeit zum Menschsein gehört?

Weil wir inzwischen sehr viel mehr darüber wissen, wie unser Gehirn funktioniert und was uns guttut.

Und wann sind wir endlich glücklich?

Wenn alles gut passt. Wir Neurobiologen nennen das Kohärenz, wenn das, was wir uns wünschen, und das, was wir in der Realität erleben, übereinstimmt. Wenn die alten Erfahrungen zu den neuen Gegebenheiten passen, wenn wir in die Welt passen, in ein soziales Beziehungsgefüge, auf das wir Menschen nun einmal angewiesen sind. Die Arbeit bietet ein Beziehungsgefüge. Wer allein ist, ist nicht kohärent. Er ist nicht glücklich.

Der Neurobiologe

Der neurobiologe Professor **Gerald Hüther** aus Göttingen ist einer der bekanntesten Neurobiologen in Deutschland. Er studierte Biologie in Leipzig und wurde dort auch promoviert. Ende der 70er Jahre floh er aus der DDR, forschte 1979 bis 1989 am Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin in Göttingen über Hirnentwicklungsstörungen. 1988 habilitierte er sich dort und erhielt eine Lehrerlaubnis. Bekannt wurde er vor allem durch seine populärwissenschaftlichen Bücher, zuletzt erschien sein Buch „Etwas mehr Hirn, bitte“. Der umtriebige Wissenschaftler ist auch Gründer der „Akademie für Potentialentfaltung“.

Das Gespräch führte Inge Kloepfer.

Quelle: F.A.S.

134,132

Educating refugees

Learning the hard way

Integrating migrants into schools will not be easy

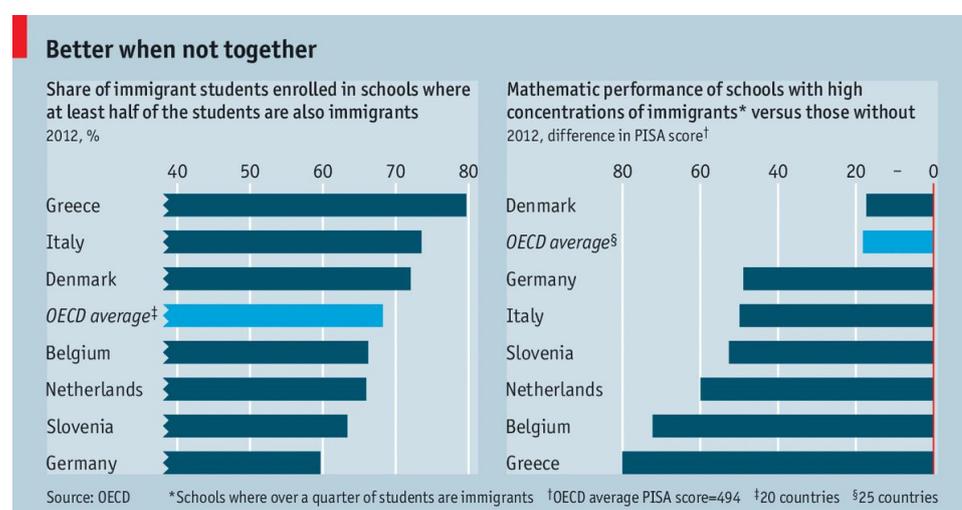
Jan 2nd 2016 | STOCKHOLM | [From the print edition](#)

AFTER Aida Hadzialic's parents fled war-torn Bosnia for Sweden in the early 1990s, they put their five-year-old daughter in a school full of native Swedes and made sure she studied hard to get ahead. It worked. Today Ms Hadzialic, 27, is Sweden's minister for upper secondary education. Like her counterparts across Europe, she faces a new challenge: ensuring that a fresh wave of refugee children can integrate as successfully as she did.

Even before this year's surge, western Europe had lots of immigrant students. According to the Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD), the proportion of 15-year-old schoolchildren in Spain who are foreign-born rose from 3% to 8% from 2003 to 2012 (though in Germany it fell by about the same amount). The new wave of migrants from Syria, Afghanistan, Iraq and elsewhere has redoubled the strains on school systems.

In the countries accepting the most refugees—Sweden and Germany—lack of space is not a problem. Before the migrant surge, both countries faced declining numbers of pupils because of low birth rates. In Sweden the number of children in ninth grade fell from 120,000 in 2005 to 96,000 in 2015. “We have places for a hundred more pupils,” says Henrik Ljungqvist, the headmaster of Ronna School in Sodertalje, a city near Stockholm. (His school admits two to four new refugee pupils a week.) In Germany, without the new migrants, the number of students was projected to decline by 10% over the next decade, says Ludger Woessmann of the University of Munich.

The biggest problem for education systems is that refugee children tend to be concentrated together. Many attend schools near refugee centres or in immigrant neighbourhoods. In Norway, Denmark and Sweden about 70% go to schools where at least half of the pupils are immigrants. This means they are partially segregated and less likely to learn the local language.



Economist.com

Moreover, immigrants tend to find housing in poor areas with lower education standards. Schools where more than a quarter of students are immigrants usually perform worse than those with no immigrants (see chart),

although the gap shrinks when economic status is accounted for. At Mr Ljungqvist's school, where about 350 of the 750 students were born abroad, many of the brightest pupils have left.

Swedish schools faced problems well before the latest migrants began arriving. From 2002 to 2012 Sweden's rank in the OECD's Programme for International Student Assessment (PISA) fell more than any other country's, to 28th out of 34 countries in mathematics and 27th in reading and science. Pupils in Sweden are more likely to arrive late to school than in any other rich-world country. The government has responded to declining scores by increasing teachers' pay, but it still does little or no inspecting of schools. The OECD's Andreas Schleicher says the system lacks a culture of accountability.

Germany's PISA rankings remain high, but its school system is "almost the worst you could pick" for migrants, says Maurice Crul, an expert on immigrant youth at Erasmus University in Rotterdam. Unlike France or Sweden, where most children start preschool before age three, German children tend to start school at four or five. Many schools have only half-day classes.

Moreover, the German system streams pupils at 10 into either vocational or academic systems—and immigrant children are 44 percentage points more likely than natives to be sent to vocational courses. Unlike other vocational systems such as that in the Netherlands, Germany's makes it hard to move from a vocational track to an academic one. Lack of native language skills can steer bright immigrant children away from a university education. The system's inflexibility also makes it harder to integrate older immigrant children. Germany has one of the world's biggest gaps in reading proficiency between those who arrive aged between six and 11 and those who arrive aged 12 or over.

The German system has its strengths. In less than a decade, Germany has improved the mathematics grades of second-generation migrant children by the equivalent of over a year of schooling. In some German states school days are being extended, and the government has made a big investment in preschool education. In Sweden, meanwhile, older refugees are being trained as teaching assistants to speed integration. Ronna School and others scrapped separate "introductory lessons" for refugees after realising they led to immigrants being segregated and bullied.

But far more could be done. Pupils could be distributed throughout the school system more effectively. In Aarhus, a city in Denmark, the proportion of pupils from migrant backgrounds cannot exceed 20% in each school; a similar distribution in Germany and Sweden could help fight ghettoisation. And refugee children should be getting more preschool. According to the OECD, 15-year-old immigrant children are 20% less likely to have attended pre-primary education than the native-born, but those who have score 49 points higher in reading than those who have not.

Most important, European governments need to treat refugee children as an opportunity rather than a problem. Driven by a desperate desire for a better life, they and their parents tend to be hard-working and ambitious. Europeans worried about migrants studying beside their children should take comfort: the most important predictor of pupils' school results is their parents' level of education, and about half of the refugees reaching Europe from Syria have university degrees, according to UNHCR, the UN refugee agency. "Sometimes I joke that Syrian children may help reverse [our decline in] PISA results in maths," quips Ms Hadzialic. If they are integrated properly, she may be right.

134,134

Global inflation

Low for longer

Inklings of inflation in the rich world are outweighed by downward pressure on prices elsewhere

Jan 2nd 2016 | [From the print edition](#)

EVER since the financial crisis of 2008, forecasters have scanned the horizon for the next big disruption. There are plenty of candidates for 2016. China's economy, whose might acted as a counterweight to the slump in the rich world in the years after the crisis, is now itself a worry. Other emerging markets, notably Brazil, remain in a deep funk. The sell-off in the high-yield-debt market in December has prompted fears of a broader re-pricing of corporate credit this year.

Yet one worry is absent: financial markets are priced for continued low inflation or "lowflation". A synthetic measure, derived from bond prices, puts expected consumer-price inflation in America in five years' time at around 1.8%. That translates into an inflation rate of around 1.3% on the price index for personal-consumption expenditure (PCE), the measure on which the Federal Reserve bases its 2% inflation target. Ten-year bond yields are just 2.3% in America, and are below 2% in Britain and below 1% in much of the rest of Europe. The price of an ounce of gold, a common hedge against inflation, has fallen to \$1,070, far below its peak in 2011 of \$1,900. Yet market expectations are often confounded. Economic recoveries are maturing. Labour markets are tightening. Could inflation be less subdued than expected in 2016?



Economist.com

Rich-world inflation is currently depressed because of temporary influences. In America the PCE index rose by just 0.4% year on year in November—but that is in large part because of a sharp fall in consumers' energy prices in early 2015, which will soon drop out of the annual comparison. The core measure, which excludes food and energy prices, has been stable at 1.3% for months. It might also be somewhat suppressed by the sharp fall in oil prices, which has held down the cost of producing other sorts of goods and services. An analysis by Joseph Lupton of J.P. Morgan finds that core inflation worldwide has crept up to 2.3%, a rate that has rarely been exceeded in the past 15 years. In biggish emerging markets, including Brazil, Russia and Turkey, core inflation is above the central bank's target (see chart).

A low blow

In the view of some, lowflation is a relic of the past. Even the euro zone is recovering from its prolonged recession; the business cycle in other rich economies is more advanced. The debt hangover that has troubled them for almost a decade has faded. Job markets are also a lot tighter than a few years ago, when deflation was a serious concern. Unemployment in America has fallen to 5%, a rate which is close to many estimates of full employment. The jobless rate in Britain is 5.2%. In Germany it is 6.3%. If the recent trend of low productivity growth in these economies continues, bottlenecks in the jobs market will emerge and higher inflation may not be far behind. For instance, if America's GDP grows by 2.3% in 2016, its recent average, and growth in output per worker also matches its recent sluggish trend, the unemployment rate would decline further, to around 4%, reckons Mr Lupton. The lower the jobless rate goes, the more likely it is that wages—and eventually inflation—will pick up.

As rich countries were wrestling to reduce their debts, emerging markets went on a credit binge for which the reckoning is just beginning. Debt in China in particular has risen sharply relative to GDP since 2008. Some of

the resulting stimulus went into factories, leading to overcapacity and falling global prices for various goods, from steel to solar panels. But a lot of China's debt went on financing housing and infrastructure, rather than its export capacity. Moreover, the Chinese authorities' desire to avoid big lurches downwards in the yuan ought to minimise the risk that it exports lowflation to the rest of the world.

Nonetheless, the expectations projected by bond markets—that lowflation will persist—have sound underpinnings. For a start, the price of oil and other commodities does not yet seem to have reached bottom. The price of a barrel of oil fell to an 11-year low of under \$36 before Christmas, before rallying a little on hopes of renewed stimulus in China. Saudi Arabia is pumping at close to capacity, in an effort to force out high-cost producers such as America's shale-oil firms and thus grab a bigger slice of the global market. The strategy has had some success. For instance, the number of oil-rigs operating in America has fallen from around 1,500 a year ago to just 538, according to Baker Hughes, an oil-services firm. But oil production in America remains above 9m barrels a day, and Iran's exports are likely to increase in 2016, thanks to the lifting of Western sanctions. For the time being, the oil market heavily favours buyers over sellers.

Where inflation can be found in the world, it is not obviously a function of capacity constraints. The biggish economies in which core inflation is above the central bank's target tend to be commodity exporters that have suffered big falls in their currencies. That, in turn, has stoked domestic inflation. Core inflation is typically well below target in countries that are importers of raw materials. And despite tighter labour markets in rich countries, wages are not rising very fast. That might in part be because of low expectations of inflation.

It seems likely, also, that the debt burden in emerging markets, and the slower growth that usually comes after a credit binge, will bear down on global prices for a while. Even if China's spare capacity is not fully exportable, plenty of other emerging markets have built mines and factories in expectation of higher Chinese growth that will now prove redundant. As nervous investors creep back to the comparative safety of developed markets, the upward pressure on big currencies, notably the dollar, will increase—adding to downward pressure on local prices.

As was the case in the late 1990s, rich-world policymakers will find that they have to keep their domestic economies primed with low interest rates to offset disinflation from abroad. The strong dollar has already caused a split in American industry between strong services and weaker manufacturing. Lopsided economies may prove as hard for policymakers to steer as deleveraging ones.

134,137

‘African Dream’ of Europe Turns Into a Nightmare

As many before him, one Malian migrant traveled through the continent for months before money and hope ran out

By Drew Hinshaw and Mackenzie Knowles-Coursin | Photographs by Mackenzie Knowles-Coursin

BAMAKO, Mali—This year saw the largest wave of migrants since World War II. Among them went 25-year-old Mahamadou Doukara, whose journey began one morning in March, when his uncle gave him \$500.

“I will be a stranger in a different man’s home,” the young villager said, as his uncle counted out the money. “It will be a different culture. But I will keep hold of who I am, and I won’t look for problems.”



Children carry hay along the main street of Marseille, a migrant neighborhood on the outskirts of Bamako, Mali’s capital.

For eight years, Mahamadou had been living in Marseille, a migrant neighborhood on the outskirts of the Malian capital, and a human montage of the wave that has unsettled Europe. More than half of the rising apartment blocks in Marseille were built by Malians who now live in France. Nearly every tenant is a young man, hoping to leave.

“It’s the African dream,” said Doumbia Kaba, a member of the local chief’s council. “To go abroad, make some money, build a house, marry.”

But lately, the route is becoming costlier and deadlier: About 3,000 migrants died this year, trying to make the three-day sea crossing into Italy from Libya, the International Organization for Migration says.

Day 1: Leaving Home



Mahamadou, middle (in purple shirt), sits with friends outside the house where he stays in Marseille.

When Mahamadou heard that smugglers in [Morocco](#) were charging \$1,000 for the half-hour boat ride into Spain, he persuaded an uncle to lend him the fare—one half in Bamako, and the other once he made it to Morocco. Within days, he was on the move.

“This is the way to build a life,” said his uncle, before handing him the cash. “You must know the journey is not going to be easy, but you have to keep going. Even when you think there is no way forward.”

Mahamadou looked into the sky and said, “finally! Praise be to God! It has finally begun.”



Left: Young boys ride horses in Marseille. Right: Mahamadou watches a soccer match with friends at the compound where he lives. All the men have at least one relative living in Europe.

It rained the morning Mahamadou set out for Europe. That is good luck, his roommates assured him.

It is what he told his aunt, too: “It’s all right, I will be good,” he said, as he visited her for the last time before his voyage. “There will be no problem, God willing. Everything will be good, God willing. Be happy for this. You are happy, right? Don’t worry. Everything will be good.”

As he headed out, he muttered a prayer in Bambara: “Amena, amena, amena, amena,” he said. “I will be back soon, I will be back soon, I will be back soon.”



Travelers from all over West Africa wait at a bus station in Bamako. The city has become a nexus for West African migrants moving throughout the region.

Seventy-some years ago, Mahamadou’s grandfather became the first in his family to venture abroad. N’Bolo Doukara didn’t have a choice. France had just been conquered by the Nazis, and French troops were driving around rural Africa, forcing young men to join the fight against Hitler.

After helping to liberate France, N’Bolo settled in Paris, painting houses. In 1973, he bought an Air France ticket for his son, Djimé Doukara, Mahamadou’s father. Djimé didn’t even need to show a passport to enter France.

Now, after four decades of working construction in Paris, Djimé has run out of strength to labor on—and money to care for his 16 children.

“Every one of these children needs to leave,” he said, on a recent evening, under a tree in his village of Salaka, where he has retired. “Because I’m getting old. It’s me alone keeping this family eating, and it’s not easy.”



Top left: Mahamadou looks out the window of the bus. Top right: The bus stops to allow passengers to pray and rest by the side of the road in Mauritania. Bottom: A passenger sleeps in small shed after the bus reaches the Malian border late at night.

DISTANCE TRAVELED: 30 MILES

Day 7: Border Crossing

Mahamadou assumed it would be free to leave his home country. Instead, a border guard demanded the local equivalent of \$9.

Police on the other side, in Mauritania, stopped him, too. First, they opened his wallet, to confirm he had enough cash for the bribes he would have to pay along the road. They kept roughly \$74 for themselves, before Mahamadou climbed back on the bus.



After passing through Malian border patrol, Mahamadou leaves Mali and walks into no-man's-land toward the Mauritanian border.

“It’s crazy—and so expensive,” said a seasoned migrant, seated by Mahamadou, who had been going back and forth to Spain for 20 years. “It used to be easier.”

“No problem,” said Mahamadou, as the bus trundled forward to Nouakchott, Mauritania’s desert capital. “I’ll make it. My heart trusts this.”

Mahamadou’s people started traveling to Europe in the 1800s, when the slave trade ended. The Soninke of western Mali had been among the most feared and prosperous of slave merchants. French colonialists moving up the rivers offered them a bargain: Leave the human-captive business and come work French ports.

They did. By 1968, Soninke had come to constitute 85% of all sub-Saharan African migrants in France. By 1975, one out of every three working-age Soninke men had gone to France.

A joke took hold in Mali: “When Americans landed on the moon,” it went, “they found Soninkes already there, digging for gold.”

In the 1980s and 1990s, France began to restrict new immigrants. But by then, they were fighting a powerful new force: the fax machine.



Top: Men in white robes traditional to Mauritania walk through Nouakchott. Bottom-left: Mahamadou, left, speaks with old friends about his plans for reaching Europe. Seventeen young men live together in the small compound, all of whom are from western Mali or along the Mauritanian border, and have come to Nouakchott in search of work to save enough money for family and eventually funding a trip to Europe. Bottom-right: Mahamadou passes around pictures of family and his girlfriend to friends at the compound.

For generations, Soninke emigrants had sent their wages home in envelopes. Mahamadou’s family would travel for two days, on foot or on donkeys, to collect the cash from the nearest sizable town. Sometimes, money disappeared.

Then Soninkes began to set up cash-wiring systems, using the fax. These days, three fax machines each wire hundreds of euros daily into Mahamadou’s community. The money has financed a public tap-water system, a solar farm, a nearby school, a mosque, several gravel-paved roads, a chain of pay-what-you-can pharmacies, and dozens upon dozens of new cement houses, overlooking mud-brick homes.

It has also paid for the next generation of young men to buy their tickets north.

“The fax machine, it set us a little bit free,” said Djimé Tandia, a migrant who came home to run a fax-machine business in the village. “We’re buying cows and sheep and motorcycles.”



Mahamadou leans against the car he hopes will take him to Morocco and waits for the driver to arrive. Mahamadou pays 25,000 Mauritanian ouguiya (about \$80) for the two day journey to Laayoune, the largest city in the Moroccan-administered territory of Western Sahara. The border he is headed for is notorious for its mercurial border guards and it is often a game of chance that determines which migrants get across.

DISTANCE TRAVELED: 922 MILES

Day 9: Road to Nowhere

Before leaving Nouakchott, Mahamadou spent roughly \$82 to purchase a ticket to Morocco. As he did, two distraught Gambians walked in with a warning: Moroccan border guards were asking for more than \$500 in bribes to enter the country. Mahamadou only had \$200 remaining.

It didn't spoil his mood. The day before he left, he sat with a half dozen fellow travelers, wildly cheering around a television: Pro wrestler Bret "The Hit Man" Hart was grappling in a match, dressed in pink spandex as he thrashed his opponent. All of the migrants believed the bout was real.

After a bowl of camel's milk around dawn, Mahamadou rode through the desert in the back of a rundown Mercedes-Benz. Through the window, he saw evidence of the cars that had broken down here: Abandoned trucks, old TVs left in the banks of sand dunes, tossed-out furniture.



Mahamadou and others have a drink of fresh camel milk after stopping at a small home along the side of the road as they head north toward the border.

At the border, Mahamadou handed a Moroccan officer \$200. The officer pocketed the cash—then demanded more.

For two hours in the midday sun, Mahamadou argued furiously, trying to get into Morocco, or his money back. Exhausted, he gave up, and headed back to the nearest city, Nouadhibou, with a plan to buy a flight to Casablanca. His father would wire the money.

“No problem, no problem,” he said, repeatedly. “No problem.”

A sort of social crisis has been erupting for Mahamadou’s generation of West Africans. Men of his father’s age once slipped easily into Europe. They created an economy and culture founded on emigration. Leaving became a rite of passage for young men in western Mali.

In Mahamadou’s region, villagers who don’t go to Europe became known as *tenes*: a derogatory word meaning “stuck like glue” in the Soninke language.



Mahamadou takes a moment to rest during a stop in the desert near the border with Morocco.

But Europe has lost its appetite for new migrants. Even Mamadou’s uncles in France no longer want to spend money importing a distant nephew to a saturated job market.

“Everyone is taking care of his own family, his own wife, his own children,” Mahamadou said.

But, he added: “Even if you tell me things in Europe are not going well, it will not enter my brain. It’s Europe. Europe is everything.”

DISTANCE TRAVELED: 1,197 MILES

Day 13: “I Can See Spain!”

Mahamadou arrived cold and shivering in Casablanca, stepping off the train that had carried him from the airport. His plane ticket had cost him \$586—and his father’s patience.

“I knew I would make it,” he said. “I knew there wouldn’t be a problem.”



Mahamadou and another Malian migrant from his village stare north off the coast of Rabat toward Spain.

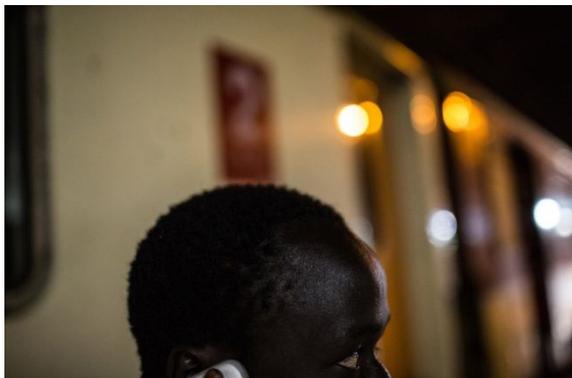
But there was a problem. The first smuggler said he wanted €4,500 (about \$5,000) for the 30-minute trip across the Strait of Gibraltar into Spain. Pushing back tears, Mahamadou bargained that down to €3,000. It was still an impossible sum for an unskilled, illegal immigrant who had already burned through his money.

A second smuggler wanted €3,000, too. Another offered a convoluted trip via plane to the Turkish side of Cyprus, and from there, into Europe. That also cost €3,000.

“I cannot believe it is so much,” Mahamadou said over and over again, walking the streets of Morocco. “How is it so much?”

For the next two months, Mahamadou worked a truck station by the sea, in Rabat. He lived in a squalid hostel jampacked with migrants, [nicknamed The Titanic](#), because it was big and full of travelers who didn’t seem likely to make it.

One day, on the shore, he caught a glimpse of the other side. “I can see Spain!” he shouted. “There! Can you see it? I can see Spain! It’s right there!”



With money running low and nowhere to go, Mahamadou calls another friend who has also been stuck in Rabat to see if he can sleep at his place. He moves in with him, cramming into a house with 50 other West African migrants who have all become stranded in Morocco.

DISTANCE TRAVELED: 2,292 MILES

Day 176: Returning Home

In September, he gave up. A flight paid for by the International Organization for Migration brought him back to Bamako.

“My head has been in the toilet,” he said after arriving. “My father is a little bit furious with me.”

Indeed, his father has been exhausting his pension, lately, to care for his son. Djimé Doukara says he doesn’t know what Mahamadou should do next.

“It’s for him to decide. It’s not my choice,” the father said. “But in any case, he can’t stay here. There’s nothing to do.”



Mahamadou holds his head, pushing back tears.

At night, Mahamadou lies on his childhood bed, an outdoor mattress balanced on a dozen or so sticks beneath a baobab tree.

“I don’t sleep,” he says. “I ask myself: Do I have a future? If I don’t get to Europe, how will I marry, have children? How can I give my family a future if I don’t have a future?”

Back in Marseille, the migrant’s quarter on the edge of Mali’s capital, another Doukara is planning to make the trip. At 24, Adama Doukara sleeps on the mattress where Mahamadou once slept.

“I’m an adventurer,” the young man said. “As soon as I get the chance, I’m leaving. It’s not a choice.” ***DISTANCE TRAVELED: 3,792 MILES***